

# **PROTOKOLL DES 1. ORDENTLICHEN PARTEITAGES DER KOMMUNISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS\***

**Vom 1. bis 4. August 1920, in Berlin-Weißensee, im Restaurant „Zum Prälaten“**

*Der Parteitag tritt am 1. August 1920 morgens 9 Uhr in Berlin zusammen.*

N. (NEUMANN) - Berlin begrüßt den Parteitag mit folgenden Worten:

Im Namen des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin heiße ich Euch alle herzlichst willkommen. Der Parteitag, geboren aus der inneren Situation der Partei sowohl wie aus der wirtschaftlichen und politischen Situation in Deutschland und der weltpolitischen Situation, hat große Aufgaben zu erfüllen. Es ist das Wort geprägt worden, dieser Parteitag solle sein ein Parteitag der Entscheidungen. Als im April dieses Jahres aus allen Gauen Deutschlands die Delegierten zusammenkamen, war es nur eine Zusammenfassung der Opposition, die sich im Spartakusbund gebildet hatte, und so ist der heutige Parteitag der eigentliche Gründungsparteitag der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, der einheitliche und eindeutige Richtlinien aufzustellen haben wird. Die Frage der Nation erfordert eine ganz klare Stellung; die Frage der Internationale erfordert weiter unsere größte Aufmerksamkeit. Es gilt, da die Weltrevolution im allgemeinen und die russische Revolution im Besonderen in Deutschland einen Stützpunkt für die weitere Entwicklung brauchen, dass wir uns dieser Aufgabe bewusst sind und wir diesen Stützpunkt schaffen. In diesem Sinne wird es auch unsere Aufgabe sein, unser Programm aufzubauen. Des Weiteren wird es notwendig sein, die Frage der Partei und der Betriebsorganisation zu klären, dass die enge Verbindung auch hier erläutert und grundlegend festgelegt wird. Bei dieser Frage ist es notwendig, dass auch das Räte-system gestreift wird, um auch hier zur Klarheit zu gelangen. Auch die organisatorischen Aufgaben verlangen eine eingehende Würdigung, damit die Partei, zusammengefasst im organisatorischen Rahmen, die Aufgaben erfüllen kann, die sie erfüllen muss. Wenn die Genossen im Reiche, die uns hierher delegiert haben, verlangen, dass wir eine derartige Arbeit leisten, so wollen wir mit vollem Bewusstsein an diese Aufgaben herangehen und uns würdig erweisen, die uns gestellten Aufgaben zu lösen.

Das proletarische Selbstbewusstsein der Arbeiterschaft zu steigern wird weiter eine wichtige Aufgabe sein. Wir müssen das Bekenntnis ablegen, dass die K.A.P.D. sich bewusst ist, den Glauben daran nicht verloren zu haben, dass die Massen sich selbst helfen können. Deshalb wollen wir sein eine Partei der Revolutionäre, die alles einstellt auf den Endkampf, eine Partei der revolutionären Arbeit, die mit aller Kraft den kommunistischen Gedanken propagiert, die eine aktive Hilfe für Sowjetrußland<sup>2</sup> darstellen wird.

Wenn wir einen kurzen Blick auf die politische Lage, auf das Arbeitslosenproblem etc. werfen, dann müssen wir uns bewusst sein, dass wir vor großen Entscheidungen stehen, und dass wir heute Grundlinien schaffen müssen für unsere Arbeit im nahen Entscheidungskampf. Mit aller Offenheit müssen wir an diese Dinge herantreten und sie so erledigen, wie es unter Kommunisten üblich ist: im brüderlichen Sinne. Arbeiten wir in diesem Sinne, wird der Parteitag auch einen Erfolg haben für die Revolution, an deren Vorabend wir vielleicht schon stehen. In diesem Sinne heiße ich den Parteitag nochmals auf das herzlichste willkommen.

R. (RASCH) - Berlin: Genossen und Genossinnen! Im Namen des Geschäftsführenden Hauptausschusses der Kommunistischen Arbeiterpartei erkläre ich hiermit den Parteitag für eröffnet.

Mein Vorredner hat schon darauf hingewiesen, welche Aufgaben der Parteitag zu erfüllen haben wird und ich hoffe, dass er all die strittigen Fragen aus der Welt schaffen wird, der Partei zum Nutzen. Ich bitte darum jetzt um Vorschläge für die Bureauwahl und zwar für 3 Vorsitzende und 2 Schriftführer.

N. (NEUMANN) - Berlin: Wir schlagen zu Vorsitzenden vor die Genossen: R. (RASCH) - Berlin, H. (HELLWIG) - Leipzig und G. (GRANZOW) - Düsseldorf, zu Schriftführern die Genossen W. (WENDEL) - Berlin, und ??

*Der Parteitag stimmt diesen Vorschlägen zu.*

Wir kommen nunmehr zur Wahl der Mandatsprüfungskommission. Es werden dazu 5 Genossen notwendig sein. Vorgeschlagen werden die Genossen A. (AMBRECHT?) - Hamburg, W. (Fritz WEYL?) - Elberfeld, N. (NEUMANN) - Berlin, F. (Minna FASSAUER) - Braunschweig und E. (Martha EBERT?) - Sachsen-Anhalt.

Da kein Widerspruch erfolgt, ist die Kommission gewählt. Jeder Wirtschaftsbezirk muss vertreten sein und zwar auf je 1.000 Mitglieder kommt ein Delegierter. Ich bitte, das bei der Prüfung der Mandate als Richtschnur zu nehmen.

Wir treten sodann in die Geschäftsordnung ein. Als Tagesordnung schlage ich vor:

1. Geschäftsbericht.
  - a) Organisation
  - b) Kassenbericht.
2. Stellungnahme zum Programm. Referent: Gen. Sch. (SCHRÖDER) - Berlin.
3. Nation und Klassenkampf. Referent: Gen. G. (GOLDSTEIN) - Berlin. Koreferent: Gen. L. (LAUFENBERG) - Hamburg.
4. Unsere Stellung zur 3. Internationale.
5. Wahlen.
6. Verschiedenes.

Wird gegen diese Tagesordnung Einspruch erhoben?

H. (Carl HAPP) - Hamburg: Wir schlagen, entsprechend der Wichtigkeit der einzelnen Punkte, folgende Tagesordnung vor: 1. Geschäftsbericht, 2. Nation und Klassenkampf, 3. Unsere Stellung zum Programm, 4. Stellung zur Internationale, 5. Wahlen, 6. Verschiedenes.

Schi. (Paul SCHILLER) - Berlin: Wir möchten noch weiter gehen als die Hamburger. Wir möchten die Frage in den Vordergrund stellen, die uns am meisten interessiert und möchten den Punkt Nation und Klassenkampf dem Geschäftsbericht noch vorausnehmen.

H. (Carl HAPP) - Hamburg: Wir erklären uns mit dieser Verschiebung einverstanden.

M. (MEYER) - Leipzig: Es ist nicht nur aus Mitteldeutschland, sondern auch aus anderen Wirtschaftsbezirken ein Antrag eingegangen, ein Referat über die Allgemeine Arbeiter-Union und die Freie Union halten zu lassen.

R. (RASCH) - Berlin: Ich möchte darauf hinweisen, dass Mitteldeutschland Schuld daran hat, dass seine gestellten Anträge bei uns nicht eingegangen sind. Wir sind daher kaum in der Lage gewesen, die Anträge zu veröffentlichen. Soli dieser Antrag jetzt zur Umänderung der Tagesordnung erneut gestellt werden? (*Zuruf: Jawohl!*) Dann bitte ich auch, die Referenten bekannt zu geben.

M. (MEYER) - Leipzig: Es kann selbstverständlich nicht Mitteldeutschland feststellen, welcher Referent für dieses Thema in Frage kommt. Das könnte doch wohl besser von Berlin aus geschehen, dem es doch sehr leicht möglich sein wird, zwei Referenten zu bestellen. Wenn wir zu den Syndikalisten gehen, werden wir doch wohl einen Referenten bekommen.

L. (Erich und/oder Felix LEWINSOHN) - Dresden: Es kann nicht angehen, dass auf unserem Parteitag Nicht-Kommunisten Referate halten.

R. (RASCH) - Berlin: Ich glaube, dass, wenn irgendwelche Dinge zur Entscheidung stehen, die Delegationen aus sich selbst heraus doch wohl in der Lage sein werden, dieses Thema zu beherrschen. Mitteldeutschland hat also den Antrag gestellt, die Tagesordnung um diesen Punkt zu erweitern.

H. (HELLWIG) - Halle: Zu dem Vorwurf, dass von Mitteldeutschland kein Antrag eingegangen ist, stelle ich fest, dass wir den Bericht am Tage nach der Bezirkskonferenz abgesandt haben.

Sch. (SCHWABE?) - Eisenach: Im Punkte Stellungnahme zum Programm können wir die Frage der Betriebsorganisation mit behandeln, ohne extra ein Referat zu hören. Wir sind ja auf Grund unseres gebundenen Mandates doch nicht in der Lage, uns auf einen bestimmten Punkt festzulegen, wir könnten also nur Richtlinien entwerfen.

R. (RASCH) - Berlin: Wir kommen alsdann zur Abstimmung über die Festsetzung der Tagesordnung nach Abänderung durch die Berliner und Hamburger Anträge. Die Tagesordnung lautet dann:

1. Nation und Klassenkampf.
2. Stellungnahme zum Programm.
3. Partei und Betriebsorganisation.
4. Unsere Stellung zur 3.Internationale.
5. Geschäftsbericht,
  - a) Organisation,
  - b) Kassenbericht.
6. Wahlen.
7. Verschiedenes.

*Die Tagesordnung wird in dieser Reihenfolge angenommen.*

Der Antrag Mitteldeutschland, ein besonderes Referat über Allgemeine Arbeiter-Union und Freie Union einzuschalten, wird mit 21 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

K. (KOHN) - Hamburg beanstandet, dass die Anträge Hamburgs zur Internationale und zum Punkt Nation und Klassenkampf dem Parteitag nicht vorliegen. Ich bitte, dass das nachgeholt wird.

R. (RASCH) - Berlin: Die Resolutionen sind nur in der Hamburger K.A.Z. veröffentlicht, nicht aber uns als Antrag zugegangen. W. (WOLFFHEIM) - Hamburg: Die Resolutionen sind dem Geschäftsführenden Ausschuss zugegangen.

G. (GOLDSTEIN) - Berlin: Diese Resolutionen sind dem Geschäftsführenden Ausschuss mit dem Ersuchen zugegangen, sie in der Berliner K.A.Z. zu veröffentlichen. Das ist geschehen. Als besonderer Antrag sind uns die Resolutionen nicht zugegangen.

R. (RASCH) - Berlin: Wir lassen die Resolutionen vervielfältigen und stellen sie den Delegierten zur Verfügung.

*Die Redakteure mit beratender Stimme zum Parteitag zuzulassen, wird angenommen.*

Es wünscht nunmehr ein RUSSISCHER KRIEGSGEFANGENER <sup>25</sup> das Wort zur Begrüßung.

*Übersetzung:* Genossen und Genossinnen! Als Vertreter der Sektion der Kriegsgefangenen in Deutschland äußere ich meine wärmsten Grüße dem Parteitag der K.A.P.D. Wir äußern unsere Solidarität mit der K.A.P.D. In der letzten Zeit hat das deutsche Proletariat seine Solidarität mit Sowjetrußland verschiedentlich bewiesen. Wir haben gesehen, dass das Proletariat wachsam ist. Wenn auch unter Euch Verschiedenheiten bestehen, so erblicken wir in der allgemeinen Aktion gegen das weiße Ungarn das Erwachen des internationalen proletarischen Bewusstseins im Kampfe gegen das Kapital. Das Kapital hat gesehen, dass es mit dem internationalen Proletariat als Klasse zu tun hat. Wir hoffen unerschütterlich, dass im entscheidenden Moment das Proletariat ungeachtet der Parteiunterschiede eine gemeinsame Front bilden wird. Wir glauben, dass diese Stunde nahe ist. Es lebe die Internationale! Es lebe der Kommunismus! (*Bravo!*)

R. (RASCH) - Berlin: Es ist das folgende Begrüßungstelegramm der Kommunistischen Partei Deutsch-Österreichs eingegangen:

„Wir hoffen, dass Eure Tagung beitragen wird zur Einigung des revolutionären Proletariats Deutschlands auf dem Boden der 3. Internationale und wünschen Euch in diesem Sinne den besten Erfolg.

K.P. DTSCH.-ÖSTERREICH“

Ferner hat der Genosse GORTER aus Bussum (Holland) in einem Briefe dem Parteitag seine Grüße und Wünsche übermittelt.

Die Tagungszeit wird für den 1. Tag auf 9-5 Uhr durchgehend festgesetzt.

W. (WERNER) - Frankfurt am/M.: Es wird notwendig sein, die Wirtschaftsbezirke über sämtliche Anträge namentlich abstimmen zu lassen.

R. (RASCH) - Berlin: Wenn es sich um Anträge handelt, die von Wichtigkeit sein werden, werden wir in dem Sinne verfahren.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein. Zum 1. Punkt Nation und Klassenkampf, erteile ich dem Referenten Genossen G. (GOLDSTEIN) - Berlin das Wort.

G. (GOLDSTEIN) - Berlin: Genossen und Genossinnen! Die Stunde ist angebrochen, wo die Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und nationalem Kommunismus, diesem Abfallprodukt der bürgerlichen Welt, erfolgen muss. Ich möchte bemerken, nicht der Rausch und die Ekstase dürfen der Geist dieses Parteitages sein, sondern ruhige, sachliche Oberlegung und Abwägung dessen, was zu diesem Thema gesagt werden muss, soll für uns maßgebend sein. Sie werden daher nicht erwarten dürfen, dass ein Brillantfeuerwerk von Phrasen Sie überschütten wird, vielmehr werde ich in ganz sachlicher Form alles das zum Ausdruck bringen, was zu diesem Thema gesagt werden muss. Es muss doch in unserer Partei meiner Auffassung nach endlich einmal eine Klarstellung erfolgen, wo die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands aufhört und die Deutschnationale Volkspartei anfängt. Ich möchte darauf hinweisen, dass bei der Beurteilung des Standpunktes unserer Genossen in Hamburg für die Delegierten des Parteitages nicht maßgebend sein kann, was sie ihnen hier sagen werden, sondern einzig und allein das, was in ihren Schriften und Zeitungsartikeln fixiert ist. Nur von diesem Gesichtspunkte aus dürfen Sie meinen Vortrag beurteilen, und ich bitte Sie, auch nur nach diesen Gesichtspunkten verfahren zu wollen. Es ist vielleicht kein Zufall, wenn die Hamburger Organisation gerade in diesem Augenblick, vor Beginn des Parteitages, mit einer prinzipiellen Erklärung an die Öffentlichkeit tritt. Ich meine, dass heute eine Partei existieren muss, dass sie eine Notwendigkeit ist im Interesse der Weiterführung der Revolution; lediglich das Begnügen mit einer prinzipiellen Erklärung würde heute bedeuten die Sanktionierung der Formlosigkeit, wo es jedem Mitgliede ermöglicht wird, seine Prinzipien zu verfechten und durchsetzen zu wollen, ohne sich um eine Einheitlichkeit der Organisation bekümmern zu brauchen. Wenn ich jetzt zum Thema selbst komme, so möchte ich feststellen, dass wir in Berlin durchaus nicht etwa immer auf dem schroffen Standpunkt gestanden haben gegenüber der Hamburger Richtung, wie er jetzt vielleicht zum Ausdruck kommt. Während des Kampfes mit dem Spartakusbund haben wir alles getan, um auch den Hamburger Genossen gerecht zu werden. Wir sind sogar weit über den Rahmen dessen gegangen, was wir eigentlich hätten tun dürfen. Wir haben Laufenberg und Wolffheim in einer Zeit verteidigt, wo sie vom Spartakusbund verleumdet worden sind. Wir haben es für unsere Ehrenpflicht gehalten, ihnen beizustehen mit Argumenten, die vielleicht nicht ganz unserer Überzeugung entsprochen haben. Wenn nun dieses Thema überhaupt zur Sprache gekommen ist, und wenn die Diskussion so heftige Formen angenommen hat, so trifft die Schuld nicht die Berliner Organisation, die sich die größte Reserve auferlegt hat. Wenn Sie unsere Zeitung verfolgen bis auf den heutigen Tag, so werden Sie fast garnichts finden, was als aggressiv gegen die Hamburger Richtung gedeutet werden könnte. Erst in dem Augenblick, wo von Hamburg aus das Thema erneut und in verschärfter Form in die Partei geschleudert wurde, erst da haben wir klar und unzweideutig unsere Stellung präzisiert, die sich deckt mit der Auffassung der gesamten 3. Internationale.

Ich möchte die Frage stellen: Worin liegt denn eigentlich der Schwerpunkt des Hamburger National-Kommunismus? Ich glaube, man kann bei der Hamburger Richtung zwei Epochen unterscheiden; die erste charakterisiert sich wohl durch die Schrift: „*Revolutionärer Volkskrieg oder konterrevolutionärer Bürgerkrieg*“ und die zweite beginnt etwa mit dem Zeitpunkt der Gründung unserer Partei. Als die erste kommunistische Adresse an die Öffentlichkeit gelangte, war mir von vornherein klar, dass hier ein Weg eingeschlagen werden sollte, der die Bahn des Sozialismus zu verlassen geeignet war. Wir haben alle geglaubt, dass die Tendenzen nach und nach unter der Einwirkung der politischen Situation, unter der Berücksichtigung der

weltpolitischen Lage mehr und mehr wieder verschwinden mussten. Ja, ich möchte sogar den seltsamen Fall mitteilen, dass, als das Lüttwitz-Unternehmen in die Erscheinung trat, der Genosse Wendel<sup>30</sup> ganz spontan erklärte: „Nun ist der National-Bolschewismus für mich endgültig erledigt“. Ich sage, wir hatten einmal diese Hoffnung. Wir sahen uns darin getäuscht. Es kam zur Gründung der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Auf dem Gründungsparteitag wurde, dessen werden Sie sich erinnern, eine programmatische Erklärung angenommen, dass jeder national eingestellte Bolschewismus abgelehnt werde. Diese Erklärung ist auch in der Hamburger *K.A.Z.* zum Abdruck gekommen, aber die entscheidende Stelle wurde nicht veröffentlicht. Als die Dinge diese Wendung einschlugen, und als schließlich die Schrift „*Kommunismus gegen Spartakismus*“ erschien, die meiner Auffassung nach eine glatte Kapitulation des wissenschaftlichen Sozialismus bedeutet, als ferner Artikel nach Artikel in der Hamburger *K.A.Z.* erschienen, in denen man immer deutlicher in einer ganz bestimmten Richtung vorging, in denen man versuchte, das Proletariat für Dinge zu engagieren, die in der Richtung der Konterrevolution gelegen haben, da müsste hier eine restlose Abgrenzung erfolgen. Worin besteht nun der Schwerpunkt des Hamburger Standpunktes? In der ersten kommunistischen Adresse wird im wesentlichen Stellung genommen zu den Problemen des Versailler Vertrages und ich muss hier anerkennen, dass Laufenberg und Wolffheim das Verdienst haben, gerade zu diesem Punkte wirklich klar und deutlich gesagt zu haben, was zunächst dazu gesagt werden muss: dass er unter keinen Umständen akzeptiert werden kann. In diesem Punkte waren wir uns einig. Das muss hervorgehoben werden, weil der Spartakusbund inzwischen eine Politik eingeschlagen hat, die auch in diesem Problem reformistisch-opportunistischen Charakter aufweist. Hier erkennen wir Laufenberg und Wolffheim das Verdienst zu, dass sie in diesem Punkte erklärt haben, der Versailler Vertrag ist ein Bollwerk der internationalen Konterrevolution. Er bedroht nicht nur das deutsche Proletariat, sondern er untergräbt und unterminiert auch bereits die Voraussetzungen einer künftigen sozialistischen Produktionsweise in Deutschland. Das Verdienst, dies erkannt zu haben, haben auch wir anerkannt. Wir haben auch in derselben Weise in der Berliner *K.A.Z.* das Problem behandelt. Die größte Frage steht: Wie denken sich die Hamburger Genossen die Aufhebung des Versailler Friedensvertrages? Und hier kommen wir schon auf eines der Hauptprobleme des Hamburger Kommunismus überhaupt. Wenn ich von richtigen Voraussetzungen ausgehe, so glaube ich sagen zu dürfen, dass die Genossen Laufenberg und Wolffheim bei der Erklärung der Notwendigkeit einer Annullierung des Friedensvertrages und bei ihrer Stellungnahme, wie die Aufhebung erfolgen soll, sich etwa von folgenden Gesichtspunkten haben leiten lassen:

Sie gehen davon aus, dass die notwendige Voraussetzung der Auseinandersetzung mit dem Ententekapital nicht die Frage von Verhandlungen sein kann, sondern dass diese Auseinandersetzung die erste Voraussetzung des Kommunismus in Deutschland bedeutet. Sie gehen ferner davon aus, dass mit Rücksicht auf die gewaltige technisch-industrielle Überlegenheit der Entente das deutsche Proletariat vor einer gewaltigen Aufgabe stehen würde, wenn es vor die Entscheidung gestellt wird, den Kampf mit dem Ententekapital aufzunehmen. In dieser Erwägung sind sie zu der Schlussfolgerung gelangt, dass das deutsche Proletariat wohl nicht aus eigener Kraft heraus imstande sein würde, dieser Aufgabe gerecht zu werden. Weil sie nicht das nötige Vertrauen in die Kraft des deutschen Proletariats zu setzen vermögen, darum kokettieren sie heute mit dem Gedanken, die Aufhebung des Versailler Friedensvertrages nicht allein mit dem Proletariat, sondern gemeinsam mit der Bourgeoisie durchführen zu wollen.

Was ist dazu zu sagen? Die Hamburger berufen sich sehr häufig auf das Beispiel der russischen Sowjetregierung. Auch Russland hat heute an seiner Spitze zaristische

Generale und hohe Offiziere stehen. Man soll doch nicht vergessen, dass Russland, während es den Krieg mit der Entente geführt hat, gleichzeitig auch den Bürgerkrieg im Innern geführt hat und dass man nicht daran gedacht hat, einen Brussiloff zu engagieren, bevor nicht das Bürgertum in Russland als Klasse durch den Bürgerkrieg erledigt war. Ich sagte, die Hamburger Genossen verweisen auf das Beispiel von Russland. Sie haben noch andere Momente, die für ihre Stellungnahme gegenüber dem Versailler Friedensvertrag maßgebend sind.

Wir machen ihnen auch gar nicht zum Vorwurf, dass sie überhaupt dieses Problem zur Diskussion gestellt haben, im Gegenteil. Wir lehnen nur die Art und Weise ab, wie dieses Problem in die Debatte gestellt worden ist, dass im Mittelpunkt der Hamburger Politik steht, dass man den revolutionären Volkskrieg gegen die Entente als das wesentlichste bezeichnet hat. Bevor ich aber darauf eingehe, muss ich noch folgendes feststellen. Die Hamburger Genossen haben, indem sie dieses Problem so sehr in den Vordergrund rückten, sich von einem bestimmten Gesichtspunkt aus leiten lassen. Sie sehen nur eine einzige politische und historische Entwicklung für den Fortgang der Weltrevolution als möglich an. Sie gehen davon aus, dass Deutschland den Mittelpunkt der Weltrevolution bildet, was auch wir akzeptieren. Wir haben immer den Gedanken klar formuliert, dass die deutsche Revolution notwendig vorwärts geführt werden muss, wenn die Weltrevolution überhaupt zum Siege gelangen soll. Darauf brauche ich nicht einzugehen. Ob aber die Geschichte auch wirklich diesen Weg einschlagen wird und muss, das ist die große Frage. Wer garantiert uns denn dafür, dass Deutschland das Land ist, in dem die Revolution zuerst zum Ausbruch kommt? Ich könnte mir den Fall denken, dass in Italien, wo die Dinge reif sind, der Ausbruch der proletarischen Revolution unter Umständen früher kommen kann als in Deutschland. Auch Deutsch-Österreich, der Balkan könnte eines Tages in Flammen stehen. Es wäre auch möglich, dass da oder dort sich eine neue revolutionäre Bewegung bemerkbar macht. Alles das sind Möglichkeiten, mit denen ein Politiker rechnen muss, der niemals erklären darf, dass die Geschichte nur diesen einen Weg, wie er sich ihn nun gerade einmal ausgedacht hat, einschlagen kann.

Alle diejenigen, die im Kriege gewesen sind und in Frankreich Gelegenheit gehabt haben, mit französischen Sozialisten zu sprechen, werden mir zugeben, dass die Hauptsorge der französischen Sozialisten der deutsche Militarismus gewesen ist. Sie würden schon losschlagen, wenn es nicht der deutsche Militarismus wäre, der im Hintergrund stände. Wenn wir heute in Deutschland eine entschiedene Klassenkampf-Politikreissen würden und zeigen würden, dass das deutsche Proletariat gewillt ist, mit der Bourgeoisie zu brechen, dann wird auch die Bewegung in Frankreich ein rascheres Tempo einschlagen. Und hier mache ich den Hamburger Genossen den Vorwurf, dass sie durch ihre Tendenzen den Entwicklungsprozess der revolutionären Bewegung, speziell in Frankreich, in der gemeingefährlichsten Weise gehemmt haben. Mir sind Artikel aus französischen kommunistischen Zeitungen zu Gesicht gekommen, in denen auch dort bereits die Befürchtung ausgesprochen wird, dass die Hamburger Tendenzen unter Umständen in der K.A.P.D. die Oberhand gewinnen könnten. De nichts so sehr geeignet sein würde, die Weltrevolution in ihrem Laufe aufzuhalten, als die Frage des Nationalkommunismus, kann keinem Zweifel unterliegen. Frankreich würde sagen, dass nun die alte bürgerliche Gesellschaft unter der Flagge des Kommunismus das Regiment weiter führen darf, um mit Hilfe deutscher Kommunisten die revolutionäre Bewegung in Frankreich mit eiserner Faust nieder zu schlagen.

Ich sagte, dass dieser sogenannte revolutionäre Volkskrieg in den Mittelpunkt der Hamburger Politik gerückt ist, jener Volkskrieg, der nach der Ergreifung der proletarischen Macht in Frage kommen kann. Wer in diesem Punkte den

Hamburgern irgendwelche Konzessionen zu machen geneigt gewesen ist, wird durch die letzten Artikel wohl belehrt worden sein, dass man sich in Hamburg nicht mehr damit begnügt, den sogenannten revolutionären Volkskrieg nach Ergreifung der proletarischen Macht zu propagieren, sondern daran geht, den nationalen Aufstand bereits in der heutigen Situation zu propagieren, dass man offen die Partei der Konterrevolution zu der seinen macht. Da stellen wir die Frage: Wie ist es möglich, dass Kommunisten zu einer solchen Stellungnahme gelangen können? Bevor ich auf die Frage der Nation, auf dieses Hauptproblem, näher eingehe, muss ich noch einige Bemerkungen über die Art und Weise machen, wie sich die Hamburger Genossen den Krieg gegen das Ententekapital eigentlich denken, unter welchen Voraussetzungen er geführt werden soll. Sie wissen ja, dass sich in der ersten kommunistischen Adresse die Wendung befindet, dass unter der Voraussetzung, dass die deutsche Bourgeoisie sich der neuen kommunistischen Ordnung unterwirft, ein sogenannter revolutionärer Burgfrieden Platz greifen soll. (*Zuruf: Ist nicht der Fall!*) Dann müsste jetzt eine neue Ausgabe erschienen sein. In dem mir vorliegenden Exemplar steht das klar und deutlich. Ich kann die Stelle ja auch verlesen. Hier steht:

„Unter der Voraussetzung, dass die Bourgeoisie die vom Proletariat vollzogene Machtergreifung anerkennt, wäre die proletarische Diktatur an der Aufrichtung eines revolutionären Burgfriedens für die Zeit des Krieges nach außen nicht minder interessiert wie im umgekehrten Verhältnis weiland Wilhelms II.“

Was bedeutet ein solcher revolutionärer Burgfrieden? Er bedeutet, dass man den positiven Gedanken des Sozialismus zurückstellt gegenüber dem Gedanken der gemeinschaftlichen Verteidigung Deutschlands gegenüber der Entente. Das wesentliche der Hamburger Gedankengänge ist nicht, dass wir jetzt den Kommunismus verteidigen, sondern das Deutschland als neu geschaffene Nation, die mit der Machtergreifung des Proletariats erst ihren Ausdruck erhält. Es ist die Rede, und nicht nur einmal, von dem Kampf gegen die Fremdherrschaft, der aufgenommen werden muss im Augenblick des revolutionären Burgfriedens mit der Bourgeoisie. Was bedeutet dieser Kampf? Nichts anderes, als dass alle diejenigen nationalistischen Instinkte im Proletariat der Ententeländer entfesselt werden, auf die sich der Sozialismus der alten Sozialdemokratie stützen kann, wenn er mit demselben Nationalismus antworten sollte. Ich möchte hinweisen auf die augenblickliche Situation, auf den Polenkrieg. Wenn Russland heute sich eine gewisse Beschränkung Polen gegenüber auferlegt, so tut es das auch nicht zuletzt in der Befürchtung, dass ein allzu aggressives Vorgehen gegen Polen das polnische Volk in den nationalistischen Taumel hineinreißen würde. Das ist es auch, was wir gegenüber diesem Standpunkt betonen müssen. Aber nicht nur, dass der Gedanke des revolutionären Burgfriedens dem Nationalismus alle Ventile öffnet, etwas schlimmeres noch kommt in Frage: Unter welchen Voraussetzungen wohl würde sich die deutsche Bourgeoisie veranlasst sehen können, ihrerseits von einem Bürgerkriege gegen die proletarische Diktatur Abstand zu nehmen? Stellen Sie sich einmal die Situation klar vor Augen. In Deutschland ist das Proletariat zur Macht gelangt, das deutsche Proletariat sieht sich vor der Notwendigkeit, seine errungene Position gegenüber dem Ententekapital zu verteidigen. In dieser Situation erklärt sich die deutsche Bourgeoisie angeblich bereit, für die proletarische Diktatur mitzukämpfen gegen das Ententekapital. Welche politische Bedeutung hätte wohl ein solcher Krieg des deutschen Proletariats gegenüber dem Ententekapital? Welches politische Ziel würde ein solcher Krieg, der ja von den Hamburger Genossen als Klassenkampf bezeichnet wird, wohl verfolgen müssen? Er könnte sich doch, als Klassenkampf gedeutet, nicht damit begnügen, den Kommunismus in Deutschland zu verteidigen, er musste vielmehr das grolle Ziel verfolgen, auch den Kapitalismus in den Ententeländern zur Niederwerfung zu bringen. (*Sehr gut*). Sonst wäre es ja nur ein



Krieg, der mit rein negativen Zielen geführt würde. Wenn man diesem revolutionären Kriege eine solche Bedeutung beimisst, so muss er auch ein positives Ziel haben, und zwar das Ziel, den Kommunismus auch in die Ententeländer zu tragen. Wenn die Hamburger von dieser Voraussetzung ausgehen, sollte man dann wohl vom deutschen Bürgertum erwarten, dass es sich neben der Niederwerfung seiner selbst, neben der Ausschaltung des deutschen Kapitalismus noch engagieren ließ für die restlose Vernichtung des Weltkapitals? (*Sehr gut!*) Dass es sich gebrauchen ließ für die vollständige Aufrichtung des Weltkommunismus? Etwas derartiges von der deutschen Bourgeoisie erwarten zu wollen, geht wohl doch nicht an. Man soll seinen Gegner nicht für so dummhalten, dass er an seinem eigenen Selbstmord arbeitet.

Was bedeutet es, wenn man auf der einen Seite den Gedanken des revolutionären Volkskrieges vertritt und andererseits den Bürgerkrieg in jener Situation für konterrevolutionär erklärt, und alles tut, um den Gedanken des Bürgerkrieges zu diskreditieren? Wir wissen wohl alle, dass wir nicht begeisterte Anhänger des Bürgerkrieges sind. Wir wären wohl alle herzlich froh, wenn man den Kommunismus auf möglichst unblutige Weise verwirklichen könnte. Welche Bedeutung hat der Bürgerkrieg? Es kann sich für uns nicht darum handeln, ob wir den Bürgerkrieg für schädlich oder nützlich halten, für uns steht die Frage so: kommen wir ohne Bürgerkrieg zum Sozialismus? kommt man ohne Kampf zum Sieg? Wir sagen, es wird der größte Bürgerkrieg sein, den die Weltgeschichte je gesehen hat.

Ohne mich weiter über die Notwendigkeit oder die Nützlichkeit dieses Gegenstandes aufhalten zu wollen, möchte ich lieber untersuchen, aus welchen Ursachen und Gründen heraus die Stellungnahme gegenüber dem revolutionären Volkskrieg und dem revolutionären Burgfrieden von Seiten der Hamburger erfolgt. Ich musste eigentlich hier zurückgehen auf das, was in Hamburg während des Krieges geschrieben worden ist. Es würde mir widerstreben, darauf einzugehen, und ich würde es auch unterlassen, wenn die Hamburger nicht selbst sich auf ihre Stellung während des Krieges berufen haben würden, auf ihre Stellung gegenüber der Politik des Spartakusbundes, der die Soldaten zum Verlassen der Front aufgefordert hatte, - die Hamburger nennen das die Erdolchung der Front. Hier machen sie dem Spartakusbund gerade das zum Vorwurf, was sein Hauptverdienst bedeutet, dass er dem konterrevolutionären Instrument der deutschen Armee wenigstens versuchsweise das Genick gebrochen hat. Ich könnte Ihnen hier verschiedene Stellen zitieren, verzichte aber darauf. Wir berufen uns nicht auf Lenin, wenn es dennoch geschieht, so nur darum, weil die Hamburger sich fälschlicherweise auf ihn berufen haben. Lenin steht in dieser Frage vollkommen auf unserem Standpunkt. Man sollte doch einem Paul Levi nicht die Heldenrolle zumuten, die man ihm zugemutet hat. Levi war doch nur der junge Mann der Rosa. Wenn es in den Angriffen immer Levi heißt, so glaube ich, dass diese Angriffe gar nicht Levi gelten, sondern vielmehr Liebknecht und Rosa Luxemburg, die eben diese Politik des Spartakusbundes, die notwendige Zertrümmerung des imperialistischen Heeres, zu der ihrigen gemacht haben.

Wie ist es möglich, dass Laufenberg und Wolffheim überhaupt in diesen Dingen eine so total verschiedene Auffassung von der unsrigen bekunden? Wenn wir uns so fragen, so kommen wir damit auf das Kernproblem des Hamburger Kommunismus überhaupt. In der Schrift „*Kommunismus gegen Spartakismus*“ wird es offen zugegeben, dass man in Hamburg die Nation zum Ausgangspunkt der Politik erhebt, dass man also den Gedanken der Nation für den wichtigsten hält, der maßgebend sein soll für die Politik des deutschen und des internationalen Proletariats. Wie steht es damit? Ich möchte erinnern, dass die feudalistische Geschichtsperiode von Nation in ihrem Bewusstsein sehr wenig aufzuweisen hatte. Der Feudalismus kannte nicht diese geschlossenen Nationalstaaten, wie sie nachher im Laufe der Geschichte zur

Verwirklichung gelangt sind. Ich erinnere nur an das deutsche Mittelalter; nichts war da, was irgendwie auf die Entwicklung einer nationalen Geschlossenheit und Einheit damals schon hinweisen könnte. Ich erinnere an die Kämpfe in Italien, die zwischen den einzelnen Oligarchien stattgefunden haben, und erst in der Entwicklung des Kapitalismus, im Auftauchen des Bürgertums in der Geschichte zeigt sich die Tendenz nationaler Einigung und Freiheit. Die große revolutionäre Bewegung des 17. Jahrhunderts in England und die große französische Revolution 1789, sie stellten als den Abschluss der gesamten revolutionären Bewegung die Begründung einheitlicher Nationalstaaten fest. Wir ersehen daraus, dass die Errichtung der Nation eine Angelegenheit, und zwar eine ureigene Angelegenheit der bürgerlichen Welt gewesen ist. Aus der Errichtung der Nationalstaaten, die eine Notwendigkeit war im Interesse der kapitalistischen Produktionsweise, weil der Kapitalismus für seine Entfaltung großer einheitlicher Wirtschaftsgebiete bedurfte, zeigte sich im Bewusstsein der Völker die erste Regung des Nationalismus. Die große Tat des französischen Bürgertums bestand eben in der Erklärung als Nation. Das aber ist ein Moment, das ausschließlich bürgerlichen Charakter trägt. Wie stellt sich nun das Proletariat gegenüber dem Gedanken der Nation? Das ist unsere Frage. Sie beschäftigt nicht nur uns jetzt, sie hat auch den Sozialismus in seinem Anfangsstadium beschäftigt und zwar noch ganz anders als heute, allerdings jenen Sozialismus, den wir als den wissenschaftlichen bezeichnen, der von Marx und Engels begründet ist. Die beiden Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus haben sich sehr eingehend mit diesem historischen Problem befasst. Sie sind mit Leidenschaft eingetreten für die Einheitsbestrebungen Italiens, Deutschlands, Polens u.s.w. Aber sie haben es getan aus dem Gesichtspunkt, dass die nationale Einigung ein historisch fortschrittliches Moment bedeutet. Sie haben es getan in jenen Zeiten, wo eben der Kapitalismus erst in den Anfängen seiner Entwicklung war, wo die Schaffung nationaler Staaten die Voraussetzung werden musste, damit das Proletariat auf den Plan der Geschichte treten könnte. Eine andere Frage ist die, ob für uns heute dieser Gedanke noch eine Rolle spielen darf. Die Zeit der nationalen Einheits- und Freiheitsbestrebungen war meines Wissens mit dem Jahre 1871 für Westeuropa abgeschlossen. Von diesem Zeitpunkt an sehen wir in Westeuropa – und Deutschland muss dazu gerechnet werden – bereits, wie der Kapitalismus mehr und mehr dazu kommt, die nationalen Schranken zu durchbrechen mit seiner Kolonialpolitik, wir sehen, wie der Gedanke des Imperialismus auf die Tagesordnung gesetzt wird. Alle kapitalistischen Länder treiben von jetzt an imperialistische Politik. Der Kapitalismus zeigt die Tendenz, dass er über die nationalen Schranken hinausweist, dass er große Wirtschaftssyndikate bildet, die sich gar nicht mehr um die nationalen Tendenzen kümmern. Wenn das Bürgertum heute kein Interesse besitzt für diesen Nationalismus, wenn es ohne jeden Skrupel zur Tagesordnung übergeht, um seine wirtschaftlichen Interessen zu verfolgen, wieviel weniger hat dann das Proletariat ein Interesse daran, sich in irgend einer Weise für den Nationalismus zu engagieren? *(Sehr richtig!)*

Wir stehen heute, weltpolitisch betrachtet, in einer Situation, die zweifellos einer Entscheidung zutreibt. Die Existenz der russischen Regierung nötigt das Ententekapital immer wieder, seine Truppen gegen Russland anstürmen zu lassen. Es nötigt auch das internationale Proletariat, restlos einzutreten für den internationalen Klassenkampfgedanken.

In einer Situation, in der es sich nicht mehr darum handelt, dass die englische Arbeiterklasse sich in Lohnstreitigkeiten einlässt, sondern wo sie heute bereits vor die Aufgabe gestellt ist, Weltpolitik zu treiben, in einer Situation, wo das Weltkapital sich absolut einheitlich organisiert gegen das internationale Proletariat, können und dürfen wir nicht die wahnsinnige Politik des Nationalismus treiben. Ich sage, das ist konterrevolutionär, wie es nicht schlimmer gedacht werden kann. *(Zuruf: Wo steht denn das? Erneuter Zuruf: Bei Marx!)*

Wer das nicht glaubt, braucht sich nur die letzten Nummern der Hamburger *K.A.Z.* anzusehen. (*Zuruf: Welche Artikel?*)

Jeden Artikel! Wenn wir das Thema Nation behandeln, so ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, dass wir nicht daran denken, die Existenz der Nation zu leugnen. Das ist uns nicht eingefallen, und ist nirgendwo geschrieben worden. In der Broschüre Nation und Internationale ist gesagt worden, dass auch noch Rassenprobleme existieren können. Durch ein Dekret können solche Fragen nicht erledigt werden, auch nicht durch Parteitagsbeschlüsse. Wir denken nicht daran, auf diesem Wege Probleme lösen zu wollen. Aber der Parteitag hat eine klare Stellung einzunehmen.

Ich sagte, dass wir niemals die Existenz der Nation verleugnet haben. Darum aber handelt es sich auch garnicht, sondern vielmehr darum, ob man das Moment der Nation heute zum Gegenstand proletarischer Politik macht. Dagegen legen wir Verwahrung ein. Indem man heute das Moment Nation in die Debatte wirft, macht man die ganze Arbeit des Sozialismus zunichte. Es war soweit, dass sich das Proletariat dessen bewusst war, dass es international sei. Es sagte sich, wir haben gemeinsame Interessen gegen den Kapitalismus. Durch solche Momente wird diese Arbeit wieder sabotiert und es werden die nationalen Tendenzen erst recht dadurch in ihrer ganzen besonderen Stärke zur Entwicklung gebracht. Dagegen verwahren wir uns entschieden. Hat denn der wissenschaftliche Sozialismus, zu dem wir uns noch bekennen, seine Stellung gegenüber der Nation auch so verfochten, wie die Hamburger es heute tun? [*Zuruf W. (Wolffheim) - Hamburg: Jawohl!*] Ich bin anderer Auffassung. Marx und Engels haben gewiss das nationale Moment berücksichtigt, heute aber darf es keine Rolle mehr spielen. Vielleicht kann mir jemand sagen, ob in der gesamten Literatur davon die Rede gewesen ist, dass man das Moment der Nation zum Hauptfaktor der proletarischen Politik machen soll. [*Zuruf H. (Happ) - Hamburg: Das Kommunistische Manifest!*] Das Manifest fängt damit an, dass jede Geschichte die Geschichte von Klassenkämpfen ist. Gerade Marx hat diesen Gedanken gegenüber dem Utopismus so scharf erkannt. Worin besteht denn überhaupt die Entwicklung von der Utopie zur Wissenschaft? Der Utopismus wurzelt in dem Gedanken, dass man glaubt, die Bourgeoisie, das Bürgertum durch die Argumente der Gerechtigkeit und der Moral überzeugen zu können für die Idee des Sozialismus, dass eine Interessengemeinschaft besteht zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie. Da sind es Marx und Engels, die den scharfen Klassenkampfgedanken prägen. Er bildet den Grundsatz des wissenschaftlichen Sozialismus. Natürlich gibt es von Natur aus Nationen. Das ist selbstverständlich. Wir behaupten nur, dass der Gedanke des Klassenkampfes weit stärker werden muss als der Gedanke der Nation, dass er den nationalen Rahmen sprengen muss, wenn das Proletariat zum Siege gelangen will. [*Zuruf W. (Wolffheim) - Hamburg: In der logischen Fortentwicklung!*] Wenn sich Laufenberg und Wolffheim darauf berufen, dass man anknüpfen müsste an den Punkt der Geschichte, wo das Bürgertum nicht weiter gelangt ist, also an den Punkt, wo die deutsche bürgerliche Revolution an einem Haltepunkt angelangt war, wenn wir heute verpflichtet sein sollen, diesen Gedanken zu Ende zu führen, dann ist das purer Unsinn. Es ist unhistorisch gedacht. Die Geschichte hat ja bewiesen, dass sie andere Wege eingeschlagen hat. Der Imperialismus hat bewiesen, dass das Bürgertum gar nicht mehr daran denkt, in Nationalismus zu machen. Deshalb schon kann gar nicht die Verpflichtung bestehen, die verunglückte bürgerliche Revolution von 1848 weiter zu führen.

Ich komme zum Schluss. Heute, in einer Situation, in der alles darauf ankommt, den Gedanken des internationalen Klassenkampfes so scharf wie möglich zu formulieren, wo Sowjetrussland vom Ententekapital bedroht ist, wo das internationale Proletariat eine einheitliche Front schließen muss, um der gewaltigen Macht des Weltkapitals

eine ebenso gewaltige Macht des internationalen Proletariats entgegen zu stellen, müssen wir rücksichtslos alle diejenigen Tendenzen bekämpfen, die geeignet sein könnten, das Proletariat von seinem Wege abzulenken. Das Proletariat darf heute unter keinen Umständen wieder dahin gebracht werden, dass es auch nur den Gedanken eines Kompromisses mit dem Bürgertum verfiel. Zwischen dem absterbenden Kapitalismus und der Entwicklung der proletarischen Revolution gibt es keinerlei Kompromisse. Hier gibt es nur den Kampf bis zur Entscheidung. Darum halte ich es und meine Berliner Freunde für eine Notwendigkeit, dass wir gegenüber dem Nationalkommunismus eine klare Stellungnahme verfolgen. Es muss klar entschieden werden darüber, was als Kommunismus zu verstehen ist und was nicht. Die Partei befand sich bei ihrer Gründung vor einer so glänzenden Situation. Überall strömten uns die Massen zu. Wir hatten alle Aussichten, die Partei gut zu organisieren. In diesem Augenblick überraschte man uns aus Hamburg mit diesem Streitobjekt: *Kommunismus gegen Spartakismus*. Das hat uns mehr geschadet, als wir heute noch aufzubauen in der Lage sein werden. Darum ist es eine Notwendigkeit, dass dieser Streit ausgefochten wird bis zur letzten Konsequenz. Das verkehrteste wäre, dass man sich wieder auf einen faulen Kompromiss einigt. Wenn wir das tun, werden wir die Kämpfe wieder von neuem erleben. Die Partei als solche muss klar aussprechen, wie sie zu diesen Dingen steht. Sie muss ein Programm annehmen, sie muss Richtlinien aufstellen, die entweder angenommen werden oder aber nicht. Etwas Positives muss festgelegt werden. Und dann muss hier ausgesprochen werden, dass alle diejenigen, die sich dann zum Programm nicht bekennen wollen, innerhalb der Partei nichts mehr zu suchen haben.

Ich habe mir erlaubt, einige Leitsätze auszuarbeiten, die folgendermaßen lauten:

#### LEITSÄTZE ÜBER NATION UND KLASSENKAMPF

1. Die Epoche des Feudalismus kennzeichnet sich durch den Mangel eines im Rahmen der Nation einheitlich organisierten Staatsganzen, was gleichbedeutend war mit dem Fehlen einer entsprechenden nationalen Ideologie. (Oligarchie der Fürsten in Deutschland, Italien, Frankreich, England, usw.)
2. Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise bildet sich mehr und mehr die Notwendigkeit großer einheitlicher Wirtschaftsgebiete heraus. Die Kämpfe des englischen und französischen Bürgertums im 17. und 18. Jahrhundert endigen mit der Aufrichtung von einheitlich in sich geschlossenen Nationalstaaten, in denen das Bürgertum die gesetzgebenden und verwaltenden Funktionen übernimmt. Das Bürgertum als herrschende Staatsmacht entwickelt aus sich heraus den Gedanken der nationalen Einheit und Freiheit. Somit ist ideologisch betrachtet die Nation ein Produkt der bürgerlichen Welt, geboren aus den ökonomisch-politischen Interessen der kapitalistischen Gesellschaftsstruktur.
3. Wie verhält sich demgegenüber das Proletariat in seinem Bestreben um die ökonomische Befreiung aus der Sklaverei des Kapitalismus? In den Ländern, wo die Bourgeoisie im Begriff steht, den nationalen Einheitsstaat zu begründen im Interesse der vollen Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise, wird das Proletariat gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen den herrschenden Föderalismus kämpfen, wobei jedoch gleichzeitig die besonderen politischen und ökonomischen Ziele scharf hervorgehoben werden müssen. Diese Epoche war für Deutschland und das gesamte Westeuropa mit dem Jahre 1871 abgeschlossen. Von diesem Zeitpunkt an beginnt die Periode der vollen kapitalistischen Entwicklung, die an der Wende des Jahrhunderts bereits die Formen des IMPERIALISMUS annimmt.

4. In dem Stadium der Geschichte, wo der Kapitalismus zur vollständigen Entfaltung gelangt, machen sich naturgemäß die KLASSEN-GEGENSÄTZE zwischen Bourgeoisie und Proletariat in VERSCHÄRFTEM MASSE bemerkbar. In diesem Stadium gibt es keine gemeinsamen Interessen mehr zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. Das Proletariat aller Länder schließt sich mehr und mehr zu einer gemeinsamen Kampffront zusammen gegen die Interessengemeinschaft des Kapitalismus.

5. Das gilt in höchstem Grade für die gegenwärtige Epoche, wo inmitten der weltrevolutionären Entwicklung die EXISTENZ DER RUSSISCHEN SOWJETREPUBLIK das gesamte Weltkapital zu gemeinsamen Aktionen gegen das siegreiche russische Proletariat veranlasst. In dieser historischen Situation erwächst dem deutschen Proletariat gemeinsam mit dem Proletariat aller Länder die Pflicht, den Kampf gegen das Weltkapital auf INTERNATIONALEM MAßSTAB mit Aufbietung aller Kräfte in Angriff zu nehmen. Der Kampf gegen das Weltkapital wird wirksam geführt durch den rücksichtslosesten Klassenkampf gegenüber der deutschen Kapitalistenklasse, als den Handlangern des Ententekapitals. Die vollständige Niederwerfung der deutschen kapitalistenklasse ist die VORAUSSETZUNG FÜR DIE ERFOLGREICHE AUSEINANDERSETZUNG mit dem Entente-kapital. Darum gelten alle Bestrebungen für konterrevolutionär, die darauf hinzielen, das deutsche Proletariat für eine Kampfgemeinschaft mit dem Bürgertum in Form des NATIONALEN AUFSTANDES gegen die Entente zu engagieren. Als konterrevolutionär müssen auch Bestrebungen gelten, die darauf gerichtet sind, nach dem Siege der proletarischen Revolution auf den unvermeidlichen Bürgerkrieg zu verzichten zugunsten eines sogenannten revolutionären Volkskrieges gegen die Entente. Aufgabe des siegreichen Proletariats ist in erster Linie die NIEDERHALTUNG DER EIGENEN BOURGEOISIE. Ein etwa notwendig werdender Kampf gegen das Ententekapital bedeutet den gleichzeitigen Kampf gegen die mit jenen durch gleiche Interessen verbundene deutsche Kapitalistenklasse. Jede Art von NATIONALEM BOLSCHEWISMUS muss daher von einer revolutionären Partei grundsätzlich verworfen werden. Bestrebungen nationalbolschewistischen Charakters haben keinen Platz in der K.A.P.D. Die K.A.P.D. bekennt sich zum SCHÄRFSTEN KLASSENKAMPFSGEDANKEN im Interesse der Revolution des deutschen und internationalen Proletariats. Die Organisation der Internationale besteht nicht in der FÖDERATION DER NATIONEN, sondern in dem internationalen Zusammenschluss der KLASSENORGANISATIONEN DES PROLETARIATS zu dem einzigen Zweck des AUFBAUES EINER KOMMUNISTISCHEN WELT.

Das ist die Linie, die wir gehen müssen, wenn wir den Interessen der Revolution gerecht werden wollen. Die Genossen Laufenberg und Wolffheim sind im Irrtum, wenn sie glauben, dass sie etwas Neues gebracht haben. Die Wirkung ihrer Ideen ist nur die, dass wir in die vormarxistische Epoche zurückgeworfen werden. Dagegen müssen wir kämpfen im Interesse des internationalen Proletariats. (*Bravo!*)

\*

Es folgt nunmehr der Bericht der Mandatsprüfungskommission: Die Mandate sind geprüft. Es vertreten: Berlin 12.000, Nord 3.000, Altona 953, Sachsen-Anhalt 1.400, Nordwest 1.000, Pommern 1100, Niedersachsen 1.200, Ostsachsen 3.100, Ostpreußen 1.500, Rheinland-Westfalen 5.500, Frankfurt a/M. 1.000, Zwickau 200, Mitteldeutschland 3.200, Besetzte Zone 2.500, Spandau-Osthavelland 1.000. Somit sind 44 stimmberechtigte Delegierte auf dem Parteitag vertreten.

Es entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte um die beiden Mandaten von Altona als der Opposition von Hamburg, während der die inneren

Angelegenheiten des Bezirks Nord zum Austrag kommen. Schließlich werden die 3 Mandate des Bezirks Nord und 1 Mandat der Opposition (*nachdem die Opposition auf 1 Mandat freiwillig verzichtet hat*), mit 21 gegen 12 Stimmen anerkannt.

L. (LEWINSOHN) - Dresden: beantragt nochmalige getrennte Abstimmung. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

R. (RASCH) - Berlin: Es folgt dann die Abstimmung über den Antrag der Mandatsprüfungskommission, 1. die drei Hamburger Mandate anzuerkennen. (Mit 15 gegen 2 Stimmen angenommen.) Die drei Hamburger Mandate sind somit gültig. 2. Ein Mandat der Opposition anzuerkennen. (*Mit 25 gegen 11 Stimmen angenommen.*) Ein Mandat der Opposition ist somit auch gültig.

W. (WOLFFHEIM) - Hamburg: Nach dieser Abstimmung erkläre ich, dass die Berliner Genossen es entschieden abgewiesen haben würden, wenn wir beansprucht haben würden, den Genossen W. (WENDEL) - Berlin zuzulassen.

Schi. (SCHILLER) - Berlin: Ich stelle fest, dass in Berlin keine besondere Organisation besteht wie in Hamburg. Das ist der Unterschied zwischen Hamburg und Berlin.

R. (RASCH) - Berlin: Zum Korreferat über das Thema Nation und Klassenkampf erteile ich nunmehr dem Genossen L. -Hamburg das Wort.

L. (LAUFENBERG) - Hamburg, Korreferent: Die Abstimmung, die eben stattgefunden hat, war, darüber wird wohl kein Zweifel bestehen, eine Abstimmung grundsätzlicher Art. Und dass sie das sein sollte, geht hervor aus einer einfachen Tatsache. Das Organisationsstatut der Partei bestimmt, dass 4 Wochen vor dem Parteitage den Ortsgruppen und Bezirken Anträge grundsätzlicher Art zugegangen sein müssen, damit die Bezirke dazu Stellung nehmen können. Wir sind hier genauso wie in Heidelberg von dem Vertreter des Zentralausschusses mit der Vorlegung einer Prinzipienklärung bedacht worden, die den Ortsgruppen nicht vorgelegen hat, zu der sie keine Stellung haben nehmen können, und in der zum Schlusse ganz ausdrücklich ausgesprochen wird, dass derjenige, der dieser Prinzipienklärung nicht zustimmen kann, sich aus der K.A.P.D. zu verfügen hat. Die Absicht ist sowohl in den Worten wie in der Erklärung klar und deutlich ausgesprochen worden. Der Parteitag soll über die Spaltung beschließen, nachdem man es durch die Nichtvorlegung einer Erklärung verstanden hat, eine Stellungnahme der Ortsgruppen über diese Frage zu verhindern. Das ist klar die Situation, wie sie besteht, mit ihr haben wir uns abzufinden. Man hat die prinzipielle Abstimmung vorweg genommen, ähnlich wie in Heidelberg. Die K.P.D. ist an ihren Methoden zugrunde gegangen; wer den politischen Schaden der Vorgänge hier zu tragen haben wird, das werden wir abwarten; wir können den Dingen ganz ruhig entgegensehen.

Es liegt hier eine Anweisung des Moskauer Exekutiv-Komitees vor, bestimmte Personen aus der K.A.P. zu entfernen. Diese Weisung stellt an und für sich eine Ungeheuerlichkeit dar. Denn wann wäre es jemals erhört gewesen und wann dürfte es jemals erhört sein, dass eine Instanz versucht, - eine Instanz, die im Ausland sitzt und ausländische Verhältnisse vor Augen hat, die Politik und Taktik einer revolutionären Partei in einem anderen Lande entscheidend und maßgebend zu bestimmen? Das ist ein Unding und so ist eine solche Weisung eine Ungeheuerlichkeit. Umsoweniger sollte man vor der sachlichen Klärung sich zu Beschlüssen veranlasst fühlen, die die sachliche Klärung vorausnehmen. Wenn hier gesagt worden ist, dass in der Hamburger Ortsgruppe eine große Opposition bestehe, so will ich versuchen, den Genossen, die diese Erklärung hier abgegeben haben, die

Illusion zu rauben. Wie es in Hamburg aussieht, das wissen wir sehr wohl. Man komme doch nach Hamburg und sehe sich an, wo denn die politische Führung den großen Massen der Stadt gegenüber liegt. Bei der Opposition liegt sie nicht. Darauf dürfen Sie sich verlassen.

Wenn wir uns dagegen verwehren, dass eine ausländische Instanz die Politik und Taktik unserer Partei hier bestimmt, so verwehren wir uns nicht minder dagegen, dass ein zentraler bürokratischer Ausschuss der Partei sich herausnimmt, über die Politik und Taktik der einzelnen Landesbezirke zu bestimmen. Nicht der Zentral-Ausschuss ist berufen dazu, auf die Propaganda der Bezirke einen bestimmenden Einfluss auszuüben. Wir stehen auf dem Standpunkt, dass über ihre Propaganda und über ihre Taktik die einzelnen Wirtschaftsbezirke selbst autonom zu bestimmen haben. Das ergibt sich schon aus der einfachen Tatsache, dass bis heute ein Parteiprogramm nicht besteht, Grundlinien nicht festgelegt sind. Wir in Hamburg und auch der ganze Bezirk Nord haben es abgelehnt, sich auf den Boden des Programmentwurfs zu stellen, der uns vorgelegt worden ist, und zwar aus dem Grunde, weil dieses Programm die Bewaffnung der politisch organisierten Arbeiterschaft ausspricht, also den Grundsatz der Parteibewaffnung enthält und damit auf dem Boden des Spartakusbundes steht. Wenn man diese Bestimmung aufnehmen wollte, dann wäre keine Veranlassung gegeben, sich überhaupt vom Spartakusbund zu trennen.

Wir stehen auf dem Standpunkt der Bewaffnung der Arbeiterklasse, nicht der Bewaffnung einer einzelnen Partei. Wir sind allerdings der Meinung, dass eine Bewaffnung nach Parteien, wenn es sich um die Machtergreifung des Proletariats handelt, nicht in Frage kommen kann. Der Standpunkt, den die Hamburger Organisation einnimmt, ist niedergelegt in einer Anzahl von Richtlinien, die der Aktionsausschuss der Ortsgruppe Hamburg herausgegeben hat. Wir sagen zunächst - und da ergibt sich allerdings ein grundlegender Unterschied zwischen unserer und des Referenten Auffassung - die Parteien als Gebilde der bürgerlichen Demokratie sind bestimmt, mit dieser zu verschwinden. Der Zersetzungsprozess, der heute durch die Organe der bürgerlichen Demokratie geht, geht auch durch die Parteien. Mit dem Beginn der proletarischen Revolution hört die Partei auf, ein brauchbares Mittel im proletarischen Klassenkampf zu sein. Die Partei ist ein Gebilde der bürgerlichen Epoche. Sie ist die Grundlage der bürgerlichen Demokratie und des bürgerlichen Parlaments. Das Parlament wirkt durch das Mittel der Parteien. Die Partei ist dazu bestimmt, Macht auszuüben, teilzunehmen an der Herrschaft des Staates.

Von diesem Augenblicke an, wo die bürgerliche Periode überwunden wird, wo die proletarische Revolution auf die Tagesordnung gesetzt wird, ist die Partei kein brauchbares Mittel der Arbeiterklasse mehr. Solange der bürgerliche Staat unerschüttert dasteht, solange nicht daran zu denken ist, ihn zu überrennen, solange hat die Arbeiterklasse kein anderes Mittel, um ihren politischen Einfluss auszuüben, als sich der Partei zu bedienen. Wo es sich um den Umsturz dieser kapitalistischen Ordnung handelt, wo das Proletariat darangeht, einen proletarischen Staat aufzurichten, wo die politische Situation derart ist, dass das Proletariat an die Verwirklichung seiner Ziele geht, da hört die Partei auf, ein brauchbares Mittel des Proletariats im Klassenkampf zu sein. (*Widerspruch.*) Sobald das Proletariat in die revolutionäre Situation eintritt, hört auch die Partei auf. Die großen Trennungslinien schneiden sich nicht haarscharf ab. In den Perioden des Übergangs verquickt sich das traditionelle Denken mit den neuen Auffassungen. Ich frage, ob in einem Augenblicke, wenn die Arbeiterklasse an die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft geht, wenn sie die Staatsmacht erobert, sie sich auf ihre große proletarische Masse stützen muss, oder ob überhaupt dankbar ist, dass in einem

solchen Augenblick ein kleiner Splitter das Proletariats es übernehmen kann, seine Anhänger zu bewaffnen und damit die proletarische Revolution durchzuführen. Zweifellos geht das letztere nicht, wer einen derartigen Versuch unternähme, würde an diesem Versuche notwendig scheitern.

Es heißt dann in dann Richtlinien des Hamburger Aktions-Ausschusses:

«Die proletarische Demokratie ist die demokratische Organisation des Proletariats als Klasse. Indem das Proletariat sich inmitten der zerfallenden bürgerlichen Gesellschaft als Klasse konstituiert, erschafft es das Fundament eines neuen Staates. In dieser Übergangsepoche kann die Aufgabe der Kommunisten nicht darin bestehen, sich als Partei zu organisieren, sondern sie kann nur darin bestehen, durch propagandistische Tätigkeit und Teilnahme an allen Aktionen der proletarischen Revolution diese über die ihnen von dann Parteien gesteckten Ziele hinauszutreiben und gegenüber den Sonderinteressen der Parteien das allgemeine Klasseninteresse des Proletariats zu wahren».

R. (RASCH) - Berlin: (*unterbrechend*) Das gehört aber doch zum Thema Programm.

L. (LAUFENBERG) - Hamburg: (*fortfahrend*) Das zeigt, wie wenig es der Zentral-Ausschuss nötig befunden hat, sich mit unseren Gedankengängen überhaupt zu befassen. Die neue Staatsgewalt hat sich zunächst auseinander zu setzen mit denjenigen politischen Gebilden, die als Tradition vorhanden sind. Das erste ist also die Abgrenzung zu der Frage einer Parteigründung überhaupt. (*Sehr gut*) In den Richtlinien kommt jetzt sofort das wichtigste: der Betrieb. Es heißt da:

«Der Betrieb als Keimzelle des Produktionsprozesses ist die Zelle der kommunistischen Wirtschaft und des proletarischen Staates. Er vereinigt die Proletarier auf Grund ihrer wirtschaftlichen Funktion und sozialen Klassenlage, unabhängig von ihrer Stellung zu den bestehenden Parteien und Gewerkschaften. Deshalb beginnt die Organisation des Proletariats als Klasse mit der Organisation des Betriebes. Dies ist die Voraussetzung sowohl für den Aufbau der Wirtschaft wie des Staates».

Der Organisation nach Parteien stellen wir gegenüber der Organisation nach Betrieben. Der Betrieb ist die Zelle des Wirtschaftslebens und als solche war er das Fundament der Macht des Unternehmers. Von dieser Zelle geht aus die ganze wirtschaftliche Organisation der Gesellschaft, die ganze Errichtung des proletarischen Staates. Wenn das Proletariat die Unternehmerklasse aus ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht ausschaltet, dann kann es das nur, indem es auf die Betriebe die Hand legt, nicht dadurch, de irgendein politischer Bruchteil einer Partei die Macht ergreift. So geht die wirtschaftliche Neuorganisation vom Betriebe aus, wie in der kapitalistischen Wirtschaft der Betrieb die Hauptsache ist.

Es heißt dann weiter:

«Alle politische Gewalt wurzelt in der Kontrolle über die im Lande vorhandenen Waffen. Der Aufbau des proletarischen Staates setzt die Bewaffnung des Proletariats als Klasse voraus. Die Klassenbewaffnung des Proletariats beginnt mit der Bewaffnung der Betriebe, aus denen die Waffenkommissionen als die untersten Instanzen proletarischer Waffenkontrolle hervorgehen».

Wenn der Betrieb die Zelle ist, dann muss auch dort jener entscheidende Vorgang einsetzen, durch den überhaupt über die Macht im Lande entschieden wird. Derjenige hat die Macht, der über die Waffen bestimmt. Wer die Waffen in der Hand



hat, verfügt über die Gesamtheit. Wenn das Proletariat sich als Klasse bewaffnen soll, dann geht notwendig die Bewaffnung von den Betrieben aus, jene Bewaffnung, die dann zu der Bildung von Waffenkommissionen führt. In diesen bewaffneten Vertretern der Arbeiterschaft repräsentiert sich die bewaffnete Macht der proletarischen Diktatur. Dadurch, dass die Bourgeoisie als wirtschaftliche Macht vernichtet wird, wird die Basis zertrümmert, auf der die wirtschaftlichen Organisationen der Bourgeoisie ruhen. Das Proletariat verwendet nun seine Staatsmacht dazu, um überall die wirtschaftlichen Organisationen der Bourgeoisie zu zerschlagen und um vorzubauen, dass etwa von der Grundlage ihrer wirtschaftlichen Macht aus die Bourgeoisie ihre Macht erneut zurück gewinnt. Ist die Bourgeoisie als Klasse zerschlagen, dann bleiben die einzelnen Mitglieder dieser Klasse als Personen übrig und es erhebt sich die Frage: was geschieht mit diesen einzelnen Personen? Und darauf antworten die Hamburger Richtlinien wie folgt:

„Die einzelnen Glieder der Bourgeoisie werden auf Grund der allgemeinen Arbeitspflicht der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit eingegliedert, womit die Erweiterung des proletarischen Klassenrahmens zum allgemeinen Volksrahmen beginnt und der klassenlosen Gesellschaft der Weg bereitet wird.“

Wie stellt sich die proletarische Staatsmacht zu den Vertretern der Bourgeoisie, zu den Mitgliedern der bis dahin bürgerlichen Berufe? Es sind eine große Anzahl von Berufen, die als bürgerlich angesprochen werden, und deren Vertreter sich zum Teil noch als Mitglieder der bürgerlichen Kreise empfinden. Diese Berufe sind zum Aufbau eines Wirtschaftslebens notwendig.

Auch ein proletarischer Staat kann nicht auskommen ohne Ärzte, Techniker, und Beamte. Soweit diese Berufe in der kapitalistischen Gesellschaft einen kapitalistischen Charakter getragen haben, wird selbstverständlich dieser kapitalistische Charakter zerschlagen und zertrümmert, aber die Einzelpersonen gehen in die neue gesellschaftliche Organisation der Arbeit über. Wenn das Proletariat dadurch, dass es sich als Klasse nach Betrieben bewaffnet, seine Klassenorganisation schafft, sich als Klasse konstituiert, so gehen in diesen Klassenrahmen die Einzelglieder der bis dahin bürgerlichen Berufe über und das Proletariat erweitert auf diese Weise seinen Klassenrahmen zum Rahmen des Volkes. Diese Erweiterung des proletarischen Klassenrahmens zu einem Volksrahmen ist eine einfache staatliche Notwendigkeit. Denn in jeder Gesellschaft, die staatliche Formen trägt, beruht die Organisation auf zwei verschiedenen Richtlinien. Erstens ist es die Organisation und der Aufbau des staatlichen Gerüsts, zum zweiten ist es eine bestimmte Organisation der Gesellschaft des Volkes. Dieser entspricht in jeder Organisation der staatliche Aufbau selbst. Der staatliche Aufbau der bürgerlichen Gesellschaft ist zugeschnitten auf die Interessen der Bourgeoisie, und er entspricht der Volksorganisation, wie sie die Bourgeoisie geschaffen hat. Sie teilt und gliedert nach Geld und Besitz, während die proletarische Organisation nach dem einen Gesichtspunkt ihrer wirtschaftlichen Funktion der gesellschaftlichen Arbeit, die sie leisten, gliedert. So hat das Proletariat nicht genug mit der bloßen Errichtung seiner staatlichen Gewalt; wenn sie Dauer haben soll, muss das Proletariat dazu übergehen, nun die gesamte Gesellschaft nach seinem Bilde zu formen, dass in der Tat für die Gliederung des Volkes maßgebend ist die Frage der gesellschaftlichen Arbeit des einzelnen. Alle politischen Rechte gehen aus von der tatsächlichen Arbeit, die jeder einzelne verrichtet. Wer keine nützliche Arbeit verrichtet, wer sabotiert, ist kraft des Grundgedankens dieser ganzen proletarischen Organisation von jedem Rechte innerhalb dieser Gesellschaft ausgeschlossen. Das Ziel, welches der proletarische Staat verfolgt, ist die Ausschaltung der auf dem Kapitalbesitz gegründeten Gesellschaft. Diese klassenlose Gesellschaft wird in der Weise zu Wege gebracht, dass die einzelnen Personen

zwangsweise oder freiwillig in den proletarischen Volksrahmen eingliedert werden.

Dann heißt es weiter in den Richtlinien:

«Staat und Diktatur sind nicht Selbstzweck, sondern nur notwendige Übel der Übergangszeit zur Schaffung der klassenlosen Gesellschaft, die als Organisation der Selbstverwaltung jede Staatsgewalt überflüssig macht».

Die Errichtung des proletarischen Staates ist kein Endziel der menschlichen Entwicklung. Die staatliche Gewalt wächst hervor aus der Tatsache, dass sich in der menschlichen Gesellschaft auf Grund des Monopols an den Produktionsmitteln verschiedene Klassen herausbilden, während die andere Klasse von diesem Monopol ausgeschaltet ist. Um nun die Wirtschaft unter solchen Formen möglich zu machen, entsteht eine öffentliche Gewalt, und das Proletariat bemächtigt sich dieser öffentlichen Gewalt, um zum ersten Male diese öffentliche Gewalt zu kehren gegen die Minderheit, während der Träger der Gewalt die Mehrheit selbst wird. Aber das ändert nichts an dem Zwangscharakter der Gewalt und daran, dass das Endziel dieser Entwicklung durch die Schaffung der klassenlosen Gesellschaft dahin führt, dass auch diese staatliche Gewalt selbst abstirbt, dass auch sie überflüssig wird.

Es geht dann weiter in den Richtlinien:

«Die Kommunisten lehnen die Beteiligung an allen Teilaktionen des Proletariats ab, die auf eine Stützung des bürgerlichen Staates gerichtet sind und die nur dazu dienen, den Todeskampf der alten Gesellschaft und die Geburtswehen der neuen zu verlängern».

Als eine solche Teilaktion in diesem Sinne betrachten wir den Parlamentarismus.

Es heißt dann weiter:

„Die Grundlage jeder entwickelten kommunistischen Wirtschaft ist die wirtschaftliche und kulturelle Volksgemeinschaft, durch deren Vereinigung mit allen Volksgemeinschaften die Weltkommune entsteht. Die Kommunisten widerstreben jeder Zerreißung von Völkern durch willkürlich im Sonderinteresse einzelner Schichten aufgerichtete Staatsgrenzen. Die kommunistische Revolution zertrümmert alle willkürlich aufgerichteten Staatsgrenzen der Vergangenheit, wie sie sich gegen alle Bestrebungen der Gegenwart richtet, ganze Völker oder Teile von ihnen unter die Gewalt der herrschenden Klasse anderer Völker zu bringen, ihre Länder in Interessensphären oder Kolonien zu verwandeln.»

Ein paar Worte zu den Ausführungen des Referenten. Er hat uns darauf hingewiesen, dass die bürgerliche Epoche den nationalen Staat schafft und dass die Schaffung des nationalen Staates ein ausschließliches Kennzeichen dieser Epoche sein wird. Es ist richtig, dass die bürgerliche Periode auf ihr Banner schreibt die Schaffung des nationalen Staates. Das Wort Nation bedeutet in seiner Obersetzung Landsmannschaft. Die Zusammenfassung der Landsmannschaften eines Volkes zu einem Staate und damit zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet, das war das Ziel der bürgerlichen Revolution, der bürgerlichen Wirtschaftsentwicklung. Das Bürgertum, das gegenüber der Bedarfswirtschaft der Feudalzeit eine auf den Austausch gestellte Wirtschaft schaffen will, ist angewiesen auf den Markt. Die Schaffung dieses Marktes, der unter einheitlicher Verwaltung steht, auf dem der Austausch sich unter bestimmten Beziehungen vollzieht, mit einheitlicher Verkehrssprache, ist das Ziel der bürgerlichen Entwicklung. Sie ist aber nicht

imstande, dieses Ziel auch tatsächlich zu erreichen und zu verwirklichen. Wo immer man heute über die Welt blickt: es besteht kein einziger nationaler Staat, selbst Frankreich ist als solcher nicht anzusprechen. Frankreich unterhält wohl ausschließlich Teile des französischen Volkes. Aber dieses Volk ist im Staate nicht vereinigt. Ausgeschlossen sind die belgischen Teile. Da zeigt sich überall dasselbe: der bürgerliche Staat, der als Ziel die Errichtung des Nationalstaates hat, ist nirgendwo ein nationaler Staat. Er bleibt ein Staat der Nationalität. Die bürgerliche Entwicklung kommt nicht über die Entwicklung einer Nationalität hinaus. Dieselbe bürgerliche Entwicklung ist gezwungen, die Völker fortgesetzt zu vergewaltigen, zu zerreißen; denn der Kampf um die Märkte tobt zwischen den verschiedenen Bourgeoisien der verschiedenen Länder. So kommt es, dass die Bourgeoisie der Randgebiete ständig versucht, eine andere Nation ihrem Staate einzugliedern, dass sie versucht, ausschlaggebende Wirtschaftsgebiete in ihren Staat hinein zu beziehen. Dieser Kampf der Bourgeoisien zerreißt fortgesetzt die Völker, erlasst es zur Bildung einer Nation nicht kommen. Er schafft Bruchteile vollständig verschiedener Nationen in einem staatlichen Rahmen zusammen, er schafft den Nationalitätenstaat. Das Wesen der Nationalität beruht darin, dass die Interessen des Volkes von einer schmalen Oberschicht vergewaltigt werden können, dass die Völker zerrissen und zerspalten werden wegen der Interessen dieser herrschenden bürgerlichen Klasse. So sehen wir, dass die bürgerliche Entwicklung zur Schaffung des nationalen Staates vollständig unfähig ist. Wo sie aus dem Rahmen ihrer Epoche herausgeht, wo es zur imperialistischen Entwicklung kommt, da steigert das Bürgertum diese Tendenzen der Vergewaltigung. Worin besteht denn der Imperialismus? In dem Bestreben des Bürgertums, die Grenzvölker zu vergewaltigen, die Grenzen zu verschieben, die Schlachtfelder immer weiter von den Grenzen wegzurücken. Dieses Bestreben der Bourgeoisie wird fortgesetzt gesteigert. Daraus zu folgern, dass aus dieser Entwicklung der bürgerliche Staat in seiner imperialistischen Form über den nationalen Rahmen geht, und die Nation gewissermaßen aus der Welt schafft, ist doch eine handgreifliche Verkennung der Vorenge im geschichtlichen Leben der Völker selbst. Wann jemals kann eine Frage dadurch aus der Welt geschafft werden, dass man sagt, dass politische Folgen deshalb nicht gelten sollen, weil die Einzelpersonen von den Bourgeoisien vergewaltigt worden sind. Das Argument, das gebraucht worden ist, schlägt gegen denjenigen, der es gebraucht hat. Denn die notwendige Konsequenz ist, dass die kapitalistischen Hemmungen zerschlagen werden, damit die Unterdrückten Freiheit, Luft und Licht zum Leben bekommen. Das ist doch die Konsequenz dieser Gedankengänge, wenn sie richtig ausgelegt würden. Der Referent hat zweierlei mit einander verwechselt. Die kapitalistische Weltentwicklung greift allerdings über den Rahmen des Staates der betreffenden Bourgeoisie hinaus. Aber in dieser imperialistischen Tendenz liegt das Vergewaltigende. Doch die bürgerliche Entwicklung hat noch eine andere Tendenz. Jene Tendenz, in der das Proletariat diese Entwicklung aufgreift, das ist die Entwicklung zur großen Industrie. Man kann diese beiden Punkte nicht mit einander verwechseln. Die Großindustrielle Entwicklung, die das Proletariat aufgreift, hat nichts zu schaffen mit jener Tendenz, wie sie der Kapitalismus aufgestellt hat.

Der Schlußsatz der Richtlinien lautet:

«Die Kommunisten wie die Proletarier aller Länder sind national – wenn auch nicht im Sinne der Bourgeoisie. Ihre internationale Vereinigung dient der Aufrichtung der Weltkommune in der freien Vereinigung freier Nationen».

Diese industriellen Tendenzen bestehen auch in der proletarischen Gesellschaft weiter, und wenn der Kapitalismus, wenn die bürgerliche Welt große Wirtschaftsgebiete geschaffen hat, dann deswegen, weil die Grundlage dieser Gebiete mehr und mehr die großindustrielle Entwicklung geworden ist. Diese Entwicklung

versucht allerdings, einen möglichst großen Bruchteil der Menschheit zusammen zu fassen und sie findet die nächste Stufe, auf die sie sich gründet, in dem Zusammenschluss all derjenigen, die auf dem Boden gleicher Sprachen und Sitten stehen. Das ist die Grundlage für den Aufbau einer proletarischen Gesellschaft. Indem die proletarische Gesellschaft sich aufbaut, geht sie von dieser ihrer Grundlage aus. Sie hat zunächst diesen Zusammenschluss als Volk, als einheitliches Wirtschaftsgebiet zu verwirklichen. Wenn in dieser Weise die proletarischen Völker neben einander stehen, dann ist ihre Vereinigung die 3. Internationale, dann ist das der freie Weltenbund freier Völker.

Das ist in wenigen Strichen die Auffassung, wie wir sie haben und wie sie niedergelegt ist in den herangezogenen Richtlinien.

Es ist von dem Referenten die Politik, die wir getrieben haben, scharf unter die Lupe genommen worden und hingewiesen auf unsere Haltung während des Krieges.

Wir haben in einer Schrift, die 1915 erschienen ist, in der Broschüre *«Demokratie und Organisation»* ausgesprochen:

«Nicht soweit die gesellschaftliche Wirtschaft Ausbeutungsfunktion der Minderheit ist, sondern soweit sie Lebensfunktion der Gesamtheit ist, erwacht den Proletariat ein natürliches Interesse an ihrer Erhaltung. Es muss sich dagegen wehren, dass einheitliche Wirtschaftsgebiete auseinandergerissen, dass hoher entwickelte Wirtschaften unter die Herrschaft niedrigerer gebracht werden. Es muss sich dagegen wehren, dass das Recht auf nationale Selbständigkeit, das es allen Nationen zubilligt, in der eigenen Nation verletzt werde. Hieraus resultiert in Kriegsfällen, die die Wirtschaft in ihrer Lebensfunktion bedrohen, die militärische Unterordnung des Proletariats unter die gegebene Heeresleitung».

*(Zuruf: Hört! Hört!)*

Es geht dann weiter:

«Diese Notwendigkeit besteht, unbekümmert um Schuld oder Nichtschuld der eigenen Regierung am Ausbruch des Krieges, unbekümmert um die Unterscheidung von Angriffs- oder Verteidigungskrieg, die der imperialistische Weltkrieg zur unbrauchbaren Schablone gemacht hat. Aus der militärischen Unterordnung resultiert jedoch nicht und darf nicht resultieren die politische Unterordnung unter die Träger der herrschenden Politik. Gerade weil moderne Kriege eine völlige Umwälzung des Verhältnisses der Nationen zu einander bringen, weil sie die Gesamtwirtschaft und damit die Lebensfunktion der Gesellschaft aufs engste berühren, während die herrschende Politik auf die Festigung und Erweiterung der Ausbeutungsfunktion in erster Linie gerichtet ist und notwendig unter historischem Zwange das Gegenteil von dem zu erreichen suchen muss, was für das Proletariat wünschbar ist, muss dieses sich seiner besonderen Klasseninteressen bewusst bleiben».

*(Zuruf Pf. (Pfemfert) Gotha: Das ist im Kriege veröffentlicht worden!)* Das ist allerdings während des Krieges veröffentlicht worden. Es hat damals, während des Krieges, aber niemand Widerspruch gegen diese Sätze erhoben. *(Zuruf Pf. (Pfemfert): Weil der Staatsanwalt sofort eingeschritten wäre!)* Wenn wir mit unserem Namen für diese Dinge eingetreten sind, so wird der Genosse Pf. wohl auch wissen, dass wir für die Broschüren, die wir veröffentlicht haben, vorzeitig in den bunten Rock gesteckt sind, dass wir für die Agitation, die wir betrieben haben, Jahre während des Krieges hinter

Mauern zugebracht haben.

Das alles ist dem Genossen Pf. (Pfefmert) sicherlich nicht unbekannt. Damals hat niemand diesen Sätzen widersprochen, und so gut wie damals unter Einsetzung unserer ganzen Person wir die Agitation gegen den Krieg getrieben haben, so gut wir energisch die Friedenspolitik der alten Sozialdemokratie in aller Öffentlichkeit kritisiert haben, so gut wir Tag für Tag und Stunde für Stunde uns der Gefahr ausgesetzt haben, mit den militärischen Gerichten in Konflikt zu kommen und gekommen sind, so gut hatte auch wohl ein anderer Kritiker den Mut haben können, eine Kritik aufzunehmen (*Zuruf: Das haben wir getan, und zwar an der Front!*)

Es handelt sich um die Konstatierung der ganz einfachen Tatsache, dass ein Militärstreik von vornherein unmöglich war und dass die Propagierung eines solchen Streiks mit der Erschießung weniger Leute hätte enden müssen. Als politische Parole war er nicht möglich. Wenn wir ausgesprochen haben, dass in Fällen, in denen die Gesellschaft in ihrer gesamten Existenz bedroht ist, dem Proletariat ein natürliches Interesse an ihrer Erhaltung erwacht, so sprechen wir damit ebenfalls nur eine ganz selbstverständliche Sache aus, über die man heute nicht diskutieren sollte, nachdem sich zeigt, wohin die Zerschlagung der wirtschaftlichen Struktur führt. Wir haben in dem Abkommen von Versailles und Spa die Folgen einer solchen Zerschlagung vor uns. Glaubt man etwa, dass damit den Interessen des deutschen Proletariats gedient ist, wenn anstelle der deutschen Kapitalisten die bewaffnete Entente steht? Glaubt man den Befreiungskampf dadurch zu umgehen? Die Kritiker reden heute viel von dieser Stelle, aber nicht von dem, was damals der wirkliche Kern gewesen ist. Wer diese Stelle zitiert, sollte so ehrlich sein und sollte auch das andere sagen. Wir standen damals auf dem Standpunkt, dass allerdings, wenn die Bewilligung der Kredite eine einmalige Tatsache blieb, sie gegenüber der anderen Tatsache, dass der Arbeiterklasse der Burgfrieden aufgezwungen war, die weniger entscheidende war. Wir haben uns immer gegen die Kreditbewilligung gewandt. Wir taten es, als andere noch nicht daran dachten, im Reichstage dagegen zu stimmen. Wir taten es in den öffentlichen Versammlungen in Hamburg und verlangten, im Reichstage gegen die Kreditbewilligung aufzutreten. Es handelte sich auch hier um die Frage: Lag damals das Schwergewicht der ganzen Aktion im Parlament oder darin, dass man die Massen aufrüttelte? Deshalb drehte sich unser Kampf damals um die Aufrüttelung der Massen. Wir verlangten die Zertrümmerung des Burgfriedens. Was hieß das? Das hieß, dass die Bourgeoisie niedergekämpft, aus der Macht verdrängt werden sollte, dass das Proletariat die Macht selbst in die Hand nehmen sollte. Und wenn das Proletariat die Macht in der Hand hatte, war dann dieses Proletariat genötigt und verpflichtet, den Krieg gegen das Ausland aufzunehmen oder nicht? War dieses Proletariat genötigt, zu verhindern, dass seine Macht von den Heeren des Ententekapitals aufs neue zertreten würde? Die Arbeiterklasse hätte den Krieg gegen den Imperialismus aufnehmen müssen. Sie hätte ihre Staatsmacht dazu verwenden müssen, um sich gegen das kapitalistische Ausland zur Wehr zu setzen.

Das ist in klaren und scharfen Zügen damals der Sinn der Politik gewesen, die wir trieben, die wir auch, soweit es sich um das ausländische Proletariat handelte, im Auge hatten. Es handelte sich darum, die Herrschaft der Bourgeoisie im Lande zu zerschlagen, die Massenkräfte zu entfesseln und dadurch auch zugleich das Heer zu revolutionieren. In demselben Masse, wie im Lande das Volk revolutioniert wurde, in demselben Masse wurde notwendig auch das Heer revolutioniert; das Heer, das da draußen an der Front für imperialistische Zwecke kämpfte, das durfte deshalb nicht auf, ein Heer zu sein, das sich aus den breiten Massen des Volkes rekrutierte, in dem das Volk, das Proletariat, die überwiegende Masse der Soldaten stellte. Dieses Heer war ein Organ der imperialistischen Politik dadurch, dass im Lande eine imperialistische Regierung bestand und, dass die proletarischen Massen gezwängt

wären in einem imperialistischen Heeresorgan.

Und nun komme ich zu einem Punkte, der ja auch fortgesetzt gegen uns ins Feld geführt wird: auf die Frage der Desertation. So wie es im Leben die Pflicht und Schuldigkeit jedes Proletariers war, die Massenkräfte befreien zu helfen, so war es selbstverständlich an der Front die Pflicht des einzelnen Revolutionärs, dort für die Auflösung des imperialistischen Heeres zu wirken. Aber nicht dadurch, dass man die verschiedenen Revolutionäre zur Desertation aufforderte. Wenn die Armee revolutioniert werden sollte, dann mussten in erster Linie die Revolutionäre in der Front, in der Armee bleiben. Nicht dadurch, dass man sie aus der Armee herausholte, konnte eine Revolutionierung des Heeres vor sich gehen. Was war die Folge davon, dass die Revolutionäre aus der Armee desertierten? Sie schwirrten im Lande umher, sie wären brach gelegt. Mit wenigen Ausnahmen war die Sache so. Wieviele sind den unter den Deserteuren, die ausgesprochene Revolutionäre wären? Von dem Augenblicke an, wo die Revolution im Lande siegte, wo an den Fronten die militärische Gewalt zusammenbrach und zertrümmert war, - das geschah in der Novembererhebung trotz alledem - da war die Möglichkeit gegeben, dass auch dieses Heer in ein Werkzeug der Revolution verwandelt wurde. Wenn die Soldatenräte auch noch vieles zu wünschen übrig ließen und wenn sich in ihnen schließlich bürgerliche Tendenzen durchsetzen konnten, so deshalb, weil die Revolutionäre nicht mehr im Heere wären. Daran ist nicht vorbeizukommen. Es ist allerdings eine leichte Sache, die Parole der Desertation auszugeben. Wir haben ein gut Teil mit dazu beigetragen, dass die imperialistische Front unterhöhlt und unterwühlt worden ist. Aber wir sind bis zum letzten Augenblick an der Stelle geblieben, wohin uns die imperialistischen Militärgewalten gestellt hatten und wir haben unserer Pflicht, im Heere selbst für die Auflösung der imperialistischen Disziplin zu wirken, bis zum letzten Augenblick Rechnung getragen. Wenn wir Levi vorgeworfen haben, dass er die Front erdolcht habe, so sind wir noch heute der Auffassung, dass die Parole, die er damals im Widerspruch zu dem Beschluss der ganzen revolutionären Gruppen in Deutschland herausbrachte, dazu beigetragen hat, nicht die imperialistische Front, wohl aber die sich bildende revolutionäre Front, und darauf kommt es an, von hinten erdolcht hat.

Der Referent hat Bezug genommen darauf, dass wir unsere Politik treiben von der Voraussetzung aus, zu einem Burgfrieden mit der Bourgeoisie zu kommen. Die Politik, die in der Adresse vertreten wird, finden Sie schon klar und deutlich ausgesprochen in den letzten Abschnitt der Broschüre «Zwischen der ersten und zweiten Revolution», eine Broschüre, die bereits der Heidelberger Konferenz vorgelegen hat. Es heißt da im Schlussabsatz des Schlusskapitels:

«Eine revolutionäre Partei wird ihre Politik und Taktik darauf einstellen, um die Durchführung jener Aufgaben zu erleichtern und zu ermöglichen. Enge Verbindungen, die sie mit den revolutionären Parteien in den Randstaaten, in Österreich und den westlichen Demokratien herstellt und unterhält, um eine gemeinsame Orientierung ihrer Politik und gemeinsames Handeln zur Forderung der Weltrevolution herbeizuführen, Losung der revolutionären Schichten des Landes aus aller Verbindung mit seinen reaktionären Institutionen, um sie zu jeder Stunde und unter allen Umständen zur Aktion zu befähigen, rücksichtslosester Kampf wider die Machtmittel und die organisatorischen Stützen der Konterrevolution, die alte Partei und die Gewerkschaften ebensowohl wie gegen die neue Armee und den bürgerlichen Parlamentarismus auch dort, wo er sich in das Gewand der Räte hüllt, Kampf um die Betriebe in den Betrieben selbst und Kräftigung der Betriebsräte durch revolutionäre Betriebsorganisationen, an die der sozialistische Gesellschaftsaufbau unmittelbar anknüpfen kann - das sind im Augenblick die

Losungen ihrer Politik. Und während sie für die Beseitigung der nationalen Grenzen, für die friedliche Durchdringung der menschlichen Wirtschaften und Gesellschaften kämpft mit dem Ziel, dem deutschen Volk die ihm von der Entente vorenthaltene Freiheit zu sichern, in Sprache, Sitte und Wirtschaft nach seiner eigenen Art im Kreise der Menschheit zu leben und zu wirken, stützt sie sich mit aller Wucht und Kraft auf das Volk, die Nation, und sammelt es und ordnet seine Reihen zum Sturme wider die Versklavung unter der kapitalistischen Fremdherrschaft des Auslandes, um die Diktatur des Weltimperialismus im eigenen Lande durch den Sturz der Bourgeoisie, durch die Diktatur der werktätigen Nation zu überwinden, etc.»

Damals hat sich auch seitens derjenigen Genossen, die sich später mit uns in der K.P.D. zusammenfanden, kein Widerspruch erhoben. Es wird so dargestellt, als ob die Adresse ausgehe von dem Willen, mit der Bourgeoisie zu einem Burgfrieden, zu einer Verständigung zu kommen und zwar vor der Errichtung der proletarischen Diktatur. Diese Auffassung widerspricht dem klaren und deutlichen Wortlaut der Adresse selbst. In der Adresse ist ausdrücklich konstatiert, dass es sich um die Eroberung der Staatsmacht handelt, um eine Politik, die eine siegreiche Revolution durchzuführen hat.

Es heißt hier, das deutsche Volk steht an einem Abgrunde, wenn es nicht gelingt, eine Organisation des Volkes zu schaffen, die nach innen aufbaut und nach außen die Ketten sprengt. Diese Organisation vermag allein noch die Diktatur des Proletariats, das Rätssystem zu gewährleisten.

Hier ist klar ausgesprochen, dass es sich um eine Politik handelt, die das siegreiche Proletariat durchzuführen hat. Es ist charakteristisch für die Beweisführung, dass der Referent nur auf diesen einen Satz hingewiesen hat: «Und unter Voraussetzung, dass die Bourgeoisie die vom Proletariat vollzogene Machtergreifung rückhaltlos anerkennt, wäre die proletarische Diktatur an der Aufrichtung eines revolutionären Burgfriedens für die Zeit des Krieges nach außen nicht minder interessiert, wie im umgekehrten Verhältnis weiland Wilhelm II.», während er es aber unterlassen hat, den unmittelbar vorhergehenden Satz mit zu zitieren, der an dem Sinne nicht den geringsten Zweifel lässt.

Es heißt da:

«In einem Augenblick, in dem es sich darum handelt, den Krieg wider das Ausland aufzunehmen, ist gerade die herrschende Klasse, die Arbeiterklasse, am Frieden im Innern ausschlaggebend interessiert.»

Worin besteht der Burgfriede? Es ist doch klar, dass, wenn das Proletariat seine Diktatur aufrichtet, es diese seine Diktatur in bestimmte gesetzliche Formen bringt. Sobald ein Staat aufgerichtet wird, konsolidiert sich die neue revolutionäre Ordnung, die sich jedem durch das Mittel der Gesetze auferlegt. Gegen denjenigen vorzugehen, der diesen Gesetzen nachkommt, besteht keinerlei Veranlassung. Aber gegen diejenigen, die sich diesem gesetzlichen Zustande, diesem Burgfrieden, nicht beugen, wird mit aller Schärfe vorgegangen werden. Jeder staatliche Zustand ist Burgfriede, den die herrschende Klasse denen gewährt, die sich diesem gesetzlichen Zustande beugen. Der staatliche Zwang wird ausgeübt unter der Bedingung, dass jeder, der sich diesem Zwange fügt, unter dem Schutze, dem Burgfrieden der Gesetze lebt. Die Voraussetzung dafür, dass man gegen die Saboteure selbst mit Mitteln des Terrors vorgehen kann, ist eben, dass man denen, die sich dem staatlichen Zustande beugen, den Frieden der Gesetze gewährt. Nur wenn in dieser Weise verfahren wird, hat das Proletariat Aussicht, dass es in der

Tat in Zeiten des Krieges seine Diktatur aufrecht erhalten kann. Wenn das Proletariat in einen ausländischen Krieg verwickelt wird, womit gerechnet werden muss, dann spielen jene Schichten, die die Lebensquellen des Landes in der Hand haben, eine sehr gewichtige Rolle. Bei uns in Deutschland wird ca. 2/3 der ganzen Bodenfläche von Klein und Mittelbauern bearbeitet. Die Ernährung hängt von der Erhaltung dieser Bevölkerungsschichten ab. Glaubt man, dass man mit diesen fertig wird, indem man den Terror proklamiert? Ich möchte hier in kurzen Ausführungen darauf hinweisen, dass die Auffassung, wie wir sie vertreten, und die Stellung, die wir gegenüber der Bourgeoisie einnehmen, im wesentlichen der Stellung entspricht, die auch Lenin in einer Rede auf dem 9. Kongress der Russischen Kommunistischen Partei eingenommen hat. Es heißt da:

«Und was denkt Ihr wohl. Als die Bourgeoisie das Feudalsystem ablöste, verwechselte sie da die Herrschaft mit der Verwaltung? Nein, so dumm wären die Bourgeois nicht. Sie sagten, dass man, um zu verwalten, Leute brauche, die zu verwalten verstehen; dazu müsse man die Lehnsherrn nehmen und sie ändern. So taten sie auch. Nun, war dies ein Fehler? Nein, Genossen. Die Fähigkeit, zu verwalten, fällt nicht vom Himmel und wird nicht vom heiligen Geiste geboren. Deshalb, weil die Arbeiterklasse eine vorgeschrittene Klasse ist, ist sie noch nicht von vornherein zur Verwaltung fähig. Das sehen wir an einem Beispiel. Als die Bourgeoisie siegte, nahm sie die Verwalter aus der Feudalklasse. Ja, woher sollte sie sie sonst nehmen? Man muss nüchtern auf die Sache sehen. Die Bourgeoisie nahm die vorhergehende Klasse und vor uns steht gegenwärtig dieselbe Aufgabe, die Kenntnisse, die technische Erfahrung, der vorhergehenden Klasse zu nehmen, sie uns zu unterwerfen, sie zum Siege der Arbeiterklasse auszunutzen. Wir sagen, dass die Klasse, die gesiegt hat, reif sein müsse, die Reife aber wird nicht durch Vorschrift oder eine Bescheinigung bewiesen, sie wird durch Erfahrung, durch die Praxis bescheinigt. Die Bourgeois siegten, ohne zur Verwaltung reif zu sein, und sie stellten ihren Sieg dadurch sicher, dass sie eine neue Konstitution proklamierten. Sie nahmen die Rekruten der Verwaltung aus ihrer Klasse und begannen ihre eigenen neuen zur Verwaltung vorzubereiten, zu welchem Zwecke sie den ganzen Staatsapparat in Bewegung setzten, die Feudalinstitutionen sequestrierten und nur diejenigen in die Schule ließen, die reif wären. Auf diese Weise bereiteten sie im Laufe vieler Jahre und Jahrzehnte Administratoren aus ihrer eigenen Klasse vor. Und gegenwärtig muss es in einem Staate, der nach dem Ebenbild der herrschenden Klasse eingerichtet ist, ebenso gemacht werden, wie dies in allen Staaten gemacht wurde. Wenn wir uns nicht auf die Position des reinsten Utopismus der leeren Phrasen stellen wollen, so müssen wir sagen, dass wir die durch die Revolution eroberte Konstitution sicher stellen müssen; für die Verwaltung aber, für die staatliche Organisation brauchen wir Leute, die die Technik der Verwaltung beherrschen, die staatliche und wirtschaftliche Erfahrung besitzen. Solche Leute aber sind nirgends zu finden als in der vorhergehenden Klasse.

„Auf Schritt und Tritt sind die Urteile über die Kollegialität in der Verwaltung vom Geiste einer unzulässigen Unwissenheit, vom Geiste der Feindseligkeit gegenüber dem Spezialistentum durchdrungen. Mit einem solchen Geiste kann man nicht siegen. Um zu siegen, muss man das ganze tiefe, historische Verhältnis verstehen, muss man daran denken, dass wir den Kommunismus auf den Trümmern der alten bürgerlichen Welt bauen, und um diesen Kommunismus zu bauen, muss man die Wissenschaft und die Technik nehmen, und sie für breitere Kreise anwenden. Das ist aber nirgends zu finden als bei der Bourgeoisie. Diese Grundfrage muss hervorgehoben und zu den Grundaufgaben des wirtschaftlichen Aufbaues gestellt werden».



Sie haben hier klar und deutlich die Auffassung, dass das Proletariat als herrschende Klasse auf das technische und spezialistische können der bis dahin herrschenden Klasse angewiesen ist. Wenn die Arbeiterklasse ihre gesellschaftliche Organisation aufbaut, dann muss sie diese Träger der bürgerlichen Klasse als Einzelpersonen eingliedern. Das geschieht in der Weise, dass sie eben für die gesellschaftliche Organisation zur Grundlage nimmt den Gesichtspunkt der nützlichen Arbeit. Die Auffassung, wie sie hier von Lenin kundgetan wird, deckt sich in allen großen grundlegenden Zügen, soweit es sich um die staatliche Notwendigkeit handelt, mit der Auffassung, die auch wir vertreten. Staatsgewalt ist stets Zwang. Die Eingliederung der Einzelglieder der Bourgeoisie geschieht auf der Grundlage der allgemeinen Arbeitspflicht. Sie ist ein staatlicher Zwangszustand, ein Gesetz, das mit allen Mitteln durchgeführt wird. Jeder, der sich fügt, steht im Schutze dieses Gesetzes, unter seinem Frieden, unter dem Burgfrieden.

Ich habe schon vorhin darauf hingewiesen, dass die Adresse ausgeht von dem Standpunkt, von der Tatsache der erkämpften, der errichteten proletarischen Diktatur. Man deutet nun die betreffende Stelle der Adresse dahin, als ob wir irgendein Abkommen mit der Bourgeoisie als Klasse im Auge gehabt hätten. Davon ist gar keine Rede. Wenn die Voraussetzung der ganzen Politik der Arbeiterklasse die Vernichtung der Bourgeoisie ist, wie sollte dann die Möglichkeit gegeben sein, mit ihr als Klasse ein Kompromiss zu schließen? Die Existenz einer Klasse als Klasse setzt politische Gewalt voraus, und ich habe vorhin dargelegt, dass sich der proletarische Staat dadurch ausdrückt, dass diese Bourgeoisie nicht nur als politische Macht, sondern auch soweit wirtschaftliche Organisationen bestehen, zertrümmert wird, dass lediglich noch Einzelpersonen von ihr übrig sind.

Es ist dann auch zum Ausdruck gebracht worden, dass die Politik, die wir vertreten, die Politik der Kapp-Lüttwitz selbst sei. Jedermann, der uns irgendwelche politische Gemeinschaft mit diesen Leuten nachsagt, beweist nur, dass er nicht politisch zu denken vermag. Wer sind die Kapp-Lüttwitze? Das ist das kleine Fraktiönchen der Konservativen, die auf einem preußischen Standpunkte stehen, die kleindeutsch sind, während wir doch den Gedanken der Zusammenfassung des ganzen deutschen Volkes propagieren. (*Zuruf: Großdeutsch!*) Es ist merkwürdig, dass, wenn man in Deutschland etwas sagt, man an gehöhnt und angelacht wird, während man dasselbe bei unseren russischen Genossen für ganz selbstverständlich hält. Panslavistisch heißt allrussisch und das steht auf dem Titel der russischen Verfassung.

Wie wir zu den Dingen stehen, das geht hervor aus dem, was sich jetzt im Reichstage abspielt. Die Deutschnationale Volkspartei hat augenblicklich nach einem Berichte des «*Hamburger Fremdenblattes*» folgende Anfrage an die Regierung gerichtet:

«In der Zeitschrift «*Deutsche Wirtschaftshilfe*» befindet sich folgende Nachricht: Kürzlich sprach in Elberfeld der Kommunist L. aus Hamburg in der Stadthalle zu der revolutionären Arbeiterschaft. Etwa 10.000 Personen aller Parteien wären anwesend. L. sprach aus, dass die Errichtung der Räterepublik in Kürze erfolgen würde. Waffen seien genug vorhanden. Die Verteilung würde frühzeitig erfolgen, nachdem das Zeichen zum Losschlagen gegeben sei.»

Die Deutschnationale Volkspartei fragt dann weiter an, was die Regierung dagegen zu tun gedenke.

Es zeigt sich da ganz klar und deutlich, welche Stellung die Kapp-Lüttwitz Gruppe speziell zu uns einnimmt, wie sie uns einschätzt. Die Kapp-Lüttwitz Gruppe weiß

sehr gut, dass gerade die Politik, die wir vertreten, die preußisch-konservative ein für allemal erledigt. Als die Kapp-Lüttwitze zum erstenmale auf den Plan traten, das war im Juni vorigen Jahres, da handelte es sich anlässlich der Hamburger Unruhen darum, den Vormarsch Lettow-Vorbeckes gegen Hamburg zu inszenieren. Damals war in ganz Deutschland in allen größeren Städten der Belagerungszustand verhängt, mit Ausnahme des Gebietes um Hamburg. Es ging das Ziel ganz offensichtlich dahin, in Hamburg die Arbeiterschaft zu provozieren, sie niederzuschlagen und dann auch dort die militärische Diktatur zu errichten. Und nicht nur dies. Was man wollte, ergab sich daraus, dass eben in jener Zeit die Präsidentschaftskandidatur des Prinzen Ruprecht von Bayern in die Öffentlichkeit geworfen wurde. Die Ziele der Reaktion liegen handgreiflich vor Augen. Den Kapp-Lüttwitzern ist das Spiel verdorben worden. Die Hamburger Taktik, die darauf hinauslief, das ganze Proletariat über die Parteien hinweg zusammen zu fassen und als Klasse zu bewaffnen, machte der Reaktion einen Strich durch ihre Rechnung. Dieser Clique ist von uns das Spiel verdorben worden, und sie hat es peinlichst unterlassen, sich uns irgendwie zu nähern. Als dann der Kapp-Putsch kam, verhandelte man mit Radek, Levi, da wurde auch der Name Rasch genannt, obschon ich keinen Zweifel habe, dass das nicht stimmte. Aber mich konnte man in Gollnow genau so leicht erreichen wie die anderen. Die Kapp-Lüttwitz-Leute haben sich wohl gehütet, auch nur durch irgendeine Zwischenperson die Andeutung von Verhandlungen zu machen.

Ich will nicht weiter auf die anderen Dinge kommen, will nur noch das eine sagen, dass, wenn man die Adresse falsch interpretieren will, man allerdings zu allerhand Konsequenzen kommen kann; was aber die Adresse besagt, ist eindeutig. Wer die Dinge unbefangen lieft, kann über die Sache keinerlei Zweifel haben.

Unser Standpunkt ist von Radek selbst in einem Artikel der *Russischen Korrespondenz* «Zur Charakteristik des Krieges mit Polen» aufgegriffen worden, und es zeigt sich, wie sehr der Name Radek (Das heißt Dieb) auf einen Mann wie Radek zutrifft, der in diesem Artikel nur unsere Gedanken gestohlen hat. Es tut mir leid, dass ich Ihnen zur Kennzeichnung noch ein längeres Zitat verlesen muss. In der Roten Fahne hat Radek das Gegenteil dessen, was er hier behauptet, in langen Ausführungen gegen mich zu beweisen versucht. Es heißt dann in dem Artikel der *Russischen Korrespondenz*:

«Im ganzen Orient, in der Türkei, in China und Indien sind solche Kriege nicht nur möglich, sondern höchst wahrscheinlich werden sie die Folge des geschwächten europäischen Kapitalismus sein, der diese Länder ausbeutet. Aber ist ein nationaler Krieg der Bourgeoisie in Europa selbst möglich? Ist augenblicklich ein nationaler Krieg in Deutschland oder Ungarn denkbar? – Wenn es sich um einen Krieg der Bourgeoisie Deutschlands oder Ungarns gegen das Ententekapital handelt, das durch den Versailler Frieden diese Länder zertreten, das ihnen ein wirtschaftliches Joch aufgezwungen hat, so unterliegt es keinem Zweifel, dass, obgleich das Bestreben, einen solchen Krieg zu führen, vorhanden ist, dieser Krieg doch nicht geführt werden kann, denn die Kapitalisten dieser Länder befinden sich gleichzeitig im Gegensatz zur Arbeiterklasse und zur Entente. Da die Arbeiterklasse sie mit der Vernichtung ihrer Lage als herrschende Klasse bedroht, die Entente sie dagegen zu Mittelpersonen ihrer Ausbeutung der Volksmassen Deutschlands und Ungarns macht, so wird die nationale Feindschaft gegenüber der Entente übertroffen durch die Feindschaft des Kapitals gegen das revolutionäre Proletariat. Aber bedeutet dies, dass das Proletariat, das diese Bourgeoisie besiegt hat, das Joch des fremden Kapitals ruhig ertragen wird? – dass es in zersplittertem Zustand und unter dem Joch des Ententekapitalismus – imstande sein wird, die Diktatur zu errichten und an diesen sozialen Aufbau heranzugehen? Wenn in

Deutschland und in den Donauländern die Revolution eher siegt, als in Frankreich, England oder Amerika, so wird das Proletariat dieser Linder vor der Frage des Krieges gegen die Entente stehen – eines Krieges, der zeitweise aus taktischen Gründen mit diplomatischem Lavieren zu umgehen sein wird, der aber eine historische Notwendigkeit werden kann. Dieser Krieg wird die Befreiung des Gebietes, auf dem das deutsche und ungarische Proletariat, das durch den Lauf der Ereignisse für die Diktatur des Proletariats bereits reif geworden ist, lebt, zum Ziele haben. Es wird der Krieg sein um die Vereinigung des ganzen Gebietes der deutschen oder ungarischen Nation in den Händen des deutschen oder ungarischen Proletariats. Die Klassen, die den Krieg führen, sind andere geworden, aber das nationale Ziel ist gleich geblieben – die Einigung des ganzen, von einer und derselben Nation durch Völkerten Gebietes in Händen der herrschenden Klasse: in der kapitalistischen Epoche war es die Bourgeoisie, die zur Einführung des Kapitalismus das Gebiet der Nation zu einigen bestrebt war, in der Epoche der Arbeiterrevolution tut dasselbe das Proletariat zur Einführung des Kommunismus. Wer leugnet, dass in diesen Kriegen nationale und soziale Ziele vereinigt sind, der leugnet Tatsachen. Wer sagt, dass die Zusammenfassung des nationalen Gebietes nur ein Mittel zu einem höheren Zwecke ist, zur Diktatur des Proletariats und zur Einführung des Kommunismus, der vergisst, dass auch für die Bourgeoisie das nationale Territorium kein Selbstzweck war; das Ziel, dem die Zusammenfassung der nationalen Gebiete diente, war die Errichtung der Herrschaft der Bourgeoisie zur Organisation der kapitalistischen Produktion. Darum verzichtete die Bourgeoisie, wenn es notwendig war, auf einen Teil des nationalen Gebietes. Der Verzicht des Proletariats – aus taktischen Erwägungen auf einen Teil seines nationalen Territoriums oder das Überschreiten seiner Grenzen bietet in dieser Beziehung nichts Neues. Der soziale Krieg des Proletariats, das von fremdländischem Kapital bedroht ist, ist ein ebenso nationaler Krieg, wie der Kampf der Bourgeoisie gegen fremde Unterjochung ein nationaler Krieg war. Diesem Grundsatz widerspricht nicht die Tatsache, dass das Proletariat sein nationales Ziel nicht nur durch den Krieg gegen den äußeren Feind, sondern auch im Bürgerkrieg gegen die eigenen Grundbesitzer erreicht. Die Epoche der bürgerlichen Nationalkriege war gleichzeitig die Epoche des Bürgerkrieges der jungen Bourgeoisie gegen die eigenen Grundbesitzer, die oft Hand in Hand mit dem fremdländischen Ausbeuter und Unterdrücker marschieren.“

Das ist der Standpunkt, wie er in der Hamburger Adresse niedergelegt ist. (*Zuruf: Nein! Erneuter Zuruf: Jawohl!*)

Radek geht dann weiter:

„Uns droht eine andere Gefahr, die darin besteht, dass wir in diesem schweren Kampf der uns bevorsteht, nicht imstande sein werden, alle gesunden patriotischen Instinkte genügend auszunutzen, die in den Volksmassen Russlands und den breiten Klassen der Intelligenz leben, die uns sicher nicht aus sozialen Gründen feindlich gegenüberstand, sondern weil sie uns für Elemente der Zersetzung des russischen Volkes betrachtete.

„Der Bauer war kein Patriot, solange er sich unter dem Joch in vollständiger Rechtlosigkeit befand“.

Der theoretische Standpunkt, wie er in der Adresse niedergelegt ist, deckt sich mit dem von Radeks Schrift. Aber in einem Punkte besteht eine Differenz, und das ist der folgende:

„Alle Arbeiter, der ganzen Welt müssen jetzt russische Patrioten sein, denn Russland ist das einzige Land, in der die Arbeiterklasse die Macht in Händen hat“.

Also russischer Patriot muss man sein. Man darf nur nicht davon reden, dass das deutsche Proletariat eine deutsche Revolution zu machen hat. Man kann so und man kann so. Es ist typisch, dass die Forderung, die Nationalbolschewisten hinauszuerwerfen, zum eigentlichen Vater den Mann hat, dessen Artikel ich eben verlesen habe. Das Kradek-Spielen scheint dem Manne in der Tat im Blute zu liegen, indem er sich die Gedanken anderer aneignet, um dann diese anderen dafür aus der Organisation hinauszuerwerfen.

Man hat uns auch die Auffassung von Marx und Engels entgegeng gehalten. Die betreffende Stelle im *Kommunistischen Manifest* heißt: «Die Arbeiter haben kein Vaterland, man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben». Die Arbeiter haben folgende Aufgabe, die ihnen das *Kommunistische Manifest* in derselben Zeile zuweist:

«Indem das Proletariat zunächst sich die politische Macht erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muss, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie».

Das internationale Proletariat hat bestimmte Aufgaben:

«Die nationalen Absonderungen verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse. Die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen. Vereinigte Aktion, wenigstens der zivilisierten Länder, ist eine der ersten Bedingungen seiner Befreiung.»

Die nationalen Absonderungen und Grenzen verschwinden, aber die Nation, die Völker, die verschwinden nicht. (*Zuruf: Einheitsmenschen!*) In der Schrift, die Marx über die Pariser Kommune geschrieben hat, wird ausdrücklich der Arbeiterschaft als eine der Aufgaben der proletarischen Diktatur die Organisation der Einheit der Nation zugewiesen. Marx' Auffassung und Stellung zur Nation ist recht tief eingewurzelt gewesen. In der Erklärung zur russischen Verfassung steht im 1. Artikel der Satz:

„Die russische Sowjetrepublik wird auf der Grundlage eines freien Bundes freier Nationen als eine Föderation nationaler Sowjetrepubliken errichtet“.

Denken Sie denselben Satz, denselben Zustand, wie er heute in verfassungsrechtlicher Beziehung besteht, erweitert auf die ganze Erde: was wird dann die dritte Internationale sein? Sie wird sein ein „freier Bund freier Nationen, eine Föderation nationaler Räterepubliken“. Dem haben wir nichts hinzuzufügen.

Ich habe schon darauf hingewiesen, dass eine große Ähnlichkeit mit der Situation von Heidelberg besteht. Damals war es der Syndikalismus, der als Popanz aufgerichtet wurde, heute ist es der Nationalbolschewismus. Unserer Ablehnung des Bürgerkrieges will ich noch einige Bemerkungen widmen.

Man sagt, dass wir Gegner des Bürgerkrieges sind. Wir wissen sehr wohl, dass die Revolution nicht mit Glaceehandschuhen gemacht wird. Es wird dabei sehr derb zugehen. Die Revolution ist ein gewaltsamer Kampf, ist Bürgerkrieg; aber wir haben in Deutschland bisher dafür den Ausdruck Revolution gehabt und wir haben dabei

allesamt verstanden, was damit gemeint war. Wenn in Deutschland die Arbeiterklasse ihre Herrschaft errichtet, dann findet sie sich in einer anderen Situation als die russische. In Russland begann die Ausübung der Macht mit dem Bürgerkrieg. Wenn das Proletariat in Deutschland die Macht erobert, dann ist in Deutschland der Bürgerkrieg zu Ende. Er steht bei uns am Ende des Kampfes. Was in Deutschland alsdann beginnt, ist die zweite Phase der Revolution, die wir Diktatur genannt haben. Die Diktatur des Proletariats (*Zuruf: Ist doch Bürgerkrieg!*) ist die Anwendung von Zwangsmitteln gegen die widerstrebenden Schichten. Der Bürgerkrieg von dem Augenblick der eroberten Macht an ist kein Mittel der proletarischen Revolution, sondern der Konterrevolution. Als im November 1918 das Proletariat die Macht bekam, wer hatte da ein Interesse am Bürgerkrieg? In Deutschland ist vom ersten Tage der Revolution an dem Bürgerkrieg das Mittel der Bourgeoisie gewesen.

Es schließt eine ungeheure Gefahr ein für die Politik einer Klasse, wenn sie das politische Schlagwort ihrer Gegner aufgreift. Was hat die Revolution zugrunde gerichtet? Ganz wesentlich die Tatsache mit, dass einmal die Vertreter der Revolution es ablehnten, in die Räte zu gehen, weil dort ja auch U.S.P.-und S.P.D.-Leute saßen, zum zweiten dadurch, weil man dazu übergegangen war, die Parole des Bürgerkrieges nicht nur aufzugreifen, sondern auch praktisch auszuführen. Von dem Augenblick an, wo man den roten Soldatenbund schuf, leistete man dem Bürgerkrieg den größten Vorschub. Es kommt nicht darauf an, welchen Sinn man in die Parolen hineinlegen will, sondern darauf, wie die Ereignisse die Parolen interpretieren. Und da stehen wir in Deutschland vor der Tatsache, dass vom ersten Tage der Novembererhebung an, wo das Proletariat die Macht in den Händen hatte ... (*Zuruf: War ja gar nicht der Fall. Widerspruch, Unruhe.*) Ja, hat denn das Proletariat im November die Macht nicht gehabt? (*Zuruf: Nein!*) Man ist also der Meinung, dass die Novembererhebung nicht die Macht in die Hände der Arbeiterschaft gelegt habe. Eine Klasse ist von dem Augenblicke an zur Macht berufen, wo die Macht der ihr gegenüberstehenden Klasse zertrümmert ist. Das war sie. (*Zuruf: An der Front war sie zertrümmert, nicht im Lande!*) Die Situation im November 1918 war doch einfach die: Während des Krieges war die gesamte politische Macht konzentriert in den Händen der Generäle. Diese übten die Diktatur aus. Von dem Augenblick an, wo diese militärische Diktatur zerschlagen war, war die politische Macht der Gegenseite zerschlagen, war die Arbeiterklasse dazu berufen, selbst ihren Staat zu errichten. Wie ist es denn in Deutschland überhaupt möglich gewesen, eine Herrschaft der Bourgeoisie auszuüben? War sie das etwa aus eigener Macht? Doch nur dadurch, dass Teile der Arbeiterklasse, dass Verräter sich dazu hergaben, Teile der Arbeiterorganisationen in den Dienst dieser kapitalistischen Herrschaft zu stellen. Eben weil die Bourgeoisie nicht in der Lage war, nach dem Kriege ihre eigene Herrschaft zu errichten, deshalb der Anschluss an das ausländische Kapital. In dem Augenblick, wo der Bourgeoisie die letzte Stütze, die Verräter der Arbeiterschaft, bricht, wo die Arbeiter der Mehrheit zu denken anfangen, ist die Bourgeoisie genötigt, sich in die geöffneten Arme der ausländischen Bourgeoisie zu werfen, und diese in noch höherem Masse als im Versailler Verträge als Rückendeckung gegen das Proletariat des eigenen Landes heranzuziehen. Es heißt die Augen verschließen, wenn man nicht sieht, wie die Herrschaft der deutschen Bourgeoisie sich anlehnt an die bewaffnete Macht der Entente. Für das deutsche Proletariat erwächst die Erkenntnis, dass in dem Augenblick, wo in Deutschland die soziale Revolution losbricht, die deutsche Arbeiterschaft es nicht nur zu tun haben wird mit der deutschen Bourgeoisie, sondern gleichzeitig mit der Bourgeoisie des Auslandes. (*Zuruf: Bestreitet niemand!*) Seitdem wir den Versailler Frieden haben, ist mit dem Ausbruch der Revolution in Frankreich sobald nicht zu rechnen. Der fremdländische Kapitalismus bekommt aus Deutschland heraus die Wirtschaftsmittel, die ihm in seinem Lande den

Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft ermöglichen. Frankreich ist gerade durch den Versailler Frieden zurückgeworfen worden auf den Standpunkt, auf dem es vor dem Kriege stand. Die Revolution in diesen Ländern bekam den schärfsten Schlag dadurch, dass es den kapitalistischen Klassen dieser Länder ermöglicht war, Wirtschaftsmittel in großem Umfange aus Deutschland herauszuziehen. So wurde die Struktur, die Frankreich vor dem Kriege hatte, die Struktur einer konterrevolutionären Nation, durch den Versailler Frieden aufs neue stabilisiert. Solange es in Deutschland selbst nicht zu einem Umsturz dieser Verhältnisse gekommen ist, solange ist in Frankreich vor allen Dingen nicht damit zu rechnen, dass dort eine proletarische Revolution losbricht. Wie stehen die Dinge aber bei uns? Sind wir hier in Deutschland in der Lage, die durch den Versailler Vertrag geschaffene Situation ihren Gang gehen zu lassen, oder ist nicht das Proletariat gezwungen, diesen Zustand zu brechen? Wenn unsere Politik ist, zur Revolution hinzutreiben, ganz unbekümmert, wie die Dinge in Frankreich stehen, ist da nicht mit der sozialen Revolution zugleich der Aufstand gegen die Entente gegeben? Ist nicht Deutschland heute eine Kolonie der Entente?

An der Situation, wie sie sich darstellt, kann kein Zweifel bestehen. Für uns handelt es sich darum, klar in die Erscheinung treten zu lassen, dass es sich hier nicht um einen augenblicklichen Einfall handelt. Wir haben diese Politik 1914 vertreten, als wir den Kampf gegen den Burgfrieden aufnahmen. Genau dieselbe Linie haben wir eingehalten in den Tagen des Novembers durch die Forderung, dass die Arbeiter den Massen als Klasse sich zusammenschließen sollen, dass die Revolution konsolidiert werden solle durch die Zusammenfassung der Räte, dass diese Räte eine auswärtige Politik treiben sollten die im Osten gerichtet war auf den unmittelbaren Anschluss an Russland. Im Osten verlangten wir eine Politik, die die Aufrichtung jener großen Staatenbarriere unmöglich machte. Ware diese revolutionäre Politik getrieben worden, kein Zweifel, dass jene Barriere niemals aufgekommen wäre. Nach Westen verlangten wir eine Politik des revolutionären Widerstandes. Wir verlangten, dass die Formationen, die aus dem Westen zurückkamen, beibehalten würden, bis im Lande die Schaffung einer neuen revolutionären Armee durchgeführt war. Die Räte müssen zusammengefasst werden, ein neuer Staat geschaffen werden. Dieser Staat hatte sich seine Armee zu schaffen auf der Grundlage der betriebsweisen Bewaffnung, der Zusammenfassung der arbeitenden Massen als Klasse. Bis dieser Augenblick erreicht war, verlangten wir, dass man im Westen sich nicht einlasse auf eine Politik der Verständigung mit dem Völkerbund, dass man, wenn man schon unterschrieb, eine Machtformation in der Hand behielt, um der Entente wenigstens eine Macht entgegen setzen zu können. Wir verlangten, dass die Tatsache, dass die Gewalt in die Hände der Räte übergegangen war, benutzt wurde, um der Entente einen Damm entgegen zu setzen. Es hing genauso wie im Osten, so auch im Westen, von dem Willen der Revolution im Lande ab, ob eine solche Politik durchgeführt werden konnte, Gegen ein proletarisches Deutschland hätte die Entente den Kampf nicht aufnehmen können, und sie würde ihn auch nicht aufgenommen haben. Das ging über ihre Kraft.

Das war die Politik, wie wir sie im November 1918 verlangt haben, sie war die Fortsetzung dessen, was wir im August 1914 taten.

Ob hier Mehrheitsbeschlüsse herbeigeführt werden oder nicht, ist vollkommen gleichgültig. Über die Richtigkeit einer Politik entscheiden nicht Beschlüsse irgendwelcher Parteitage, die Richtigkeit einer Politik wird bewiesen durch den Gang der politischen Entwicklung. Eine Politik, die im August 1914 in ganz Deutschland verlacht wurde, die im November 1918 verspottet worden ist, steht heute im Brennpunkte einer neuen Organisation der Arbeiterklasse, steht im Brennpunkte der ganzen öffentlichen Debatten, der politischen Entwicklung selbst. Nachdem in

jahrelangen Kämpfen die Situation bis auf diesen Grad gediehen ist, nachdem Sie selbst Gelegenheit genommen haben, uns in großen Massenversammlungen in Berlin unsere Auffassungen darlegen lassen haben, haben Sie selbst nicht wenig dazu beigetragen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass diese Politik in den Mittelpunkt der Debatten gerückt ist. Die Massen tun nicht das, was wir wollen, sondern sie tun das, was sie in dieser Situation tun müssen. In dieser Situation setzt sich das Notwendige durch und wir haben die Zuversicht, dass der Politik, die wir treiben, die Zukunft gehört, gleichgültig, was Sie hier beschließen.

R. (RASCH) - Berlin: Da bis jetzt schon vierzehn Redner eingezeichnet sind, wird es zweckmäßig sein, ohne einem Redner das Wort abschneiden zu wollen, eine Beschränkung der Redezeit eintreten zu lassen, andernfalls der Parteitag wohl wochenlang dauern würde. Ich möchte eine Viertelstunde vorschlagen.

Th. (THYSSEN) [Johannes GRAUDENZ] - Rheinland: wendet sich gegen diese Beschränkung.

Der Antrag auf 15 Minuten Redezeit wird angenommen.

R. (RASCH) - Berlin: Ich habe dann noch folgendes Telegramm aus Stockholm bekanntzugeben:

„Wir danken für die brüderliche Einladung zum Parteitag.

Sind leider verhindert. Wir hoffen lebhaft, dass der Parteitag zur Sammlung der revolutionären Arbeiter Deutschlands beitragen wird. Wir bedauern lebhaft die Zersplitterung in Deutschland. Es lebe die revolutionäre Einigkeit, es lebe der Geist Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs! Es lebe die dritte Internationale.

Mit kommunistischem Gruß. Linkspartei Schwedens. Ström.»

W. (WERNER) - Frankfurt a/M.: Ich habe folgende Erklärung abzugeben:

«Da der Parteitag es für gut befunden hat, Delegierte, welche zu Unrecht hier als Delegierte erschienen sind, als stimmberechtigte anzuerkennen, ist es dem Vertreter Frankfurts nicht möglich, sich an weiteren Abstimmungen zu beteiligen und macht für die Spaltung der Partei diejenigen verantwortlich, die sie bewusst herbeiführen wollen». W. (WERNER) - Frankfurt a/M.

R. (RASCH) - Berlin: Es stehen zur Debatte die folgenden Anträge:

#### 1. Antrag des Wirtschaftsbezirks Gross-Berlin:

Der Bezirk Groß-Berlin hält den Standpunkt der Hamburger Genossen, wie er hauptsächlich durch die Genossen Wolffheim und Laufenberg repräsentiert wird, betreffend die Fragen der Nation, Burgfrieden, Volkskrieg u.s.w. für nicht vereinbar mit dem Programm der K.A.P.D. Er ersucht deshalb die Organisationen, und einzelne Genossen, die diesen Standpunkt teilen, daraus auch die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

#### 2. Antrag des Wirtschaftsbezirks Groß-Thüringen:

Die Frage des sogenannten Hamburger Nationalbolschewismus soll in den Mitgliedschaften entschieden werden, nachdem auch die Hamburger zu Worte gekommen sind. Die Reichskonferenz soll diese Frage als Punkt auf die

Tagesordnung setzen.

### 3. Antrag des Wirtschaftsbezirks Mitteldeutschland:

„Die Genossen Laufenberg und Wolffheim und alle, die ihre nationalistischen Tendenzen teilen, aus der Partei auszuschließen.

„Zu dem letzten Antrage bemerke ich, dass er unmöglich hier zur Entscheidung gebracht werden kann, denn unser Statut besagt, dass der Ausschluss eines Genossen nur durch seinen Wirtschaftsbezirk zu erfolgen hat. Sache des Parteitages ist es, klare Richtlinien für die Partei aufzustellen. Dann mag jeder selbst entscheiden, ob er noch Mitglied der Partei zu bleiben hat.“

An Anträgen sind inzwischen noch eingegangen:

### 4. Von der Ortsgruppe Wilhelmshaven:

Die Mitglieder der K.A.P.D. (Ortsgruppe Wilhelmshaven) haben in Sachen Laufenberg-Wolffheim folgende Resolution angenommen:

„Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, dass nur durch die Propaganda des schärfsten Klassenkampfes unser Ziel verwirklicht werden kann. Gedankengänge, die darauf hinauslaufen, durch In – den – Vordergrundstellen nationalistischer Tendenzen bürgerliche Kreise zur freiwilligen Mitarbeit und Einfügung in die Rätediktatur heranzuziehen, lehnen wir als verwirrend ab, da wir überzeugt sind, dass sich die am kapitalistischen System Interessierten nur der Gewalt der Tatsachen fügen werden. Ebenso lehnen wir es aber ab, irgendwelcher Instanz, selbst der der Internationale, das Recht zuzugestehen, in Angelegenheiten, die nur die Partei selbst angehen, dieser bestimmte Verpflichtungen aufzuerlegen.“

### 5. Von der Ortsgruppe Altona:

„Die Ortsgruppe Altona steht auf dem Boden des verschärften Klassenkampfes und lehnt die national-bolschewistische konterrevolutionäre Politik der Genossen Laufenberg und Wolffheim ab.“

Wir treten nunmehr in die Diskussion ein.

Sch. (SCHWABE?) - Eisenach: Ich glaube, wer den Ausführungen des Genossen L. gefolgt ist, wird sich wohl, wenn er es schon für nötig befunden hat, die Auslassungen der Broschüren und Artikel zu studieren, klar gewesen sein, dass das, was man von bestimmten Kreisen in die Gedankengänge hineinzulegen versucht, nämlich einen nationalen Gedanken, garnicht darin zu finden ist. Man muss sich überhaupt bei Behandlung dieses Themas fragen, ob denn die Verfechter des Marxismus, ob auch der Genosse G. (Goldstein) auf dem Boden des Marxismus steht. Wir müssen den Bürgerkrieg ablehnen, weil sich in diesem Kampfe zwei gleich große Faktoren gegenüberstehen, und der Kampf nur dazu führt, dass sich beide Parteien verbluten. L. hat Ihnen auseinandergesetzt, wie die Sätze vom Bürgerkrieg im proletarischen Sinne zu verstehen sind. Haben wir nicht vom ersten Tage der Revolution an den Bürgerkrieg in Permanenz? Müssen wir nicht dazu übergehen, die revolutionäre Bewegung dahin zu drängen, dass es zur sozialen Revolution kommt, um nicht unterzugehen als proletarische Klasse? Halten wir uns vor Augen, was in Spa gegen das deutsche Proletariat herausgekommen ist. Haben



wir ein Interesse daran, dass man dazu übergeht, das deutsche Proletariat zu entwaffnen? Oder haben wir nicht vielmehr ein Interesse daran, dass sich die Revolution durchsetzt. Wir haben uns damit zu beschäftigen, welche Wege wir gehen müssen, um zu unseren Zielen zu gelangen. Man darf den einzelnen Genossen nicht das Recht absprechen, über all diese Fragen zu diskutieren. Will einer behaupten, dass sie damit gegen die Grundsätze unseres Programms verstoßen haben? (*Jawohl!*) Dann bezeugt das, dass Sie nicht lesen können. Unter anderen Auslassungen hat man ja auch den Maiaufruf der Genossen L. und W. angegriffen und ihn als nationalbolschewistisch verschrien. Ich möchte ihn noch einmal kurz zur Verlesung bringen, um zu zeigen, was darin enthalten ist. (*Redner verliest hier den größten Teil des Maiaufrufs, der bekannt ist.*) Diese Gedankengänge spinnen sich wie ein roter Faden durch die ganzen Ausführungen der beiden Genossen.

Pf. (PFEMFERT) -Gotha: In einer Viertelstunde ist es natürlich nicht sehr einfach, auf ein Referat zu antworten, was stundenlang währte und ausgiebig mit Zitaten arbeitete. Wenn ich jetzt anfangen würde, zu zitieren, würde ich meine ganze Viertelstunde mit Zitaten opfern. Der Genosse L. ist zwar heute um den Brei herumgegangen, er hat aber die Tatsache nicht aus der Welt schaffen können, dass er und Genosse W. nicht nur nationalbolschewistisch sind, dass sie sogar auf dem Wege sind, antisemitische Tendenzen in das deutsche Proletariat zu tragen.

Es handelt sich nicht darum, dass wir auf höheren Befehl gegen L. und W. vorgehen, nur, weil es dieser Radek verlangt, sie auszuschließen, sondern wir haben uns, bevor Radek sich geäußert hat, gegen L. und W. wenden müssen. Mit der Phraseologie von den «*fremden Horden*» stützt man die Konterrevolution, denn sie hat es in der Hand, dieselben Worte zu benutzen. Wenn L. es so darstellt, als sei 1918 die deutsche Revolution vollendet gewesen, so ist das eine Fiktion. Wir wissen doch sehr wohl, dass Foch die Front zermürbt hat, und dass es möglich war, dass Hindenburg die Truppen «geordnet» zurückführen konnte. Wir wissen, dass auch die Räte auf Befehl der Heeresleitung gebildet worden sind, um dieses Instrument zu missbrauchen. Die Bewaffnung des Proletariats bestand nicht darin, dass man das Heer umschaltete. Es ist nicht richtig, dass die Bolschewisten nicht mit der Parole Bürgerkrieg an die Macht kamen, sondern mit der Parole Burgfrieden und nationaler Volkskrieg. Diese Parolen gaben die Menschewisten aus. Demgegenüber verlangten die Bolschewisten Frieden und haben auch mit dieser Parole den Frieden von Brest unterzeichnet, um eine Atempause zu bekommen. Erst nachdem sie das Heer umbauen konnten, war es ihnen möglich, den revolutionären Volkskrieg auszurufen. Und auch dabei wären sie stets noch in der Defensive. Sie verlangen noch heute alle vierzehn Tage den Frieden von der Entente. L. war 1914 gar nicht gegen den Krieg, sondern nur gegen den Burgfrieden. Er sollte es nicht so herausstellen, als ob er der einzige gewesen wäre, der 1914 das richtige getan hätte. L. verlangt mit anderen Worten das, was auch Haase 1914 proklamiert hat: Wir Lassen in der Stunde der Gefahr unser Vaterland nicht im Stich.

Deutschland kann dem Ententekapital nichts anderes zur Verfügung stellen, als die Arbeitsprodukte des deutschen Proletariats. Man muss den Glauben an das Klassenbewusstsein verloren haben, wenn man die Gedanken des Genossen L. zu seinen eigenen macht. - Es kann uns gar nicht daran gelegen sein, den Ausschluss der beiden Genossen zu betreiben, vielmehr festzustellen, was wir wollen.

Es ist kindisch, Radek vorzuwerfen, dass er Laufenbergs Gedanken gestohlen hat. Wir konnten dann eigentlich nur froh sein, denn dann wäre Laufenberg sie los. (*Heiterkeit*)

J. (JUNG) – Berlin: Der Vorredner hat schon darauf hingewiesen, dass L. um die wesentlichsten Punkte herumgegangen ist. Ich erblicke darin ein Referat, das nur auf Wirkung ausgeht und das geeignet ist, Unorientierte einzufangen. Wir müssen zunächst feststellen, dass der Vorwurf, wir bereiteten eine zweite Heidelberger Konferenz vor, voll und ganz auf die Hamburger Genossen zurückfällt. Es ist festgestellt, dass die Hamburger Genossen sich bereits mit Spaltungsgedanken getragen haben. Es ist weiter festgestellt, dass hier fortgesetzt von Spaltung gesprochen wird. Wenn die Genossen das Programm kennen würden, würde dieses Wort gar nicht in die Debatte geworfen werden können. Wir bemühen uns ja eben um die Feststellung dieses Programms. Wir haben also diejenigen Richtlinien herauszuarbeiten, die wir als grundlegend betrachten wollen. Diesen Versuch, zu einer Einigung zu kommen, als Spaltung zu bezeichnen, ist so demagogisch, wie wir es in der proletarischen Bewegung wohl kaum noch erlebt haben. Es ist notwendig, darauf hinzuweisen, dass alles das, was die Hamburger Genossen dem Spartakusbund, resp. uns als in seinen Bahnen wandelnd, vorwerfen, auf sie selbst zurückfällt, wenn man hört, dass 1. die Hamburger einen direkten Betrug begangen haben, indem sie das Kernwort des Programmentwurfs ohne eine Anmerkung aus diesem Entwurf entfernt haben, ohne dass sie ihren Mitgliedern davon Kenntnis gegeben haben, dass zweitens die Unterschrift unter dem Maiaufruf gefälscht ist. (*W. - Hamburg: Wir haben den Auftrag von G. bekommen!*) Der Geschäftsführende Ausschuss wird dann dazu die nötige Erklärung abgeben. Der Maiaufruf wirkte in einer solchen Weise dem Proletariat gegenüber provozierend, dass man darin nur eine wohl vorbereitete Aktion zur Sprengung erblicken kann. Wenn die Genossen L. und W. dann gleichzeitig auf die Autonomiebestrebungen spekulieren, so kann man sich ein Bild machen von der Kampfweise der Hamburger Richtung.

Ich möchte fragen: gibt es denn eine Klassenorganisation des Proletariats ausschließlich in Deutschland, oder ist sie international? Vor dieser Frage ist L. geflissentlich ausgewichen. Die Frage des Krieges gegen die Entente trägt einen ausgesprochen konterrevolutionären Charakter. Wir müssen alles daransetzen, von der Entente in Ruhe gelassen zu werden. Wer dem Proletariat einen Dienst erweisen will, muss im Auslande den Eindruck zu erwecken verstehen, als ob es eine Unmöglichkeit wäre, dass das Proletariat einen Krieg gegen die Entente führen könne. Die Propaganda L's und W's entwindet uns diese Mittel, sie schafft den Nährboden der Zusammenfassung der Arbeiterschaft unter den alten imperialistischen Kriegsgesetzen. Wir sind und wollen nicht mehr eine Politikantenpartei sein; für Politikanten haben wir keinen Platz. Wir verbitten es uns, über Selbstverständlichkeiten orientiert zu werden und in irgendeiner Weise als unmündige Kinder behandelt zu werden. Wir sind zusammgekommen, um die Richtlinien zu finden, um das Proletariat sammeln zu können. Wir dürfen keine Haarspaltereien in unserer Kampfgruppe dulden.

R. (RASCH) – Berlin: Ich bin über die Ausführungen des Genossen Sch. (Schwabe?) – Eisenach sehr erstaunt, war er es doch, der am 29. Juni in der Sitzung des Zentralausschusses einer derjenigen war, die der vom Zentralausschuss vorgelegten Resolution zustimmten. (*Zuruf Sch. (Schwabe?) – Eisenach: Das ist nicht wahr!*) Das kannst Du nicht ableugnen; Du hast sogar der verschärften Resolution zugestimmt. Es kommt mir so vor, als ob Du dann Deine Meinung gewechselt hast, wie unsereins manchmal sein Hemd wechselt. (*Heiterkeit*)

Um was dreht es sich? Wenn wir als K.A.P.D. unsere Haltung bestimmen wollen, so können wir das nicht tun von dem engen Rahmen der Nation aus. Unsere Politik kann nur eingestellt werden vom Standpunkt des internationalen Klassenkampfes des Proletariats aus. Von diesem Punkte aus haben wir die deutsche Bourgeoisie zu bekämpfen. „Deutsche Politik ist deutsche Politik, russische Politik ist russische“, so

sagte der Genosse Laufenberg anlässlich einer Versammlung in Hamburg. Ich sage unsere Politik ist proletarische internationale Klassenkampfpolitik. (*Sehr richtig!*) Darüber kann es mit uns kein Rechten geben. Ich würde, genauso wie ich es beim Spartakusbund getan habe, mein Mitgliedsbuch zerreißen, wenn die nationalistischen Tendenzen der Hamburger Genossen in der Partei die Oberhand bekommen würden. In einem Augenblick, wo die Russen hart an der deutschen Grenze stehen, wo jeder Tag uns vor neue gewaltige Aufgaben stellt, schreibt die Hamburger K.A.Z.: Soll Deutschland russischer Randstaat werden? Ich habe mit dem Kopfe geschüttelt, als ich das las. Heute ist die Parole für uns: Waffenbündnis mit Sowjetrussland! Die Ansichten, wie sie durch alle Broschüren und Artikel der beiden Genossen gehen, sind nur darauf gerichtet, den Bürgerkrieg zu bekämpfen und den Volkskrieg zu propagieren. Ich habe Gelegenheit gehabt, mit Genossen des Auslandes zu reden. Aber überall wurde dieser Standpunkt einfach nicht begriffen, der darauf beruht, im Auslande den Chauvinismus durch die Genossen L. und W. vertreten zu lassen. Nehmen Sie den Antrag Berlins an und dann mögen die Genossen die Konsequenzen ziehen.

Ap. (Jan APPEL) – Hamburg: Ich erkläre, dass ich bis zur Abfahrt nach Moskau ständig für die beiden Genossen eingetreten bin, und zwar deshalb, weil wir uns geschieden hatten vom Spartakusbund nicht über die Frage des Nationalismus, sondern wegen der Frage der Organisation, der Union oder Gewerkschaft und des Parlamentarismus. Deshalb standen wir zu L. und W. und in diesen Fragen stehen wir auch noch heute zu ihnen. Was uns trennt, ist die Frage der nationalen Verteidigung, die Frage der Landesverteidigung. Wir haben die erste kommunistische Adresse nicht als nationalbolschewistisch aufgefasst, wir haben dies Wort abgelehnt. Daraufhin griff der Spartakusbund uns an. Wir kamen nach Moskau, und erst da wurde uns die Broschüre *«Kommunismus gegen Spartakismus»* vorgelegt. Als wir das gelesen hatten, haben wir uns nicht besonnen zu erklären, dass danach Laufenberg und Wolffheim nicht mehr auf dem Boden des Klassenkampfes ständen. Das ist leicht zu beweisen. Die beiden Genossen erklären, dass das Ziel unserer Bewegung und Kämpfe die Einheit der Nation sein soll. Da sage ich: das ist nicht unser Ziel; dass wir nationale Tendenzen ausnutzen sollen, ist gewiss, das tut auch Radek. Aber wir sagen, und da sind wir Marxisten, nicht Ziel ist die Einheit der Nation, sondern die Herrschaft der Arbeiterklasse, und zwar nicht in einem Lande allein, sondern in der ganzen Welt. Dieses Ziel ist nicht nur vorhanden, wo die Arbeiterklasse die Macht hat, sondern auch in anderen Ländern. Damit haben wir zu rechnen. Deshalb sagen wir nicht: Einheit der Nation, sondern: Herrschaft des internationalen Proletariats. Das letztere wollen wir und darin unterscheiden wir uns von den beiden Genossen. Wohin man kommt, zeigt sich in den ganzen Broschüren und Artikeln. Ich gestehe ein, dass die Genossen L. und W. auch schon früher diesen Standpunkt vertreten haben, und es ist die Schuld aller Genossen, dass sie die Dinge nicht aufmerksam gelesen haben. Haben wir das jetzt aber einmal erkannt, dann sollten wir auch wissen, was wir zu tun haben.

Der verschiedentlich herangezogene Absatz aus der Broschüre *«Demokratie und Organisation»* hat uns zunächst abgestoßen. Er entsprach dem ganzen Stimmungsbild der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland, der Sozialdemokratie; aber falsch war er, der hat der Ausgang des Krieges gezeigt. Man meint, dass man die Front hätte umschalten können. Das begreife ich nicht. Jeder, der Soldat war, weiß, dass das ein Unding war. Die Dinge lassen sich nicht mit einemmale umschalten. So ist auch die Frage mit dem Burgfrieden zu bewerten. Wir hatten verstanden, dass man die Bourgeoisie betrügen sollte, indem man ihnen einen Burgfrieden vorgaukelte für den Fall, dass sie sich uns fügte. In demselben Atemzuge spricht Laufenberg von den Bauern; ihnen soll man ein Parlament zugestehen, damit sie aussprechen können, *«wie sie sich die Sache denken»*. Gewiss muss man mit ihnen rechnen, aber dass wir

ihre Auffassungen als die unsrigen anerkennen sollen, dagegen sträuben wir uns mit aller Entschiedenheit. Damit haben wir den Boden des Klassenkampfgedankens verlassen. Wenn man sich von dem Gedanken leiten lässt, die Einheit der Nation herzustellen, dann kommt man dazu, den Wünschen der Bourgeoisie Rechnung zu tragen. Logischerweise muss man Konzessionen machen und da sage ich, dass, wenn wir von unseren Grundsätzen abweichen, um gewisse Ziele zu erreichen, wir keine Kommunisten mehr sind. Der Genosse R. (Rasch) wies schon darauf hin, dass in der letzten Zeit sich das Bürgertum schon in Sicherheit wiegt. Das sollte den beiden Genossen zu denken geben. Sie sollten sich sagen: wir können uns auch irren. Meint doch nicht immer, ihr wärt Päpste! Man soll aus den Vorgängen aus Thal und Marburg lernen. Wenn man die Interessen der Arbeiterschaft vertreten will, muss man auch einsehen können, dass man sich auch irren kann. Es kann jeden Augenblick zu einem nationalen Krieg kommen. Wer hat die Führung der Armee alsdann in der Hand? Es werden Offiziere sein. Wenn man in diesem Augenblick die Heeresleitung beseitigen will, dann haben wir den Bürgerkrieg.

Wir werden wohl mehr auf unsere eigenen Kräfte angewiesen sein. Die große Masse des Proletariats wird sich dann ohne weiteres der «gegebenen Heeresleitung» fügen. Dann könnt ihr noch so viel geschrieben haben, die Arbeiter werden genau wie 1914 gegen die Schwarzen kämpfen unter der Oberhoheit von Ludendorff und Hindenburg. Wenn wir die Tatsachen nicht sehen wollen, sind wir entweder blind, oder man glaubt, durch Kunststücke zur Macht des Proletariats zu gelangen. Es ist einfach nicht wahr, dass das Machtgefühl der Bourgeoisie von heute auf morgen verschwindet. Laufenberg spekuliert darauf, dass große Massen des Bürgertums verarmt sind. Sie sind aber noch keine Proletarier. Wenn wir den Weg der Geschichte nicht verstehen können, sollen wir davon ablassen, das Proletariat auf Irrwege zu führen. Jeder Arbeiter wird auf die Frage, ob großdeutsch, ob kleindeutsch nach seinem proletarischen Instinkt antworten: die Hauptsache ist, dass meine Lage verbessert wird. Und die Lage wird dadurch verbessert, dass das imperialistische Kapital vernichtet wird. *(Bravo!)*

R. (RASCH) - Berlin: Es ist bereits 5 Uhr durch. Der Saal steht uns heute nicht länger zur Verfügung. Ich bitte, morgen früh pünktlich um 9 Uhr wieder hier zu sein. Ich erkläre die heutige Sitzung für geschlossen.

Zweiter Verhandlungstag.

R. (RASCH) - Berlin: eröffnet die Sitzung morgens 9 1/2 Uhr. Es wird zunächst beschlossen, bis abends 6 Uhr durchzutagen. Zu einer Erklärung erhält alsdann das Wort der Genosse

P. (PIEPERKORN) - Altona: Schmerzlich hat es mich gestern berührt, dass hier der Eindruck erweckt wurde, als ob die Ortsgruppe Altona mit unlauteren Mitteln gearbeitet hätte, um sich ein Mandat für den Parteitag zu ergattern. Diese Unterstellung ist falsch. Wir verzichten auf das Mandat der Opposition, wollen aber mit beratender Stimme teilnehmen.

W. (WERNER) - Frankfurt a/M.: Nach den Ausführungen des Vorredners ziehe ich meine gestern abgegebene Erklärung selbstverständlich zurück.

Sch. (Amalie SCHAUMANN) - Magdeburg: Der Genosse L. (Laufenberg) sagte gestern, die Parteien seien bürgerlichen Charakters und hätten mit der Ergreifung der Macht durch das Proletariat zu verschwinden. Mir erscheint diese Ansicht gefährlich und falsch. Ich meine, dass die Parteien nicht mit dem Beginne der proletarischen Revolution sondern mit ihrem Siege zu verschwinden haben. Und auch noch nicht

mit dem Siege eines Proletariats eines Teiles der Erde, sondern erst, wenn die Weltrevolution Wirklichkeit geworden ist. Ich erinnere dabei an das sehr gefährliche Beispiel Ungarns, wo die Kommunistische Partei ihre Organisation aufgab und sich mit den übrigen verschmolz. *(Sehr richtig!)* Die Arbeiter sind mit der Errichtung des proletarischen Staates noch keine Kommunisten geworden. Welches sind die ersten kommunistischen Maßnahmen, die eine siegreiche Arbeiterklasse durchzuführen hat? Ich meine, dass die Lohnarbeit und die Wirtschaft des Einzelhaushaltes die Keimzellen der kapitalistischen Wirtschaft sind, und also die ersten kommunistischen Maßnahmen die Ablösung dieser Lohnarbeit und des Einzelhaushaltes sind. Der Ersatz für den Lohn ist das, was der Mensch an Bedarfsgegenständen gebraucht. Dann erst können wir von Kommunisten sprechen, wenn die Einzelwirtschaft aufgehoben ist und durch die gemeinsame Haushaltung, wenigstens in Bezug auf Verpflegung, abgelöst ist. Bis zu dieser Maßnahme müssen wir als Kommunisten mit den anders gesinnten Arbeitern zusammenstehen, haben wir diese nichtkommunistische Arbeiterschaft vorwärts zu treiben. Weiter sagte der Genosse L., die Nation als solche sei durchaus berechtigt, und es sei unsere Pflicht, für den Bestand dieser Nation, wenn sie gefährdet sei, einzutreten. Das unterschreibe ich auch nicht. L. sagte, die Nation ist eine Zusammenfassung von Landsmannschaften, die sich durch Sitten und Gebräuche und die gemeinsame Sprache von den übrigen Nationen unterscheiden. Ich halte diese Ansicht für falsch. Wohl gibt es Sprachgemeinschaften, aber was wird mit den Randgebieten, in denen 5 oder 6 verschiedene Sprachen gesprochen werden? Zu welcher Nation sollen sich dann diejenigen Zonen bekennen, in denen von Anfang an zu gleicher Zeit deutsch und französisch sprechen gelehrt wird? Was konnte es uns schaden, wenn wir auch in der französischen Sprache unterrichtet würden? Es konnte nur unser Vorteil sein. Doch noch weit schlimmer steht es um die Argumentation, dass die Nation ein Gebilde ist, das durch gemeinsame Sitten und Gebräuche zusammengehalten wird. Das ist falsch! Sind denn die Sitten der ostpreußischen Bevölkerung nicht verschieden von denen der Bevölkerung des Westens Deutschlands? Von denen der lettischen oder der litauischen Bevölkerung? Sind denn weiter die Sitten und Gebräuche der Arbeiter überhaupt nicht viel ähnlicher untereinander, als die Sitten und Gebräuche der Bourgeoisie? Können wir da denn überhaupt von Gemeinsamkeit sprechen? Nein, die Sitten und Gebräuche sind nicht das, was eine Nation zusammenhält! Die Sitten und Gebräuche sind international. Wir haben kein Interesse an der Erhaltung dieser Nation, weil sie nur ein künstlich von den herrschenden Klassen in die Arbeiterschaft geworfenes Trugbild ist, um ihre eigenen Interessen gegen die anderer zu vertreten. Im Falle eines Krieges gegen die Entente hätten wir nach meiner Meinung die Pflicht, von Beginn dieses Krieges Sabotage zu üben. Ich sage, das deutsche Volk hat nicht das Recht und die Pflicht, sich wirtschaftlich unter die Entente zu stellen. Wir werden nicht gegen die Proletarier anderer Länder kämpfen.- Es ist gesagt worden, wir brauchen Techniker etc. Jawohl, aber ich stehe nicht an zu sagen, dass, wenn die Techniker sich unter allen Umständen widersetzen, es eher geschehen mag, dass die Produktion etwas geschädigt wird - es ist das ja nur vorübergehend - als dass wir die Ansichten dieser Leute zu den unsrigen machen. Ebenso scheint es mir mit den Ärzten zu sein.

So notwendig die Gesundheitspflege ist, so sage ich doch, dass wir wegen der Pflege der augenblicklich Kranken nicht 60 Millionen gesunder Menschen aufs Spiel setzen können. Das gleiche gilt von den Offizieren. Ich habe tiefes Misstrauen gegen die Offiziere. Ich bin gestern überrascht gewesen, dass ich nicht erfahren habe, inwieweit der Genosse L. schon in der jetzigen Zeit eine Verbindung mit solchen Offizieren für angängig hält. Diese Offiziere mögen als Personen gar nicht einmal so unreell sein, in erster Linie aber haben sie ein Interesse daran, sich selbst als Kaste zu behaupten. Was beweist Brussiloff? Es beweist, dass die Russen der Not gehorchend, sich diese Männer gekauft haben. Es beweist aber noch nicht, dass Brussiloff den Russen

einmal gefährlich werden kann. Wir Kommunisten müssen Misstrauisch sein und solche Leute, wo immer es angeht, kontrollieren. Vor allen Dingen dürfen wir ihnen kein allzu großes Vertrauen schenken. Der Genosse Pf. meinte gestern, dass L. sich hier als Konterrevolutionär betätigt hätte. Dieser Meinung muss ich aber doch entgegentreten. Ich halte die Hamburger für revolutionär und für Kämpfer. Der Genosse L. (Laufenberg) hat ja gestern eine Meinung zum besten gegeben, die so außerordentlich revolutionär wirken muss, von der ich nur nicht recht weiß, wie wir sie durchführen können. Denken Sie sich das Bild: der Betrieb als Keimzelle des Wirtschaftslebens hat die gesetzgebende und vollziehende Gewalt und zugleich die militärische. Das ist doch ein einheitliches prachtvolles Gebäude. Aber wie werden nun die gegenrevolutionären Offiziere sich diesem Gebäude einfügen? Ich möchte Sie daher bitten, nicht so großen Wert auf die Verteidigung der Nation zu legen, als darauf, wie es möglich ist, die Bewaffnung der Betriebe in die Tat umzusetzen.

J. (JAHNKE) - Hamburg: In seiner gestrigen Rede hat der Genosse L. das Vorhandensein der Opposition in Hamburg überhaupt angezweifelt. Er stellte die Frage: wie sieht es in Hamburg aus? Diese Frage kann ich beantworten. In der alten Ortsgruppe geht jede Initiative von den beiden Genossen, L. und W., aus, und wehe, wenn irgendjemand anders auch einmal das Wort wünscht. Das ist eine der Auswirkungen dieser Lehre. Die Opposition steht durchaus auf realem Boden. Zu der Auswirkung der Lehre gehört die Stellung zum Kapp-Putsch. Als die Genossen im Ruhrgebiet auf Hilfe warteten, wurde die Parole *«Gewehr bei Fuß»* ausgegeben. Das ganze Hamburger Proletariat wartete auf Anweisungen; man kommandierte *«Gewehr bei Fuß»*. [*W. (Wolffheim) - Hamburg: Genau wie Berlin!*] [*Schr. (Schröder) - Berlin: Unerhört!*] Hätten wir damals, anstatt Gewehr bei Fuß zu stehen, auf die Notwendigkeit hingewiesen, dass man erst einmal Gewehre haben muss, wenn man Gewehr bei Fuß stehen soll, es wäre das gescheiter gewesen. - Wir halten auch die theoretische Grundlage für verkehrt. Die Nation entstand, als der Staat, der bürgerliche Machtapparat, sich konstituierte. Man brauchte eine Floskel, um der gesamten unterdrückten Masse eine Täuschung vorzuspiegeln; man nannte das Nation.

Der Genosse L. beruft sich auf Lenin, auf die Russen. Ich bin in der Lage, hier einen Brief verlesen zu können, den Trotzky geschrieben hat an die I.W.W. und zwar über die Frage, ob Kriege auch in Zukunft zwischen Sowjetstaaten möglich sind. Diese Frage wird von Trotzky verneint. Er sagt u.a., dass es die erste Aufgabe sein muss, überhaupt den Krieg auszurotten. Es ist klar, dass wenn wir die Ursachen der Kriege aus der Welt schaffen, verschwinden die Kriege von selbst. Kommunismus bedeutet das Ende der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Es werden nur bleiben die Kollektivkämpfe der Menschen gegen die Gewalten der Natur. Das sind die Ansichten Trotzky's. Die Ansichten Lenins finden Sie in den Thesen über nationale Fragen. Der Genosse L. beruft sich immer auf Lenin mit dem Hinweis auf diese großen Sterne, ohne die das Proletariat den Kommunismus nicht verwirklichen kann. Russland war Agrarland und erst im Kriege entstand eine namhafte Industrie. Die meisten der Ingenieure und Leiter waren aus Deutschland bezogen. Als der Krieg einsetzte, als die nationale Phrase siegte, als alles nach Deutschland zurückkehrte, da fehlten in Russland diese Kräfte, und jetzt fehlen sie erst recht. Anders in Deutschland. Wir sind aus anderem Holz geschnitzt. Uns kann keine Bourgeoisie helfen zum Aufbau der proletarischen Kultur. Das kann nur das Proletariat selbst. In dieser Hinsicht gehen wir durchaus mit Marx konform, dass die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann. Wenn man daran zweifelt, ob das Proletariat aus eigener Kraft zum Kommunismus kommen kann, so frage ich: gibt es nicht genügend Leute der Wissenschaft, die sich aus dem Proletariat hochgearbeitet haben? Wir lehnen entschieden jede Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie ab. Im Gegenteil: schreiben wir auf unsere Fahne die Vernichtung

der Bourgeoisie und wir werden den Kommunismus durchführen. Wie die Phrase des Nationalismus auf den Hirnen der proletarischen Massen lastet, davon haben wir in Hamburg ein erschreckendes Beispiel. Dort verneint man alles, es bleibt nur die Herrschaft von zwei Leuten übrig. Die Hamburger Ortsgruppe versucht, jede andere Meinung zu unterdrücken. Das sind die Auswirkungen dieser Lehre. Man spricht von Bonzen. Gehen Sie nach Hamburg. Jede Initiative geht von diesen beiden Genossen aus. Der Genosse L. hat von den Leitsätzen des Aktionsausschusses gesprochen. Es sind nicht die Leitsätze des Aktionsausschusses, sondern die der Genossen L. und W. Wir müssen reinen Tisch machen. Wir sind entweder Nationalisten oder Revolutionäre; beide zusammen gibt es nicht.

H. (Carl HAPP) – Hamburg: Dass die Dinge so laufen würden, wie sie hier gelaufen sind, haben wir bereits vorausgesehen. Die Dinge gehen ihren Weg. Tatsache ist, dass durch das Verfahren des Parteitages zu Anfang die Spaltung vollzogen ist. Die K.A.P.D. hat sich so entwickelt, dass sie in das Fahrwasser der alten Partei gegliedert ist. Dadurch, dass man die Hamburger Organisation außerhalb der K.P.D. gestellt hat, hatte der Parteitag das Todesurteil der K.P.D. ausgesprochen. Sie wird ebenso zugrunde gehen müssen wie alle anderen Parteien. Was hier beobachtet worden ist, ist das, dass man sich auf unsere Anschauungen gar nicht einstellen kann. So läuft man Sturm gegen den Begriff Nation. Man kann doch nicht gegen etwas anrennen, was nun einmal vorhanden ist. Die Völker sind da, folglich auch die Nationen. Nation und Internationale sind zwei Seiten ein und derselben Sache, sie ergeben zusammen erst die nationale Einheit. Die Kritik, die an der Politik L.'s und W.'s geübt wird, führt letzten Endes in das Fahrwasser des Spartakusbundes. Wir können wohl sagen, dass diese Auseinandersetzung eine Auseinandersetzung mit dem Pazifismus ist, mit Leuten, die die sozialdemokratischen Eierschalen noch nicht abgestreift haben. (*Unruhe, Lachen*) Wenn die Genossen gegen den Begriff Nation anrennen, dann rennen sie damit auch gegen das an, was wir unter revolutionärem Burgfrieden verstehen. Man wehrt sich gegen das Wort, weil man unseren Sinn nicht herauslesen kann. Wenn wir sagen, dass wir den Begriff Burgfrieden umkehren, so verstehen wir darunter, dass wir der Bourgeoisie den Burgfrieden aufzwingen. Wir müssen die Bourgeoisie in den Dienst der Arbeiterklasse stellen. Wir haben keinen Zweifel gelassen, dass wir durchaus nicht den Burgfrieden mit der Bourgeoisie, wie er hier ausgelegt wird, wollen, sondern dass wir mit allen Mitteln gegen sie vorgehen werden, wenn es sein muss, mit den Mitteln des Terrors. Kommen wir zur Machtergreifung des Proletariats, so geraten wir in Kollision mit der Entente, wir werden gezwungen werden, mit ihr den Krieg zu führen. Wir sind keine Pazifisten, der Weltfrieden muss erkämpft werden. Denn die Entente ist doch schließlich nicht das englische oder französische Volk, sondern das Finanzkapital der Welt. Die Genossen wehren sich aber gegen das Wort Volkskrieg, Burgfrieden und Nation, ohne den Sinn zu verstehen, den wir den Worten unterschieben. Die Frage der Nation muss diskutiert werden aus der Tatsache, dass im Osten eine kommunistische Republik errichtet worden ist und weil sich in Moskau Bestrebungen bemerkbar machen, von dort aus alles zu leiten und zu regieren. Den Anschluss an Moskau nicht verfehlen, heißt einen Anschluss an den Spartakusbund suchen. Der Spartakusbund ist eine Filiale russischer Politik. Das müssen wir uns klar machen, um zu begreifen, welche Gegensätze zwischen den russischen und deutschen Arbeitern bestehen. Wenn Levi verhandelt mit einem Trebitsch-Lincoln, so ist das spezifisch russische Politik. Wenn wir das richtig bewerten, kommen wir zu ganz anderen Resultaten. Wenn von Moskau die Dinge geleitet würden, so müssten wir uns dagegen ganz entschieden wehren. Einer meiner Vorredner hat die schwersten Anwürfe gegen die Hamburger Organisation geschleudert. Er ist durchaus nicht orientiert über das, was in Hamburg vor sich geht, oder er sagt bewusst Unwahrheiten. Man kommt mit Dingen, die gar nicht in die Debatte gehören. Man sagt, wir trieben Personenkultus. Dagegen müssen wir

uns ganz entschieden wehren. Wir denken nicht an einen Personenkultus. Vielleicht liegt das Bestreben des betreffenden Genossen darin, selbst als Person angesehen sein zu wollen. - Die ganzen politischen Verhältnisse treiben auf das hin, was wir immer vertreten haben. Die alten Parteien sind überlebt; auch die K.A.P.D. wird zugrunde gehen an dieser Parteiform. Das Rätssystem Deutschlands wird einmal eine viel höhere Form haben als das Russlands. Daraus resultieren die ganzen Gegensätze zwischen Deutschland und Russland. Ich möchte noch entschieden betonen, dass wir nicht ein Jota von unserem Standpunkt abgehen. Wir halten es für ein Verbrechen, unseren Standpunkt zu verlassen, weil wir dann die Interessen der Weltrevolution für gefährdet halten.

K. (KÖHLER) - Friedrichsort: Wenn ich das Wort ergreife, so muss ich bitten, es mir nicht übel zu nehmen, wenn ich mich orientiere und die Scheuklappen ablege. Ich bemerke zwei Richtungen, die Berliner und die Hamburger. Unsere Pflicht ist es als Vertreter der Organisation, eines jeden Ansicht zu haben und uns zu orientieren und unsere Stimme, soweit es das gebundene Mandat zufällt, für das Für oder Wider einzulegen. Weg mit dem Personenkultus! Ich lehne, wie ich Wilhelm II. abgelehnt habe, auch einen Genossen G. (Goldstein), einen L. und einen W. ab. Die Argumentation Laufenbergs war entschieden lebhafter, mehr von Aktivität getragen. Ich sehe bei G. die Passivität. Wir befinden uns heute immer noch im kapitalistischen Staat und sind gezwungen, dem Kapital Konzessionen zu machen. Die geistige Entwicklung des Proletariats beginnt erst mit dem Zeitpunkt, wo der Sieg der proletarischen Revolution errungen ist. Erst dann haben wir es nicht mehr nötig, dem Kapital Konzessionen zu machen. Ich begrüße die Spaltungen von der S.P.D. bis zu uns. Sie haben dazu beigetragen, alle Proletarier anzuspornen, sich zu orientieren. Aber heute ist eine Spaltung zugunsten eines Personenkultus ein Schädling. Wir müssen uns fragen, was ist Aktivität und was ist Passivität in den Gedanken. Die Bewaffnung des Proletariats ist die erste Bedingung für den Kampf gegen den Versailler Vertrag. Es heißt Augen auf und klaren und gesunden Verstand. Ich lehne eine Kriegspolitik ebenfalls ab. Die Zeit des Kapitalismus ist abgelaufen. Wir wissen, dass die Grenzen nur künstlich gezogen sind. Es verdienen die Gedanken der Genossen Laufenberg und Wolffheim der Erwägung. Ein Ausschluss dieser Genossen ist undiskutabel. Als Revolutionär sage ich, wir brauchen nicht die Partei, sondern den Zusammenschluss der revolutionären Elemente.

D. (DETHMANN) - Kiel: Man kann die Dinge wohl nicht so leicht nehmen, wie sie hier teilweise genommen worden sind. Um Ihnen das Verständnis zu erleichtern, wohin die Tendenzen führen, muss ich vorlesen, was Laufenberg in Hamburg geäußert hat. Es steht hier ja nicht nur das Referat zur Debatte, sondern seine ganze Auffassung von Nation. Laufenberg sagte anlässlich der Bezirkskonferenz in Hamburg: «Das Ziel des Sozialismus ist die Zusammenfassung sämtlicher Glieder der Nation. Die Menschheitsziele treffen sich in der Nation. Die zweite Phase des Sozialismus besteht in der Epoche des Zusammenschlusses der völkischen Einheit». Die Nation hat also Ewigkeitscharakter, solange die Menschheit bestehen wird. Hier liegt der Kern. Laufenberg wird das vielleicht bestreiten wollen. (*L. - Hamburg: Nein!*) Also umso besser. Wenn man dies Problem diskutiert, muss man die Dinge historisch betrachten und die Methode des historischen Materialismus anwenden. Die Nation ist ein geschichtliches Produkt, eine erstarrte Wirtschaftseinheit, die einmal verschwinden wird. Laufenberg und Wolffheim haben den Standpunkt des historischen Materialismus verlassen, indem sie die Nation als die Grundlage der menschlichen Gesellschaft erklären. Das Fundamentarische ist für Kommunisten, dass die ökonomische Entwicklung die Grundlage ist. Alles andere sind nur Reflexe dieser ökonomischen Entwicklung. Diesen Standpunkt haben Laufenberg und Wolffheim verlassen und deshalb predigen sie die Nation. Sie verwechseln Nation



und Staat. Gewiss gibt es Völker, aber ihr Kennzeichen ist nur die Sprache und schließlich auch die Wirtschaft. Aber diese ruht auf einem Klassengegensatz.

Wie kommt es, dass sich überhaupt eine Sprache herausgebildet hat? Ist sie mehr als ein Verständigungsmittel zum Austausch der Waren, etc.? Wie kommt es, dass sich die Sprachen so sehr unterscheiden? Doch nur deshalb, weil wir geographisch voneinander getrennt sind. Mit der Entwicklung der Wirtschaft verschwindet die Nation. Was macht das Proletariat mit den Nationen? Zunächst organisiert es seinen eigenen Staat und seine eigene Wirtschaft. Wenn nun ein zweiter Staat fundiert wird, so sind die Proletarier interessiert daran, auch ihre Wirtschaft zentralistisch zu organisieren. Mit der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen verschwinden auch die Nationen und ihr Kennzeichen, die Sprache, aus dem einfachen Grunde, weil die Proletarier gezwungen sind, in Warenaustausch mit einander zu treten. Sie müssen ein Verständigungsmittel haben und das wird die Weltsprache sein. Unser Ziel ist die kommunistische Menschheitsgemeinschaft, die keine nationalen Unterschiede mehr kennt. Wohin diese Gedanken der beiden Genossen führen, zeigt das Aufwerfen der Frage von Kriegen zwischen Sowjetstaaten. Wenn zwei Rätestaaten existieren und diese sich eine einheitliche politische Leitung schaffen, weil dies eine Notwendigkeit ist, dann sind doch Kriege unmöglich. Dann kann es keine Sowjetstaaten mehr geben, dann gibt es nur einen Sowjetstaat über die ganze Welt, weil die politischen Verhältnisse nur ein Ausdruck der ökonomischen Verhältnisse sind. Wie sehr Nationalismus und Kommunismus unvereinbar sind, sehen wir aus der Stellung der beiden Genossen zum polnischen Kriege. Sie laufen Sturm gegen die Friedensströmung der Russen; sie propagieren aber gleichzeitig die Autonomie der Nationen. Wie können sie verlangen, dass die Russen ihre Grenzen überschreiten sollen?

Die Sache liegt eben so, dass Laufenberg und Wolffheim nicht mehr verstehen, mit der Methode des historischen Materialismus zu arbeiten, sondern auf den kleinbürgerlichen Anarchismus vom Schlage eines Max Stirner kommen, auf den individualistischen Anarchismus.

In der Schrift *«Kommunismus gegen Spartakismus»* wird die Rolle des Levi so ungemein überschätzt. Wie ist diese Überschätzung des Individuums möglich? Sie resultiert aus der kleinbürgerlichen Anschauung der Genossen. Auch diese persönlichen Angriffe auf Levi kommen aus der kleinbürgerlichen Auffassung vom Individuum. Sie wollen als Individuum auftreten. - *Der Kampf des Proletariats ist nicht nur international, er ist auch wirklich antinational.* Laufenberg hat die russischen Verhältnisse angeführt, dass auch dort die Bourgeoisie in den Oberkommandos sitzt. Diese Auffassung kann eine taktische Notwendigkeit werden, aber kein Prinzip. Laufenberg hat gesagt, das Interesse des deutschen Proletariats auch in der klassenlosen Gesellschaft ist, sich Deutschland als industrielles Herz Europas zu erhalten. Er sagt weiter, wir vertreten die Interessen des deutschen Proletariats gegenüber den Vertretern des jüdischen Proletariats. Auch hier wieder noch Unterschiede zwischen Proletariern. Die Arbeiterschaft jubelt den beiden Genossen heute zu, weil sie auch noch kommunistische Propaganda machen, und das ist das gefährliche an ihrer Arbeit. *(Beifall)*

Th. (THYSSEN) [Johannes GRAUDENZ] - Besetzte Zone: Ich möchte zunächst darauf eingehen, wie sich Laufenberg und Wolffheim die Bewaffnung der Betriebe denken. Etwa unter dem Zwange deutscher Offiziere? [W. (Wolffheim) - *Hamburg: Waffenkommission!*] Ganz recht, aber erreicht durch den nationalen Volksaufstand. Während des Kapp-Putsches habt ihr Verrat geübt mit eurer Parole Gewehr bei Fuß. [W. (Wolffheim) - *Hamburg: Ganz wie Berlin!*] (Schr. (Schröder) - *Berlin: Unser Flugblatt vom Sonnabend liegt vor!*) Die Aktion ist deshalb im Rheinlande zusammengebrochen,

weil man Kompromisse zu machen versuchte mit den Mehrheitlern. Während der Aktion haben wir damit gerechnet, dass diese Aktion über die Grenzen des Rheinlandes hinausgetragen würde und dass Hamburg seine Aktivität beweisen und uns unterstützen würde. Wir haben uns verblutet. Ihr hattet die Pflicht und Schuldigkeit, als wirkliche Revolutionäre die Aktion im Rheinlande zu unterstützen. (W. - Hamburg: *Haben wir ja auch!*) Nein, das habt ihr nicht! Laufenberg sagte gestern, die Möglichkeit habe bestanden, im November 1918 das deutsche Heer umzugestalten. Sie werden nicht behaupten wollen, dass wir im November überhaupt nicht die Macht gehabt haben (L. - Hamburg: *Jawohl!*) Genosse Laufenberg, am 9. November hatten wir doch keine soziale Revolution, es war ein Abschütteln einer Militärdiktatur. Dieser Kampf wurde vom Bürgertum mit ausgenutzt und war nicht etwa ein Klassenkampf des Proletariats. Die Arbeiterräte sind nicht etwa aus revolutionären Arbeitern zusammengesetzt worden. Unbekannte Existenzen gaben sich aus als Arbeiterräte. Während die Arbeiterräte scheinbar etwas diktierten, sabotierten die Offiziere. Wie sah es mit dem General Watter aus? Die Soldaten versicherten hoch und heilig, Watter unterstelle sich uns. Als wir ihn darauf aufmerksam machten, dass Freiwillige nicht geworben werden dürften, da verhaftete Watter den ganzen Soldatenrat. Im Februar 1919 schießen wir mit Watter einen Waffenstillstand ab. Die Generale aber gingen dazu über, uns unbarmherzig niederzuknüppeln. - Wie denkt ihr euch denn den nationalen Volkskrieg? Im besetzten Gebiet wird so viel Unheil angestiftet durch die Arbeiterpresse und dazu gesellt sich in würdiger Weise die Hamburger Presse. Die Offiziere werden nicht kämpfen für euch, Laufenberg und Wolffheim, sondern für Wilhelm II. in Holland. - Wir brauchen die Intellektuellen, wenn sie sich in den Dienst unserer Politik stellen, aber sie machen bei uns keine Geschichte. Wir haben keinen L. und keinen W., wir haben keinen G. (Goldstein), sondern wir haben die soziale Revolution. Abschaffung der Klassen durch die Diktatur des arbeitenden Volkes, durch unbarmherziges Niederkartätschen der Bourgeoisie. Wir haben noch immer durch Kompromisse unsere sozialen Errungenschaften verloren. Betreiben wir wirklich revolutionäre Klassenkampfaktik und nicht eure nationalen Ideen, darauf lassen wir uns nicht ein. (H. (Happ) - Hamburg: *Wir treiben Realpolitik!*) Wir machen allerdings Realpolitik. Wenn man euch in Hamburg bisher in Ruhe ließ, dann wäre man ganz bestimmt, dass der Bourgeoisie von euch kein Haar gekrümmt würde.

Zu dem Streit zwischen Laufenberg und Radek habe ich nur zu bemerken, dass wir nichts damit zu tun haben, wenn ein Intellektueller dem anderen seine Ideen stiehlt. L.-W. haben den Boden des revolutionären Klassenkampfes verlassen. Die Arbeiterschaft des Rheinlandes verlangt nicht einen Ausschluss, aber sie verlangt, dass L.-W. auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes zurückkommen oder ihre Konsequenzen ziehen. Ein Vertreter Hamburgs sagte ja schon, sie gingen kein Jota von ihrem Standpunkt ab. Ihr seid also nicht hierhergekommen, um eine klare Verständigung herbeizuführen, sondern euch könne es nur darauf an, eine Spaltung hervorzurufen, um dann mit der Geste des Erhabenen nach Hamburg zurückzukehren. Die Delegierten werden wissen, was sie darauf zu antworten haben. Sie werden euch dieses Glück nicht bereiten.

K. (KUSCHEWSKI) - Berlin: Verlangen Sie auch von mir nicht, dass ich als Proletarier auf die theoretischen Ausführungen eingehe. Ich kann nur das hier klarstellen, dass es sich nicht, wie ein Redner vorhin meinte, um einen Streit zwischen Berlin und Hamburg handelt, sondern um die Frage Nationalismus oder Internationalismus. Wohin führt der Burgfrieden mit der Bourgeoisie? Wir haben es im November 1918 gesehen, wer sich in die Postchen eingeschlichen hat. Wie denken die Russen über die Mitarbeit der Bourgeoisie im proletarischen Staat? Der 3. allrussische Sowjetkongress sprach aus, er ist der Ansicht, dass im Augenblick des Kampfes zwischen dem Proletariat und seinen Ausbeutern diesen in keinem der

Regierungsorgane ein Platz eingeräumt werden dürfe. Die Regierung muss den werktätigen Massen zustehen. Wenn wir der Bourgeoisie erst ein Parlament, erst Wahlen dazu einräumen, dann wissen wir - soweit kennen wir die deutschen Massen, - die Bourgeoisie käme auf ihren Platz zurück. Über die Mitarbeit der Offiziere im Heere heißt es ebenfalls in der russischen Verfassung, dass das Ehrenrecht, die Revolution mit der Waffe zu verteidigen, nur den werktätigen Massen eingeräumt werden kann. Sind sie der Meinung, dass man im Augenblick der Aktion der Bourgeoisie die Führung der Kämpfe anvertrauen dürfte?

Es käme nur darauf an, wohin sie uns führen. Selbst wenn wir ihnen Soldatenräte auf die Nase setzen würden, so würden sie auch die an der eigenen Nase herumführen. Nur ein scharfer Beobachter kann die Widersprüche finden, die den Hamburger Genossen unterlaufen. Sie werfen uns vor, dass wir auf dem besten Wege sind, wieder zum Spartakusbund zu laufen. Ich sage, dass man überall im Reiche, wohin man kommt, den Hamburger Nationalbolschewismus um die Ohren geschlagen bekommt, und das ist nicht gerade zum Nutzen der Bewegung. Gebt euch doch nicht dem Wahne hin, dass praktisch die Bewaffnung der Betriebe möglich ist. Heute schon gar nicht. - Was hat denn Hamburg bisher geleistet? Der Genosse Th. (Thyssen) hat es ja schon bereits vorausgenommen. W. (Wolffheim) hat gar keine Ahnung von dem, was in Berlin geschehen ist. Berlin ist es gewesen, das die Werbungen für die Rote Armee aufgenommen hat. Ich habe Gelegenheit genug, in die konterrevolutionären Armeen hineinzusehen, die man hier aufstellt. Unter welcher Tendenz werden sie zusammengefasst? Aus Königsberg bekommt man die Meldung, dass die Offiziere mit der Tendenz krebse gehen, dass, wenn die Arbeiter jetzt aufstehen, diese Truppen mitzukämpfen haben, denn der Kampf geht gegen Westen.

Da liegt die Gefahr für die proletarische Revolution. Die Arbeiterschaft würde sich freuen zu dieser Hilfe und würde nicht überlegen, warum diese Elemente können. Unsere Schuld wäre es, wenn diese sogenannten Roten Armeen sich auswachsen würden zu den konterrevolutionären Armeen. Wir haben keine Veranlassung, den Krieg gegen Frankreich zu propagieren. Es wird nur darauf ankommen, wann dieser Zeitpunkt kommen wird. Es wird unmöglich sein, die Entente gleich überrennen zu können. Solange eine reaktionäre Offizierskaste oben sitzt, solange kann für das Proletariat nichts herauskommen. Wir sind zusammengekommen und streiten uns über Nationalismus und Kommunismus, anstatt uns zu fragen, was werden wir jetzt im Lande tun.

N. (NICKEL?) - Rheinland-Westfalen: Auch Laufenberg und Wolffheim müssen begreifen, dass sie sich irren. Wir haben sie bisher gegen die Angriffe des Spartakusbundes geschützt. Jetzt haben sie sich aber zu fügen, wenn es überhaupt noch eine Disziplin gibt. Sie sollen sich nicht als Führer fühlen. Wir wollen sie nicht ausschließen, sie sollen sich selbst richten. Wir sind großzügiger als der Spartakusbund. - Als klassenbewusste Proletarier lehnen wir die Kompromisse mit der Bourgeoisie ab. Um den internationalen Kapitalismus zu bekämpfen, können wir nicht die Nation propagieren. Dasselbe rufen wir auch den Syndikalisten zu. Wir haben es sehr bedauert, dass uns von Hamburg keine Hilfe während der Aktion kam. - Das Wort Burgfrieden klingt an und für sich schon so bürgerlich, als ehrlicher Revolutionär sollte man es ablehnen, überhaupt mit diesen Worten zu operieren. Ich habe immer ehrliche Kampfweise vom Norden erwartet. Wir haben kein Recht, auszuschließen, sie schließen sich, wenn sie ihre Ideen weiter verfechten, selbst aus. Wir lehnen es auch ab, wegen russischer Rubel unsere Partei zusammenzuhalten. Wir müssen aufpassen, dass unsere Partei keine Führerpartei wird. Für uns spielen die Personen keine Rolle. In dieser Zeit, wo Russland an der Grenze Deutschlands steht, diese nationalistischen Ideen zu propagieren, heißt die proletarische Front von hinten erdolchen.

R. (RASCH) - Berlin: Es ist inzwischen ein Schlussantrag eingegangen.

Dafür spricht H. (HOLLMANN) - Ost Sachsen, dagegen M. (MEYER) - Leipzig. *Der Schlussantrag wird daraufhin abgelehnt.*

G. (GEIGER) - Wilhelmshaven: Die Mitglieder der K.A.P.D. werden von dem bisherigen Verlaufe des Parteitages wenig befriedigt sein. Der Gründungsparteitag konnte nichts anderes sein als eine Redekonferenz. Die Mitglieder erwarten heute, dass wir positive Arbeit leisten würden. Ich muss auf eine Fälschung aufmerksam machen, die in der Resolution Wilhelmshaven unterlaufen ist. Die Obmännersitzung der Ortsgruppe Wilhelmshaven hat eine Resolution angenommen, die in Nr. 113 der Berliner K.A.Z. veröffentlicht und die hier gestern verlesen worden ist. Diese Resolution ist von uns als gegen Laufenberg-Wolffheim gerichtet, nicht gekennzeichnet worden. Man hat das Wort bürgerliche ausgeschaltet, um den Eindruck zu erwecken, als stände auch die Ortsgruppe W'haven gegen die beiden Genossen. Es kann mir dabei gleichgültig sein, wem diese Fälschung unterlaufen ist. - Das Wort national hat ja im Laufe der Jahre im proletarischen Lager einen helichen Klang bekommen. Wir haben die verschiedensten Nationalstaaten gehabt, die aufgebaut waren auf dem Finanzkapital. Diese Nationalform ist diktiert von der Profitwirtschaft, die ganze Sprachgebiete gewaltsam vom Mutterlande abschließt. Durch den zwangsweisen Anschluss Österreichs an Deutschland sollte Preußen die Führung selbst übernehmen. Es ist darauf hingewiesen worden, dass die Grenzpfähle beseitigt werden müssten. Es kann sich dabei nur um künstlich aufgerichtete Grenzpfähle handeln. Die natürlichen Grenzen sind da, wo andere Sitten und Gebräuche in Erscheinung treten. Diese Grenzen zu beseitigen, ist ein Parteitag nicht in der Lage. Einer der ersten Beschlüsse der Oesterreicher Nationalversammlung ist gewesen, um die Aufnahme Österreichs als deutschen Bundesstaat zu ersuchen und die deutsche Nationalversammlung hat diesen Antrag begrüßt. Der Ententekapitalismus hat jedoch Einspruch dagegen erhoben denn er hat ein Interesse an der Kleinstaaterei. Darauf haben deutschsprechende Provinzen den Anschluss an Deutschland beschlossen, und wieder war es die Entente, welche hier hindernd eingetreten ist. Es ist hier wiederholt versucht worden, einen Gegensatz zwischen international und national zu konstruieren. Eine Internationale setzt stets das Bestehen von Nationen voraus. Nation heißt Volk und wenn wir die proletarische Internationale anstreben, dann die Internationale der vom kapitalistischen Joch befreiten Völker. Es ist hier gesagt worden, dass Militärs die Rote Armee zu ihren Zwecken benutzen könnten. Die alte deutsche Heeresorganisation war eine Zwangsorganisation. Sie hatte absolutistischen Geist und wer revolutionär zu wirken versuchte, der musste eine Leidenszeit durchmachen. Wer in der Roten Armee konterrevolutionäre Gedanken vertritt und verfolgt, wird in der gleichen Weise aufs Visier genommen werden. Die Soldatenräte sind die Kontrollorgane, dass die Offiziere nicht schalten und walten können, wie es ihnen beliebt. Das Proletariat hat von dem Augenblick an die Macht errungen, wo es bewaffnet ist. (*Widerspruch*) Der Bürgerkrieg geht nicht von uns aus, er kann keine Forderung sein, er wird von der Bourgeoisie organisiert. Wenn wir uns darüber klar sind, dass die Entente den Sieg der proletarischen Revolution nicht zulässt, dann waren wir Tore, wollten wir uns nicht beizeiten wehren. So gut sich Trotzky weigerte, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, so gut haben wir unsere Lehre daraus zu ziehen und haben den Ententetruppen die Möglichkeit zu nehmen, in Deutschland einzumarschieren, und es als Verwüstungsstätte zu benutzen. Sodann einiges über den Zusammenschluss gegen die Bourgeoisie. In dem Augenblick, wo wir die Waffen in der Hand haben, ist die Bourgeoisie beseitigt. Was wollen wir mit den einzelnen Personen der Bourgeoisie anfangen? Wir können sie nicht totschiessen, wenn sie sich auf den Boden der Tatsachen stellen, wir werden ihre Intelligenz unserer Sache dienstbar machen. Wir haben in der Türkei das Beispiel,

dass der Führer der jungtürkischen Bewegung sich in Gegensatz zur türkischen Regierung stellte. Die Regierung hat den Friedensvertrag anerkannt und will ihn erfüllen. Die Jungtürken wollen den Vertrag nicht erfüllt wissen. Das bedeutet den Krieg der Entente gegen die Türkei. Weil diese nicht imstande ist, den Krieg allein zu führen, sucht sie den russischen Verbündeten. In dem Augenblick hat sich die Türkei in die Arme der russischen proletarischen Macht geworfen. Wir würden an unserer Kraft verzweifeln, wenn wir glaubten, dass diese Leute unsere Organisationen zerstören könnten. Wir müssen die Kräfte des Gegners ausnutzen.

Kurz vor den Wahlen hat sich in Bayern eine Burgpartei gegründet. Sie wird, die im nationalen Fahrwasser schwimmt, als die Partei der nationalen Kommunisten bezeichnet. Das Rückgrat der Partei bilden Offiziere, die mit dem Kappetsch nicht einverstanden waren. Wenn zwischen diesen und uns keine Unterschiede bestehen, warum kam dann nicht der Zusammenschluss dieser beiden Parteien? - In Bezug auf das, was die Berliner Organisation als praktische Arbeit anerkennt, gestatten wir uns, unsere eigene Meinung zu haben. (*Zuruf: Deine Meinung, aber nicht die der Ortsgruppe!*) Ich habe von der Ortsgruppe gesprochen. (*Erneuter Zuruf: Die wird mit Dir abrechnen!*) Die Bremerhavener Organisation steht auf unserem Standpunkt. Ich ehre durchaus die Überzeugung des Berliner Redners. Aber auch ich nehme für mich in Anspruch, ein Arbeiter zu sein, der denken kann. Es ist typisch, dass zwischen den Proletariern, die im Arbeitsprozess stehen und denen, die nicht darin stehen, ein Gegensatz besteht, dass sie sich nicht mehr verstehen können.

W. (WERNER) - Frankfurt a/M.: Der Parteitag sollte der Parteitag der Entscheidungen sein. Es sind die Proletarier, die entscheiden werden; hier werden theoretische Fragen beleuchtet und behandelt und letzten Endes werden sie im Lande doch anders geschoben. Die Konsequenzen, die sich aus der Sabotage des Versailler Vertrages ergeben, muss man auch tragen, wenn man sie propagiert. Das Proletariat muss die kommunistische Ordnung verteidigen. Hier dreht es sich um die Frage: wie lange kann das Proletariat den heutigen Zustand noch ertragen? Die Bourgeoisie will diesen Zustand noch möglichst lange erhalten. Der Nationalkommunismus hat seinen Schwerpunkt im Kommunismus. Die höchste Steigerung des Klassenkampfes ist die proletarische Revolution. Das bedeutet die Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie der ganzen Welt, also auch der anderen Länder. Proletarische Revolutionen lassen sich nicht nach einem Programm machen. Es ist unsere Pflicht, die proletarische Revolution vorwärts zu treiben. Das geschieht nur dadurch, dass man die Proletarier zusammenschließt.

K. (KOHN) - Hamburg: Es mutet komisch an, wenn der Genosse Pf. (Pfemfert) uns als konterrevolutionär bezeichnet. Er ist von pazifistischen Ideen durchseucht. Die Debatte bewegt sich auf einem höchst niedrigen Niveau. Der einzige sachliche Gegner gegen den Nationalbolschewismus ist der Genosse D. (Dethmann) - Kiel gewesen. Wir werden uns sachlich mit ihm auseinander zu setzen haben. Der Referent hat Anstoß an dem Wort Nation genommen, wie er das auch in seiner Broschüre *Nation und Internationale* zum Ausdruck bringt. In einer Broschüre des Genossen Pannekoek vom Jahre 1908 wird ausgesprochen, dass die Nation in der Geschichte erstarrt ist. Das bedeutet, dass das deutsche Volk eine besondere Geschichte auf Grund seiner besonderen geschichtlichen Struktur hat. Wir können doch nicht behaupten, dass die russische Wirtschaft mit der deutschen gleich ist, und diese wieder mit der amerikanischen. Um die Wirtschaft zu ihrer höchsten Form auszugestalten, gebrauchen wir eben ein Gross-Deutschland, wozu auch diejenigen Länder gehören, die sich einmal von der deutschen Nation abgesplittert haben. Wir hören es täglich, dass sich Österreich als Staat nicht erhalten kann, dass es ein industrielles Hinterland sucht. Das gleiche ist mit Holland der Fall, das sich auch dieses industrielle Hinterland suchen muss. Es wird sich der deutschen Nation anschließen

müssen. Auf diese Tendenzen hingewiesen zu haben, ist eben das Verdienst der Genossen Laufenberg und Wolffheim.

Es ist hier ein Brief verlesen worden, der die Antinationalität Trotzki beweisen sollte, und der doch nur beweist, dass international national nicht ausschließt. Der Genosse R. (Rasch) wies darauf hin, dass ihn die Wirkung unserer Politik auf das Ausland hauptsächlich bestimmt habe, sich von dieser Politik abzuwenden. Es sind ja ausländische Genossen hier im Saale, er mag sich erkundigen, wie die Rede des Genossen Laufenberg auf diese Genossen gewirkt hat. Wir unterscheiden uns eben darin, dass wir Realpolitik betreiben und keine Illusionspolitik. (*Lachen.*) Eine Frage möchte ich noch stellen: Wie denkt ihr euch die Durchführung des Agrarprogramms? Die Bauern in den Dorfgemeinden werden keine Kommunisten sein, ein größerer Teil wird noch deutschnational gesonnen sein. Das Ziel der Revolution muss sein: *Völker, vereint euch im Völkerbund der Nationen!*

M. (MEYER) - Leipzig: Ich will vorweg widerlegen, dass der Streit hier ein Streit um Personen sei. Das ist er nicht. Es ist ein Kampf um Nationalismus oder Internationalismus. Dieser Kampf muss scharf ausgetragen werden. Es ist bedauerlich, dass dieser Kampf überhaupt beginnen konnte. Die Nationalitäten sind Gebilde, die entstanden sind innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft. Wir haben als internationale Sozialisten dafür zu sorgen, dass die nationalen Grenzen vernichtet werden. Wir haben dem Proletariat der Welt vor Augen zu führen, dass die Arbeiter kein Interesse daran haben können, den nationalen Gedanken neu zu beleben. Es ist die Aufgabe der Sozialisten von jeher gewesen, den Gedanken der Internationale überall zu propagieren. Wir haben in der alten Partei dagegen Sturm gelaufen, als sie nationale Politik betrieb. Innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft kann man keine nationalkommunistische Politik betreiben.

Laufenberg hat hier gemeint, die Vertreter des linken Flügels lehnten es 1918 ab, mit den Vertretern anderer Parteien sich in den Räten zusammen zu schließen. Durch den Umstand, dass sich die U.S.P. mit den Mehrheitssozialisten in die Regierung setzte, war die Herrschaft des Proletariats verraten und verkauft. Damals hätte der Klassenkampfgedanke scharf hervorgehoben werden müssen. Aber man versuchte stattdessen, mit den Reaktionären Hand in Hand zu gehen. Dem Kampf ist man ausgewichen. Laufenberg und Wolffheim unterscheiden heute zwei verschiedene Richtungen der Offizierskaste. Die Kapp-Lüttwitzse seien nur ein kleinerer Teil. Die anderen aber sind für mich viel gefährlicher als die Kapp-Lüttwitzse. Es ist ein ungeheuer gefährliches Spiel, wenn man sich auf diese Elemente verlassen will. Wir haben den Arbeitern die Augen zu öffnen, dass es für sie keine Rettung sein kann, wenn sie sich mit diesen Offizieren verbinden. Das Werk der Befreiung der Arbeiterklasse kann nur ihr eigenstes Werk selber sein. - Die Aufgabe der Ärzte, Techniker und Beamten wird es sein, sich dem Proletariat anzuschließen, nicht aber haben wir sie als Führer zu empfangen. Sie werden zu uns kommen, wenn sie durch unsere Taktik gezwungen sind, entweder zu arbeiten oder zu verhungern. (*Zuruf: Russland!*) Jawohl, in Russland sind sie dazu gezwungen worden, Arbeit zu leisten. Übrigens nehmt doch nicht alles, was in Russland getan wird und übertrag es auf deutsche Verhältnisse. - Laufenberg hat hier einige Ausführungen gegen den Genossen Radek gemacht. Wir erinnern uns der Zeit, wo der Kampf zwischen Rosa Luxemburg und Radek ausgefochten wurde. Auch ich lehne Radek ab, aber in einem anderen Sinne als Laufenberg und Wolffheim. Gewiss sage ich mit Laufenberg, Aufgabe des deutschen Proletariats wird es sein, das deutsche Kapital zu vernichten. Wenn wir uns dabei aber der deutschen Offiziere bedienen sollen, so danke ich dafür. Dann könnt ihr keine internationalen Sozialisten sein. - Die Freiheit der Propaganda kann nicht so weit gehen, dass man ausgesprochenen Nationalisten in so weitgehender Weise das Wort gewährt. Wenn wir bei der Spaltung mit dem

Spartakusbund gewusst hätten, dass ihr so strenge Nationalisten seid, als die ihr euch heute entpuppt, die Würfel wären für euch anders gefallen. Eine solche Politik kann und darf es nicht geben.

R. (RASCH) - Berlin: Inzwischen ist folgender Antrag vom Bezirk Mitteldeutschland eingegangen:

„Der Parteitag der K.A.P.D. spricht aus, dass er sich mit den nationalistischen Lehren von Wolffheim und Laufenberg nicht einverstanden erklären kann. Die in der K.A.P.D. organisierten Arbeiter bekennen sich rückhaltlos als internationale Sozialisten und verwerfen als solche jede Propaganda für die Wiederbelebung des nationalen Gedankens in den Reihen der Arbeiterschaft.

„Wenn die Genossen W. und L. weiterhin ihre nationalen Tendenzen propagieren, stellen sie sich außerhalb der Reihen der internationalen Sozialisten.“

Ich stelle diesen Antrag mit zur Diskussion.

W. (WEYL?) - Elberfeld: Wir sollten mit unseren persönlichen Meinungen etwas hinter dem Berge halten, denn nicht sie ist maßgebend für die Politik der Partei. Es ist bezeichnend, dass von den Führern des Spartakusbundes erklärt worden ist, dass wir ohne Intelligenz daständen, und hier haben wir nun mit einem großen Teile der Intelligenz zu sprechen. Ich bedaure es, dass die Intellektuellen es nicht verstehen, sich einen guten Eingang in die Arbeiterschaft zu verschaffen. Wir wollen nicht mehr einzelnen Führen folgen, sondern wir wollen sie dazu zwingen, dass sie das tun, was wir wollen. Das ist das innerste Geheimnis der Diktatur des Proletariats. Ich rufe den Intellektuellen zu: Sorgt dafür, dass die Prinzipien der Arbeiterschaft auch von euch beachtet werden. Ihr habt kein Recht, sie mit Füßen zu treten und an ihre Stelle eure Meinung zu setzen. Wir sind eine Gesellschaft, die Entscheidungen trifft, die für die ganze Menschheit von Wichtigkeit sind. Der Handarbeiter ist der erste gewesen, der den Weg zur Befreiung seiner Klasse gefunden hat. Das rechne ich ihm zu seiner Ehre hoch an. Ich begrüße jeden Intellektuellen, der bereit ist, diesen Weg gleichfalls zu beschreiten. Nicht die Intellektuellen haben diesen Weg der Befreiung zuerst gefunden, sondern die Handarbeiter.- Ich stehe und falle mit dem Auftrag der Mitgliedschaften. Die Handarbeiter Deutschlands werden nie mehr auf eine gewissenlose Politik hereinfliegen. Die Jahre 1918, 1919 und 1920 haben in ihrer Brust ein meine tekel geprägt und dieses geht nicht mehr aus der Arbeiterschaft heraus. Deswegen müssen die Intellektuellen dafür sorgen, nicht immer nur ihre bornierten Ansichten zu vertreten, das ist Führerpolitik, das ist heimlicher intellektueller Schwindel. Die Bergarbeiterschaft hat zu Hunderttausenden zu uns gestanden, trotz aller Illegalität. In einer Zeit von sechs Stunden standen 15.000 Arbeiter unter den Gewehren, und alle hatten nur den einen Gedanken: Wir stehen für den Kommunismus! So steht es im Rheinland. -

Wenn Russland nach unserem Muster arbeiten würde, dann wäre es zusammengebrochen, würden wir das russische Muster anwenden, würden wir restlos dem Untergang geweiht sein. Wir können nicht alles über einen Leisten ziehen. - Die Arbeiterschaft ist keine Bibel, ist kein Lehrbuch; sie ist der Träger, ist die Zukunft des neuen Menschengeschlechts. Wenn wir Kämpfer für die Freiheit sind, hört das Wort Sklaventum auf, für uns zu existieren; wenn wir Kämpfer für die Internationale sind, dann ist das Wort Nation für uns erledigt. Für die Massen lassen wir uns über den Haufen schießen.

A. (ARMBRECHT?) - Hamburg: Wir erkennen an, dass in Russland keine andere Herrschaftsmöglichkeit besteht als die, die durch die Diktatur ausgedrückt ist. Wir

wissen, dass sich im Rahmen des heutigen Russlands nichts ändern lässt, wenn es nicht zum Sturze Russlands führen soll. Wir erkennen dabei an, dass Russland durch die Diktatur der Kommunistischen Partei in Schwierigkeiten gebracht wird. In den Briefen, die in Wien erschienen sind, können Sie ja lesen, dass in die Sowjetinstitute mehr und mehr Leute gelangen, die reaktionäre Tendenzen hineinbringen. Die Arbeiter glauben einen Posten errungen zu haben. Wir aber lernen aus den russischen Verhältnissen. Die Rote Armee wurde gebildet vom russischen Proletariat. Erst als Koltschack an der Wolga stand, riefen die Russen die «ehrlichen Bürger und national gesinnten Offiziere» auf, zu den Waffen zu eilen. Wir warnen immer und immer wieder davor, russische Verhältnisse auf Deutschland zu übertragen. Auch die Politik von den Randstaaten hat ihre Berechtigung. (*Zuruf Pf. (Pfemfert) - Gotha: Das haben wir von den Deutschnationalen schon vor zehn Jahren gehört!*) Deutschland ist ein Industriestaat, Russland ein Agrarstaat. Es ist eigentlich eine Doktorfrage, ob es 1918 möglich gewesen wäre, die deutsche Front umzugestalten. Der Marschall Foch wurde gefragt, wie lange es wohl gedauert hätte, bis die deutsche Armee über die Grenze zurückgeworfen gewesen wäre. Foch antwortete, das hätte 5 Monate dauern können. – Wir verlangen die betriebsweise Bewaffnung des Proletariats, es darf nicht eine Garde für eine Partei geschaffen werden, die in den bewaffneten Kampf eintritt. De wir sagen, dass wir Offiziere einstellen müssen, bedingt noch nicht, dass wir keine Kontrolle über diese Offiziere ausüben werden.

Z. (ZINKE? oder ZIEGENHAGEN?) – Berlin: Ehe ich auf die Sache selbst eingehe, möchte ich dem Vorwurf entgegen treten, den W. gegen Berlin erhoben hat, dass seitens Berlins negative Politik getrieben worden sei. Ich weise nur hin auf das Zustandekommen der ersten kommunistischen Adresse und auf das Zustandekommen der Unterschrift unter den Maiaufruf, um zu zeigen, dass es Laufenberg und Wolffheim nur darauf ankam, die Politik der Partei für ihre Ideen zu engagieren und zu dokumentieren, dass die Partei für ihre Ideen verantwortlich gemacht werden sollte. Dieser Vorwurf der Unehrllichkeit fällt auf die Hamburger zurück.

Die grundsätzlichen Fragen sind Fragen proletarischer Politik und das Kapitel Nationalbolschewismus müsse vielleicht überschrieben werden: im Labyrinth der Irrtümer. Ich will aus den Ausführungen L.'s und W.'s nur einiges herausziehen, um zu beweisen, dass diese Oberschrift nicht falsch ist. Bei der Analyse des Begriffes Nation gab L. zu, dass die Nation ein Ausdruck der bürgerlichen Gesellschaft war. Demgegenüber stellte der Genosse D. (Dethmann) – Kiel fest, dass L. in Hamburg gesagt habe, die Nation sei die Grundlage der menschlichen Gesellschaft überhaupt. L. sagte hier dann weiter, dass die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft nicht imstande war, die Nation zu verwirklichen. Alle Konsequenzen ergeben sich aus der Frage der Nation. Die Sozialdemokratie hat nicht viel geleistet, aber sie hat wenigstens das getan, dass sie den einen Satz hervorhob: der Arbeiter hat kein Vaterland. Wir müssen uns lossagen von dieser bürgerlichen Vorstellung, die gipfelt im Standpunkt der Nation. Unsere Aufgabe ist es, das Selbstbewusstsein des Proletariats zu fordern. Dazu gehört, dass wir die Gedankenrichtung in proletarische Bahnen lenken. Es sind aber keine nationalistischen Bahnen. Die Arbeiterklasse kann niemals zu der Ansicht kommen, das vervollständigen zu wollen, was die bürgerliche Gesellschaft nicht vervollständigen konnte. Ein weiterer Widerspruch in den Ausführungen Laufenbergs ist die Aufrüttelung der Massen während des Weltkrieges. Wie sind die beiden Genossen dieser Aufgabe gerecht geworden? Dadurch, dass sie in ihrer Broschüre «Demokratie und Organisation» schreiben, dass «das Proletariat ein natürliches Interesse daran habe, die gesellschaftliche Wirtschaft zu erhalten, soweit sie Lebensfunktion der Gesamtheit ist», und «hieraus resultiert in Kriegsfällen die militärische Unterordnung des Proletariats unter die gegebene Heeresleitung». Damit



also wollte man das Proletariat aufrütteln, es zum Klassenbewusstsein erziehen! Das ist unmöglich. Das sind himmelschreiende Gegensätze und wenn L. sagte, militärische Unterordnung bedingt keine politische Unterordnung, so stellen wir dem gegenüber: damals war die militärische Unterordnung die politische Unterordnung. Die alte sozialdemokratische Partei hat die Wirtschaft unterstützt als «Lebensfunktion der Gesamtheit», sie also handelte durchaus im Sinne L.'s und W.'s. Wenn sie heute den Standpunkt vertreten, dass die Front zu revolutionieren gewesen wäre, so sage ich auch hier, dass sie sich nicht in die Psyche der Massen versetzt haben. Es war ein größeres Wagemstück, die Front zu verlassen, als an der Front zu bleiben und sich dort nur zu drücken.

Das Märchen von der durch Levi erdolchten Front ist ein typisches Beispiel für bürgerliche Ideologie und wurde bereits von dem Genosse D. (Dethmann) – Kiel treffend gekennzeichnet. Nicht Menschen oder Führer machen die Geschichte. Jenes Flugblatt hatte nie die Wirkung auslösen können, wenn es nicht einer Notwendigkeit entsprochen hätte. – Wir müssen das Bollwerk der kapitalistischen Wirtschaft zertrümmern und den Gedanken der internationalen Klassensolidarität in die Massen hineintragen. Wenn der Weltbund aller Proletarier zur Tatsache geworden ist, hat darüber nicht die Freiheit der Nationen zu stehen, sondern die Einheit und die Freiheit des Weltproletariats. Wir haben die große historische Aufgabe, hinwegzuschreiten über die bürgerliche Ideologie. Hier müssen wir intolerant bis zum äußersten sein. Wer hier nicht mit uns ist, der ist gegen uns. Es heißt hier nur entweder Kommunismus oder Nationalismus, dann aber Negation des internationalen Klassenkampfgedankens! (*Beifall.*)

M. (MÜHLE) – Berlin: zur Geschäftsordnung: Infolge der ausgiebigen Debatte, die stattgefunden hat, erlaube ich mir zu beantragen, dass die beiden Referenten auf die Schlussworte verzichten.

Referent G. (GOLDSTEIN) – Berlin: In der Voraussetzung, dass auch der Koreferent auf das Schlusswort verzichtet, tue ich dasselbe.

Koreferent L. (LAUFENBERG) – Hamburg: Es ist nicht unsere Art, zu versuchen, in einem Schlusswort nachträglich noch Propaganda zu machen für unsere Auffassungen. Ich war ohnehin gewillt, auf das Schlusswort zu verzichten. Sie haben die Ausführungen gehört, ich habe Ihnen klar und deutlich die politischen Richtlinien dargelegt, die wir seit 1914 vertreten haben, Sie haben auch die Gegenredner gehört, und nun wird es an Ihnen sein, sich selbständig ein Urteil zu bilden.

Schr. (SCHRÖDER) – Berlin: Ich hätte keine Veranlassung gehabt, mich zu diesem Thema zu melden, da das Programm noch zur Debatte steht und ich die Rede zum Programm halten werde. Ich glaube, dass das, was die Hamburger Genossen in ihren Richtlinien dargelegt haben, ihrerseits ein Programmwurf ist und auch so dargelegt worden ist. Ich bin der Meinung, dass hier zwei verschiedene, grundsätzlich anders geartete Anschauungen vorliegen, die eben in der Programmdebatte erörtert werden müssen. Was mich veranlasst, zu reden, sind einige Dinge, die sich außerhalb der Debatte ergeben haben. Es ist da zunächst dem Parteitage der Vorwurf gemacht worden, dass er eine Art Mandatserschleichung vorgenommen hätte durch das Engagement des Vertreters Altonas. Ich muss bekennen, dass ich gegen die Anerkennung gestimmt hätte; ich bin erfreut darüber, dass der Vertreter Altonas sein Mandat zurückgegeben hat, ich wünschte aber auch, dass der Parteitag nochmals zum Ausdruck brächte, dass Ihnen durch diesen Verzicht vollkommen das Bewusstsein gekommen ist, dass Sie auch nicht den Schein nur einer solchen Erschleichung auf sich nehmen wollen. Ich stelle das hier besonders fest und sage

das deswegen, weil ich weiß, dass dieser Fall in der Arbeiterbewegung von unglaublich schweren Folgen sein kann. Man wird monatelang die K.A.P.D. mit diesem Moment beschimpfen können. Diese Möglichkeit aus der Welt zu schaffen und zu betonen, dass es dem Geschäftsführenden Ausschuss fern gelegen hat, einen Menschen mehr oder weniger zum Abstimmen hier zu haben.

Berlin ist dann weiter im Verlaufe der Debatte der Vorwurf gemacht worden, beim Kapp-Putsch Gewehr bei Fuß kommandiert zu haben. Das Flugblatt vom ersten Tage des Putsches liegt vor. Es fordert dieses Flugblatt zum sofortigen Generalstreik auf, zur Bildung revolutionärer Räte, zum Kampf an der Seite der Brüder in Deutschland bis zur Vernichtung, über die Parolen der anderen Parteien hinweg. Diese Tatsache muss festgestellt werden. Ich weiß, welcher Kampf durch Berlin gegangen ist. Aus diesem Sinne heraus muss auch der Vorwurf, dass die K.A.P.D. Spartakusmethoden einschlagen wollte, zur Lächerlichkeit werden. Davon kann und darf keine Rede sein. Wenn ein solcher Vorwurf möglich sein sollte, so muss er sofort aus der Welt geschafft werden. Es muss bewiesen werden, worin der Vorwurf liegt, dass wir wie Spartakus gehandelt haben. Denn der Vorwurf ist schwerwiegender, als wenn wir mit der U.S.P. zusammengegangen sein sollten. Der Vorwurf, mit dem Spartakusbund verwechselt zu werden, ist für mich der Vorwurf und das Ende der Partei. In diesem Sinne bedauere ich außerordentlich, dass von Hamburg das Wort gefallen ist, sie gingen kein Jota von ihren Ansichten ab. Das ist ein böses Wort. Hier sind wundervolle Worte gesprochen worden. Ich sage, dass ich heute so ergriffen von manchem bin, was die Bedeutung der Theorie für den Proletarier gesagt worden ist, dass ich erschüttert bin. Allein, was die Genossen des Ruhrgebietes vorgebracht haben, ist leuchtend für immer. Es ist das, was jetzt einzutreten beginnt: die Wut darüber, dass man Parteien zu theoretischen Zänkereien ausnutzt. Das eine wichtige hat sich aus der Debatte herauskristallisiert: ein sicherer Instinkt der Proletarier: wir müssen uns restlos von den Intellektuellen befreien! Dieser Instinkt ist der leitende. De er zum Durchbruch kommt, ist mir das günstigste Zeichen für die Fortentwicklung. Aus diesen Instinkten heraus spricht das drohende «Wehe, Missbraucht uns nicht! Denkt an die 2 Millionen Toten, die Führerparolen zum Opfer gefallen sind. Missbraucht uns in keiner Weise für irgendwelche Theorien!

Wir haben alle Achtung für den Kampf jeder einzelnen Person, aber lässt uns dann auch das tun, was wir wollen, fügt euch unserer Mehrheit und kämpft dann in unseren Reihen!» In diesem Sinne ist die Auseinandersetzung hier keine Haarspalterei. Der Parteitag wird die Entscheidungen treffen müssen, und wird dann zu dem Arbeitsparteitag werden, wenn er sich über diese Dinge restlos klar wird. Das heißt nicht, er soll Probleme aus der Welt schaffen; entscheidend ist hier, dass die Partei in diesem Augenblick, wo die stärkste Aktivität sie anspannt, sich klar wird über das, was sie jetzt zum grundsätzlichen Standpunkt ihrer Politik machen will. Da nützen uns keine Zitate, sondern es gilt hier einzig und allein festzustellen, was jetzt getan werden muss. In diesem Sinne möchte ich wünschen, dass die Dinge weitergeführt werden, und dann der Parteitag wirklich zum Parteitag der Entscheidungen wird. *(Bravo!)*

W. (August WÜLFRAETH) - Spandau: Die ersten Referate, die ich von Laufenberg und Wolffheim horte, haben mich sehr zum Nachdenken gezwungen. Die Ansichten waren von so einschneidender Bedeutung, dass man sich unbedingt mit ihnen beschäftigen musste. Ich habe mich gegen die Gedankengänge von der Revolutionierung der Armee dann gewehrt, weil ich selbst unter dem System als revolutionärer Soldat gelitten habe. Ich möchte einmal fragen, wie lange denn wohl die Revolutionierung der Armee gedauert hätte, wenn Foch zu ihrer Besiegung schon 5 Monate gebraucht haben will. Wie lange dauert denn schon die Revolutionierung der Gewerkschaften? Genau so würde es mit der Armee gewesen sein. *(Zuruf: Das ist*

*kein Vergleich!*) So fanatisch wie die Gewerkschaftler heute noch sind, so fanatisch waren auch die Soldaten. Ich stelle hier die Anfrage an die Genossen Laufenberg und Wolffheim: Fügen sich die Genossen Laufenberg und Wolffheim den Beschlüssen, die in Bezug auf das Programm gemacht werden? Tun sie das, dann ist die Sache geklärt. Sie müssen sich aber voll und ganz zum Programm erklären.

W. (WOLFFHEIM) - Hamburg: Um die Frage des Genossen W. (Wülfrath) - Spandau sogleich zu beantworten, erklären wir folgendes: Die Richtlinien, die der Hamburger Aktionsausschuss angenommen hat, sind nicht als Antrag an den Parteitag gegangen und sind somit also kein Gegenprogramm. Was nun unsere Tätigkeit innerhalb der Partei betrifft, so war es selbstverständlich, dass wir uns in allen Aktionen unterordnen unter die Beschlüsse unserer Organisation. Ich meine, dieses Unterordnen unter die Beschlüsse der eigenen Organisation ist eine Selbstverständlichkeit bei der Art des Aufbaues. Wenn man aber erwartet, dass wir uns auf Grund des Programms plötzlich umschalten können, so wird man wissen, dass niemand andere Ideen vertreten kann als seine eigenen. Und so ist die Frage natürlich nicht die, ob wir unsere Ideen umschalten können, und zwar auf Mehrheitsbeschluss, sondern ob Sie die von uns vertretenen Ideen für unvereinbar halten mit der Partei, wie Sie sie auffassen.

D. (DYCK) - Ostpreußen: Auf die Ausführungen der Referenten kann ich nicht eingehen, da ich erst heute hierher kommen konnte. Ich will nur das mitteilen, was der Parteitag Ostpreußens am 11. Juli 1920 beschlossen hat und uns Delegierte mit auf den Weg gab. Es heißt da: Der Parteitag hat sich eingehend mit der Frage des Nationalbolschewismus, der Frage, ob Internationalismus oder Nation beschäftigt und ist zu dem Entschluss gekommen, dass der Nationalismus die Einheit der Arbeiterklasse noch weiter zersplittern würde, dass, die Partei sich angliedern würde an die bürgerlichen Kreise und dass dadurch jede proletarische Aktion zersplittert würde in demselben Moment, wo diese Aktion einsetzen würde. Der nationale Gedanke, den die Genossen Laufenberg und Wolffheim in ihren Broschüren ausgeführt haben, geht davon aus, dass das Bürgertum noch so dumm sein wird, seine Kräfte dem revolutionären Proletariat zu opfern. Es ist jedenfalls festgestellt, dass L. und W. den Willen haben, den nationalen Krieg gegen Frankreich zu führen und ihn zu führen mit Hilfe der Bourgeoisie. Die Bourgeoisie wird sich freuen, wenn sie endlich einmal die Arbeiter in ihre Hände bekommt und noch dazu in einem Augenblick, in dem sie zusammen mit den Arbeitern in den nationalen Krieg zieht. Wir wissen, dass der nationale Geist dann erst wieder im Heere bekämpft werden musste, wie wir ihn heute im Proletariat bekämpfen. Es ist ganz sicher, dass die K.A.P.D. unter der Propaganda zu leiden hat, die die Genossen L. und W. heute durch ihre Broschüren und Adressen betreiben. Wir gedachten, die Ortsgruppe Königsberg geschlossen vom Spartakusbund in die K.A.P.D. zu führen, der Wunsch scheiterte daran, dass uns die Genossen erklärten, dass wir ja nur Nationalisten werden wollten. Die Arbeiter haben sich gestäubt gegen den nationalen Gedanken. Erst als wir ihnen bewiesen, dass wir nicht auf dem Boden des Nationalismus stehen, fanden sich die revolutionären Arbeiter in der K.A.P.D. zusammen. Nationalrevolutionäre wird es wohl in deutschnationalen Kreisen, aber niemals in den Kreisen der Arbeiterschaft geben. Die Arbeiter werden sich weigern, einer Partei anzugehören, in der nationale Gedanken propagiert werden. Die Mitglieder des Bezirks Ostpreußen verlangen, dass, wenn L. und W. ihre Auffassungen nicht ändern, und weiter ihre Ansichten vertreten, der Ausschluss dieser Genossen erfolgen muss. Denn sonst ist es nicht mehr möglich, einer Partei anzugehören, die derartige unklare Parolen hat.

R. (Ernst RIEGER) - Thüringen: Ich betrachte die ganze Frage als Wortklauberei. Wir sind in Thüringen nicht mit Hamburger Broschüren überschüttet worden. Wir haben

uns die Frage vorgelegt, ob eine Partei überhaupt eine Existenzberechtigung hat und das haben wir allerdings verneint.

R. (RASCH) - Berlin: Wir sind damit am Ende der Diskussion. Wir kommen zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge. Ich halte die Resolution Mitteldeutschlands für die weitgehendste. Ich lasse also zunächst darüber abstimmen, ob diese Resolution als erste abgestimmt werden soll.

*Der Antrag wird mit 31 gegen 4 Stimmen angenommen.*

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag Mitteldeutschland selbst. Der Vertreter Frankfurts hat gestern gewünscht, bei der Abstimmung der Bezirke namentlich aufzurufen, die dann ihre Stellung bekannt geben können.

Es stimmen:

Berlin	12 Deleg.	Dafür
Rheinland-Westfalen	5	„
Mitteldeutschland	4	„
Ostsachsen	3	„
Besetzte Zone	2	„
Ostpreußen	1	„
Niedersachsen	2	„
Pommern	2	„
Zwickau	2	„
Spandau-Osthavelland	1	„
Nord	3	Dagegen
Nordwest	1	„
Frankfurt	1	„
Thüringen	1	„

*Der Antrag ist mit 36 gegen 6 Stimmen angenommen.*

Damit sind die übrigen Anträge und Resolutionen erledigt. Zu einer Erklärung wünscht das Wort der Genosse

L. (LAUFENBERG) - Hamburg: Die Erklärung, die ich abgebe, gebe ich ab im Namen des Genossen Wolffheim und des meinigen, der Stellungnahme der Ortsgruppe Hamburg habe ich nicht vorzugreifen.

Wir haben die Politik, die wir bisher vertreten haben, geführt der Revolution wegen und nicht einer Partei wegen. Wir stehen im Dienste der Revolution, und der Genosse

Wolffheim hat ja schon darauf hingewiesen, dass jedermann nur diejenigen Ideen vertreten kann, die seiner Überzeugung entsprechen. Die Ideen, die wir vertreten haben, entsprechen, wie ich in meinem Referat eingehend dargelegt habe, der Auffassung, die wir 1914 hatten, die wir auch 1918 hatten. Diese Auffassungen sind auch heute noch die unsrigen. Wir gehören also zu denjenigen einzelnen Genossen, die die Überzeugung und die Politik, die sie bisher vertreten haben, auch weiterhin vertreten werden. Ich habe also an den Parteitag die Anfrage zu richten, ob der Parteitag der Meinung ist, dass wir noch weiter berechtigt sind, der weiteren Tagesordnung beizuwohnen. (*Zuruf: Selbstverständlich!*) Ich glaube nicht, dass die Frage sich mit einer solchen kurzen Bemerkung beantworten lässt. Es ist wohl niemand im Unklaren darüber, dass die Frage eine prinzipielle Bedeutung hat und dass, wenn man uns die Anwesenheit hier auf dem Parteitage gestattet, wir uns selbstverständlich für berechtigt halten müssen, auch im Rahmen der Partei die Politik und die Ansichten zu vertreten, die wir bisher vertreten haben.

R. (RASCH) - Berlin: Der Parteitag hat fast einstimmig einen Antrag angenommen, der besagt, dass, wenn die Genossen Laufenberg und Wolffheim und diejenigen, die dasselbe tun, ihre Ansichten weiter vertreten, sie sich damit außerhalb der Reihen der internationalen Sozialisten stellen. Wenn dieser Antrag gegen mich gerichtet wäre, ich würde zu selben Minute den Saal verlassen haben. Was die Genossen L. und W. tun, überlassen wir ihnen, nachdem dieser Antrag angenommen ist. Der Parteitag hat einen Antrag angenommen, und es ist nunmehr den Genossen L. und W. überlassen, daraus die notwendigen Schlüsse zu ziehen. Der Parteitag hat klar und unzweideutig entschieden.

W. (WOLFFHEIM) - Hamburg: Dann wünsche ich nur folgendes zu erklären: dass nämlich der Parteitag eine Erklärung angenommen hat, die von den Wünschen diktiert war, es uns moralisch zu überlassen, den Parteitag zu verlassen, dass dieser Parteitag aber nicht den Mut gehabt hat, diese Tatsache in die Erklärung hineinzubringen. Ich konstatiere, dass dieser Parteitag einfach durch ein bürokratisch-technisches Manöver schon nach außen hin hat den Anschein erwecken wollen (*Zuruf: Das ist eine infame Beleidigung! Unruhe.*), als ob ein Ausschluss gegen uns nicht vollzogen sei in einem Augenblick, in dem er in der Tat praktisch vollzogen ist.

Pf. (PFEMFERT) - Gotha: Es ist gestern abgelehnt worden, den Antrag Mitteldeutschland, der den Ausschluss verlangte, zu diskutieren mit dem Hinweis, dass wir keinen Ausschluss vollziehen können. Der Parteitag muss aber die Möglichkeit haben, den Willen der Organisationen zum Ausdruck zu bringen. Dies ist geschehen durch die Ablehnung nationalistischer Tendenzen. Der Parteitag hat diese nationalistischen Tendenzen abgelehnt, wenn L. und W. sich getroffen fühlen, so haben sie dem Parteitag nicht vorzuwerfen, dass er nicht den Mut hatte, den Ausschluss auszusprechen, wo der Parteitag nicht die Möglichkeit dazu hatte.

M. (MEYER) - Leipzig: Ich bin der Vater des Antrages. Wenn hier durch den Parteitag der Wille zum Ausdruck gebracht ist, dass wir mit den nationalistischen Tendenzen nichts gemein haben, dann ist es die moralische Pflicht der Genossen L. und W., sich von uns loszulösen. Dadurch unterscheiden wir uns von den anderen Parteien, wo die Genossen ausgeschlossen worden waren, da wir sagen, wir überlassen es dem Ehrgefühl der Genossen, sich von uns zu lösen. Da bedeutet es allerhand, uns vorzuwerfen, wir hätten nicht den Mut gehabt, den Ausschluss auszusprechen. Jetzt hätten die Genossen erklären müssen: wir haben nichts mehr bei euch zu suchen.

G. (GEIGER) - Wilhelmshaven: ich muss erklären, dass ich mir die Ansicht des Parteitages nicht zu eigen machen kann. Ich bin aber nicht als Person hier und es

wird Sache der Mitglieder des Bezirks Nordwest sein, wie sie sich zu diesem Beschluss des Parteitages stellen.

K. (KOHN) - Hamburg: Der Genosse Wolffheim hat ausgesprochen, dass der Parteitag nicht den Mut gehabt hat, den Ausschluss der beiden Genossen auszusprechen. *(Unruhe! Widerspruch!)* Die hamburgische Mitgliedschaft hat sich in einer Resolution mit den Gedankengängen L. 's und W. 's einverstanden erklärt. Der Antrag Mitteldeutschland würde bedeuten einen Ausschluss der Hamburger Ortsgruppe. Der Parteitag muss jetzt auch den Mut aufbringen, die Ortsgruppe Hamburg ebenfalls auszuschließen.

Gen. L. (LAUFENBERG) - Hamburg: Ich habe die Aufforderung und die Anfrage zu wiederholen und das Verlangen zu stellen, dass der Parteitag offen und frei das, was in seinem Beschluss enthalten sein soll, auch erklärt. Wir hören hier von verschiedenen Mitgliedern des Parteitages die Auslegung, die sie der Resolution geben, auch R. (Rasch) als Vorsitzender gibt eine Erläuterung und Erklärung des gefügten Beschlusses. Es genügt aber nicht, dass der Vorsitzende das tut. Wir dürfen erwarten und verlangen, dass der Parteitag in seiner Gesamtheit sagt, was er mit dem Beschluss gewollt hat, dass er sagt, dass wir den Saal zu verlassen haben.

R. (RASCH) - Berlin: Es folgen hier Erklärungen auf Erklärungen. Wer sich den Antrag Mitteldeutschland durchliest, weiß doch, was er besagt. *(W. - Hamburg: Dann sagt doch, dass wir den Saal verlassen sollen!)* *(Unruhe, Zurufe: Unerhörte Provokation!)* Ich bitte euch, die Erregung etwas abzdämmen und kaltblütig die Dinge zu betrachten. *(Erneute Unruhe. Nachdem die Delegierten ihre Plätze wieder eingenommen haben):* Die Dinge liegen so, dass der Parteitag nicht das Recht hat, organisationsmassig jemanden auszuschließen, er hat vielmehr seine Richtlinien so einzustellen, dass jeder, der zur K.A.P.D. gehören will, sich zum mindesten diese Richtlinien zu eigen machen muss. Wenn er das nicht will, dann ist es seine Sache, zu entscheiden, ob er außerhalb der Partei stehen will oder nicht. Allerdings, das eine muss gesagt werden: dass der Entschluss des Parteitages sehr klar war. Er sagt, dass, wenn die Genossen L. und W. weiterhin ihre Tendenzen propagieren, sie sich außerhalb der Reihen der internationalen Sozialisten stellen. Nun kommt es darauf an, ob L. und W. es mit ihrer Überzeugung vereinbaren können, innerhalb einer Partei zustehen, die ihre eigenen Ideen so brandmarkt. Wenn sich die beiden Genossen den Grundsätzen des Parteitages nicht fügen wollen, dann ist es doch ihre Sache, hinauszugehen.

Th. (THYSSEN) [Johannes GRAUDENZ] - Besetzte Zone: Ich verstehe den Antrag von L. und W. ganz gut. Sie wollen nichts mehr als den Parteitag dahin bringen, dass er entgegen seinen Befugnissen, die er hat, klipp und klar erklärt: ihr musst den Parteitag verlassen. Wir sind hierhergekommen, nicht um eine persönliche Meinung zu vertreten, sondern den Willen der Mitglieder zum Ausdruck zu bringen. Diese Mitglieder haben uns beauftragt, den Ausschluss L.'s und W.'s nicht zuzulassen. Es wäre die Pflicht L.'s und W.'s sich hier nicht als Imperator zu fühlen, sondern wirklich revolutionäre Politik zu treiben, den Willen der Massen zu akzeptieren und vor allem zu respektieren und sich demententsprechend einzustellen.

W. (WOLFFHEIM) - Hamburg: Ich möchte der Auffassung entgegen treten, als ob wir den Parteitag dazu provozieren wollten, einen Ausschluss auszusprechen. Der Parteitag kann uns nicht aus der Organisation ausschließen. Darüber besteht Klarheit. Aber wenn wir hier als Einzelpersonen sind, so bin ich auch gleichzeitig als Vertreter der K.A.Z. hier. Also trete ich nicht aus der Gesamtpartei aus, sondern bleibe Mitglied meiner Ortsgruppe in Hamburg. Wie sich die Ortsgruppe Hamburg

stellt, wird eine Frage der Entscheidung dieser Organisation sein. Was wir wünschen, ist nicht der Ausschluss aus der Partei, sondern es handelt sich darum, dass der Parteitag erklärt, dass, nachdem wir erklärt haben, unsere bisherigen Ideen weiter vertreten zu wollen, wir nicht mehr an dieser Tagung teilnehmen können. Wir wünschen das aus Gründen der Politik, nicht der Ethik.

R. (RASCH) – Berlin: Ein Antrag Mitteldeutschland verlangt, in der Tagesordnung fortzufahren.

Der Antrag ist gegen 3 Stimmen angenommen. Wir kommen dann zum 2. Punkte der Tagesordnung:

Unsere Stellung zum Parteiprogramm.

Ich erteile dazu das Wort dem Referenten Genossen:

Schr. (SCHRÖDER) – Berlin: Ich muss zunächst eine Erklärung abgeben. Ich erkläre für meine Person, dass ich nicht früher zum Programm sprechen werde, bis nicht die Entscheidung darüber gefällt ist, dass die Partei als solche notwendig ist. Ich denke nicht daran, zu einem Programm zu sprechen, von dem nicht feststeht, dass der Parteitag über die Frage der Notwendigkeit einer Partei überhaupt überzeugt ist. Da nunmehr in der *K.A.Z.* Richtlinien erschienen sind, die dem Parteitage vorliegen, und auch in dem Koreferat zum 1. Punkt der Tagesordnung die Partei negiert worden ist, so kann ich für meine Person nicht früher zu dem Thema sprechen, ehe nicht der Parteitag eine Entscheidung über die Notwendigkeit einer Partei getroffen hat.

R. (RASCH) - Berlin: Demnach würde der Antrag Berlins zur Organisation zur Debatte stehen, der besagt:

«An dem Namen der K.A.P.D. ist festzuhalten, da die Partei auf dem Standpunkt der Eroberung der politischen Macht steht und die Partei die besten Kräfte zusammenfasst».

Da sich gegen diese Eröffnung der Debatte kein Widerspruch erhebt, erhält zur Begründung des Antrages das Wort:

Z. (ZINKE? oder ZIEGENHAGEN?) - Berlin: Die Ortsgruppe Berlin hat sich schon mit dem Problem beschäftigt, ob die Partei eine Notwendigkeit sei oder nicht, als noch die Syndikalisten in unserer Organisation waren und uns zwangen, jene Frage aufzurollen. Wir sind schon damals zu dem Resultat gekommen, dass in Anbetracht der Psyche des Proletariers und der sich zuspitzenden Ereignisse die Partei eine dringende Notwendigkeit ist. Über das Verschwinden der Partei kann erst dann diskutiert werden, wenn das Proletariat überhaupt der Massen durchgereist ist, dass es weiß, wohin es gehört, sodass eine politische Organisation, eine Partei, nicht mehr notwendig ist. Solange sich das Proletariat noch nicht losgerungen hat von der bürgerlichen Ideologie, ist die Partei noch eine Notwendigkeit.

W. (WEYL?) - Elberfeld: Die Partei als solche halten wir für notwendig. Es ist schon verschiedentlich gesagt worden, dass der Name der Partei nicht bedingt, dass nun die Partei eine Partei im üblichen Sinne sein muss. Wir wollen der Sache ein neues Gesicht geben. Daraus hat man geschlossen, dass der Name Partei überhaupt überflüssig sei und man sich Bund der Kommunisten nennen könne. Da aber die Arbeiter vielfach noch an dem Namen Partei kleben, sollten auch wir den Namen beibehalten, um bessere Propaganda entfalten zu können.

K. (KOHN) - Hamburg: Der erste Gründungsparteitag hat sich aus ganz zufälligen Vertretern zusammengesetzt. Wir stehen nicht auf dem Standpunkt, dass die Partei in der alten Form notwendig ist. Wir stehen vielmehr auf dem Standpunkt, dass die Revolution keine Parteisache ist. Die Parteien haben nicht mehr die Aufgabe von früher. Das Proletariat wird zur Macht gelangen über die Parteien hinweg. Wir erklären uns auch nicht damit einverstanden, dass die Partei auf dem Standpunkt der Eroberung der politischen Macht steht, aus dem Grunde, weil wir dann zu einer Parteidiktatur, nicht aber zu einer proletarischen Diktatur kämen. Die Durchführung der Revolution kann nicht Aufgabe einer Partei sein.

Sch. (SCHWABE?) - Eisenach: Wenn wir uns mit der Frage der Bezeichnung der politischen Organisation beschäftigen, so müssen wir uns über den Begriff Partei klar werden. Wir müssen uns loslösen von diesem Begriff des Wortes. Parteien sind im alten überlieferten Sinne ein Stück des bürgerlichen Klassenstaates. Die Partei bedingt nach den alten Grundsätzen den zentralen Aufbau. Sie bedingt ein Führertum, welches bestimmt, was geschehen soll. Nicht darauf kommt es an, wie wir uns nennen, sondern auf das Wesen der Organisation. Sind wir aber eine Partei im üblichen Sinne, so bedingt die Organisation den zentralen Aufbau, den wir verwerfen. Es wäre zweckmassiger gewesen, wir wären uns über den Programmentwurf schlüssig geworden.

E. (ERDMANN) [Emil SACH] - Berlin: Die Debatte ist ein Schauspiel für Götter, und stellt denjenigen, die vom kommunistischen Geiste durchdrungen sein wollen, ein Armutszeugnis aus. Wir wollen praktische Arbeit leisten und deshalb beantrage ich Schluss der Debatte.

*Der Antrag wird einstimmig angenommen.*

Darauf erhält als Referent zum Programm das Wort:

Schr. (SCHRÖDER) - Berlin: Ich habe vorhin meine Bedenken geäußert, weil ich vermeiden wollte, dass sich die Fortsetzung des Parteitages noch einmal mit all den Fragen beschäftigen sollte, die die Frage von der Notwendigkeit der Partei unbedingt heraufbeschworen müsste. Deswegen meine Erklärung. Ich bin jetzt bereit, über das Thema zu sprechen und sage gleich vorweg, dass sich für mich die Politik mit der Ethik deckt. Was ich zum Programmentwurf zu sagen habe, hat zwei Grundgedanken. Die Partei hat sich eine wissenschaftlich begründete Auffassung zu eigen zu machen über ihren Klassenkampf und über den Sozialismus. Zum zweiten hat sie sich die taktischen Grundlinien zu geben, die für den Kampf notwendig sind. Ich darf einiges vorausschicken.

Die K.A.P.D. ist entstanden im Gegensatz zu den Methoden wie zu dem Inhalt der Politik des Spartakusbundes und ich stehe nicht an, heute zu erklären, dass wir, obwohl wir ja die aus der Partei Hinausgeworfenen waren, gut dabei weggekommen sind, dass wir, wenn wir nicht aus der Partei hinausgeworfen waren, diese Partei und diese Männer hätten verlassen müssen. Ich behaupte weiter, dass der Spartakusbund heute in Deutschland allein dadurch nur noch seine Existenz hat und sie fortsetzt, dass ihm Millionen zur Verfügung stehen. Ich behaupte, dass der Spartakusbund, abgeschnitten von seinen Mitteln, vom Erdboden verschwinden würde. Auf dem Gründungsparteitage der K.A.P.D. wurde aus dem allgemeinen Wunsch der dort vertretenen Mitgliedschaften vom Parteitage ein Programmentwurf angenommen, der sich in den Grundzügen mit dem deckt, was der spätere Entwurf besagt. Der Entwurf, der allen Organisationen zugegangen ist, hat zunächst einige Widersprüche dadurch erweckt, dass er in seinem Vorwort mit einer gewissen Geste auftrat, indem es aussprach, dass der Entwurf das Programm der K.A.P.D. bleiben



würde. Ich darf behaupten, dass dieser Anspruch des Vorwortes seine Berechtigung hatte. Einmal seine innere Berechtigung aus dem Inhalt heraus, und zweitens, weil er eine äußere Notwendigkeit war, die darin bestand, dass wir dabei waren, die kommunistische Internationale über die Gründung der K.A.P.D. zu benachrichtigen. Wir mussten der Internationale etwas Positives über unsere grundsätzliche Unterscheidung vom Spartakusbund sagen und vorlegen. Wir konnten nicht vor einer kommunistischen Internationale auftreten und sagen, dass wir nur deshalb bestehen, weil wir aus dem Spartakusbund hinausgeworfen sind, sondern wir haben diesen und jenen Standpunkt vertreten. Das zur Begründung vorweg.

Wir nehmen noch vorweg, dass wir die Partei für eine unbedingte Notwendigkeit halten. Die K.A.P.D. hat in ihrem Programm und in ihren Artikeln sich ungefähr so geäußert: Die Partei ist zweifellos als solche ein Gebilde der bürgerlichen Epoche. Sie wird mit dem Verschwinden der kapitalistischen Welt auch ihr Ende finden. Die Organisationsformen des Proletariats werden hinweggehen über die Ausdrucksformen einer heute möglichen Partei. Wir haben nie einen Zweifel darüber gelassen, dass in der augenblicklichen Situation und auch nach der Ergreifung der Macht durch das Proletariat die Notwendigkeit eine unbedingte und zwar deswegen ist, weil nichts außerhalb der proletarischen Organisation existiert, was den Kampf gegen den Kapitalismus so führen konnte, wie ihn eine geschlossene Vorhut des Proletariats führen müsste. Wir sind auch der Überzeugung, dass nach der Eroberung der politischen Macht die Vorhut zusammengeschlossen sein muss zur Schulung der Massen, die sie vorbereiten wollen auf die kommende neue Organisationsform, die sie erzielen müssen zum Rätegedanken. Wir wissen genau, dass die Partei etwas altes ist, dass sie sich zu fühlen hat wie die Eltern zum Kinde, zur Räteorganisation, dass sie überzeugt sein muss davon, dass sie verschwinden wird und dass die Räte, die Organisations- und Ausdrucksform der Diktatur, sie überwinden werden. Wir wissen, dass die Partei dazu da ist, der Herausarbeitung einer neuen proletarischen Organisationsform zu dienen. Somit ist die Partei selbst notwendig, denn wer sollte die Aufgaben des Augenblicks übernehmen? Die Betriebsorganisation selbst ist erst im Werden begriffen; sie, die wahrscheinlich die Zukunft des Proletariats bedeuten wird, ist nicht imstande, - einfach aus den realen Tatsachen heraus - die Aufgaben des Proletariats zu erfüllen. Stellen Sie sich das Leben der Partei in den vergangenen 10 Jahren vor. Wer hätte diese Kämpfe führen sollen? Es existierte die Betriebsorganisation noch garnicht.

Wenn wir nun zu unserem Entwurf Stellung nehmen, so müssen wir zunächst das Grundmoment herauschälen. Das Grundsätzliche, das wir hier als Fundament unterlegen, ist der Rätegedanke. Er steht im Mittelpunkt unseres proletarischen Werden und Seins. Er besagt zunächst, dass das Proletariat sich in dem historisch-ökonomischen Prozess die ihm gemäße, gegen den Kapitalismus gerichtete Ausdrucksform geben wird, die seinem historischen Werden entspricht. Der Rätegedanke bedeutet mehr. Er bedeutet einmal die absolute und restlose Zertrümmerung der gesamten alten kapitalistischen Organisationsformen. Die alte kapitalistische Organisationsform hat ihren höchsten Ausdruck gefunden im modernen Klassenstaat. Dieser muss vom Proletariat restlos nicht nur als Organisationsform, sondern auch als Ausdrucksform einer bestimmten kapitalistisch-bürgerlichen Ideologie zertrümmert werden. Darüber hinaus bedeutet der Rätegedanke, dass das Proletariat sich im Prozess seines Werdens die ökonomische, wie historische und geistige Ausdrucksform schafft, die seinem Werden entspricht, die hinausleitet zur klassenlosen Gesellschaft. Wir haben den Genossen im Reiche von der Berliner Organisation die Broschüre über das Werden der neuen Gesellschaft zur Verfügung gestellt. Hier sind die Ideen enthalten, die Berlin der Darstellung des Rätegedankens im Entwurf zugrunde legt. Ich brauche

deshalb wohl nicht im einzelnen wiederholen, was hier dargelegt ist. Der Rätegedanke ist die absolute restlose Negation der kapitalistischen Gesellschaft und der kapitalistischen Ideologie. Er beruht darauf, dass im Prozess des historisch-ökonomischen Werdens nach unserer Auffassung sich der Kapitalismus als solcher einen bestimmten Ausdruck verschafft und dieser bestimmte Ausdruck heute darauf ausgeht, aus dem Klassenstaat hinaus die Grenzen überschreitend, systematisch eine Weltwirtschaft zu schaffen, eine kapitalistische Weltwirtschaft des Finanzkapitals aufzurichten. In diesem Prozess des kapitalistischen Werdens tritt einerseits störend ein die verschiedenartige Entwicklung der einzelnen Länder auf dem Weltmarkte, und andererseits das zum Selbstbewusstsein kommende Proletariat. Der Sozialismus ist die aus dem kapitalistischen Prozess hervorgehende Entwicklung des Proletariats als Klasse. Wenn nun aus dem Prozess des Kapitalismus heraus der sozialistische Gedanke entsteht, dann ist es klar, dass er im Gegensatz zu diesem kapitalistischen Werden seinerseits über alle Grenzen schreitet, dass er in keiner Weise an irgend einer Grenze Halt macht, sondern sich übernational orientiert. Er fasst das Proletariat als Klasse zusammen. Das Proletariat als Klasse ist nicht gehemmt durch irgendeine Grenze. Es schreitet darüber hinweg und schließt sich als Klasse zusammen. Wenn gesagt wird, dass das Proletariat als Klasse sich organisiert und sich dem Rahmen der Nation einfügen soll, und die Föderation der Nationen nunmehr die Internationale sein wird, so bedeutet das letzten Endes eine Art Erschleichung des Ausdrucks Klasse. Es ist undenkbar, vom Proletariat als Klasse zu sprechen und es gleichzeitig in einen nationalen Rahmen einzuspannen. Das Proletariat kann nicht eine Klasse sein und gleichzeitig innerhalb einer Nation organisiert sein. Das Proletariat ist als Klasse nur denkbar über alle Nationen hinaus, zusammengeschlossen über die ganze Welt. Dieser Zusammenschluss erfolgt, wie gesagt, ideologisch als Klasse in dem Gedanken des Klassenkampfes. Er erfolgt aber gleichzeitig ökonomisch dadurch, dass das Proletariat auch nicht einen Augenblick daran denkt, sich innerhalb bestimmter nationaler Grenzen seinen wirtschaftlichen Ausdruck zu geben, sondern dass es sich darauf einstellt, diesen wirtschaftlichen Rahmen zu erweitern und ihn zu einem Weltwirtschaftsrahmen internationaler Natur zu gestalten. Die deutsche Industrie organisiert im Rahmen nationaler Grenzen bedeutet letzten Endes die Abschneidung des Proletariats als Klasse von dem Gedanken der Klassensolidarität aller Länder. Unsere programmatische Einstellung muss darauf ausgehen, unsere Wirtschaft so einzurichten, dass schon nach wirtschaftsgeographischen Gesichtspunkten der Aufbau der kommenden ökonomischen Grundlage vor sich zu gehen hat. Russlands Räte und Deutschlands Räte haben in gemeinsamer Arbeit sich darauf einzustellen, wie sie den Prozess betrachten, und zu untersuchen, wie sie den ökonomischen Rahmen zu gestalten gedenken. Nur so ist die Gewähr dafür geleistet, dass die Räte sich gleichzeitig das grundlegende ökonomische Fundament schaffen. Aus diesem Gedanken heraus, den ich nicht so weit ausführen will, um nicht alles zu wiederholen, was im Entwurf niedergelegt ist, ergibt sich für uns eine bestimmte Stellung zum Hamburger Programm. Ich muss sagen, ich habe niemals gedacht, dass die Hamburger diese letzte Konsequenz ihres alten Prinzips ziehen würden. Ich habe nicht gedacht, dass sie hier so offen dem Parteitag der K.A.P.D. erklären würden, dass sie sich entwickeln wollen zu dem Begriff und zu der Tatsache des großdeutsch-revolutionär gestimmten Proletariats. Genosse Laufenberg, das waren die Gedanken, die mir meine Jugend bedeuteten, für die ich begeistert dann eingetreten bin, als ich noch kein Sozialist war.

Wir sind uns darin einig, dass die Rasseneigentümlichkeiten, die Besonderheiten der Völker eine Rolle spielen. Wir sind uns auch darin einig, dass sie diese Rolle noch lange spielen werden. Wir sind uns auch einig darin, dass nationale Kämpfe stattfinden werden und dass selbst nach der Bildung proletarischer Staaten

zwischen diesen Reibungen, unter Umständen schlimmster Art, möglich sein werden. Aber wir können uns unmöglich darin einigen, dass wir zum Angelpunkt unserer Politik, abgesehen von einem Zukunftsbild, das wir uns vielleicht einmal malen, den Begriff der Nation, der Rassen machen. Meiner Auffassung nach führt das dahin, dass man unbedingt den Boden der bisherigen Auffassung des Klassenkampfes verlässt, das heißt, dass das Proletariat als Klasse über die ganze Welt hinweg seine Politik an sich selbst orientiert, nicht an den deutschen Verhältnissen, sondern an denen der internationalen proletarischen. Wenn zum Angelpunkt der Politik die Ideologie auch nur in diesem geläuterten Sinne gemacht wird, so bedeutet das eine gewisse Gefahr, das heißt, das Proletariat versteht die Dinge nicht so, wie sie dargelegt werden. Man spricht von großdeutsch, Klassenversöhnung, vom revolutionären Burgfrieden, revolutionären Volkskrieg: alles das sind Dinge, die zweifellos nicht so gemeint sind, wie die normale Phraseologie der Strasse bedingt. Wenn wir sie aber zum Angelpunkt unserer Politik machen, so bedeutet das weiter, dass wir den Boden des bisherigen Klassenkampfgedankens unter den Füßen verlieren und dass wir in die Wirrnisse einer opportunistischen Politik geraten, einer Politik, die zu ganz bestimmten Konsequenzen führt. Ich werde das gleich vorweg nehmen. Wenn wir uns im Augenblick aus der Einstellung auf den Begriff Nation, und damit die freie deutsche Nation als das zu erstrebende Ziel vor Augen halten, unseren Kampf gegen den Versailler Friedensvertrag betrachten, so stellt sich dieser Kampf so dar, dass wir den Vertrag nicht anders zerbrechen können, als das wir den Krieg gegen die Entente führen. Er stellt sich so dar, dass das Proletariat als solches den Gedanken fassen muss, dass, wenn der Vertrag das Proletariat so schändlich knebelt, es losgehen muss zum Kampfe gegen die Entente, gegen die Franzosen, gegen die Engländer. Nicht mehr wird man sagen, wir müssen gegen die französische Bourgeoisie, gegen das englische Kapital, sondern gegen die Franzosen, gegen die Engländer.

Wenn wir heute sehen, dass das Proletariat unter dem Eindrucke des Versailler Vertrages, der unglaublich drückende Bedingungen für das Proletariat enthält, bereits in einzelnen Teilen zu solchen Gedanken kommt, dass es die Flinte auf den Buckel nehmen muss, so wäre es erst recht unsere Pflicht, solche Gedanken nicht zu unterstützen, sondern sie restlos aus den Hirnen der Arbeiterschaft zu verbannen und nicht noch einmal die Möglichkeit zu schaffen, dass das Proletariat auch nur einen Augenblick von einer bürgerlichen Ideologie gefangen genommen werden konnte. Wir haben die Pflicht, als Klassenkämpfer alles zu tun, um dem Proletariat zu sagen: Nicht der Kampf gegen die Entente ist das Notwendige, sondern das Notwendige ist die Erkämpfung der proletarischen Diktatur. Im Gegenteil, müssen wir sagen, bewegt euch nicht in diesen Gedanken, gebt den Machthabern innerhalb der Entente nicht die Möglichkeit, ihren eigenen Arbeitern mit der nationalen Phrase und der Phrase von dem alten Geist in Deutschland die Köpfe zu verkleistern, um damit die Einheitsfront der Klassenkämpfer der Welt zerbrechen zu können. Nein, sprecht nicht einen Augenblick vom Kriege gegen die Entente. Eure unbedingte Aufgabe besteht darin, dass ihr die Macht der Bourgeoisie im Lande zerbrucht, das weitere wird sich finden. Wahrscheinlich ist dann der Kampf, aber kämpft ihr erst von dem Grundsatz, die eigene Bourgeoisie zu zerschmettern, dann werdet ihr bei dem Proletariat der Entente den Widerhall finden, den ihr in ihm auslösen musst.

Wenn wir in unser Programm natürlich als eins der faktischen Momente die politische Lage aufnehmen, so will ich dazu nur kurz sagen, dass diese Krise die Krise des Kapitalismus ist, dass er am Ende seines Lateins ist, das es ihn keinen Ausweg gibt und geben kann. Es gäbe einen Ausweg dann, wenn das Proletariat nicht zu seinem Selbstbewusstsein kommen würde. Wie geht das Kapital heute vor?

Ich will annehmen, es gelänge dem Kapital, über die einzelnen Landesgrenzen hinweg unter Zurückstellung aller einzelnen Motive sich den Zusammenschluss zum Welt Völkerbund zu schaffen, so kann es diese Krise nur dann überwinden, wenn das Proletariat absolut still hält, dass die Millionen Proletarier sich nicht nur ausbeuten lassen, sondern dass eine oder zwei Generationen versklavt zugrunde gehen. Dass das nicht eintreten wird, dafür sorgt die Entwicklung des Proletariats. Wir stellen deshalb in den Mittelpunkt dies: Dass das Proletariat in dieser Krise mit äußerster Schärfe jeden Augenblick vom Standpunkt der Klassensolidarität aus erfasst, wo es sich empören kann. Das gilt es zu organisieren. Wenn die Hamburger Genossen sagen, die Macht war 1918 in den Händen des Proletariats, so ist das nur ideell zu verstehen, denn Macht wäre nur dann in der Hand des Proletariats gewesen, wenn es imstande gewesen wäre, die Macht auch auszuüben. Nicht einen Augenblick aber war die Möglichkeit für das Proletariat vorhanden, die Macht zu übernehmen. Die Hamburger sagen weiter, dass der Fehler des Spartakusbundes darin lag, dass er den Bürgerkrieg aufs Tapet brachte. Gerade darin, dass nicht in allerschärfster Form 1918 bereits der Bürgerkrieg zum Austrag gebracht werden konnte, scheiterte die Besitznahme der Macht. *(Sehr gut!)*

Im Zirkus Busch, wo die Einigung zustande kam, war gerade das das Entscheidende, dass man den Sinn des Klassenkampfgedankens nicht begriff und glaubte, sich einigen zu müssen und den Bürgerkrieg vermeiden zu können. Im Fortgang der Revolution hat sich gezeigt, dass das Proletariat nur da seine Macht zum Ausdruck bringen konnte, wo es diesen Bürgerkrieg immer und erneut aufs schärfste führte. Wir stehen nun heute vor der Situation, dass an den Toren im Osten Russland pocht, dass die Gärung innerhalb der deutschen Arbeiterschaft stark genug ist, um auf sie gewisse Hoffnungen für den Fortgang der Revolution zu setzen. In diesem Augenblick die Frage stellen, ob Russland marschieren wird, ob es Polen zerbrechen wird, nur mit einem proletarischen Polen Frieden schließen wird, heißt schon eigentlich gar nicht mehr revolutionär denken. Was sollen wir uns damit beschäftigen, aus welchen Notwendigkeiten heraus Russland eine solche Stellung zu diesen Problemen einnimmt, wie es das tut? Der Proletarier, der so fragt, hat nur den Gedanken, dass nur nicht er die Revolution in Deutschland zu machen braucht. Den Proletarier hat nur der eine Gedanke zu bestimmen: was können wir restlos tun, um in diesem Augenblick dem Fortgang der Weltrevolution zu dienen? Diese Aufgabe kann nur darin bestehen, dass wir nicht predigen und sagen, schließt euch zusammen und vermeidet möglichst den Bürgerkrieg, sondern man kann dem Proletariat nur sagen: Ihr zerbrecht alle kapitalistischen Manöver und dient der Weltrevolution, wenn ihr jetzt den verschärften Bürgerkrieg aufnehmt zum Kampf um die Diktatur.

Ich will damit die Politik verlassen. Nur noch ein paar Worte zu der Politik, die andere Parteien betreiben. Wir wissen, dass wir die Politik des Spartakusbundes, wie sie sich ja offen enthüllt in ihrer Haltung zu den Ruhrkämpfen, aufs entschiedenste ablehnen. Der Spartakusbund hat den Glauben an die Revolution verloren. Er hat, was früher schon war, den Glauben an die Massen, an das Proletariat überhaupt, niemals besessen. Er besitzt nur die Frechheit, es heute den Proletariern zu sagen. Der Spartakusbund scheidet deshalb für uns aus der politischen Betrachtung aus. Seine Politik ist einzig und allein davon diktiert: Wie kann ich die Entwicklung des Proletariats, der Revolution, mir dienstbar machen, wie kann ich das Proletariat zu meinem Instrument, zu meinem Objekt umbilden? Deshalb wird seine Politik von dem einen Gedanken diktiert, wie schaffe ich es, dass ich obenauf bleibe als Beherrscher der Revolution wie des Proletariats? Er richtet seine Politik nach dem Grundsatz ein, dass seine persönlichen Bedürfnisse und Interessen über die Interessen des kämpfenden Proletariats gestellt werden. Er wird dem Proletariat sagen, wenn er es nicht geschafft hat, dass das Proletariat nicht reif sei.

Die Politik der U.S.P. ist etwas derart schändliches, dass wir wohl kaum Worte finden, sie zu brandmarken. Die Politik der U.S.P., die darin bestanden hat, die Phrase zu pflegen und das revolutionäre Proletariat in der Phrase zu schaukeln, besteht heute darin, dass sie die proletarische Revolution entwaffnen will. Sie erklärt sich prinzipiell mit der Entwaffnung einverstanden, die eine Entwaffnung des deutschen Proletariats ist. Ihre Haltung ist diktiert von einem absolut bürgerlichen Pazifismus. Damit haben wir aber als Kämpfer nichts zu tun. Wir wissen, dass der Kampf mit der Waffe nicht zu umgehen ist und ausgetragen werden muss. Eine solche Politik, die auch heute nicht mehr mit dem Wollen der Massen übereinstimmt, lehnen wir ab. Die U.S.P. ist zweifellos auf der Suche nach Parolen, die Massen weiter zu leiten. Wie steht es damit? Wir müssen die Parolen machen, die dem Proletariat in der Folge die Ziele aufstellen, unter denen es zu kämpfen hat, was das Proletariat an Aktivität entfalten will. Das Proletariat ist nicht pazifistisch, es sucht nach einem Ausdruck in einer solchen Lage wie heute. Wir müssen ihm eben in diesem Augenblick die aktiven Parolen aufzwingen, nach denen es den Kampf zu führen hat. Wir müssen vor die U.S.P. treten und ihr sagen: Ihr wisst und ihr sagt es mit euren Phrasen, dass die Proletarier in Deutschland nur durch den Kampf zu ihrem Ziel kommen können. Man wird jetzt die Revolution entwaffnen. Entschließt euch, wir sagen euch, wir sind bereit, jetzt, weil das Proletariat für diese Dinge reif ist, weil es weiß, dass es keinen anderen Ausweg gibt, den Kampf mit der nötigen Schärfe aufzunehmen. Kommt uns nicht mit einer leeren Phrase ihr würdet es gern tun - sondern stellt euch klar zu dieser Frage: wollt ihr jetzt die Revolution entwaffnen lassen, oder mit uns geeint diesen Kampf aufnehmen? Damit werden wir sie restlos entlarven. Denn dazu werden sie nicht gewillt sein. Dann werden die deutschen Proletarier die Antwort zu geben haben, welcher Politik sie ihre Stimme geben wollen.

Genossen, damit verlasse ich das, was ich zur Ergänzung des vorliegenden Programmentwurfs über das theoretische Fundament zu sagen habe. Ich wende mich nun zu den Momenten, die für die Gegenwart noch sonst wichtig sind.

Wir haben zu betonen, dass wir uns vom Parlamentarismus endgültig losgesagt haben. Was darüber zu sagen ist, ist im Referat des Gründungsparteitages festgelegt und davon ist nichts zurückzunehmen. Wir lehnen den Parlamentarismus für Deutschland endgültig ab. Für uns gilt nur das, dass der Parlamentarismus für uns nicht mehr diskutabel ist. Ebenso sehr aber lehnen wir die Beteiligung an den gesetzlichen Betriebsräten ab. Die «*Freiheit*» schreibt, dass die Räte ein Element der Freiheit sein wollen und dass jetzt in der Einigung zwischen Gewerkschaften und Räten die höhere Einheit der Solidarität sich ergibt. Ich möchte konstatieren, dass diese Einigung die höhere Einheit zur Sabotage der Revolution bedeutet. Ein doppelter Betrug liegt hier vor. Zunächst sind die jetzigen Betriebsräte überhaupt keine Räte. Dem Proletariat vorgaukeln, diese Räte hätten etwas mit proletarischer Ausdrucksform zu tun, ist ein gemeines Spiel. Sie bedeuten nichts anderes als den Abzugsgraben für die Gewerkschaftsbureaukratie, bedeuten den neuen Schmarotzer auf dem Rücken des Proletariats. Wie treiben diese Leute ihre Politik? Sie treiben sie von dem Gesichtspunkt aus, dass niemand im Kampfe zu Boden gleitet. Sie gehen also an die Frage so heran, dass alle Gewerkschaftsbonzen, alle Instanzen die Frage lösen wollen von dem Gesichtspunkte: Wie können wir das Proletariat zum Rätegedanken hinausführen, ohne dabei selbst unter die Räder zu kommen? Dieser Betrug muss rücksichtslos entlarvt werden. Wie ist es möglich, dass man es fertig bringt, Räte, die proletarische Ausdrucksform sein sollen, die proletarisches Denken verkörpern sollen, zusammenschmieden mit dem bürokratisch-kapitalistischen Organisationssystem? Wie ist das denkbar? Hier liegt ein Betrug vor: die Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit, die ungleich gefährlicher und brutaler ist als die zu durchsichtigen Zwecken 1918 geschaffene

Arbeitsgemeinschaft.

Wir müssen uns aber weiter, wenn wir uns gegen die Gewerkschaften wenden, mit der Betriebsorganisation und der Stellung der Partei zu ihr beschäftigen. Ich möchte aber, da ich über Abgrenzungen sprechen möchte, und über das, was der proletarischen werdenden neuen Form fremd ist, einiges noch sagen. Wir müssen uns klar darüber werden, dass wir auch ganz bestimmte Grenzen zu ziehen haben über unsere Stellung über Moral, Kunst und Wissenschaft der bürgerlichen Gesellschaft. Wir müssen uns darüber klar werden, dass wir die bürgerliche Moral, die Ethik, und die bürgerliche Kunst rücksichtslos ablehnen. Wir sind keine Mucker. Wir, die wir eine freiere Form des Familienlebens, der Ehe, des Geschlechtslebens propagieren und durchzuführen gedenken, wissen uns frei von jeder Form des Muckertums. Aber wer übersieht, was an Schamlosigkeiten die bürgerliche Gesellschaft der Straße bietet, der muss auch dagegen offen Front machen. Das Proletariat darf es sich nicht bieten lassen, dass die bürgerliche Gesellschaft ihm in dieser Form auf Straßen und in Kinos Dinge vorsetzt, die die absolute Schamlosigkeit bedeuten.

Auch dies muss von uns ebenfalls ausgesprochen werden: Wir können die Emanzipation der Frau nicht dadurch zum Austrag bringen, dass wir die Frau zur selben Schamlosigkeit greifen lassen wie das bürgerliche Weib. Nicht darin besteht die Überwindung, dass man der Frau dieselbe Freiheit gestattet, sondern darin, dass man ihr die proletarischen Wege der neuen Moral aufzeigt. Ist es nicht unglaublich, mit welcher Dreistigkeit eine heute geschäftspraktische Kunstwelt dem Proletariat Bilder vorzusetzen wagt, die absolut die Dekadenz der untergehenden Epoche sind. Das Proletariat nimmt sie hin und lässt sie sich aufdrängen als die proletarische Kunst, als die kommende revolutionäre Kunst. Mehr als bisher müssen wir uns auch diesen Dingen zuwenden.

Wir müssen uns auch, wenn wir von taktischen Fragen gegenüber den Russen sprechen, in einer bestimmten Linie verhalten. Das Exekutivkomitee, das in einer Form gegen uns vorgeht, die lebhaft an Spartakusmethoden erinnert, muss von uns zurecht gewiesen werden. Es hat nicht überzugreifen über den Rahmen, dass der Gedanke des Proletariats fortschreitet. Wir müssen uns eine Reihe dieser russischen Übergriffe verbitten, Aber aus dieser Erwägung heraus dürfen wir nun nicht dazu übergehen, dass wir alles, was von Russland kommt, verurteilen und das Kind mit dem Bade ausschütten. Diese Angst muss überwunden werden. Soweit die Dinge im proletarischen Grundsatz liegen, auf proletarische Wege leiten, soweit müssen wir sie auch als gut und richtig anerkennen und uns nicht nur von der Sorge leiten lassen: wie können wir dieser Herrschaft entgehen?

Wir müssen uns abgrenzen gegen die Führermethoden der alten Parteien und der bürgerlichen Epoche. Ich will nur einen charakteristischen Punkt herauschälen. Manche Führer auch innerhalb des Proletariats berufen sich darauf, und suchen dadurch ihre Meinung zu bekräftigen, dass sie betonen, sie hätten für ihren Idealismus auch leiden müssen. Ich lehne überhaupt den Begriff des Individuums wie des Märtyrertums ab. Wenn Führer des Proletariats davon sprechen, dass sie gelitten haben, so sagen sie damit garnichts. Auch der Unternehmer kämpft und leidet für seine Ideen. Der Unternehmer riskiert es auch im Interesse seiner Unternehmung, dass er, wenn er vor die Arbeiter tritt, erschlagen wird. Nicht das ist das Entscheidende, dass sich jemand opfert, das ist innerhalb der proletarischen Bewegung eine Selbstverständlichkeit, ja, die Grundvoraussetzung. Denn er muss das ja tun. Aber es kommt alles darauf an, aus welchem Geiste heraus er kämpft. Er muss so kämpfen, dass er nicht, wie der Unternehmer für sein Eigentum, für sein Unternehmen, für seine Fabrik, für seinen Betrieb, für sein Volk, für sein Vaterland,

für seine Nation kämpft, sondern er muss kämpfen als Glied der großen, proletarisch-sozial fühlenden, denkenden, lebenden und gestaltenden Masse, die über die ganze Welt verbreitet ist. Er kämpft nicht mit dem Bewusstsein, ich will die proletarische Bewegung zu meiner Bewegung machen, die Revolution ist meine Angelegenheit, mir hat man zu folgen. Das ist bürgerlicher Privatkapitalismus, ist bürgerliche Ideologie. *(Sehr gut)* In dieser Abgrenzung wäre auch noch zu sagen, dass wir uns bestimmte Auffassungen über das Wesen von Führer und Massen zu eigen machen müssen. Ich will auch hier nur wieder Erläuterungen geben. Wie ist es mit den Führern und der Masse? Der Begriff ist sehr verschiedener Auslegung fähig. Es dreht sich hier darum, welches ist der Begriff Masse im Sinne des proletarischen Denkens. Der Begriff Masse im Sinne des privatkapitalistischen Denkens ist der, dass die Masse der Kadaver ist, dass sie das Eigentum bestimmter Menschen ist. Für das proletarische Denken besteht der Begriff Masse nicht darin, dass man alles in ihn einschließt, sondern darin, dass man ihn befreit von dem Begriff des Kadavers, dass man ihm die Ausdeutung gibt: Masse ist das im sozialen Denken zusammengeschmiedete klassenbewusste Proletariat. Aus diesem Sinne entspringt auch das Wesen des Führertums, in diesem Sinne wird es ganz anders aufgefasst werden müssen. Viele schienen heute über das Ziel hinaus. Sie gehen so weit und glauben, dass die absolute Ablehnung des Führertums etwas Proletarisches wäre. Das ist grundfalsch. Es darf nicht so weit gehen, dass man den Führer überhaupt ablehnt. Man muss sich darüber klar sein, dass, wenn man den Führer überhaupt ablehnt, man auch jede Klugheit und Fähigkeit, jeden starken Willen, jeden Menschen, der etwas besser kann, ablehnt. Das würde nicht der Auffassung der proletarischen Massen entsprechen. Ich hoffe, dass die Führer des Proletariats aus den großen Industrien kommen werden. Ich sage: Führer der Masse müssen uns sein, die das Denken und Leben dieser Masse zum Ausdruck bringen, gestalten, die am fähigsten sind, dieses Denken und Leben darzustellen, fortzugeben und wieder ihrerseits mit ihrem Feuer diese Massen durchgluten. Sie werden verstehen, dass der Begriff der Masse sofort eine ganz bestimmte Führerform mit sich bringt. Aber niemals dürfen wir überhaupt Führer ablehnen. In dem Augenblick führt man den Kampf der Platttheit gegen die Tiefe, der Dummheit gegen das Genie. Das geht nicht an. Ihr müsst nur den Ausdruck zu finden suchen, gerade die besten aus euch herauszusuchen, denen ihr auch volle Verantwortung gebt und sie nicht nur degradiert zu technischen Hilfskräften und zu Menschen, die bedeutungslos wie eine Maschine zu reagieren haben. Es kann nur so sein, dass durch die Masse fortgesetzt die Kontrolle vorhanden ist, dass überhaupt sich aus der Verbindung der Führer mit der Masse jene verständnisvolle Zusammenarbeit ergibt, die zur Führung des proletarischen Klassenkampfes unbedingt erforderlich ist. Wenn das Proletariat sich in den Räten die Ausdrucksform schafft, dann wird es auch die Führer durch das Kontrollsystem ihrer Organisation gewinnen, die ihm niemals und zu keiner Zeit auf dem Rücken tanzen können.

Innerhalb einer proletarischen Gesellschaft muss das System so gearbeitet sein, dass sich aus dem System heraus die Kontrolle über die Führer ergibt. Dann ist das geschaffen was wir brauchen. Bei dieser Gelegenheit auch ein paar Worte über die Autonomie, über Zentralismus und Föderalismus.

Wenn von Autonomie die Rede ist, dann wird das Wort recht oberflächlich verstanden. Die Autonomie besteht nicht darin, dass man sich beschwert über die Aufzwingung großer Belanglosigkeiten. Ein großes Theater hebt an über irgendeinen geschäftsführenden Ausschuss. Wenn wir doch die Debatten von diesem Niveau herunterbringen könnten, dann wäre schon manches geschafft. Solche Obergriffe müssen abgeschafft werden, aber das sind Belanglosigkeiten. Was heißt Autonomie? Autonomie heißt Selbstgesetzgebung. Wer soll sich selbst die Gesetze geben? Die Gesetze innerhalb des deutschen Proletariats gibt sich also das Proletariat zunächst

selbst. Viele gehen nun darauf aus, die Autonomie so zu verstehen, als müsste überhaupt eine Zusammenfassung im organisatorischen Sinne vermieden werden. Das bedeutet, dass wir eine kommende Räteorganisation, eine kommende proletarische Ausdrucksform von vornherein auf die Vergangenheit herabwürgen. Damit geben wir der Autonomie eine falsche Ausdeutung. Wir schaffen das Kaisertum ab und schaffen dafür eine Reihe von Fürstentümern. Der Kampf um Autonomie wird jetzt von einzelnen Bezirken gewöhnlich aus der Einstellung heraus geführt, dass in diesem Bezirke wieder einer ist, der so eine Art kleiner König sein möchte, der die Mitgliedschaften als sein Eigentum betrachten möchte. Wenn nun noch ein großer Haupt Ausschuss vorhanden ist, so fühlt sich dieser kleine König natürlich getroffen und beginnt Zeter und mordio zu schreien über die Diktatur von oben. Eine solche Autonomie bedeutet, dass jeder einzelne Bezirk sich absolut selbständig macht, bedeutet, das Durchbrechen der Räteorganisation, das Durchbrechen der werdenden sozialen Ausdrucksform des Proletariats. Es bedeutet letzten Endes eine durchaus individuelle Denkweise, die nichts zu tun hat mit der Denkweise, die in der Entwicklung des Rätegedankens die Zukunft der Gesellschaft sieht. Unter Föderalismus versteht man vielfach Anarchie, das heißt die Herrschaftslosigkeit. Das heißt, jeder einzelne Wirtschaftsbezirk soll einzig eigenmächtig Verträge mit anderen Ländern eingehen und absolut nicht darin behindert werden. Sie verstehen, wenn ich sage, dass das leeres Geschwätz ist. Wenn ich von Räten und ihrer Entwicklung spreche, dann weiß ich, dass eine Zusammenfassung für bestimmte durchzuführende Aufgaben innerhalb des internationalen Proletariats stattfinden muss, und dass eine solche Zusammenfassung aus dem sozialen Werden hervorgeht, dass sie mit einer Kontrolle von unten auf gewollt und geschaffen wird. Es ist selbstverständlich, dass hierbei von vornherein jeder Eigentumsgedanke, von einer Zentrale ausgehend, ausgeschlossen ist, dass vielmehr die Zusammenschliessung eine von unten aus gewollte ist. Den Zentralismus im alten Sinne lehnen wir ab; er ist für uns etwas Totes. Aber eine Zusammenschmiedung, wie sie der Fortgang der Revolution in Deutschland sowohl als auch der Weltrevolution uns notwendig aufzwingt durch das Werden der Räteorganisation, diese Art des Zentralismus können und dürfen wir nicht ablehnen, bei der Gefahr, in einzelne Splitter zu zerfallen. Der Föderalismus, sofern er bedeutet die vollkommene Freiheit jeder kleinen einzelnen Gruppe, ist ein Unding und widerstrebt dem Gedanken der Gemeinschaft sowohl wie der Räteorganisation. Der Föderalismus kann nur so aufgefasst werden, dass er, entsprechend dem Werden der Räteorganisation, die soziale Ausdrucksform sucht, die es letzten Endes ermöglicht, innerhalb einer Weltkommune einem jeden die möglichste und freieste Betätigung zu gewähren.

Wir müssen uns weiter auch positiv über unser Verhältnis zur Jugend und zur Erziehung äußern. Wir haben im Programmwurf gesagt, dass wir alle ernstlichen revolutionären Bestrebungen, die die Jugend beiderlei Geschlechts aus sich selbst heraus zum Ausdruck bringt, unterstützen, dass wir indes jede Bevormundung der Jugend ablehnen. Wir wissen, dass wir noch nicht die Zukunft des Proletariats sind.

Wir wissen, dass die Entwicklung des Rätegedankens eine Entwicklung von Generationen ist. Wir wissen auch, dass die Jugend von heute allerdings einen großen Teil von dem verwirklichen soll, was wir wünschen und erstreben. Wir müssen uns mit äußerster Sorgfalt dieser Jugend annehmen. Wir dürfen sie nicht in unser Schlepptau nehmen, wie die bisherigen Parteien das taten. Wir müssen vielmehr in sie hinein die Gedanken der kommenden sozialen Gesellschaft pflanzen und sie in ihnen werden und reifen lassen. Wir dürfen keinen Augenblick vorübergehen lassen, ohne uns mit dem Problem zu beschäftigen, wie die Erziehung zu gestalten ist. Mit der Arbeitsgemeinschaft müssen wir uns gleichfalls ständig beschäftigen.



Ich konnte mich nun noch vielleicht über einige Programmpunkte äußern.

Verschiedene bedürfen vielleicht noch einer kleinen Änderung. Es sind viele Abänderungsanträge gestellt worden, von denen manche akzeptabel sind. Es dreht sich in der Hauptsache darum, dass eine grundsätzliche Linie festgestellt wird. Abänderungen kann jede neu zu wählende Programmkommission vornehmen. Der Parteitag wird sich nur schlüssig werden müssen über die Richtlinien. Aber einzelne Punkte möchte ich noch vorweg erwähnen.

Es ist dem Programm der Vorwurf gemacht worden, dass es die Forderung nach Bewaffnung der politisch organisierten Arbeiterschaft enthält; schon deshalb sei das Programm abzulehnen. Ich weiß nicht, ob das ein Grund zur Ablehnung ist. Ich will aber nicht verhehlen, dass die Ausarbeitung gerade dieses Punktes ein Genosse übernommen hatte, der auf dem Boden der Bewaffnung des Proletariats nach Vergangenheit, der Internationale überhaupt, des Klassenkampfes der Betrieben steht. Ich sage das deshalb, weil wir alle diesen Gedanken buchstäblich nicht abweisen. Wir haben stets den Standpunkt vertreten, dass die Bewaffnung nach Betrieben zu erfolgen hat. Wenn im Programm trotzdem von der Bewaffnung der politisch organisierten revolutionären Arbeiterschaft die Rede ist, so glaube ich, dass dies nur dahin verstanden werden kann, dass das Proletariat als Klasse sich bewaffnet, dass es sich aber irgendeine Sicherung schaffen muss, um nicht auch die zu bewaffnen, von denen es weiß, dass sie im nächsten Augenblick die Waffe gegen das Proletariat selbst kehren werden. Der Programmpunkt kann wohl nur so verstanden werden, dass die Bewaffnung nach Betrieben vor sich zu gehen hat, dass aber Sicherungen geschaffen werden müssen, gegen Elemente, die eine Gefahr für die Revolution bedeuten würden.

Die Frage der Annullierung der Krieganleihen wäre noch zu besprechen. Doch ist das ein Punkt, der nicht eigentlich in das Programm gehört. Es kann vielleicht auch anders kommen, andere Notwendigkeiten können sich in dieser Beziehung ergeben. Es ist nicht notwendig, dass wir uns bei der Feststellung großer programmatischer Richtlinien auf solche Einzelheiten festlegen. Mehr zur Klärung würde es beitragen, wenn die wirtschaftspolitischen Fragen innerhalb der Presse einen größeren Raum einnehmen würden.

Gewiss gehört in das Programm noch die Stellung zur Schulfrage, die Stellung zur Agrarfrage, ja, vielleicht auch noch eine eingehendere historische Analyse der Vergangenheit, der Internationale überhaupt, des Klassenkampfes der Arbeiterschaft bisher, eine größere geschichtliche Begründung. Aber auf diesem Parteitage dreht es sich ja nicht so sehr um diese historische Darstellung, als vielmehr darum, dass wir uns auf eine ganz bestimmte klare Richtlinie festlegen, um endlich zu positiver Arbeit zu kommen und uns als Partei zu konstituieren, die aktiv ist.

Wir müssen uns in diesem Sinne absolut von Realitäten leiten lassen. Wir gehen schon fehl, wenn wir uns auf politische Erörterungen, etwa, ob die Front 1918 in eine revolutionäre Front hätte umgewandelt werden können, einlassen, das ist von keiner Bedeutung; man kann der Auffassung sein, es wäre damals möglich gewesen es wäre nicht möglich gewesen, das spielt für den Fortgang der Revolution, auf den allein es hier ankommt, nicht die geringste Rolle. Wir müssen trotz aller Opfer des Proletariats hart sein. Wir müssen versuchen, unsere Theorie und Praxis in absoluten Einklang miteinander zu bringen. Wir dürfen nicht fortfahren, unserer Partei dadurch die Aktivität zu nehmen, dass wir immer ein neues Theorem aufs Tapet bringen, es umdeuten, es fortsetzen, sondern wir müssen auf diesem Parteitage Theorie und Praxis aus einem Kernpunkt zu leiten versuchen. Sollte selbst auf die Gefahr hin, dass man so verfährt, der eine oder andere sich vor den Kopf

gestoßen fühlen, so haltet euch vor Augen, dass wir ein furchtbares Schauspiel bieten würden, wenn wir das Beispiel einer sich zerfleischenden Partei bieten würden. Wir müssen diesen Kampf der Selbstzerfleischung aufgeben und müssen Theorie und Praxis zusammen zu schmieden versuchen. Das darf nicht basieren auf dem Gefühl, wie schaffen wir uns eine Partei, sondern: wie schaffen wir aus dem Massenwillen heraus jetzt die Situation, die uns den verschärften Kampf gegen das Kapital überhaupt ermöglicht, die uns ermöglicht, in diesem Moment als die Partei des aktiven Proletariats, die soziales Leben gestalten will, herauszutreten. *(Beifall!)*

M. (MEYER) - Leipzig: Ich beantrage, nicht erst in eine Generaldebatte einzutreten. Wir werden dann am ehesten zum Ziele kommen.

R. (RASCH) - Berlin: Da sich kein Widerspruch erhebt, kommen wir zur Abstimmung darüber, ob sogleich in die Spezialberatung eingetreten werden soll.

*Der Antrag ist einstimmig angenommen.*

Es stehen zur Debatte die folgenden Anträge:

1. Anträge des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin:

- a) Im Programm den Gedanken der Arbeitsschule mit absoluter Klarheit zum Ausdruck bringen.
- b) Auf Seite 9, Reihe 11 des Programmentwurfs die Worte «für die» durch «gegen» zu ersetzen.
- c) Im Programm die Fremdwörter zu erläutern.
- d) Dass unsere Stellung zum Schulwesen und die Landarbeiterfrage dargelegt wird.
- e) Auf Seite 14 des Programmentwurfs unter II: Auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellen Gebiet; Absatz 2: An Stelle Großbetriebe das Wort «Kleinbetriebe» zu setzen.
- f) Absatz 3 soll lauten: «*Konfiskation aller Vermögen*». (Alles andere fällt weg.)
- g) Unter I, 1: Anstatt «zwecks gemeinsamer» ist zu setzen «*und gemeinsame*».
- h) Punkt 12 auf Seite 14 des Programmentwurfs auf Seite 13 einzufügen bei den Worten ...*ausgeübt wird. Die K.A.P.D. kämpft daher*, u.s.w.

2. Antrag der Ortsgruppe Bremerhaven:

a) Absatz 2 soll lauten: *Bewaffnung der revolutionären Arbeiterschaft nach Betrieben unter der Kontrolle der in den Betrieben einzusetzenden Waffenkommissionen. Bildung einer Roten Armee, Entwaffnung des Bürgertums, der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere, Einwohnerwehren, u.s.w.*

3. Antrag der Ortsgruppe Wilhelmshaven:

Den Absatz 2 im Wirtschaftsprogramm bitten wir zu streichen und an dessen Stelle zu setzen: «*Konfiskation aller Vermögen*».

Alsdann habe ich Ihnen folgendes Begrüssungstelegramm der Norwegischen Arbeiterpartei zu verlesen:

«Wir bedauern, dass wir verhindert sind, auf Ihre liebenswürdige Einladung Delegaten zu Ihrem Kongress zu schicken. Wir haben zur Zeit 2 Delegierte auf dem Kongress zu Moskau und können von unserer diesseitigen Parteiarbeit irgendwelche Genossen nicht entbehren. Für die Einladung dankend, senden wir Ihrem Kongress unseren brüderlichen Gruß.

DET NORSKE ARBEIDERPARTI.»

Berlin hat nun den Antrag gestellt, die vorliegenden Anträge an eine Kommission zu überweisen. Zunächst hat das Wort Genosse H. (HOLLMANN).

H. (HOLLMANN) - Ostsachsen: Wir stimmen den Ausführungen des Referenten zu. Die Partei als Organisation verneinen wir grundsätzlich nicht. Auch in Bezug auf die Frage Zentralismus stehen wir zu den Ausführungen des Referenten. Wir haben das Schwergewicht auf die Betriebsorganisation gelegt.

H. (Carl HAPP) - Hamburg: Wir lehnen die Verweisung der Anträge an eine Kommission ab aus dem Grunde, weil wir die Partei als solche negieren. Sie ist für uns nichts anderes als der Zusammenschluss zielklarer kommunistischer Ideen. Die Arbeiter-Union ist der gegebene Rahmen für die Arbeiterbewegung. Die Revolution ist keine Parteisache.

Pf. (PFEMFERT) - Gotha: Die Hamburger wiederholen zum 25., zum Jubiläumsmale: die Revolution ist keine Parteisache. Sie berufen sich auf Rühle, der gar nicht auf ihrem Standpunkt steht.

R. (RASCH) - Berlin: Wir kommen zur Abstimmung über den Berliner Antrag auf Verweisung der Anträge an eine Kommission.

*Der Antrag ist gegen die Stimmen der Hamburger und des Frankfurter Vertreters angenommen.*

In die Kommission werden gewählt: Schr. (SCHRÖDER) -, G. (GOLDSTEIN) - und Schw. (SCHWAB) - sämtlich in Berlin.

Es macht sich notwendig, den 3. Punkt der Tagesordnung zu verschieben, da der Referent noch nicht anwesend ist, und den

4. Punkt der Tagesordnung:

Unsere Stellungnahme zur dritten Internationale vorweg zu nehmen. Ich erteile dazu das Wort dem Genossen J. (JUNG)

J. (JUNG) - Berlin: *(Eine stenographische Wiedergabe der Ausführungen ist aus besonderen Gründen nicht möglich. Wir rekapitulieren sinngemäß):*

Vielfach wird in Deutschland und in Kreisen unserer Partei eine falsche Auffassung von der Bedeutung der Internationale bemerkt. Wir können nicht klar und sachlich zu dieser Frage eine Stellung gewinnen, wenn wir nicht einheitlich in der Auffassung über diese Internationale sind. Dies vorweg genommen, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, wie auf dem Gründungsparteitage schon geschehen, dass diese Internationale ja im Grunde genommen eine Notgründung der russischen Kommunisten gewesen ist. Was damals die russischen Genossen nur bis zu einem Teile wahr haben wollten, geben sie heute schon offen zu. Es ist bekannt, dass der Vertreter Deutschlands auf dem Gründungskongress der Internationale sich gegen diese Organisation ausgesprochen hat, mit der Bemerkung, dass erst die Mitglieder

seiner Organisation dazu Stellung nehmen mussten. Unter den deutschen Parteien hat erst die Bewegung für die 3. Internationale eingesetzt, alle sie sahen, dass im Auslande eine Abwanderung aus der 2. Internationale zu bemerken war. Besonders die U.S.P., die nicht aus reinem Willen, sondern aus dem Zerfall der 2. Internationale die Frage aufgeworfen hat, sich gleichfalls einer Internationale anzuschließen. Die Vorbereitungen zu dem jetzt in Moskau stattfindenden Kongress der Internationale beweisen klar und deutlich, dass dasselbe Moment, welches zur Gründung dieser Internationale geführt hat, auch maßgebend ist, um jetzt die Verbindung des Weltproletariats zu finden. Wer die Vorgeschichte des Kongresses verfolgt hat, wird gefunden haben, dass in allen Ländern Parteien ins Leben gerufen worden sind, die sich auf den Boden der 3. Internationale stellen und Vertreter entsandt haben. Es sind in Moskau Parteien vertreten, die kaum größer sind als die Kopffzahl der heutigen Versammlung. Überall werden kommunistische Organisationen ins Leben gerufen.

Das Exekutiv-Komitee hat Reisende in allen Herren Länder entsandt, von denen der eine allein 6 verschiedene Parteien gegründet hat, die sich der dritten Internationale angeschlossen haben. Wir müssen aber das Auftreten des Exekutiv-Komites zurückweisen, das sich bereits eine Bedeutung zumisst, die ihm nicht innewohnt. Wir müssen besonders deswegen diesen Ton des Komites zurückweisen, weil die Auslassungen des Komites nicht identisch sind mit der Ansicht der 3. Internationale, wie sie tatsächlich ist. Ich habe gezeigt, dass die 3. Internationale, so wie sie vom Propagandachef Radek augenblicklich eingestellt wird, als Anhängsel der Sowjetrepublik eine andere Bedeutung hat als diejenige Internationale, die sich im Rahmen dieser Organisation vorbereitet und in Bildung begriffen ist. Diese Internationale, die auch in den Räumen dieser Propagandastelle untergebracht ist, ist erst dadurch in der Bildung begriffen, dass die Gegensätze zwischen den Parteien eines gleichen Landes untereinander zum Austrag kommen, dass unter dem Gesamtziel der Errichtung der proletarischen Diktatur taktische Richtlinien festgesetzt werden. Darin wiederum begegnen sich die beiden Strömungen. Aus diesem Grunde ist auch die Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Strömungen noch nicht so klar zum Ausdruck gekommen, weil die Initiative der russischen Diplomatie noch zu sehr den Propagandacharakter trägt. Weil dieser Kampf noch erst ausgefochten wird, deshalb haben die Parteien - und zwar sind es die maßgebenden Parteien - noch eine sehr ungeklärte Stellung zu dieser Strömung der 3. Internationale. Sie sitzen in Moskau und nehmen an den Beratungen teil, haben aber nicht die Energie, innerhalb dieses Gemisches eine führende Rolle zu spielen. Ich erwähne hierbei insbesondere die deutschen Vertreter. Das deutsche Proletariat wird vertreten durch eine deutsche Sektion, die im Grunde genommen identisch war mit dem Westeuropäischen Sekretariat. Der Führung dieser Sektion war die Möglichkeit genommen, den Standpunkt des deutschen Proletariats überhaupt zu vertreten, weil die Schriften, die von dieser Sektion herausgegeben wurden, zugleich die Schriften der 3. Internationale selbst waren. Es hat dies im Verlaufe des letzten Jahres zu recht erregten Auseinandersetzungen mit den anderen Ländern geführt, insofern diese Beschwerde dagegen erhoben, dass die absolute Vormachtstellung der Vertreter des deutschen Proletariats in Moskau die revolutionäre Tätigkeit in den anderen Ländern erschweren müsste, und dass bereits entsprechende Vorwürfe gegen Moskau ergangen sind. Es haben diese Verhältnisse schließlich dazu geführt, dass man einen Organisationsplan der 3. Internationale vorgelegt hat und dass dieser Organisationsplan gewissermaßen umrahmt werden sollte durch einen entsprechenden taktischen Operationsplan. Um allen Auseinandersetzungen dieser Frage der Organisation der 3. Internationale aus dem Weg zu gehen, schob man in den Mittelpunkt die Taktik. Deshalb wird man auf dem jetzt tagenden Kongress das Schwergewicht der offiziellen Verhandlungen nach außen hin auf die Ablehnung oder Annahme der Thesen über Parlamentarismus

und Gewerkschaften legen, um an der Hand der taktischen Einheit eine leichtere Arbeit in der Frage der Organisation zu haben. Bei der Internationale selbst sind verschiedene Strömungen vorhanden. Die eine Richtung legt ein geringes Gewicht auf das Organisationsstatut und will die 3. Internationale als den Generalstab des Proletariats betrachten, die andere will, sofern Russland als Machtfaktor in die Erscheinung tritt, der Internationale die diplomatische Aufgabe abnehmen. Diese Strömungen sind naturgemäß mit dem Anwachsen der Sowjetmacht gestiegen, sie haben größeren Einfluss gewonnen. Ihr Vertreter ist Bucharin. Soweit mir bekannt, wird dieser Plan auch jetzt zur Beratung vorliegen. Es hat nun bei der Vorgeschichte des Kongresses einen unangenehmen Eindruck gemacht, dass seitens des deutschen Proletariats nicht ein Entwurf vorgelegt worden ist, wie sich die deutschen Parteien eine 3. Internationale denken. Es finden sich eine große Anzahl Vorschläge selbst der kleinsten Parteien. Es beweist so richtig die Stellung des Spartakusbundes, der alles tut, was ihm befohlen wird, dass er selbst überhaupt noch nicht zu der Frage der 3. Internationale gesprochen hat in Moskau. Bezeichnenderweise findet sich dasselbe Moment bei der U.S.P., die bisher nur von Verhandlungen berichtet hat, die stattgefunden haben, und die, wie der Spartakusbund, die 3. Internationale in Bausch und Bogenannehmen wollte. Deshalb wird und kann es nur unsere Aufgabe sein, von Anfang an zu erklären, wie wir uns diese 3. Internationale denken. Ich habe den Eindruck von Moskau mitgenommen, dass man das auch von uns erwartet. Tun wir das, befassen wir uns mit diesem Gedanken, dann werden wir uns der richtigen Einschätzung nähern.

Wie es mit den Diktaten des Exekutivkomites bestellt ist, soll ausgesprochen werden, und mag das folgende Beispiel zeigen. Das Komitee hat geglaubt, einer Partei, die sich ohne die geringsten Klauseln der 3. Internationale angeschlossen hat, der Norwegischen Arbeiterpartei, die über einen gewissen Einfluss im Lande verfügt, eine Anzahl Thesen vorlegen zu können, und hat ihr auseinandergesetzt, nach welchen Richtlinien sie sich zu fügen hätte. Die norwegischen Genossen haben dem Herrn Posener, der zu diesen Zwecken in Norwegen war, rundweg erklärt, dass sie über diese Fragen überhaupt nicht diskutieren würden und noch an demselben Tage eine Nachricht an Moskau gehen lassen würden, dass sie jede weitere Verhandlung ablehnen. Posener war nach 24 Stunden aus Kristiania wieder verschwunden. Die Norwegische Arbeiterpartei ist nach wie vor in der 3. Internationale. Es war also der Versuch, einer unmaßgeblichen Stelle, revolutionäre Politik mit Propaganda und irgendwelchen Organisationsmätzchen zu verwechseln. Daran sollen wir denken, wenn wir uns mit der Frage der 3. Internationale beschäftigen. Wir haben nach unserer Rückkehr aus Moskau das Westeuropäische Sekretariat entsprechend unseren Aufgaben aufgefordert, sich mit uns über eine Reihe Fragen auseinander zu setzen. Wir haben bis heute noch nichts vom Spartakusbund gehört. Es wurde weiter festgestellt, dass in Moskau ein Bericht des Spartakusbundes vorlag, dass wir als Partei die gleiche Unterstützung an Zeitschriften bezögen wie der Spartakusbund. Wir stellten fest, dass das eine glatte Unwahrheit war. Ich erwähnte damals sofort, dass mir der Spartakusbund kaum in der Lage zu sein scheine, über diese Fragen zu verhandeln. Wir haben hier unsere Fragen an das W.S.<sup>34</sup> gerichtet und keine Antwort bekommen. Es ist mir von dem Vertreter mitgeteilt worden, es würde darüber demnächst gesprochen werden; das ist nicht geschehen. Sie sehen also, dass die Arbeitsweise der 3. Internationale die gleiche wie die des W.S. ist. Es ist eine reine persönliche Ansicht dieser Leute, und wir können ohne weiteres der Gefahr ausgesetzt sein, aus der Internationale ausgeschlossen zu werden, nur weil Radek nicht gut gelaunt war. Dasselbe gilt für das W.S. Ich will damit sagen, dass wir uns Personen gegenüber sehen, und dass es an uns ist, Personen zu trennen von dem, was die Internationale sein soll und muss, und was auch für uns in Deutschland eine Unterzentrale sein konnte. Ich habe absichtlich die unangenehmen Methoden dieser Internationale an die Spitze gestellt, insbesondere auch die Aussichtslosigkeit

geschildert, mit diesen Personen in Verbindung kommen zu können. Ich muss aber nunmehr zum anderen Teile übergehen und zwar zu der Frage: Wie können wir dem abhelfen. Wir mussten die Frage zu Ibsen versuchen, ob es notwendig ist, dass diesen Übelständen abgeholfen wird. Es ist vielleicht die Meinung verbreitet gewesen und unsere Delegation hat auch eine Zeitlang mit dem Gedanken gespielt, der Internationale einen geschlossenen Bund der außerhalb der Internationale stehenden Organisationen entgegen zu setzen. Was würde das bedeuten? Das würde bedeuten, dass alle diejenigen Organisationen, die aus irgend einem Grunde, vielleicht der Verärgerung, oder dass sie mit dem Reisenden der Internationale in keinen guten Kontakt gekommen sind, und daraus sofort Schlüsse gezogen haben, außerhalb geblieben sind, ohne organisatorisch die innere Linie zu haben, nur äußerlich als Block eine Opposition bilden könnten. Es besteht die Absicht, sich mit den deutschen Syndikalisten zusammen zu schließen als zu einem Organisationsblock gegen die 3. Internationale. Wer die Verhältnisse dieser einzelnen Organisationen kennt, denn inneren Wert der Organisationen abzuschätzen versteht, der muss diesen Gedanken entweder als lächerliche Utopie bezeichnen, oder ihn als den Ausfluss eines Menschen, der niemals von einer proletarischen Organisation eine Ahnung gehabt hat, werten. Wir haben jetzt Gelegenheit gehabt, die Sobstmerts zu sprechen: Die I.W.W. Bewegung steht bisher auf dem Boden der 3. Internationale. Sie denken gar nicht daran, sich einer Organisation gegen die 3. Internationale anzuschließen, weil sie eine solche Organisation überhaupt nicht als proletarische Organisation anerkennen, weil sie in engster Verbindung mit den russischen Genossen daran gehen, mit der Internationale Verbindungen zu schaffen. Der Gedanke, mit dem I.W.W. zusammen zu gehen, kann also nur von jemandem stammen, der die Glocken lauten hören hat und nicht weil, wo sie hängen. Die Leute unserer Partei mit dieser Ansicht waren zur Zusammenarbeit mit den I.W.W. gezwungen.

Es war unser Ersuchen ein falsches, in die 3. Internationale aufgenommen zu werden. Es hätte genügt, zu erklären: wir stehen auf dem Boden der 3. Internationale. (*Sehr richtig!*) Auch darin lag schon unsere falsche Ansicht, dass wir erst um einen Vertreter in einen Propagandaverein ersucht haben. Die Sobstmerts werden keinen lächerlichen Oppositionsblock bilden. Die anderen kleinen Gruppen, was sie machen werden, scheint mir doch eine bedeutende Unterschätzung des Proletariats an sich. Die revolutionäre Situation in Deutschland ist nach unserer Ansicht eben diejenige, dass die Last der nächsten Etappe der Weltrevolution auf Deutschland ruht und da dürfen wir uns nicht der Verantwortung entziehen, aus persönlichen Erwägungen und politischen Mätzchen heraus etwas aufrichten zu wollen, etwas nachzuäffen, wozu wir nicht imstande sind.

Die 3. Internationale, so wie sie werden soll, ist getragen von dem Gedanken, die ausländischen Bruderparteien zu Informationszentren zusammen zu fassen, zu erforschen, wie der Kampf in jedem einzelnen Lande zu führen ist auf Grund der Kenntnisse der Situation der anderen Länder. Die wichtigste Aufgabe ist also, die Situation richtig einschätzen zu können. Die Folgerung ist die, dass wir in Moskau unsere Einschätzung der revolutionären Situation in Deutschland zur Geltung bringen. Das ist es, womit auch wir in Moskau Erfolg gehabt haben, wir haben dort die russischen Genossen auf die falsche Politik des Spartakusbundes hingewiesen.

Der Prozess der Selbstbewusstseinsentwicklung der Partei ist im günstigen Fortschreiten begriffen. Die Norwegische Arbeiterpartei ist das Beispiel dafür. Die Exekutive hat sich den Witz gemacht, und die kleinen Parteien in Moskau zu einem Organisationskomitee zusammen geschlossen. Es beginnt eine Ernüchterung einzutreten, die wir nicht nur unterstützen können, sondern die wir die Pflicht haben, zu unterstützen, weil wir die Träger der Opposition in der Internationale sein

werden. Die Situation in Norwegen und Schweden ist nicht so zugespitzt, um die nächste Etappe der Weltrevolution zu sein, wie es Deutschland ist. Die Russen wissen das auch.

Wenn ich nun zu den Verhältnissen in Russland selbst komme, so ist die Hauptidee, die wir in Russland gemacht haben, die, dass alles wunderbar auf dem Papier theoretisch ausgeführt steht. Das ist die Stärke der Russen. Aber in Russland ist nicht das Proletariat vorhanden, das aufnahmefähig wäre für diesen Apparat. Dieser Apparat ist nur dadurch zu halten, dass man alles beiseite stellt, dass man nichts mehr fürchtet, als wenn russische Schlote rauchen, de also der Aufbau gar nicht im russischen Interesse gelegen sein kann. Auch eine Rote Armee lässt sich in der Form wie in Russland auf die Dauer nicht halten. Die Armee ist nur durch Propaganda zusammen gehalten, das ist das Wunderwerk, welches die russischen Kommunisten verrichten. - Die russische Oktoberrevolution war der typische Putsch. Die alten Truppen des Zaren haben die Revolution in Russland gemacht. -

Wir benötigen eine Organisation des internationalen Proletariats, die nur den einen Gedanken kennt: das deutsche Proletariat in seiner Eigenschaft als die nächste Etappe der Weltrevolution zu unterstützen. Russland ist bereits über die große Phase hinweg, dass es Hilfe gebraucht; jetzt benötigt Deutschland diese Hilfe. Die Parole Hilfe für Sowjetrußland beginnt sich umzuformen in die Parole: Hilfe für Deutschland!

R. (RASCH) - Berlin: Mit der Entgegennahme des Referats waren wir am Schluss der heutigen Tagung angelangt. Zu einer kurzen Bemerkung wünscht das Wort der Genosse

Ap. (APPEL) - Hamburg: Wir haben soeben den Vortrag des Genossen J. (Jung) gehört. Ich persönlich und auch andere Delegierte bitten die Genossen, mir heute abends noch das Wort zu geben zur Erläuterung und zu gegensätzlichen Ausführungen, wie sie J. gemacht hat. Denn die Dinge sind nicht so, wie J. (Jung) sie geschildert hat.

R. (RASCH) - Berlin: Ich lasse über den Antrag Ap. (Appel) - Hamburg, heute abends noch einige kurze Ausführungen machen zu dürfen, abstimmen.

*Der Antrag ist mit 19 gegen 13 Stimmen angenommen.*

Ap. (APPEL) - Hamburg: Ich muss zuerst auf die Ausführungen Jungs eingehen, die da besagten, dass die Oktoberrevolution in Russland wie ein Putsch zu bewerten sei. Jeder Genosse, der die Geschichte von Russland verfolgt hat, weiß, dass die Revolution in Russland bereits seit dem Jahre 1905 im Gange ist. Dann von einem Putsch zu sprechen, ist etwas stark. Die Dinge sind zwar so gewesen, dass die Bolschewisten es verstanden haben, dem Willen der in Russland arbeitenden Bevölkerung und auch der Bauern einen Ausdruck zu geben, die Parolen auszugeben. Sie waren nicht die übermäßig große Partei, aber sie trafen die Dinge richtig. Die Massen gewannen Vertrauen zu ihnen. Darauf folgte die Revolution, aber kein Putsch. Denn die Arbeiterschaft hatte in Russland die Macht. Sie hat sie heute noch. Sie hat die Rote Armee organisiert und sie ist nicht die zusammengelaufene Armee aus allen möglichen Armeen. Sie ist der Kerntrupp des Proletariats.

Als die Bolschewisten bedrängt waren von allen Seiten, wer ist es da gewesen, der zuletzt den entscheidenden Schlag getan hat? Das waren nur Kommunisten. Als

Petersburg kurz vor der Einnahme stand, wer rettete die Regierung: alle Arbeiter aus Petersburg, die ihr Leben opferten. Wer etwas anderes behauptet, sagt etwas Unwahres. J. (Jung) ließ durchblicken, dass die Armee nicht mehr in den Händen der Russen wäre. Auch das ist eine Unwahrheit.

Wie sind die Dinge? Nicht ist die 3. Internationale abhängig von Personen. Das ist ein Irrtum. Sie hängt nicht von Radek ab, auch nicht die Richtung der 3. Internationale. Wir setzten uns in Gegensatz zum Spartakusbund in taktischen Fragen. Der rote Faden war dabei Führer oder Massenbewegung. Wir wissen, dass der Spartakusbund seine Direktiven aus Russland bekommt. Wir wissen auch, dass in Russland eine straffe Führerherrschaft vorhanden ist. In Russland ist auch keine andere möglich. Wenn wir das wissen, sollen wir die Dinge nicht auf die leichte Achsel nehmen. Nun sind die russischen Genossen fest davon überzeugt, dass diese Führerherrschaft der einzige Weg ist. Deshalb spinnen sie ihre Fäden über die ganze Welt. Auf dem augenblicklich tagenden Kongress werden Richtlinien über Parlamentarismus und Gewerkschaften angenommen werden, über die Partei, über die Führerbewegung. Dann steht vor uns die Frage, ob wir diese Dinge anerkennen wollen. Wenn wir sie nicht anerkennen würden und hineinzuschleichen versuchten, würden wir dasselbe begehen, was Laufenberg und Wolffheim begehen, die nicht den Anstand besaßen, die Konsequenzen zu ziehen. Das gebietet die politische Reinheit.

Wir haben zu rechnen mit der Führerbewegung und wir wissen, dass wir dieser Führerbewegung entgegen zu treiben haben. Und zwar dadurch, dass wir in Deutschland selbst die Revolution vorwärts treiben, dass wir unsere ganze Arbeit darauf einrichten, diese Führerbewegung zu brechen. Wir müssen eine Macht schaffen, wir müssen der Internationale nicht mehr mit Worten entgegentreten, sondern - wir gehören zur kämpfenden 3. Internationale und schließt man uns aus, so drängen wir uns auf mit unseren Taten. Die revolutionäre Arbeiterschaft steht hinter uns. Deshalb brauchen wir nicht den Weg Laufenbergs und Wolffheims zu gehen, wir sollen Selbstbewusstsein haben. Wir brauchen keine Führer, nicht von der und nicht von jener Seite. Wir werden die Macht des klassenbewussten Proletariats schaffen. Wenn man glaubt in die 3. Internationale gehen zu können, wo Richtlinien angenommen werden, so gebietet unsere Anstandspflicht, nicht etwa zu erklären, wir erkennen die Richtlinien an und handeln dann anders, sondern wir haben den Anschluss an die anderen Linder zu suchen. Die Bewegung gegen die Führer geht durch die ganze Welt. Wenn wir diese Grundsätze aufgeben würden, um des Zuckerbrotes willen, dann konnten wir zum Spartakusbund gehen, dann hätten wir keine Berechtigung mehr, uns K.A.P.D. zu nennen. Ich erachte für notwendig, klar und deutlich diese Dinge zu zeigen, damit nicht die Rückschläge kommen. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann immer nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Wenn die Dinge noch so schwer sind: durch! (*Bravo!*)

J. (JUNG) - Berlin: Ich bin wohl insofern falsch verstanden worden, als ich von nationalistischen Tendenzen in der Roten Armee sprach. Ich habe damit sagen wollen, dass die Truppen heute diesem, morgen jenem folgen würden. Das russische Heer wird morgen gegen jemand anders kämpfen, weil das Vertrauen gegen die Führerschaft eben vorhanden

R. (RASCH) - Berlin: Ich vertage damit den Parteitag bis morgen früh.

*Schluss gegen 7 Uhr.*



## **Dritter Verhandlungstag.**

### **Vormittagssitzung.**

(RASCH) - Berlin: eröffnet morgens 9 1/4 Uhr die Sitzung. Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich folgende Tagungszeit vorschlagen: Wir tagen zunächst bis 1 Uhr, machen dann von 12 Uhr eine Pause, tagen dann wieder von 26 Uhr, lassen dann von 67 eine Pause eintreten und tagen dann von 7 Uhr bis zur Erledigung der Tagesordnung, sodass wir dann in der Lage wären, sagen zu können, dass die Delegierten morgen bestimmt zurückfahren können.

Widerspruch gegen diesen Vorschlag erhebt sich nicht. Wir treten nunmehr in die Diskussion über unsere Stellung zur dritten Internationale ein.

D. (DETHMANN) - Kiel: Die erste Internationale war eine bloße Verbindung von wenigen Personen, desgleichen auch die zweite. Das Ziel der 3. Internationale ist, die organisatorische Einheit des Weltproletariats zu schaffen in Form der Föderation der Sowjetrepubliken der Welt. Dieses Ziel ist noch nicht zu verwirklichen. Die 3. Internationale muss sich entwickeln, deshalb kann man noch nicht davon reden, dass sie bereits eine vollendete Erscheinung ist; sie befindet sich noch in der Entwicklung und deshalb ist es ein Unsinn, der 3. Internationale ein Exekutivkomitee an die Spitze zu stellen, das internationale Verfügungsrechte hat. Es ist schon deshalb ein Unsinn, weil das Kapital noch nicht international zentralisiert ist und somit auch das Proletariat auch noch nicht international organisiert sein kann. Das Kapital ist noch nicht international, sondern steckt erst in den Anfängen des Völkerbundgedankens. Es macht sich erst daran, diesen Völkerbund zu schaffen. Es kann deshalb keine einheitliche Leitung geben, sondern es müssen verschiedene taktische Zentralen vorhanden sein. Es geht aber nicht an, dass ein Exekutivkomitee oder ein Kongress eine Taktik festlegt für sämtliche Länder der Erde, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse noch nicht so weit gediehen sind. Diese ganze Organisation der 3. Internationale, wie sie heute besteht, ist eine vorweggenommene Erscheinung. Man hat sich herausgenommen, das Proletariat international zu organisieren. Die Internationale soll ein Staatenbund proletarischer Staaten sein. In allen Ländern aber haben wir noch keine proletarischen Staaten. Die Form der 3. Internationale hat dazu geführt, dass die ganze Verfügungsmacht in die Hände weniger Personen gelegt worden ist. Die Delegation nach Moskau war deshalb so lächerlich, weil sie den Anschein einer Wallfahrt hatte. Alle revolutionären Arbeiter sind Bataillone der 3. Internationale. Sie ist auch nicht gegründet worden, sondern sie war da, als zwei verschiedene Länder miteinander eine Aktion unternahmen. Die Form der 3. Internationale führt dazu, dass wenige Personen diktieren; sie betrachten sich als Generalstab des Proletariats. Nein, der Generalstab geht von unten hervor, die Spitze kann noch nicht international sein. Die Auffassung Russlands, dass man die Massen führen muss, ist für Russland wohl richtig. Es darf aber nicht so weit gehen, dass man mit Staaten und Völkern schachert. Wenn die 3. Internationale unseren Eintritt ablehnt, gut, dann mag sie das tun. Wir gehören zur 3. Internationale und eines Tages wird sie zu uns kommen. Ich bedaure aufrichtig, dass sich unsere Delegation in der Defensive befunden hat. Wir hätten ihr den Auftrag geben müssen, den Antrag zu stellen, den Spartakusbund auszuschließen auf Grund seiner Erklärung der Loyalität. Dann hätte Moskau einen Begriff von unserer Auffassung bekommen.

Schr. (SCHRÖDER) - Berlin: Der Genosse J. (Jung) hat uns ein langes Referat gehalten, das den Eindruck eines expressionistischen Gemäldes machte. Er hat gute Gedanken geäußert, aber ich habe den Eindruck gewonnen, dass er im wesentlichen das nicht gesagt hat, was uns am Herzen liegt und was über unser Verhältnis zur 3.

Internationale gesagt werden muss. Ich verstehe die Empörung des Genossen Ap. (Appel), der die Überzeugung gewonnen hat, dass man hier mit einem gewissen Leichtsinn an dieses Problem der Organisation des Proletariats als Klasse über die Welt gegangen ist. Ich muss allerdings demgegenüber J. (Jung) in Schutz nehmen, denn ich weiß, dass diese Absicht nicht bestanden hat und nur durch die äußere Form des Vortrages erweckt ist. Bei all der Heftigkeit, mit der wir den Kampf führen, habe ich mich doch von einem großen Respekt leiten lassen vor den Taten des russischen Proletariats. In der Hitze des Kampfes kann ich diesen Respekt niemals aus den Augen verlieren. Es ist nicht richtig, zu sagen, dass unsere Delegation des 1. Gründungsparteitages als Bettlerin nach Moskau gegangen ist. Sie ist dort mit dem Programm aufgetreten. Sie hat um nichts gebettelt. Wir haben auf unserem Parteitage auch ausgesprochen, den Antrag auf Ausschluss des Spartakusbundes zu stellen.

Wenn ich zu diesen Thema selbst sprechen darf, so unterscheide ich zweierlei. Ich unterscheide eine Internationale und die 3. Internationale als bestimmtes Instrument für den Klassenkampf des Proletariats. Für mich, besteht die 3. Internationale in dem Zusammenwirken aller proletarischen Organisationen, ob sie Parteien sind oder etwas anderes, besteht in dem Zusammenwirken aller dieser revolutionären proletarischen Organisationen, mit dem Ziel, das kapitalistische System restlos zu stützen und die klassenlose Gesellschaft aufzurichten. Getragen nun muss diese Internationale sein von dem Gedanken der Steigerung der proletarischen Aktivität. Wie wird das erreicht werden? Meiner Auffassung nach wird diese Steigerung erreicht, wenn man sich etwa auf den folgenden Standpunkt stellt.

Die Internationale steht erstens auf dem Boden des unbedingten Klassenkampfes. Das heißt erstens: der Kampf aufgefasst als ein Kampf des Proletariats als Klasse, wie sie sich darstellt als eine im Gegensatz zur kapitalistischen Klasse existierende Klasse von Ausgebeuteten, geeinigt durch ihr Klassenbewusstsein. Die Interessen dieser Klasse gehen allen anderen Interessen voraus. Das ist die Voraussetzung einer kämpfenden Internationale. Es ist undenkbar, dass etwa großdeutsche Interessen, und nennen sie sich zehnmal revolutionär, den Interessen dieser Internationale vorangehen können. Das ist die Voraussetzung für den Sozialismus überhaupt. Die Verwirklichung einer solchen sozialistischen Internationale ist nur möglich durch die Durchsetzung dieses Klassenkampfgedankens. Es ist schon, wie ich auch in meinem Referat ausgeführt habe, eine Erschleichung des Begriffs proletarische Klasse, wenn ich von einer deutschen proletarischen Klasse spreche. Es gibt nur eine proletarische Klasse, soweit es Kapitalismus auf der Welt gibt. *(Sehr richtig!)* Das Werden der 3. Internationale, der Zusammenschluss in diesem Klassenkampfgedanken ist das bestimmende Moment nicht nur für die innere, sondern auch für die äußere Weltpolitik des Proletariats als Klasse. Das ist der erste Grundsatz, auf den sich die 3. Internationale zu stützen hat, auf den wir uns stützen müssen, wenn wir uns zur dritten Internationale, zählen. Die zweite Internationale nimmt diesen Standpunkt nur in der Theorie ein, in der Praxis hat sie ihn verraten, und gibt ihn preis. Diese Leute bringen auf ihrem Kongress in Genf den Völkerbund in empfehlende Erinnerung und schlagen vor, dass der Völkerbund eine Institution schaffen möchte, die eine allgemeine Entwaffnung aller Völker vornehmen müsste. Die bürgerliche Demokratie der Welt soll sich also eine Schutztruppe schaffen, die alle proletarischen Bewegungen der Welt niederzuknüppeln imstande ist.

Die zweite Voraussetzung für den Boden der 3. Internationale ist das Bekenntnis zur Diktatur. Die Diktatur bedeutet das Bekenntnis, dass es zwischen Kapital und Arbeit keinerlei Gemeinschaft gibt und geben kann und dass das Proletariat, wenn es die absolute Verfügungsgewalt über sämtliche politischen und wirtschaftlichen Einrichtungen haben will, es den Kampf gegen die unterdrückende kapitalistische Klasse bis zur Vernichtung führen muss, auch gegen jede Regung kapitalistischer

Natur. (*Sehr gut!*)

Die dritte Voraussetzung ist das Bekenntnis der 3. Internationale zum Rätegedanken. Ich habe in meinem Referat bereits entwickelt, was wir unter Räten verstehen. Die Räte sind die Selbstbewusstseinsentwicklung des Proletariats. Sie sind der Prozess, der zur klassenlosen Gesellschaft hinleitet. Eine Täuschung der Hamburger ist es, dass sie annehmen, die Räte könnten erst nach dem Besitz der Waffen geschaffen werden. Das ist eine vollkommene Verkennung der Situation. Die Räte bestehen nicht in den paar Leuten, denen man die Bezeichnung Räte gibt. Ich bin sogar der Auffassung, dass auf Grund der Hamburger Punkte, dass man nicht den Klassenkampf zum Leitmotiv aller Politik macht, man kaum überhaupt die Berechtigung hat, das Bekenntnis zu den Räten mit dieser Auffassung zu verbinden. Das geht nicht an.

Das sind die drei Voraussetzungen: 1. Der Klassenkampfgedanke; 2. Die Diktatur; und 3. Der Rätegedanke. In diesem Prozess nun tritt eine Übergangszeit ein, in der nicht alles das, was man wünscht, verwirklicht werden kann. Russland hat als erstes Land den Kapitalismus besiegt. Es steht augenblicklich an der aktivsten Stelle des proletarischen Kampfes. Es ist erklärlich, dass es ein gewisses Übergewicht hat über das, was die Proletarier sagen wollen. Es ist auch zu erklären, dass sich die russischen Führer die Überschätzung ihrer Kräfte erlauben. Darüber müssen wir aber hinwegsehen, denn wir sind ja berufen, die 3. Internationale zu schaffen. Deswegen geht uns das nichts an. Das darf nicht das bestimmende Motiv für unsere Hoffnungen werden, die wir auf die Notwendigkeit einer Bildung der 3. Internationale setzen. Es wird notwendig sein, dass die proletarischen Organisationen der einzelnen Länder eine Art Exekutivkomitee bilden. In einem solchen Komitee werden freilich Vertreter aller proletarisch-revolutionären Organisationen sein müssen, ein engerer Ausschuss kann gewählt werden. Es muss eine solche Exekutive vorhanden sein, schon um das, was augenblicklich existiert, in eine bestimmte Richtung zusammen zu fassen. Ich möchte sagen, dass ein solches Komitee etwa die Rolle zu spielen hat, die wir der Partei noch heute zuschreiben müssen; auch in dem Bewusstsein, dass die Partei allmählich verschwinden wird, dürfen wir uns nicht dagegen kehren, dass sie augenblicklich eine Notwendigkeit ist. Etwas anderes ist es, wenn wir auf die Zukunft sehen. Da wird die Forderung sein, dass die 3. Internationale aus den Räten der einzelnen Organisationen hervorzugehen habe. Dieses Ziel erkämpft man aber nicht, indem man sich außerhalb des Rahmens stellt, sondern tatkräftigst mitarbeitet. In dieser Übergangszeit ist es die Voraussetzung des Handelns, dass in den einzelnen Ländern die Organisationen über taktische Fragen vom Boden der Grundsätze des Sozialismus überhaupt aus selbständig zu entscheiden haben. Wenn die Angriffe von Russland erfolgen, werden wir darüber zur Tagesordnung übergehen. Wir stellen das als selbstverständlich hin.

Das wäre ungefähr das Wesen einer 3. Internationale, wie sie werden kann in der heutigen Situation. Wie steht es nun mit der späteren? Das Ziel dieser Internationale ist nicht die freie Föderation der Nationen, sondern die Menschheit als klassenlose Gesellschaft. Wie ist das zu erklären? Der Sozialismus ist als Widerpart des Kapitalismus entstanden. Er geht hervor aus dem Prozess des Kapitalismus. Die Klasse der Ausgebeuteten fasst sich im Laufe dieses Prozesses zu einer sozialen, werdenden Gemeinschaft zusammen und steuert auf Gemeinwirtschaft, auf soziales Leben und Denken. Ökonomisch hat eine Internationale unbedingt gegründet zu sein auf der Weltgemeinwirtschaft, nicht auf der Wirtschaft der einzelnen Länder, sondern im Prozess der fortschreitenden Weltrevolution. Sie hat sich zu orientieren an wirtschaftsgeographischen Gesichtspunkten. Wir haben das in unserer kleinen Broschüre mit folgenden Worten ausgedrückt:

«(Die Internationale) wird sich herausbilden und wachsen im Einklang mit der neuen Organisation. Sie wird fortschreitend prinzipiell gegründet sein und sich zu gründen haben einmal auf die Gemeinwirtschaft, jene Gemeinwirtschaft, die, ständig Schritt haltend mit der Weltrevolution, immer erneut sich einrichtet nach Wirtschaftsbezirken, die jeweilig die letzten Möglichkeiten gleichmäßiger Bedürfnisbefriedigung erschöpfen. Sie wird sich weiter zu gründen haben auf das immer stärker werdende, mit dem Wirtschaftsprozess untrennbar geeinte bewusste Wollen sozialen Lebens».

Hierin liegt das Wesen einer Internationale. Denn es dreht sich nicht um die Losung des Individuums, sondern um die Bindung des Individuums in das Soziale hinein. Auf diesem Wege zu der gewollten Einheit des Menschengeschlechts begegnet uns die Nation. Für die Hamburger ist die Nation nicht die heute bestehende Nation, sondern, wenn ich recht verstanden habe, eine Sprachgemeinschaft, die, wenn sie Sinn haben soll, nur auf eine Rassengemeinschaft Bezug haben soll. Anders ist es nicht denkbar. Die Nation ist etwas gewisses Organisches. Die nationalen Besonderheiten vorhanden sind, wissen wir. Die russischen Bauern sind anders als die pommerschen. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Es ist die Aufgabe gerade des Proletariats als Klasse, diese nationalen Besonderheiten restlos zu überwinden. Denn diese Besonderheiten sind der Faktor, der später unbedingt die Individualisierung in die Menschheit bringt und damit eine neue Klasseninstitution schafft. Das zu überwinden, ist von vornherein aus den Bedingungen der Entstehung des Proletariats als Klasse notwendig. Wie sollen sie überwunden werden? Sie überwinden sich durch eine ununterbrochene Symbiose, eine allmählich sich vollziehende organische Durchdringung. Die Nationen haben sich durchdrungen und werden dies noch weiter vollziehen. Aber sie müssen überwunden werden eben durch das Drängen, sie zu überwinden.

Wer da sagt, die Sprachgemeinschaft soll das entscheidende bleiben, ist ein typischer Kleinbürger. Er ist der Mensch, der dem Umstande nachtrauert, dass die Volksgrenzen verschwinden. Die Sprachgemeinschaften werden und müssen verschwinden. Heute sind wir bereits durch Überwindung des Verkehrs auf dem Wege dahin, dass große Gebiete der Welt englisch sprechen. Wir bedauern vielleicht, dass einmal die deutsche Sprache untergehen wird, vielleicht wird auch sie die Weltsprache werden. Aber was kümmert uns das? Wenn die Menschheit sozial-ökonomisch im Leben geeint sein wird, wird sie wahrscheinlich auch in Überwindung der Rassenunterschiede ihre Ziele sichern.

Wenn ich das Bild einer solchen Zukunftsgestaltung einer Internationale der Menschheit entwerfe, so ist das zugleich ein Idealbild welches unseren Kampf durch seine starke Belebung, durch die Möglichkeiten einer solchen Menschheit auch wirklich Kraft verleiht. Im gegenwärtigen Kampf können wir uns nicht die Köpfe verwirren lassen mit nationalen Sprachgemeinschaften. Gerade über sie hinaus müssen wir kommen. Das ist nicht der Menschheitsbrei, sondern das ist allerdings die Überwindung des Individuums, es ist die Bindung des Individuums. Aber es lässt die volle Entfaltung gerade aller individuellen Fähigkeiten deswegen zu, weil der ökonomische Interessenausgleich absolut vorhanden sein wird. Wenn wir keine Möglichkeit haben, durch solche Interessen erneut aneinander zu geraten, beginnt das geistige Moment eine größere Rolle zu spielen als das heute möglich ist. Was uns nicht trennen darf in der Auffassung einer Internationale, ist die Beurteilung der Radek Methoden. Wir verurteilen sie alle, aber das darf kein trennendes Moment sein, der Wille zur proletarischen Aktivität muss eins sein. Hier hat die K.A.P.D. zu schließen mit der Erklärung, dass sie an das deutsche Proletariat herantritt, um ihm zu sagen, dass es die Pflicht hat, seine proletarische Aktivität sofort zu entfalten zur Erkämpfung der Diktatur. *(Beifall.)*

R. (RASCH) Berlin: Es liegen jetzt folgende Anträge resp. Resolutionen zum Punkt Internationale vor, die ich mit zur Diskussion stelle:

1. Antrag des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin:

Der Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin erachtet die Zugehörigkeit der K.A.P.D. zur 3. Internationale für notwendig, um die Aufgabe der Partei in und nach der Revolution zu erfüllen. Die Partei soll den Kampf um die Einschätzung der revolutionären Situation und

der Arbeiterschaft gegen die Auffassung des Exekutivkomites in Verbindung mit den in gleicher Richtung sich bewegenden Bruderparteien des Auslandes inmitten der Gesamtheit der 3. Internationale durch entsprechende Propaganda aufnehmen.

2. Anträge des Wirtschaftsbezirks Frankfurt a/M.:

a) Die K.A.P.D. verlangt nicht, von dem Kongress in Moskau mit Seidenhandschuhen angefasst zu werden, sondern sie verlangt einzig und allein nach ihrer revolutionären Tat beurteilt zu werden.

b) Die 3. Internationale soll nicht verkörpert sein in Thesen und Akten, sondern sie soll verkörpert sein in der Aktion des revolutionären Proletariats.

c) Die Internationale kann nicht beurteilt werden nach einem Beschluss in Moskau, (Mehrheitsbeschluss) sondern einzig und allein nach dem Willen des revolutionären Proletariats. Denn die Internationale ist nicht allein in Moskau und Petersburg, sondern überall da, wo der Klassenkampf in seiner gesteigerten Form zur Niederringung des Weltkapitals zur Anwendung gebracht wird.

3. Resolution der Ortsgruppe Hamburg:

Die 3. Internationale entstand aus sich loslosenden Gruppen der sozialdemokratischen Parteien der verschiedenen Länder.

Die russische Revolution bewirkte, dass in Russland zuerst die kommunistische Bewegung sich zur Partei konsolidierte und dass mit der Entstehung des Sowjetstaates dort die Möglichkeit gegeben war, die kommunistische Propaganda auf die breiteste Basis zu stellen.

Die Kommunistische Internationale ist das Zusammenwirken der proletarisch-revolutionären Organisationen aller Länder mit dem Ziel, in allen Ländern proletarische Staaten zu errichten und durch das Bündnis dieser Staaten die Föderation der freien Nationen zu schaffen. Es liegt im Wesen der revolutionären Propaganda, solange sie sich noch gegen den bürgerlichen Staat richtet, dass sie in allen Ländern die revolutionären Tendenzen so aufgreift und fortbildet, wie sie sich aus der Geschichte der einzelnen Länder entwickelt haben. Die politische Praxis der kommunistischen Bewegung ist gebunden an die konkreten Gesamtverhältnisse eines Landes.

Wenn deshalb eine straffe zentralistische Zusammenfassung und eine einheitliche Leitung durch eine internationale Instanz nicht möglich ist, so kann die Aufgabe eines Bureaus der 3. Internationale nur darin bestehen, als gemeinsame Geschäfts- und Informationsstelle für die kommunistischen Organisationen aller Länder zu dienen.

Die «Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands» lehnt es deshalb ab, ihre politische Praxis durch eine internationale Instanz bestimmen zu lassen.

Sie weist alle Versuche, dem deutschen Proletariat von außen und oben eine bestimmte Taktik und Orientierung aufzuerlegen, mit Entschiedenheit zurück.

Die heute durch die kommunistische Bewegung aller Länder gehenden Differenzen sind der Ausdruck für den fortschreitenden Kampf der proletarischen Massen um ihr Selbstbestimmungsrecht. Diese Differenzen müssen notwendig über den nationalen Rahmen hinaus und durch die kommunistische Internationale gehen, und sie können weder beseitigt noch entschieden werden durch Mehrheitsbeschlüsse von Instanzen, die in den Kämpfen selber Partei sind.

Der Versuch, die durch spezifisch russische Verhältnisse dem russischen Proletariat auferlegten taktischen und politischen Methoden den Proletariern aller Länder als Richtlinien aufzuzwingen und das Bestreben, die Orientierung der kommunistischen Organisationen aller Länder in Abhängigkeit von Moskau zu bringen, läuft in den politischen Konsequenzen auf die Schaffung einer Weltherrschaft durch russische kommunistische Parteinstanzen hinaus.

In Deutschland hat sich der Spartakusbund in den Dienst dieser Politik gestellt. Finanziert auch durch Geldmittel des russischen Staates, sehen seine Agenten ihre Aufgabe darin, in Deutschland russische Politik zu treiben. Während sie die aus den deutschen Verhältnissen sich ergebende deutsche Politik des revolutionären Proletariats als «Nationalbolschewismus»

zu diskreditieren versuchen und grundsätzlich dem deutschen Proletariat und damit auch der deutschen Nation das Recht auf nationale Selbstbestimmung bestreiten, verlangen sie die Unterwerfung des Landes unter das Moskauer Diktat.

Die «K.A.P.» verwirft jeden Versuch, den aus der proletarischen Revolution hervorgehenden deutschen Einheitsstaat in einen russischen Randstaat zu verwandeln. Sie verlangt als Partei die volle Gleichberechtigung mit der Kommunistischen Partei Russlands, wie sie für ein freies Deutschland die volle Gleichberechtigung neben Sowjetrussland verlangt.

Die proletarische Weltrevolution, von der die deutsche wie die russische Revolution nur Teile sind, findet ihren Abschluss mit der Zertrümmerung der noch bestehenden imperialistischen Staaten. Indem sie in allen Ländern die Proletarier von sozialer und nationaler Unterdrückung und Ausbeutung befreit, verwirklicht sie in allen Ländern die Einheit des klassenlosen Volkes und damit die Freiheit der Nationen, die sie dann als Föderation freier Nationen in einem Weltbund zusammenfasst.

#### 4. Resolution J. (JUNG) Berlin:

Der erste ordentliche Parteitag der K.A.P.D. erkennt die 3. Internationale als den Generalstab des internationalen Proletariats, das um die Diktatur der Räte kämpft, an.

Die K.A.P.D. wird unter den Parolen der 3. Internationale kämpfen, sofern diese Parolen der von Seiten der Partei erklärten revolutionären Situation nicht zuwider laufen.

Die K.A.P.D. lehnt daher einen Eingriff der geschäftsführenden Organe der 3. Internationale in innere Angelegenheiten der Partei, soweit sie insbesondere die Durchführung und Reinhaltung des Parteiprogramms von ihm zuwiderlaufenden Tendenzen betreffen, grundsätzlich ab.

Die K.A.P.D. begrüßt die von der 3. Internationale geforderte Vereinheitlichung der Kampffront und ist grundsätzlich bereit, mit anderen der 3. Internationale angeschlossenen Parteien in Deutschland zur Vorbereitung und Organisierung des gemeinschaftlichen Endkampfes in eine Aktionsgemeinschaft, die jeweils der Kampfsituation entspricht, einzutreten.

Die K.A.P.D. wird daher entsprechende Schritte unternehmen, an das deutsche Proletariat für die einheitliche Auslösung des Endkampfes heranzutreten.

Die K.A.P.D. wird mit einer Adresse an die der 3. Internationale angeschlossenen Bruderparteien des Auslandes gleichzeitig Bericht geben von der revolutionären Situation in Deutschland und Richtlinien für die Organisationsgrundlage der 3. Internationale unterbreiten, die der augenblicklichen Bedeutung der revolutionären Kämpfe in Deutschland für die Fortführung der Weltrevolution entsprechen.

Zum Schluss ist soeben folgende Resolution des Genossen Pf. (PFEMFERT) Gotha eingegangen:

„Der Parteitag der K.A.P.D. lehnt mit Entrüstung die Zumutung des Exekutivkomites, die K.A.P.D. solle den Genossen Rühle aus der Organisation ausschließen, ab. Sie erklärt ihre Solidarität mit Otto Rühle und spricht der Exekutive überhaupt das Recht ab, sich in innere Organisationsfragen der K.A.P.D. zu mischen. Der Parteitag sieht in dieser Einmischung eine unerhörte Propagandatätigkeit für den Spartakusbund.“

Pf. (PFEMFERT) Gotha: Ich habe nach dem gestrigen Referat des Genossen J. (Jung) mehr als zwölf Stunden Zeit gehabt, um mich zu bemühen, klar zu werden darüber, was er gesagt hat. Ich muss persönlich vorausschicken, dass ich in Deutschland zu den Wenigen gehöre, die den Dichter J. (Jung) verstehen, die seine Sätze zu deuten verstehen. Nach dem gestrigen Referat muss ich erklären, dass ich von allem nichts verstehen konnte, und ich bedaure die Delegierten, die jetzt zum Punkte 3. Internationale auf Grund dieses Referats einen Bericht abgeben sollen. Ich glaube, dass es eine direkte Strafe wäre, auch nur in ganz kurzen Sätzen auszuführen, was uns J. (Jung) gesagt hat. So kann es dann kommen, dass die Delegierten zu Hause erzählen, dass die Rote Armee in Russland ein national gestimmtes Instrument sei, das heute gegen die Polen kämpft, ohne zu wissen weshalb, und morgen gegen andere. Die Delegierten könnten nach dem Referat zur Ansicht gekommen sein, wir seien bisher im Irrtum über die Rote Armee gewesen, wie auch über die ganzen Verhältnisse in Russland. Der Referent hat gegen die Politikanten gesprochen. Aber ich möchte mich doch dagegen wehren, dass Literaten so sehr die Dichtung mit der Politik vermengen, dass Literaten beginnen, anstelle der Führerbonzen die Köpfe zu verwirren. J. (Jung) hat sich sehr scharf dagegen gewandt, dass man mehr arbeite als man arbeiten müsse, da man sonst dem Kapitalismus in die Hände arbeitete. Auch das geschah wohl nur aus seiner dichterischen Inspiration heraus.

Wenn wir die Frage unserer Stellung zur 3. Internationale aufrollen, so können wir uns unsere Stellung erst geben, nachdem der Kongress in Moskau uns das Bild gezeigt hat, wie die Internationale nach diesem Kongress aussieht. Wenn wir den ersten Kongress als maßgebend nehmen und damit jetzt vergleichen die unglaublich bloße Haltung des Exekutivkomites der K.A.P. gegenüber, so erleben wir hier dasselbe Schauspiel wie beim Spartakusbunde, dass er denen, die getreu den Grundsätzen handeln, Vorwürfe des Verrats macht. Das infame des Spartakusbund ist nicht nur, dass er die deutschen Kommunisten verwirrt hat, ist nicht nur, dass er in die revolutionären Reihen der Arbeiterschaft Unfrieden und Selbstzersplitterung getragen hat, sondern vor allem das Verbrechen, dass er mit Hilfe seiner Personen Politik das

deutsche revolutionäre Proletariat, das an Sowjetrußland mit Liebe und Sympathie hing, kritisch stimmte und dass er die Möglichkeit schuf, dass wir uns jetzt in öffentlichen Versammlungen gegen die 3. Internationale, wie sie durch das Exekutivkomitee repräsentiert wird, wenden müssen. Wenn das Exekutivkomitee sich erfrecht, uns aufzufordern, den Genossen Rühle auszuschließen, so müssen wir dem Komitee und dem Genossen Lenin höflichst, aber bestimmt erklären, dass wir nicht geneigt sind, uns in unsere inneren Angelegenheiten der Organisation von jemandem, der außen steht, Vorschriften machen zu lassen. Wir lehnen es auch ab, dass man unsere Taktik, die wir als richtig erkannt haben, nicht nur kritisiert, sondern als konterrevolutionär brandmarkt. Lenin wendet sich in seiner Broschüre «*Die Kinderkrankheiten*», etc.? in der Frage des Parlamentarismus gegen uns. Er muss sich dann auch gegen die K.P. Deutsch-Österreichs wenden, die in der Frage der Spaltung der K.A.P. mit dem Spartakusbund sich der Levi Gesellschaft ohne Prüfung der Tatsachen angeschlossen hat. Denn die österreichische K.P. hat soeben eine Broschüre herausgebracht, in der sie sich mit dem Parlamentarismus beschäftigt, und wo sie ganz klar das wiederholt, was auch wir gesagt haben. Es sind in der Broschüre eine ganze Reihe Fragen und Antworten enthalten. (*Redner verliest hier einige dieser Fragen und Antworten.*) Sie sehen daraus, wie ungerechtfertigt die Politik des Exekutivkomitees gegen uns ist, die Lenin dann deckt. Lenin setzt sich ein für die zentralistischen Gewerkschaften und befürwortet, dass wir hinein müssen, mit unserer Arbeiterunion und unseren Betriebsräten aber Konfusion anstiften. Wie Lenin dabei auf die Idee gebracht werden konnte, dass die Gewerkschaften in Deutschland und der deutsche

Parlamentarismus zu vergleichen wären mit den revolutionären Tendenzen der Gewerkschaften Russlands, ist mir unverständlich. Die *Rote Fahne* erklärt frei und offen: es gibt, Arbeiter der K.A.P., für euch nur ein Mittel, den Obertritt zum Spartakusbund, denn es kann nicht mehrere Organisationen in einem Lande neben einander geben, die Mitglieder der 3. Internationale sind. Wenn das der Fall wäre, dann allerdings verstehe ich nicht die Richtlinien der 3. Internationale, die am 12. März angenommen worden sind, und in denen das Verhältnis der revolutionären Kommunisten zu den verschiedenen sozialistischen Parteien abgegrenzt wird. Da heißt es: Die 2. Internationale sei in 3 Hauptströmungen auseinander gefallen: die Sozialpatrioten, das Zentrum und der revolutionäre linke Flügel. Auf der anderen Seite ist ein Block mit den Elementen der revolutionären Arbeiter notwendig, welche jetzt im großen und ganzen auf dem Standpunkt der proletarischen Diktatur stehen. Solche sind an erster Stelle die syndikalistischen Elemente der Arbeiterbewegung. Diese Richtlinien und dazu die Tatsache, dass Levi hinter den Kulissen des Parteitages der U.S.P. herumläuft und erklärt, dass, wenn sie diese und jene Bedingung annehmen, man ihnen 2 oder 3 Sitze in der 3. Internationale einräumen wird, sind unüberbrückbare Gegensätze. Die 3. Internationale hat kein Theater zu sein, zu dem Plätze verteilt werden von irgendeinem Bonzen. Es gibt keine Eintrittskarten durch Bezahlung von Lebenswürdigkeiten, die Internationale kann und darf und wird nur die Zusammenfassung aller revolutionären Arbeiter der Welt sein, die auf dem Standpunkt stehen, dass die Diktatur des Proletariats aufgerichtet werden muss, dass die kapitalistische Gesellschaftsordnung restlos durch den Kampf vernichtet werden muss. Die 3. Internationale muss sein die Internationale der Tat. Wir sind würdig und fühlen uns als Kämpfer der Internationale der Tat, auch wenn man in Moskau erklären sollte, dass wir nicht eher aufgenommen werden würden, bis wir nicht unter das Joch des Advokaten Levi gekrochen seien. Wir werden die 3. Internationale durch unser Dasein zu dem machen, was sie sein soll: Das neue Leuchtende, das die Proletarier aller Länder vorwärtsdrängt, niederzubrechen die Schranken des Kapitalismus. (*Bravo!*)

R. (RASCH) - Berlin: Wir dürfen uns, wenn wir Stellung nehmen zur Frage der 3.



Internationale, nicht leiten lassen dadurch, dass das Exekutivkomitee unter der Regie des Spartakusbundes uns eine derartige Antwort gegeben hat. Unsere Maßnahmen, die wir zu treffen haben, gehen dahin, dort zu sein, wo das revolutionäre Proletariat der Welt seine Vertretung erblickt. Wir haben keine Veranlassung, unsere Prinzipien und Grundsätze nach der einen oder anderen Richtung hin aufzugeben. Grundsätze können innerhalb der 3. Internationale nur dann abgelehnt werden, wenn sie keine revolutionären Grundsätze sind. Ich habe vom Exekutivkomitee noch nicht gehört, dass die K.A.P.D. innerhalb ihrer Reihen Leute aufgenommen hätte, die, abgesehen von Einzelercheinungen, behauptet hätten, dass der Gesamtrahmen der Organisation ein antirevolutionärer wäre. In Verhandlungen, mit dem W.S., in denen Levi, Posener, etc. das Heft in den Händen hatten, stellte sich heraus, les derartigen Instruments muss der aktivste Teil des deutschen Proletariats vertreten sein. Ich bin mir bewusst, man alles versuchen wird, um diejenigen Richtungen, die wir im Vordergrund stehen, auszuschalten. Bewusst bin mir aber auch, dass wir über diese Versuche zur Tagesordnung übergehen werden. Nun zu Rühle. Ich erkläre frank und frei: wir lassen uns den Genossen Rühle nicht durch irgend eine Abstimmung eines Exekutivkomitees aus der Partei ausschalten. Wir lehnen es überhaupt ab, diese Dinge zu diskutieren. Für uns handelt es sich darum, wer auf dem Boden des internationalen Klassenkampfes steht, wer fernerhin den Boden des kommunistischen Denkens und Fühlens nicht verloren hat, der gehört zu uns. Ich habe dem Genossen Rühle des öfteren im Beisein der Genossen erklärt, dass sich unsere und seine Auffassungen decken, dass seine Auffassungen allerdings von verschiedenen Organisationen und Genossen verkehrt ausgelegt werden. Auch Rühle ist sich klar darüber, dass nicht die Zersplitterung der Organisation das Ziel sein kann, sondern dass es nur eine einheitliche Plattform die Bedingung ist für den Kampf, den wir führen. Wir haben die Pflicht, uns innerhalb derjenigen Reihen zu stellen, die aktiv für die Revolution arbeiten. Wir haben die Pflicht, wenn uns diese oder jene Dinge nicht gefallen, so zu handeln, wie Pannekoek mit Recht sagte: Innerhalb der 3. Internationale müssen wir uns zur Opposition zusammenschließen, um gegen jene Elemente Sturm zu laufen. Soweit ich unterrichtet bin, haben jene revolutionären Elemente in Moskau eine Vorbesprechung bereits gehabt, sodass sie auch auf dem Kongress geschlossen vorgehen werden. Wir haben nicht die Pflicht, uns bettelnd und bittend an die Tore jener zu wenden. Für uns handelt es sich darum, unsere Prinzipien klar zu sagen, unser Programm in den Vordergrund zu stellen und dann soll man sagen, dass wir nicht dazu gehören, dann werden wir nicht alleine stehen.

Ap. (APPEL) - Hamburg: Schon verschiedentlich ist von Genossen darauf hingewiesen worden, dass wir es in Russland in der Exekutive mit Leuten zu tun hätten, die ihre Vormachtstellung uns gegenüber durchsetzen wollten. Noch niemand aber ist darauf eingegangen, weshalb dort die Führerinteressen so in den Vordergrund geschoben werden. Darum wird es notwendig sein, über die Verhältnisse drüben einen kurzen Überblick zu geben. Die Erklärungen des Referenten über die Rote Armee, die schon vom Genossen Pf. (Pfemfert) gezeißelt wurden, stimmen nicht. Die Rote Armee ist das Instrument der Kommunisten, und zwar voll und ganz, nicht, dass dieses Instrument beliebig hier und dorthin umgeschaltet werden konnte. Wenn man rote Soldaten sieht, so hört man auch die Internationale singen. Gerade in der Armee wird die Aufklärungsarbeit auf das schärfste betrieben. Sie kämpft bewusst für die Weltrevolution. Es wäre undenkbar, dass diese Armee evtl. gegen deutsche Arbeiter kämpfen könnte. Es ist nicht der Fall, dass es ein nationales Heer ist, sondern es ist durchdrungen vom Geiste des Sozialismus.

Die Politik der 3. Internationale ist zugleich die Politik der russischen Kommunisten. Das ist zu erklären, wenn man die Verhältnisse Russlands berücksichtigt. Wir wissen, dass nicht viele Proletarier in Russland sind, und dass diese eben noch nicht lange Proletarier sind. So sind um Moskau herum die Arbeiter halb landwirtschaftliche, halb

Industriearbeiter, also erst im Übergang zur Industrie begriffen. Anders in Petersburg und an der Ostküste. Dort ist schon ein klassenbewusstes Proletariat gewesen. Aber es ist nur noch nicht die Regung des Selbstbewusstseins durchgedrungen. Die russische Revolution stützt sich auf den Bauern, den man wiederum nur bekommen hat durch Befriedigung seiner Wünsche: mehr Land. Man hat das russische Volk begeistert für die Weltrevolution. Das liegt in den Verhältnissen des ganzen Landes. Denn das Land des Russen wird bedroht vom Ententekapital. So begreift der Bauer, dass er sein Land verteidigen muss, er sieht, dass er nur den Weltimperialismus trifft. Es ist dieser Gedanke noch nicht Allgemeingut, aber er liegt im Ideengang der Bauern und Proletarier. Insofern ist die russische Armee ein brauchbares Werkzeug der Weltrevolution. Durch die Unterdrückung des Zaren sind die Arbeiter zusammengeschweißt schon vor dem Kriege. Sie empörten sich dagegen. Die revolutionäre Bewegung war schon vor dem Jahre 1905. Deshalb ist es in Russland möglich gewesen, eine Bewegung zu kristallisieren, die führend sein konnte in diesem Kampfe. Kulturell war die Bevölkerung noch nicht auf der Höhe, auf der das westeuropäische Proletariat stand. Aber durch den Druck war es zur Revolution gezwungen. Da sie nicht so selbstbewusst waren, kristallisierte sich eine Gruppe heraus, zu der dieses unterdrückte Volk überhaupt Vertrauen hatte, und nur deshalb, weil diese am geradesten standen. Sie waren die richtigen Revolutionäre. Eben durch ihre Klarstellung der verschiedenen Dinge haben die Bolschewisten bewiesen, dass sie die besten Richtlinien geben konnten. So erklärte Bucharin, wir haben eben riesiges Glück gehabt. Das liegt aber wohl darin, dass wir die Verhältnisse richtig beurteilen konnten. Wir haben immer das Richtige getroffen. Wir haben gewisse Dinge vorausgeahnt. Es traf ein. Das Volk hat dem Bolschewismus eine höhere Macht zugetraut. Das Volk strömte ihnen zu. Und die Bolschewisten haben bewiesen, dass sie das Richtige trafen. Das hat ihnen Vertrauen eingebracht. Nicht so sehr sind die Russen Sozialisten, aber weil die Verhältnisse sie dazu bringen, und durch die Taten der Bolschewisten sagen sie sich, ihnen müssen wir das Vertrauen geben. Die Russen beherrschen die Lage, nicht, dass sie ihre Mitglieder beherrschen durch Zwang, sondern die Kommunisten vertrauen ihren Führern. Deshalb sind die Führer mächtig.

Und nun können wir verstehen, dass die russischen Führer uns verurteilen. Sie haben gesehen, dass in ihrem Lande der Weg, den wir gehen, nicht möglich ist in ihrem Lande. Sie sagen, nur in Deutschland ist die Bewegung immer wieder niedergeschlagen, weil keine richtigen Führer vorhanden waren. Brillant ist zwar die Idee, dass man die Massen hierhin und dorthin schieben kann. Aber ist das für uns die Revolution, ist das möglich und liegt das in unserem Interesse? Das sind unsere Grundsätze, das trennt uns vom Spartakusbund. Es hängt nicht an Personen, sondern es ist das russische System von drüben. Wir kämpfen nicht dagegen an, indem wir schreien und schimpfen auf die Internationale, nein wir können nur dagegen ankämpfen, dass wir klar sagen, was wir wollen, indem wir eine Macht schaffen; ich zeigte schon, dass die Rote Armee ein Machtfaktor ist. Er wiegt schwer für Russland. Die Macht ist da, wir haben damit zu rechnen. Stellen wir uns vor, dass wir es nicht fertig bringen, die Macht in Deutschland selbst zu erobern, dass wir warten müssen und wollen, dass die Rote Armee einrückt, dann ist eben diese Macht kein Faktor mehr in unserer Politik. Wenn ich irgendwo Hilfe nehme, so muss ich das wieder ausgleichen. Es geht nicht nach unseren Wünschen, sondern nach den Dingen, wie sie da sind. Wir müssen unsere Richtlinien klar zeigen, müssen einen Aufruf an das deutsche Proletariat gehen lassen, dadurch erkämpfen wir uns unseren Platz. – Es ist möglich, dass man uns in diesen Führerbund hineinzwingen wird, und dass man das Räte-system in Russland nicht mehr haben will. So, wie es sich allerdings in Russland zuerst durchsetzte, konnte es sich nicht halten, wir hätten ihm wirtschaftlich helfen müssen und werden ihm später helfen müssen. Wir sind die vorgeschrittensten und so, wie sich der kommunistische Geist durchgesetzt hat, wie

wir unsere Wirtschaft aufgezogen haben, so haben wir ein Übergewicht gegen Russland. Russland ist angewiesen darauf, dass Deutschland zur Revolution kommt, weil es keine Transport- und technischen Hilfsmittel hat. Sie sind auf diese Politik angewiesen, und nicht auf den anderen Weg durch Verhandeln mit der Entente. Russland kann nicht als Sowjetmacht mit der Entente Handelsbeziehungen eingehen, sondern musste die Ausbeutung der russischen Wirtschaft der Entente überlassen. Das bedeutet das Hinwegfegen der Herrschaft der Bolschewisten. Ich habe die Überzeugung gewonnen, dass die Russen zielbewusst den Kampf gegen die Entente weiter fortsetzen und uns zu Hilfe kommen wollen. Ich sage das deshalb, weil eben schon der Glaube, die Russen könnten den anderen Weg gehen, sich bei uns durchzusetzen beginnt und auch von Hamburg propagiert wird. Die Russen haben Recht, wenn sie sagen, wir sind Starrköpfe. Sie sind unehrlich gegenüber dem Kapital. Dem täuschen sie den Frieden vor und rüsten in aller Sicherheit weiter, weil sie müssen. *(Redner schildert dann Einzelheiten über die Entstehung der Broschüre „Kinderkrankheiten“ etc., und fährt dann fort):*

Ich habe Lenin gesagt, dass er die deutsche Bewegung nicht kenne. Er kenne sie nur aus Broschüren und Zeitungen. Lenin gab das zu, sagte dann aber: so wie ihr euch entwickelt, müsst ihr euch auch Autorität verschaffen, ganz gleich, mit welchen Mitteln. In der Ecke stand ein Bildhauer, der Lenin modellierte. Das ist das Prinzip der russischen Genossen. Wir brauchen dieses, sagte Lenin, wenn ihr das auch nicht verstehen werdet, das Volk muss uns verehren. Entsprechend den russischen Verhältnissen ist die Arbeit der Bolschewisten nicht zu unterschätzen. Es ist eine ungeheure Arbeit, die die wenigen Bolschewiki leisten, weil sie das Volk als ein brauchbares Instrument der Weltrevolution zusammenschweißen. Darum sage ich, die heute drüben nicht verurteilen, sondern bewundern, wo es nötig ist. Ihre Taten sind begründet in den russischen Verhältnissen, die zwar andere sind als die unsrigen, aber sie stehen mit Begeisterung und Idealismus für ihre Sache. Deshalb war ich gestern so sehr empört, als die Dinge so falsch von dem Referenten beurteilt wurden. Wenn der Bericht vom Kongress der Internationale an uns ergehen wird, müssen wir uns klar sein, was wir zu tun haben. Am höchsten steht das Interesse an der Weltrevolution, nicht so hoch die russischen Genossen. *(Beifall!)*

Ein TSCHECHISCHER GENOSSE schildert die Verhältnisse in Deutsch-Österreich und die Verbindungen, die zwischen Bayern und dem reaktionären Ungarn bestehen. Er weist auf die Gefahr hin, die gerade dem deutschen Proletariat aus dieser Verschwörung erwachsen kann.

K. (KOHN) – Hamburg: Der Genosse Ap. (Appel) hat uns hier geschildert, was in Russland vor sich geht, wie die russischen Führer versuchen, sich Autorität zu verschaffen, wie sie versuchen, ihrer Politik zum Durchbruch zu verhelfen. Wir glauben nicht, dass diese Führerclique aus Machtlüsternheit zu diesen Mitteln greift. Die russischen Verhältnisse diktieren den Führern eine solche Politik, und ich verstehe auch warum die russischen Führer von diesem Parteitage verlangen, dass Laufenberg und Wolffheim ausgeschlossen werden. Aus den Ausführungen des Referenten resultiert, dass die russische Wirtschaft nicht so vollkommen sei wie die deutsche. Nicht einmal hat Lenin ausgeführt, dass, wenn in Westeuropa die Revolution gesiegt haben wird, die westeuropäischen Länder viel schneller den Kommunismus durchführen können als die Russen es konnten. Das zeigt uns klar, dass die Russen den Industriestaat Deutschland gebrauchen, um überhaupt der russischen Wirtschaft auf die Beine zu verhelfen. Nun kommt es darauf an, festzustellen, ob in Übereinstimmung mit Russland die deutsche Wirtschaft in den Dienst Russlands gestellt werden soll, oder ob sie durch ein Diktat Russlands einverleibt werden soll. Ich muss der Meinung entgegenreten, dass es kein deutsches Proletariat gäbe. *(Zuruf: als Klasse!)* Ich glaube, dass Laufenberg und Wolffheim nie

etwas anderes propagiert haben, als das, was nicht auch im Kommunistischen Manifest steht. Es kommt doch auf die Auslegung an. (*Zuruf: aber auf die richtige.*) Wir reden nicht von Einheitsmenschen und Einheitssprachen. Eine Differenzierung wird immer vorhanden sein. Sie wird beruhen auf der verschiedenen Form der Wirtschaft der einzelnen Länder. Wir bitten, uns zu beweisen, wo wir Rassenhass in die Arbeiterschaft hineingetragen haben. (*Zuruf: Poale Zion*) Wir haben immer von Gleichberechtigung der Nationen gesprochen. Die politische Praxis der kommunistischen Bewegung ist gebunden an die Verhältnisse eines Landes. Wir können niemals darauf eingehen, russische Verhältnisse auf uns anzuwenden. Wir sagen in unserer Resolution, dass die 3. Internationale noch lange nicht vollendet ist, dass sie erst in ihren Anfängen steht. Heute haben wir erst einen Sowjetstaat, das Ziel der Internationale ist die Zusammenfassung aller revolutionären Gruppen in den verschiedenen Ländern und dann diese Länder zusammenzufassen zur 3. Internationale, zum Weltbund der Völker. Nation bedeutet für mich niemals Grenzpfähle. Man redet ebenfalls davon, dass das Proletariat die Aufgabe hätte, durch verschärften Klassenkampf zur Macht zu kommen. Wir stehen auch auf diesem Standpunkt. Es kommt nur darauf an, was dieser Kampf ist. Er ist nach unserer Auffassung der Volkskrieg gegen die Entente. (*Zuruf: Hurra!*) Ich will präzisieren, wie der revolutionäre Klassenkampf vereinbar ist mit dem Volkskrieg gegen die Entente.

R. (RASCH) – Berlin: Die Frage „Nation und Klassenkampf“ ist gestern ausgiebig diskutiert worden. Ich bitte, zum Thema zu reden.

K. (KOHN) – Hamburg: Ich sage, dass heute das deutsche Proletariat den revolutionären Krieg zu propagieren hat. Der Frieden ist nicht diktiert worden vom Ententekapital, um das deutsche Volk zu schikanieren, sondern von der eisernen Notwendigkeit, die sozialen Gegensätze in ihrem eigenen Lande zu verkleistern. Wenn die K.A.P. weiter den Kampf führt gegen das Exekutivkomitee, dann wird diese Partei, weil sie konterrevolutionär ist im Sinne der nationalen Interessen Sowjetrusslands, ausgeschlossen werden. So liegen die Dinge. Wenn ihr die Nation anders auffasst, dann kann vielleicht der Genosse Ap. (Appel) erzählen, wie eine wirkliche Nation aussieht, wie er es gesagt hat: eine wirkliche Nation ist erst dann möglich, wenn die Klassengegensätze beseitigt sind. Genosse Ap. (Appel), du bist Kradek, denn das haben Laufenberg und Wolffheim gesagt. (*Lachen.*)

M. (MÜHLE) – Berlin: Ich habe die Ausführungen des Referenten gestern dahin verstanden, dass er das Schwergewicht der Revolution in Deutschland sieht. Wenn wir zu der Frage der Internationale Stellung nehmen, so sind für uns wichtig einmal unsere Grundsätze, und dann das Forttreiben der Revolution. An diesen unseren Grundsätzen müssen wir gegenüber einem Exekutivkomitee festhalten. Es darf nicht dazu kommen, dass bestimmte Anweisungen aus Moskau gegeben werden, wie die politische Situation in Deutschland einzuschätzen ist. Die Parole, zum Spartakusbunde zurückzukehren, kann gleichfalls nicht von uns akzeptiert werden. Es steht dem nichts im Wege, für bestimmte politische Situationen eine Gemeinschaft einzugehen. Damit ist nicht gesagt, dass wir uns festlegen wollen auf die Grundsätze des Spartakusbundes. Wir wollen die neue Internationale nicht so auffassen wie die zweite Internationale, die nur Konferenzen stattfinden lässt und Beschlüsse nicht ausführt. Wir müssen erklären, dass wir zur 3. Internationale gehören.

G. (GOTTBERG) – Hannover: Ich glaube, dass wir uns jetzt lange genug zur Frage der Internationale ausgesprochen haben, dass auch die Meinungen genügend geklärt sind. Ich beantrage Schluss der Debatte.

*Der Antrag wird gegen eine Stimme angenommen.*

Berlin: Ich habe dann noch die Resolution der Genossen M. (MEYER) - Leipzig, Th. (THYSSEN) [Johannes GRAUDENZ] - Besetzte Zone und Schr. (SCHRÖDER) - Berlin, die Ihnen ja schon im Verlaufe der Debatte zugegangen ist, nochmals zu verlesen:

Der ordentliche Parteitag der K.A.P.D. erkennt in der Kommunistischen Internationale die Vereinigung der revolutionären Arbeiter aller Länder, die um die Diktatur des Proletariats kämpfen, an.

Die K.A.P.D. wird kämpfen nach den Grundsätzen der Kommunistischen Internationale, sofern sie basieren auf der Anerkennung des Klassenkampfes, der proletarischen Diktatur und des Rätegedankens.

In ihrer Taktik bestimmt sich ihre Haltung nach der Einschätzung der revolutionären Situation in Deutschland.

Sie lehnt daher einen Eingriff der geschäftsführenden Organe der Kommunistischen Internationale in innere Angelegenheiten der Partei grundsätzlich ab.

Die K.A.P.D. erstrebt den Zusammenschluss aller revolutionären Proletarier Deutschlands zur gemeinsamen Aktion und ist grundsätzlich bereit, auf dem Boden dieser ihrer Grundsätze eine im Kampf sich bildende Aktionsgemeinschaft mit den kämpfenden Proletariern über die Köpfe der Instanzen und Führerküngels hinweg zu schaffen.

Die K.A.P.D. wird sich mit einer Adresse an die der Kommunistischen Internationale angeschlossenen Bruderparteien des Auslandes wenden und gleichzeitig Bericht geben von der revolutionären Situation in Deutschland und Richtlinien für die Organisationsgrundlage der Kommunistischen Internationale unterbreiten, die der augenblicklichen Bedeutung der revolutionären Kämpfe in Deutschland für die Fortführung der Weltrevolution entsprechen.

Referent J. (JUNG) - Berlin (*Schlusswort*): Es ist das eingetreten, was ich vorausgesehen hatte, als ich über dieses Thema sprach. Ich hätte einfach alles das, was wir über die russischen Genossen denken und fühlen, bestätigen können, ich hätte erklären können, dass wir alles genau dem Beispiel der russischen Genossen nachahmen müssen. Aber der Parteitag, der in dieser Situation zusammentritt, darf nicht wie eine Volksversammlung behandelt werden oder wie Funktionäre, denen man Einzelheiten erzählt zu ihrer Orientierung und warum die Kommunisten in ihrer Taktik Recht haben. Das setze ich von den Mitgliedern des Parteitages voraus. Wo Bestrebungen bemerkbar waren, die dies nicht wahr haben wollten, ist es mein Bestreben gewesen, diese Gegensätze heraustreten und zum Ausdruck kommen zu lassen. Die Opposition gegen meine Ausführungen geht von diesen Bestrebungen aus, die das Schwergewicht der Differenzen auf die Autorität legen. Es ist notwendig, dass wir uns klar werden über das, was wirklich in Russland unternommen wird im Vergleich zu unseren Aufgaben, die wir dem deutschen Proletariat gegenüber haben. Meine Stellung zur Roten Armee hat man mißverstanden. Die Armee ist durchdrungen von kommunistischen Parolen, denen die russische Armee Glauben schenkt. Das wird auch die Kernfrage der deutschen Roten Armee sein. (*Sehr richtig!*) Die Ansicht der einzelnen Genossen über das, was wir erkämpfen wollen, sind grundsätzlich von einander verschieden. Eine große kämpfende Masse wird zwar mit der Parole der Aufbesserung der materiellen Interessen auf die Straße zu bringen sein. Wenn wir das nicht aussprechen, begehen wir ein Verbrechen. Wir sind ja zusammengekommen, um die Möglichkeiten für die einheitlichen Parolen zu finden. Auch die deutsche Rote Armee wird getragen sein von den Parolen: für den Kommunismus zu kämpfen. (*Redner geht dann auf Einzelheiten der Organisation ein und fährt dann fort*): So muss

ich an die Delegierten die Aufforderung richten, sich selbst aus diesen Schilderungen praktische Folgerungen zu ziehen, in meinen Ausführungen nicht nur eine Kritik der russischen Verhältnisse zu sehen, sondern zu lernen, was die bolschewistische Taktik bedeutet. Wir müssen die Initiative ergreifen, um eine für uns gebrauchsfähige Internationale in die Wirklichkeit umzusetzen und aufbauen zu helfen. Eine solche Internationale ist bereits in Bildung begriffen. Wir müssen die Fragen des Exekutivkomites mit einer Handbewegung abtun. Wir antworten darauf mit einer Aktion. Wer heute noch meint, dass wir eine Aktionsgemeinschaft mit dem Proletariat der anderen revolutionären Parteien nicht brauchen, unterschätzt die Situation. Es heißt daher Initiative ergreifen und nicht warten, bis es zu spät ist. Zur Aktionsgemeinschaft aufrufen, bedeutet nachzuweisen, dass das Proletariat jetzt reif ist, sich unter unsere Parolen zu stellen. Der Parteitag hat sich schlüssig zu werden, ob er sich dazu kräftig genug fühlt.

R. (RASCH) - Berlin: Ich glaube, dass sich aus der Debatte der Wunsch herauskristallisiert hat, von Seiten des Parteitages eine Aufforderung an das revolutionäre Proletariat ergehen zu lassen. Zu dem Zweck müsste eine Redaktionskommission bestimmt werden, die uns hier nachträglich diesen Aufruf vorlegt. Es sind vorgeschlagen die Genossen L. (Erich oder Felix LEWINSOHN) - Dresden, Z. (ZINKE?) - Berlin und Th. (THYSSEN) [Johannes GRAUDENZ] - Besetzte Zone. Widerspruch dagegen erhebt sich nicht.

Zu persönlichen Bemerkungen erhalten das Wort Schr. (SCHRÖDER) - Berlin und Pf. (PFEMFERT) - Gotha.

R. (RASCH) - Berlin: Es liegt ein Antrag vor, der eigentlich zum vorhergehenden Punkt hätte gestellt werden müssen: Das Referat des Genossen Schr. (Schröder) - Berlin ist zu drucken, und den Bezirken gegen Bezahlung zuzustellen. N. (NICKEL?) und W. (?) - Elberfeld.

Wir wären gerne bereit, das gesamte Protokoll des Parteitages herauszugeben. Vielleicht gelingt es uns. Damit ist der Antrag wohl erledigt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die verschiedenen Resolutionen. Die Resolution Groß-Berlin ist inzwischen zurückgezogen worden. *(Als die weitest gehende Resolution wird zunächst die Resolution Frankfurt abgestimmt)*

Berlin	13	Del.	Dagegen	Spandau	1	Dagegen
Rheinland	5	„	„	Besetzte Zone	2	„
Mitteldeutschland	4	„	„	Sachsen-Anhalt	2	„
Ostsachsen	3	„	„	Nord	3	Dafür
Ostpreußen	1	„	„	Nordwest	1	„
Niedersachsen	2	„	„	Frankfurt/Main	1	„
Pommern	2	„	„	Thüringen	1	„
Zwickau	2	„	„			

*Die Resolution ist mit 36 gegen 6 Stimmen abgelehnt.*

Als nächste Resolution wird abgestimmt die Resolution von M. (MEYER) -Leipzig, Th. (THYSSEN) [Johannes GRAUDENZ] -Besetzte Zone, und Schr. (SCHRÖDER) -Berlin:

Es stimmen:

Berlin	12	dafür	Spandau	1	dafür
Rheinland	5	„	Besetzte Zone	2	„
Mitteldeutschland	4	„	Sachsen-Anhalt	2	„
Ostsachsen	3	„	Nord	3	dagegen
Ostpreußen	1	„	Nordwest	1	„
Niedersachsen	2	„	Thüringen	1	„
Pommern	2	„	Frankfurt am Main	1	(Stimmenhalt)
Zwickau	2	„			

*Diese Resolution ist somit mit 37 gegen 4 Stimmen, bei einer Stimmenthaltung angenommen.*

Damit sind die übrigen Resolutionen bis auf die Resolution Pf. (Pfemfert) - Gotha erledigt.

Die Resolution Pf. (PFEMFERT) -Gotha wird bei Stimmenthaltung der Bezirke Nord, Nordwest und Frankfurt angenommen.

Die Vertreter der ersten beiden Bezirke erklären, sich deswegen der Stimme enthalten zu haben, weil, obgleich vom Exekutivkomite die Genossen Laufenberg und Wolfheim ausgeschlossen werden sollten, diese beiden Genossen nicht in der Resolution mit benannt sind.

M. (MEYER) - Leipzig: Der Parteitag ist der Meinung, dass die vom Exekutivkomite erhobenen Vorwürfe zutreffen für die Genossen L. und W., nicht aber für Rühle.

*Darauf vertagt sich der Parteitag auf eine Stunde.*

Dritter Verhandlungstag.

### **Nachmittagssitzung.**

R. (RASCH) - Berlin: eröffnet die Sitzung um 2 1/4 Uhr nachm. Wir treten nunmehr in den

4. Punkt der Tagesordnung: Partei und Betriebsorganisation ein.

Dazu hat das Wort der Genosse K. (KUSCHEWSKI) - Berlin.

K. (KUSCHEWSKI) - Berlin: Genossen, es kann sich in diesem Punkte nicht darum drehen, das Wesen der Betriebsorganisation (B.O.) festzulegen. Das Wesen ist festgelegt in den Leitsätzen, die im Bezirke Groß-Berlin in der Allgemeinen Arbeiter Union angenommen sind. Uns kann heute nur beschäftigen das engere Zusammenarbeiten mit der Partei und der Union. Von diesem Punkte möchte ich ausgehen. Die Arbeiterunion ist ein Produkt, entstanden als Folge des Krieges und der Revolution. Ein Produkt, entsprungen in der Räteidee. Die K.A.P. hat sich dieser Organisation angenommen. Die K.A.P. ist gewissermaßen als Hebamme der revolutionären Betriebsorganisation anzusehen. Mithin ist ein enges Zusammenarbeiten mit der K.A.P. und der Union gegeben.

Das Wesen und Ziel ist dasselbe wie das der K.A.P.D. Die Union ist als Kampforganisation gedacht, die in der ersten Phase im Kampfe um die Diktatur sich einstellt als Kampfmittel für die Partei, um zur Diktatur zu gelangen, die fernerhin bei der Eroberung der Macht das Fundament bildet für die Räte, die das Rückgrat finden werden in der A.A.U. Mithin wird der Aufbau der kommunistischen Gesellschaft sich nur auf die Organisation der A.A.U. vollziehen können. Der Kampf der A.A.U. um die Gebilde, die heute bestehen und dem Proletariat vorschwärmen, nimmt sich die Arbeiterunion als Richtschnur. Die Arbeiter bröckelten ab von ihren Gewerkschaften und erkannten, dass nur eine Organisation, die das Proletariat als Klasse erfasst, imstande ist, den Kampf aufzunehmen. Aus dieser Erkenntnis bildeten sich die Räte. Wir sind aber der K.A.P.D. dankbar dafür, dass sie sich für die Propaganda einsetzte. Die Entwicklung hat gezeigt, dass die Idee die einzig richtige war. Die Ausdehnung beweist täglich, dass wir auf dem richtigen Wege sind, und dass wir als einzige Waffe in Betracht kommen werden. Für uns kommt es darauf an, ob die K.A.P.D., die den Nutzen aus der Arbeiterunion zieht, weiter in diesem Sinne wirken will. Die Partei soll Kampfparolen mit der A.U. vereinbaren. Die A.U. dient dem Kommunismus. Die Einstellung ist rein kommunistisch. Mithin gibt es kein Abweichen. Die Aufgabe der Partei muss es sein, für die Idee der kommunistischen Gesellschaftsordnung einzutreten; deshalb muss ein enger Kontakt geschaffen werden zwischen der Partei und der A.U. Sie müssen sich ergänzen. Die Partei muss die Union als Rekrutierungsfeld betrachten. Wir verlangen von der Partei, die an Zahl kleiner ist als die Union, dass sich die Mitglieder der Union einverleiben. Nur dadurch, dass sich die Partei rückhaltlos zur Union bekennt, und in ihre Reihen eintritt, wird es möglich sein, dass dies enge Zusammenarbeiten gewährleistet ist.

Wenn nun im Laufe der Zeit und mit dem Wachsen der Union in einigen Kreisen der Mitglieder die Frage der Einheitsorganisation eine Rolle spielte, dass die Union die Partei einmal Ablösen wird und muss, so sind wir auch der Auffassung, dass die Partei in die Union aufgehen wird. Aber wann das sein wird, können wir noch nicht sagen, darüber sind wir uns noch nicht einig. In der jetzigen Phase ist die Partei eine unbedingte Notwendigkeit. Die beiden Organisationen können gemeinschaftlich kämpfen. Die Partei ist ohne die Union nichts, sie ist weiter nichts als ein Konventikel, der geführt wird von einigen Theoretikern, während die Union heute eine gewisse



Waffe im Kampfe ist, der sich die Partei zu bedienen hat. Auch sind wir der Auffassung, dass innerhalb der Diktatur die Partei eine Notwendigkeit sein wird, um die Diktatur als Klassendiktatur auszubauen. Erst mit dem Beginn der klassenlosen Gesellschaft können wir von einem Aufgehen der Partei in die Arbeiterunion sprechen. Wir meinen, dass auch in der klassenlosen Gesellschaft die A.U. eine Notwendigkeit sein wird, die den Nährboden der Räte bildet, aus deren Boden die Räte entspringen sollen. Auf dieser Union kann sich erst die kommunistische Wirtschaftsweise aufbauen. Ohne die A.U. wäre der Aufbau der kommunistischen Wirtschaftsweise eine Unmöglichkeit. Die Partei ist im gegenwärtigen und im Stadium der Diktatur eine Notwendigkeit. Zu präzisieren, wann diese Notwendigkeit einmal nicht mehr bestehen wird, überlassen wir den Theoretikern.

Es muss der enge Kontakt zwischen der Partei und der Union schon in den einzelnen Gruppen und Bezirken hergestellt werden. Für die Kampfaktik werden natürlich die Parolen vereinbart, und zwar gegenseitig.

Wir haben die Tatsache zu verzeichnen, dass nicht alle Kreise der K.A.P.D. sich mit der Union einverstanden erklären, sondern die Union ablehnen, und sich für die Freie Union, die syndikalistische Union, einsetzen. Diese Union besteht in ihrem Hauptteile im Rheinland. Es besteht dort wohl eine freie Arbeiterunion und die Freie Bergarbeiter Union.<sup>37</sup> Wie dem auch sei, wir sind der Auffassung, dass die Freie Union, die ausgesprochen syndikalistisch ist, die die politischen Kampfmittel ablehnt (*Zuruf: Nein!*) ich erinnere an den Aufruf Katers, der, nachdem die Syndikalisten am Aufstand in Rheinland Westfalen teilnahmen, ihnen eine Rüge erteilte, indem er sagte, die Syndikalisten hätten zu entscheiden, ob sie eine politische Partei noch anerkennen, oder nur mit wirtschaftlichen Mitteln ihre Macht erkämpfen sollen ich sage, wir sind der Auffassung, dass die Freie Union für uns Kommunisten nicht in Frage kommen kann, da die Syndikalisten, wie aus diesem Aufruf Katers<sup>38</sup> hervorgeht, die politischen Kampfmittel ablehnen. Soviele Syndikalisten vorhanden sind, so viele Meinungen werden auch von ihnen vertreten. Während einige Syndikalisten sich zum Rätssystem bekennen, lehnen es anderthalb. Das Rätssystem wird zwar auch von den Syndikalisten in Korpora insofern angenommen, als die Syndikalisten die Autonomie jedes einzelnen Betriebes propagieren. Dies lehnen wir ab. Die Propaganda der Syndikalisten, dass die I.W.W. Bewegung dasselbe sei wie die Freie Union in Deutschland, ist eine glatte Unwahrheit der Syndikalisten. Die amerikanische Organisation ist genauso eingestellt wie bei uns die A.A.U.

Unsere Zusammenarbeit mit der Partei haben wir in die folgenden Bahnen geleitet: In den einzelnen Bezirken besteht die Verbindung dadurch, dass die Ortsgruppen vertreten sind in den engeren Ausschüssen der Partei, desgleichen der engere Parteiausschub in den Bezirken der Union. Ohne Wissen der Partei oder umgekehrt der Union kann im entgegengesetzten Willen nichts geschehen. So dehnt sich dieser enge Organisationsapparat aus, um eine enge Verbindung herzustellen. Für uns ist nur maßgebend, dass die Partei erkennt, dass für sie die A.A.U. ein ungemein nützliches Instrument ist, das sie benutzen kann im Falle einer jeden Aktion, dass sie ohne dieses Instrument keine Partei ist und wird die aktionsfähig ist. Wenn diese enge Verbindung vorhanden ist, so können Differenzpunkte, wie sie in letzter Zeit aufgetreten sind, leicht überbrückt werden. Wir müssen bedauern, dass größere Teile der Partei nicht erkennen, wie wichtig die A.A.U. für die Partei ist, (*Sehr gut!*) dass sie nicht wissen, dass es sich dabei um die Partei handelt, die im Kampfe ein großes Schwert durch die Union bekommt. Die Partei muss verlangen, dass ihre Mitglieder in die Union gehen, um in ihren Reihen eine gewisse Aufklärung für den Kommunismus zu entfalten. Deshalb haben wir gefordert, dass die K.A.P. auch gleichzeitig Mitglieder der Union sein müssen. Der Antrag ist leider so umgeformt worden, dass mindestens Funktionäre der Union angehören müssen. Ich kann mir keine Propaganda für die

K.A.P. denken, bei der nicht die Union die wichtigste Rolle spielt, bei der nicht die Waffe der Union angeführt wird, mit der man den Kapitalismus beseitigen wird. Wenn sich die K.A.P. dieser Waffe bedienen will, so hat sie Grund genug, von ihren Mitgliedern zu verlangen, dass sie die Reihen der Union füllen, um innerhalb derselben die Arbeiter mit der kommunistischen Idee bekannt zu machen, um den Kampf nicht auf schiefe Ebenen gleiten zu lassen. Die Auffassung, die heute die größten Teile des Spartakusbundes vertreten, die die *Rote Fahne* täglich vertritt, ist die, dass man innerhalb der Gewerkschaften trotzdem noch Fraktionen bilden müsste, um Teile von den Gewerkschaften abzutrennen. Ferner wird Lenins Brief angeführt, in dem er behauptet, dass wir uns von den Massen entfernen, wenn wir aus den Gewerkschaften austreten. Demgegenüber haben wir zu erwidern, da es die Arbeiterunion in der letzten Zeit wohl am klarsten erkannt hat, dass eine Revolutionierung der Gewerkschaften unmöglich ist, dass die oppositionellen Elemente aus den Gewerkschaften gedrängt werden und dass wir wohl behaupten können, dass wir uns durch die Propagierung der Union nicht von der Masse trennen, sondern im Kontakt mit der Masse in den Betrieben stehen. Wir kommen an die Proletarier nicht in den Gewerkschaften heran, sondern in den Betrieben. Somit können wir eine Organisation schaffen, die das Proletariat zu einer Klassenorganisation vereint. Mit dem Begriff der Klassenorganisation wird von Teilen der Partei viel Unfug betrieben. Man sagt, dass man jeden Proletarier in die Klassenorganisation aufnimmt. Wir haben in unserer Organisation nur die fortgeschrittensten Proletarier vereint, die auf dem Boden der Diktatur stehen. Mithin haben die Arbeiter der K.A.P.D. die vornehmste Aufgabe sich für die revolutionäre Propaganda einzusetzen. Wir haben die Aufgabe, uns als eine Macht zu etablieren, die die Internationale dann wohl anerkennen wird.

Die Gewerkschaft wird heute immer noch für den kommunistischen Aufbau als diejenige Organisation erklärt, die brauchbar wäre die sozialistische Wirtschaftsweise einzuführen. Unser Kampf stellt sich gegen die Gewerkschaften ein. Wir meinen, dass sich der Aufbau nur mit Hilfe der Union vollziehen kann. Sie soll das Fundament für die kommunistische Gesellschaftsordnung bilden. Die Partei wird klar zu entscheiden haben, ob sie sich zur Arbeiterunion bekennt, ohne die sie keine Partei, die aktionsfähig ist, sein wird. Sollte die Arbeiterunion isoliert dastehen, so wird sie den Kampf gegen die 3. Internationale weiter führen, bis sie einen Machtfaktor darstellt, vor dem die 3. Internationale sich beugen wird. Der enge Zusammenschluss, der in einigen Bezirken zu verzeichnen ist, muss auch über ganz Deutschland ausgebreitet werden. Der Kampf um die Anerkennung der Union scheint vorüber zu sein. Diese Epoche des Kampfes hat die Union überstanden. Verzetteln Sie nicht Ihre Kräfte in irgendwelchen Organisationen, in den Gewerkschaften, sondern versuchen Sie, die Mitglieder der K.A.P.D. in die Reihender Betriebsorganisation zu bringen. Der Profit wird der der K.A.P.D. sein. Mithin haben wir beide das gleiche Ziel und das gleiche Interesse. Wir können somit nur zum Siege kommen. (*Bravo!*)

R. (RASCH) - Berlin: Ich stelle hiermit das Referat zur Diskussion.

H. (HELLWIG) - Leipzig: Wir führen den Kampf gegen die Gewerkschaften in unserem Bezirk mit aller Schärfe und hätten darum gewünscht, dass auch ein Referat über die Freie Union gehalten worden wäre. Der Kampf wird uns erschwert, wenn wir unsere Stellung gegen die Freie Union einnehmen. Die Betriebsorganisationen, die alle revolutionären Arbeiter zusammenfassen, die auf dem Boden der Umwälzung stehen, haben ebenfalls ihren Anschluss an die Freie Union Ursache, besondere Streitpunkte Union hervorzusuchen, wo wir in ihr konform gehen können. Es ist falsch, wenn man die Mitglieder der Freien Union mit Syndikalisten identifizieren will. Es sind verschiedene Punkte, wo sich die Auffassung der A.A.U. mit der der Freien Union deckt. Ich mache aber zwischen Syndikalisten und der Freien Union einen

Unterschied. Die Zahl der Syndikalisten, die die Gewalt verneinen, ist sehr gering. Die Auffassung Katers ist da für mich nicht maßgebend. Sie wird auch von den Mitgliedern der Freien wie der Arbeiterunion zurückgedrängt. Die Freie Union ist ein Faktor, mit dem wir rechnen müssen.

Sp. (SPINNRATHS) - Rheinland: Wir haben in unserer Organisation der A.A.U. mit der Freien Union manche bittere Erfahrung gemacht. Es war leider nicht möglich, in sachlichen Auseinandersetzungen die Differenzpunkte zu klären. Wir mußten gegen die Syndikalisten einen scharfen Trennungsstrich ziehen.

Ich möchte empfehlen, dass die einzelnen Wirtschaftsbezirke nicht allzu lange warten mit diesem Trennungsstrich. Rocker und Kater lehnen die Gewalt in jeder Beziehung ab. Die Stellung der Partei zur Betriebsorganisation ist eine erfreuliche. Wenn hier erklärt wurde, dass die Partei und die B.O. ein Ganzes bilden sollten, so wird sich das praktisch nicht durchführen lassen. Wir haben erfahren, dass innerhalb der B.O. keine kommunistische Parteipolitik getrieben werden darf. Wir haben in den verschiedenen Unions die verschiedensten Parteimitglieder. Der Spartakusbund hat, nachdem die Neunerkommission verhaftet wurde, ihre Hand von der Organisation weggezogen. Er hat nicht dafür gesorgt, dass sogleich eine Reserve nachrückte. Dadurch konnte es geschehen, dass Leute der Freien Bergarbeiterunion die Leitung in die Hand bekamen, die von den Zielen der Union gar keine Ahnung hatten. So haben heute Mitglieder der U.S.P. die Leitung in den Händen, und keine Kommunisten. Mit der Propagierung einer reinen Parteipolitik können wir nicht vorankommen. Man schlug uns die Schreibweise des «Kampfruf» um die Ohren.

R. (RASCH) - Berlin: Es ist ein Antrag auf Beschränkung der Redezeit auf 10 Minuten eingegangen.

*Der Antrag ist angenommen.* Sodann ist die folgende Resolution eingebracht worden:

Der Parteitag erwartet von den Mitgliedern, dass sie aus den Gewerkschaften austreten. Er stellt sich rückhaltlos auf den Standpunkt der Betriebsorganisation, zusammengefasst in der Allgemeinen Arbeiterunion.

Jh. (IHLAU) - Berlin.

Pf. (PFEMFERT) - Gotha: Mein Vorredner hat den Referenten missverstanden. Er konnte nicht verlangen, dass die Mitglieder der B.O. in die Partei gehen, sondern umgekehrt. Darin unterscheidet sich unsere Partei von den anderen, dass wir sie nicht als Selbstzweck für Bonzen betrachten, sondern dass sie nur ein Organisationsmittel für die Propaganda ist, die Revolution vorwärts zu treiben. Wir suchen die Proletarier zu vereinigen in der revolutionären B.O. Es wird unsere Aufgabe sein, den revolutionären kommunistischen Gedanken in der B.O. zu propagieren. Auch ich bedaure, dass wir nicht einen Vertreter von der Freien Union gehört haben. Bei den Syndikalisten finden wir ein viel klareres und bewussteres Proletariat als bei der S.P.D. und U.S.P. Wir sollten also mehr als bisher unsere Auffassungen unter diese Proletarier bringen. Wir müssen uns klar darüber werden, was wir den Syndikalisten als Genossen zu sagen haben, dass auch sie diesen Staat beseitigen wollen, die Klassenherrschaft stürzen und das Rätssystem aufrichten. Sie müssen mit uns gehen, denn ihr Wirtschaftsprogramm ist eine Phrase, denn in dem Augenblick der Aktion ist der Massenstreik ein politischer Streik, und der Kampf kein wirtschaftlicher, sondern ein durchaus politischer, den sie angeblich verneinen. Das müssen wir den Syndikalisten klar machen.

H. (HEYNEMANN) - Dresden: Die B.O. ist heute zu einem Rückgrat der K.A.P. geworden. Wir haben durchaus nicht solchen Schiffbruch erlitten wie die Genossen

des Rheinlandes. Wir haben schon seit einem Jahr die Frage ventilert, und haben dann die richtige Taktik eingeschlagen. Für uns kommt es mehr darauf an, in die Betriebe kommunistische Propaganda zu tragen, als zahlenmäßig zu glänzen. Den Kampf gegen die Gewerkschaften haben wir mit der Parole aufgenommen, dass wir die Kluft so viel als möglich erweiterten, dass an ein Oberbrücken nicht mehr zu denken ist, sodass im entscheidenden Moment die Massen nicht mehr der Parole der Gewerkschaften nachlaufen werden. Die Methode des Rheinlandes hat auch bei uns schon zu Unliebsamkeiten geführt. Unsere Taktik geht dahin, den Gewerkschaften solange die Politik der Tarifverträge zu überlassen, bis der entscheidende Augenblick vor der Tür steht, und den Kampf dann im Sinne unserer Parolen weiter zu treiben. Es mag sein, dass noch Genossen der K.A.P. der Freien Union angehören. Bei uns in Sachsen besteht nur die A.A.U. Ich begrüße die Revolution. Es kann kein Kompromiss sein, sondern nur eine Frage, die zu erwägen wäre, ob sich die Freie Union evtl. der A.U. eingliedert. Auch die Anwürfe gegen Rühle müssen zurückgewiesen werden, dass wir Syndikalisten und Anarchisten seien. Es geschieht das nur, um die Köpfe der Arbeiter zu verwirren.

Th. (THYSSEN) [Johannes GRAUDENZ] - Besetzte Zone: Die früheren Mitglieder unserer Organisation sind heute syndikalistisch verseucht, für unsere Bewegung verloren. Sie verwerfen die bewaffnete Aktion. Die Mitglieder der Freien Union sind mit uns in den Kampf gezogen, aber nicht aus der Erkenntnis heraus, dass sie damit den Boden ihres Programms verließen, sie waren eben noch keine rechten Syndikalisten. Eine Verschmelzung lehne ich entschieden ab. An die Mitglieder der syndikalistischen Organisationen müssen wir herantreten und ihnen sagen, dass sie auf falschen Bahnen wandeln.

H. (Carl HAPP) - Hamburg: Das Referat hat mich enttäuscht. Ich muss hier feststellen, dass ich die Ausführungen nicht anders als echt sozialdemokratisch ansehen kann. (*Lachen!*) In der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsform war die Partei die Ergänzung der freien Gewerkschaften. Heute liegen die Dinge anders. Heute sind alle Wirtschaftsfragen auch zugleich politische Fragen. Die A.A.U. ist wirtschaftlich und politisch zugleich. Die Arbeiterunion muss diejenige Keimzelle sein, die den Aufbau der künftigen Gesellschaft vorbereiten muss. Man darf nicht die Parteipolitik in die A.U. tragen. Die A.U. steht ja auf dem Boden des Rätegedankens. Es bedarf also gar keiner besonderen Propaganda.

N (NOACK?). - Leipzig: Wir müssen uns die Prinzipienklärung der Syndikalisten etwas genauer ansehen, um nicht zu behaupten, dass die Syndikalisten den politischen Kampf ablehnen. Sie lehnen den sogenannten politischen Parteikampf ab. Das ist etwas anderes. Beide Organisationen, die Freie Union und die A.U. sind aufgebaut auf rein föderativer Grundlage. Sie kämpfen mit uns zur Verwirklichung der kommunistischen Gesellschaft. Wenn Gegensätze bestehen, so können sie überbrückt werden.

G. (Otto GOTTBURG) - Hannover: Ich bitte die Redner doch, auf die vorliegende Resolution einzugehen, die wir gar nicht annehmen können, weil sie den Bezirken nicht vorgelegen hat.

Schw. (SCHWAB) - Berlin: Ich glaube, dass die Streitfragen Fragen sind, die noch nicht zu einem endgültigen Beschluss reif sind. Wir sollten das ruhig abwarten. Die Trennungslinie der A.U. gegen die Freie Union wird den Vorzug verdienen müssen. Ich bin überzeugt, dass die syndikalistische Richtung nicht mehr lange durchzuführen sein wird. Der Standpunkt der Syndikalisten wird sich noch einmal blutig gefährlich auswirken. Es wird notwendig sein, in den Bezirken die Diskussion sofort nach dem Parteitage aufzunehmen.

Ih. (IHLAU) - Berlin: Die Debatte hat ergeben, dass diese Frage erörtert werden musste. Wenn die Genossen keinen Unterschied zwischen der A.A.U. und der Freien Union finden, dann wissen sie eben nicht, welche Unterschiede vorhanden sind. Die B.O. ist keine Parteisache; wir erwarten die Unterstützung der K.A.P.

R. (RASCH) - Berlin: Der Genosse Kr. (KRANNICH) - Hamburg hat Schluss der Debatte beantragt.

*Der Schlussertrag wird mit 30 gegen 7 Stimmen angenommen. Wir kommen dann zur Abstimmung über die vorliegende Resolution: Die Resolution Ih. (IHLAU) - Berlin ist mit 26 gegen 3 Stimmen angenommen.*

N. (NAUTKUSS?) - Spandau-Osthavelland: erklärt:

Ein großer Teil unserer Mitglieder sind Syndikalisten oder Mitglieder der Freien Arbeiter-Union. Wir können unsere Zustimmung zu der Zusatzklärung nicht geben.

Der BEZIRK POMMERN: schließt sich der Erklärung an.

R. (RASCH) - Berlin: Ich halte es für notwendig, die Sitzung jetzt zu vertagen, um nachher die Übrigen Punkte zu erledigen.

*Die Sitzung ist von 5 auf 5 1/2 Uhr vertagt.*

## **Dritter Verhandlungstag**

### **2. Nachmittagssitzung**

Nach dem Zusammentritt der Delegierten beantragt:

M. (MÜHLE) - Berlin: Vertagung der Sitzung auf Mittwoch Vormittag.

R. (RASCH) - Berlin: beantragt, noch den Geschäftsbericht erstatten zu lassen und dann zu vertagen.

*Der Antrag M. (MÜHLE) - Berlin wird darauf mit 19 gegen 10 Stimmen angenommen.*

N. (NICKEL?) - Rheinland: regt an, am Mittwoch ein kurzes Referat über die politische Lage einzufügen.

*Darauf erfolgt Schluss der Sitzung um 6 Uhr.*

Vierter Verhandlungstag.

R. (RASCH) - Berlin: eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr morgens. Er weist darauf hin, dass der Saal nur bis 3 Uhr zur Verfügung steht.

Sodann erhält das Wort zum

Geschäftsbericht

R. (RASCH) - Berlin: Als wir am 4. April d. Jahres die Kommunistische Arbeiter-Partei gründeten, die entstanden war aus der Opposition des Spartakusbundes, konnte man eigentlich von einer Organisation noch nicht reden. Soweit das hervorging, bestand eine gewisse einheitliche theoretische Auffassung der Opposition. Es zeigte sich dann aber auf diesem Gründungsparteitage, dass große Wirtschaftsgebiete gar nicht vertreten wären, z.B. das Rheinland, das damals gerade in der Aktion stand. Diejenigen, die am Parteitage teilgenommen haben, werden sich erinnern, wie die Berichterstatter ankamen, wie wir versuchten, die Delegationen aufzurütteln, um die Rheinländer zu unterstützen. Das lief leider vergeblich aus. Diese fehlenden Bezirke haben sich erst nach der Gründung angeschlossen. Es war dies unsre erste Aufgabe: den Aufbau der Organisation herbeizuführen. Dazu wären wir in den verschiedenen Bezirkskonferenzen, um den Anschluss mit veranlassen zu helfen. Daher kam denn auch auf jeder dieser Konferenzen unser Kampf mit dem Spartakusbund (Mitteldeutschland, und Rheinland-Westfalen) wo erst nach dem Gründungsparteitag innerhalb der Mitgliedschaften die Auseinandersetzungen eintraten, die nachher zum Anschluss an die K.A.P. geführt haben.

Ich möchte kurz, ohne die Dinge zu verschleiern, wie sie sind, klar legen: wir haben einen schweren Stand gehabt. Ohne irgendetwas zur Verfügung zu haben, traten wir auf den Plan, während andererseits der Spartakusbund dastand, der mit einem riesigen Heer von Rednern und Geld auftrat und versuchte, die Unterminierarbeit einzusetzen. In einzelnen Bezirken war eine organisatorische Schwächung dadurch, dass in den Bezirken eine Verbindung der Ortsgruppen untereinander nicht vorhanden war. Wir sahen dann, dass in diesen Bezirken der Spartakusbund tatsächlich an Boden gewann. Ich nenne da Thüringen, wo der Spartakusbund eine starke Zunahme zu verzeichnen hatte. Er konnte 26 neue Ortsgruppen gründen. Das ist ein Zeichen, dass die Organisation innerhalb unserer Partei eine straffere

werden muss. Die Gliederung nach Unterbezirken muss restlos durchgeführt werden und dort, wo ein Bezirk besteht, müssen auch die Fäden nach den Ortsgruppen gehen, um den ganzen Organisationsapparat an einander geschmiedet zu sehen. Wenn das nicht der Fall ist, werden die Ortsgruppen von den übrigen Organisationen aufgesogen. Die Dinge stehen nun so, dass die K.A.P.D. sachlich ihren Stützpunkt in Berlin hat. Von anderen Bezirken war eine Unterstützung gar nicht zu erwarten. Es war ein Mangel an organisatorischen Kräften und Agitatoren zu verzeichnen. Daher mussten wir alle verfügbaren Kräfte aus Berlin ziehen, um die angeforderten Referenten überhaupt zur Verfügung stellen zu können. Dadurch hat Berlin natürlich politisch und theoretisch stark gelitten. Wir sehen, dass auch in diesen Fragen eine Regelung Platz greifen muss dergestalt, dass die einzelnen Bezirke daran gehen, aus sich selbst heraus einen Stamm von Referenten zu züchten durch Einrichtung von Kursen, um die überall vorhandenen Kräfte zu sammeln. Wenn das in Angriff genommen wird, dann würden manche Unkosten erspart werden. Aber ich muss sagen, dass viele Bezirke sehr wenig Initiative entwickeln nach dieser Richtung hin. Überall dort, wo die Bezirke nicht vorher in Opposition standen, brach ein harter Kampf mit dem Spartakusbund aus, da ja dort die meisten guten Agitatoren wären, die sich deshalb uns nicht anschlossen, weil sie vom Spartakusbund angestellt wurden. So gingen alle diejenigen, die auf eine Stellung rechneten, zum Spartakusbund. Wir sind froh darüber, dass solche Leute nicht mehr bei uns sind. Durch den Umstand, dass wir keine Gelder haben, sind alle korrumpierenden Gestalten ausgeschlossen worden.

Hat unsere Bewegung zugenommen, oder hat sie abgenommen? Da erkläre ich: trotz all dieser Schwierigkeiten, die uns infolge des Fehlens rednerischer Kräfte und des Geldes sind wir tatsächlich überall im Reiche mit einigen Ausnahmen in der Fortbildung begriffen. Ich sage nicht zu viel, wenn wir heute ca. 75 % des Spartakusbundes gewonnen haben. Der Spartakusbund hat nur noch als Stützpunkte Chemnitz und Stuttgart. In den übrigen Bezirken hat er nur einzelne Ortsgruppen. Auf unserem Gründungsparteitage haben wir das Schwergewicht im Gegensatz zu den anderen Parteien, auf unsere Mitglieder gelegt. Unser Organisationstatut ist so aufgebaut worden, dass die einzelnen Bezirke das Selbstverwaltungsrecht haben und auf der anderen Seite die Organisation auch getragen wird durch den Gesamtwillen der Mitgliedschaften. Bei uns besteht bis heute kein bürokratischer Apparat. Der Geschäftsführende Ausschuss besteht aus einzelnen Mitgliedern Berlins und der übrigen Bezirke. Der erweiterte Ausschuss besteht aus den Vertretern aller Bezirke und daher ist es undenkbar, dass bei uns ein derartiger bürokratischer Apparat einsetzen kann, wie bei den übrigen Parteien.

Heute liegen nun die Abänderungsanträge zu dem vom Gründungsparteitage geschaffenen Organisationstatut vor. Es sind die verschiedensten Anträge eingereicht worden. Es wird da die Änderung des Namens verlangt, auf der anderen Seite ist ein Vorschlag Ost Sachsens, ein neues Organisationstatut, die Auflösung der Partei herbeizuführen. In diesen Richtlinien, die Ost Sachsen vorschlägt, ist gesagt, dass die Wirtschaftsbezirke alljährlich einmal zu einem Bundestage zusammenkommen. Er stellt eine lose Verbindung dar. Zur Fassung bindender Beschlüsse ist derselbe nicht berechtigt. Das wäre ein Aufgeben der gesamten Organisation. Das würde bedeuten, dass wir überhaupt keinen organisatorischen Zusammenschluss gebrauchen, dass jeder Bezirk fortwursteln kann ohne Rücksicht auf die übrigen zu nehmen. Das würde bedeuten, dass tatsächlich die Organisation von Anfang an unmöglich wäre. Ich will darüber eigentlich kaum reden, die Genossen werden selbst davon überzeugt sein, dass die Dinge nicht so gehen können. Es würde ein solcher Aufbau bedeuten, dass alle jene Bezirke, die glauben, nach dieser Richtung hin arbeiten zu müssen, selbst gezwungen sind, an ihre Mitglieder

Rundschreiben ergehen zu lassen, und was dergleichen Dinge mehr sind. Solche Fragen müssten für uns von untergeordneter Bedeutung sein. Wir müssen schlagkräftig sein und den Willen der Massen zum Ausdruck bringen. Deshalb erscheinen mir derartige Anträge undiskutabel. Wenn wir Zeit hätten, Experimente zu machen, dann würde ich solche Statuten einmal anraten. Das Fiasko würde bald eintreten.

Die Kräfte, die im Rheinland agitatorisch tätig wären, werden verfolgt, befinden sich auf der Flucht, der Organisationsapparat schwebt in der Luft, nur in einzelnen Orten wären die leitenden Genossen vorhanden, und so musste das Rheinland erst neu organisieren. Ich glaube, dass im Rheinland jetzt dieser Punkt überwunden zu sein scheint, dass man jetzt daran ist, auch dort die Organisation schlagkräftig zu machen. In Mitteldeutschland liegen die Dinge ähnlich.

Auch dort kann man sagen, ist tatkräftig gearbeitet worden. Auch dort haben sich die einzelnen Ortsgruppen dicht aneinander geschlossen und ihren Apparat so aufgebaut, dass er auch wirklich funktioniert.

In Sachsen-Anhalt liegen die Dinge etwas anders. Es sind dort verschiedene Dinge eingetreten, die zu einer gewissen Unsicherheit in der Organisation geführt haben. Man hat einzelne Personen ausgeschaltet und dadurch wird auch die Organisation in Sachsen-Anhalt wieder gesund werden. Ich hoffe, dass auch dieser Bezirk recht bald von sich sagen kann, dass er den übrigen Bezirken nicht nachsteht.

In Schlesien haben wir bis jetzt noch keinen Fuß gefasst. Es wird unsere Aufgabe sein, in nächster Zeit auch diese Gebiete zu bearbeiten und zu versuchen, die Organisation aufzubauen.

In Süddeutschland macht sich allmählich eine Bewegung in Feuerbach bemerkbar, das zusammen mit einigen Orten uns schon angegliedert war, die aber dann, als die Hamburger Idee auftauchte, ihren Austritt erklärten, weil man mit dem Nationalbolschewismus nichts zu tun haben wollte.

Im Bezirke Nordwest ist die einzige Stütze Wilhelmshaven. Bremen liegt darnieder. Dort sind gar keine organisatorischen Kräfte für uns tätig. Man hat versucht, dort öffentliche Versammlungen einzuberufen, in denen Laufenberg und Wolffheim reden sollten. Aber durch diese Referate wurde die Versammlung auseinandergesprengt, Unkosten wären M 1.500.-- und Bremen war dem Zusammenbruch nahe. Wie dort oben eingzugreifen ist, wird die Zukunft lehren. Ich weiß nicht, wie die Verhältnisse dort jetzt gediehen sind.

In Hamburg sieht die Lage sehr traurig aus. Man hat uns immer 5 - 8.000 Mitglieder angegeben. Ich war selbst in Hamburg und habe gesehen, dass nur 2000 auf dem Papier stehen. Von diesen 2.000 Mitgliedern besuchen ca. 4 - 500 nur noch die Mitgliederversammlungen. Die K.A.Z. wird in ca. 800 Exemplaren abgesetzt. Die übrigen wandern ins deutsche Wirtschaftsgebiet und ins Ausland. Für die Zeitung kann jeden Augenblick der Zusammenbruch erwartet werden. Die Verhältnisse in Hamburg sind sehr trübe und wer das Bild in sich aufgenommen hat, der muss sagen, dass es zu bedauern ist, dass ein solcher Stützpunkt von Anfang an zerschlagen ist. Man hat sich auf Theorie festgelegt und die Folge war, dass die Arbeiterschaft die Organisation verlassen hat. Ich habe mich nicht etwa innerhalb der Reihen der Opposition, sondern bei Anhängern Laufenbergs und Wolffheims nach der Lage erkundigt und ein jeder der Genossen hat mir dieses traurige Bild gezeichnet. Ich habe auch mit Mitgliedern des Aktionsausschusses gesprochen. Einige zeichneten das Bild noch trauriger als ich die Lage geschildert habe. Wenn



die Organisation der K.A.P.D. sich genauso orientieren sollte, dann wäre das auch das Schicksal der übrigen Bezirke geworden. Dagegen musste man Sturm laufen. Einzelne Genossen haben ihre Mitgliedsbücher auf das Sekretariat gebracht, in einzelnen Bezirken besuchte man die Bezirksabende überhaupt nicht mehr.

Wenn wir so das allgemeine Bild nehmen, dann ist noch Vieles abzuändern und wir haben alle Kräfte anzuspannen, um das zu werden, was wir sein wollen. Es hat keinen Wert, zu glauben, dass man mit Phrasen eine Organisation aufbauen kann. Der Hebel muss an der Kleinarbeit einsetzen. Nicht dadurch, dass man nur große Versammlungen einberuft, es muss auch organisationsmassig hinterher gegriffen werden. Darum sage ich, wir müssen jetzt aufpassen, uns enger zusammenschließen, um in den kommenden Aktionen auch gewappnet zu sein.

### *Kassenbericht*

gibt E. (Erdmann) [Emil SACH] - Berlin: Ich will zunächst einen ganz geschäftlichen Kassenbericht geben und will die Zahlen, soweit erforderlich erklären. Ich bitte, nach Unklarheiten zu fragen, da ja auch die Revisoren anwesend sind.

An Einnahmen hatten wir von April - Juli 28.984,50 M. Diese Zahl mag schon aussehen, es soll aber gleich gesagt werden, dass im April M 2.500.-- gebettelte Gelder dabei sind, in der Maisumme stecken ca. M 5.000.- der gleichen Gelder. Der Betrag für Juni, M 6.555,50 enthält allein M 4.000,- allein von Berlin. Einnahmen für Juli 8.193,60. Zu diesem Betrage haben die einzelnen Bezirke schon beigetragen. Ca. M 4.000.-- waren von Berlin. Ich will hervorheben, dass Hannover die ersten waren, die ihrer Pflicht neben Berlin nachkamen.

### Zeitungen und Broschüren:

April ..... M 1.690,70

Das war die Nr. 89, die Berlin nicht herausgab, dadurch hatten wir eine kleine Einnahme, weil Hamburg M 1.000.-- als Gründungsfond zugab und wir in der Lage waren, gleich etwas zu arbeiten.

Mai ..... M 10.108,65

Darunter war auch freiwillig gegebenes Geld.

Juni ..... M 14.490,90

Von Juni ab kristallisiert sich allmählich ein gesunder Aufbau in den Ortsgruppen. Sie fangen an, zu bezahlen, wenn sie auch noch zuviel Abzüge machen.

Juli..... M 16.312,90

Im Juli haben wir das Fundament für gleichmäßige Zug-um-Zug Abrechnung.

Gesamteinnahme April - Juli ..... M 42.003,15

### Diverse Einnahmen:

April ..... M 1.220.--

Darunter ist zu verstehen, dass jemand sein Reisegeld vom Bezirk wieder zurückbekam und es der Zentralkasse wieder abführte.

Mai ..... M 135.--

Juni ..... M 1.500.--

Der letzte Betrag resultiert aus dem Verkauf einer Druckmaschine.

Juli..... M 220,20

Gesamt April-Juli... M 3.075,20

Die Gesamteinnahmen betragen:

Gründungsfonds, Beiträge, etc. M 28.934,50

Zeitungen, Broschüren .....M 42.603,15

Diverse Einnahmen .....M 3.075,20

Zusammen ..... M 74.662,85

Davon wurden vom Schuldkonto im April-Mai M 2.120.-- abgerechnet.

Ausgaben:

- Zeitungen & Broschüren.

April ..... M 2.019,70

Mai .....M 13.799,60

Juni ..... M 16.367,75

Juli ..... M 17.191,75

M 49.378,80

- Reise, Agitation, etc.

April ..... M 2.260.--

Mai ..... M 2.795.--

Juni ..... M 1.600.--

Juli ..... M 2.029,80

8.684,80

- Diverse Ausgaben

April..... M 231,80

Mai..... M 675,80

Juni ..... M 1.028,10

Juli ..... M 687,15

M 2.622,85

Die Gesamtausgaben betragen:

Zeitungen und Broschüren...M 49.378,80

Reise, Agitation etc., ..... M 8.684,80

Diverse Ausgaben ..... M 2.622,85

Schuldkonto ..... M 2.120,--

Gehälter April-Mai ..... M 10.709,--

M 73.506,45

Am 31. Juli betrug der Kassenbestand.... M 1.156,40, sodass zusammen wiederum die Summe von M 74.662,85 herauskommt.

Soweit dieser Bericht. Als Schuldforderung an die Partei bestehen noch M 11.110.--. Das bedeutet, dass die Partei nicht etwa diesen Bestand in bar hat, sondern de sie ca. M 9.500.- Schulden hat. Von diesen M 11.110.-- bekommt die Berliner Organisation allein M 7.000.-- für Zeitungen und gelieferte Broschüren.

Was ich jetzt sagen werden, soll nicht persönlich klingen, aber glaubt ja nicht, dass ich schwarz in schwarz male, sondern es sind nackte Tatsachen, Zahlen, die ihr euch überlegen müsst, von denen das Sein oder Nichtsein der Partei abhängt. Wenn binnen 14 Tagen keine Änderung eintritt, wenn in dieser Zeit nicht die Möglichkeit geschaffen wird, dass wir einigermaßen unseren Verpflichtungen nachkommen, dann kann ich das nicht mehr verantworten. Es ist gesagt worden, dass die Gründungsmarken restlos abzurechnen sind, dass versucht werden müsse, Kampffondsmarken abzusetzen. Was ist davon geschehen? Viele theoretische Haarspaltereien haben stattgefunden, aber praktische Resultate inbezug auf die Kassenverhältnisse herausgekommen.

*(Redner geht sodann auf die Verhältnisse in verschiedenen Bezirken ein und unterbreitet dem Parteitag alsdann folgende:)*

### Resolution

Der Parteitag beschließt in Anbetracht dessen, dass der Geschäftsführende Hauptausschuss nicht in der Lage ist, mit den 50-Pfennig-Pflichtbeiträgen auszukommen, den Pflichtbeitrag auf 75 Pfg. pro Mitglied und Monat festzusetzen.

Ferner verpflichten sich die Wirtschaftsbezirke, die Kampffondsmarken umzusetzen und nach Möglichkeit sofort restlos der Hauptkasse zuzuführen. - Desgleichen wird erwartet, dass die Gründungsfondsmarken von den Wirtschaftsbezirken sofort abgerechnet werden.

Diejenigen Mitglieder, die in der Arbeit stehen und bis 31. August 1920 keine Gründungsfondsmarken geklebt haben, sind aus der Partei auszuschließen.

Der Parteitag verpflichtet sich, sich mit allen Mitteln dafür einzusetzen, dass der finanzielle Grundboden, eben das Fundament der Partei, gesichert wird.

E. (ERDMANN) [Emil SACH] – Berlin.

G. (GOLDSTEIN) - Berlin: Kasse und Bücher sind geprüft gleichfalls die Belege. Es ist alles in Ordnung befunden worden. Ich beantrage daher Entlastung des Kassierers.

H. (HEYNEMANN) - Dresden: Nach diesem Kassenbericht sind auch wir da-von überzeugt, dass etwas geschehen muss. Über die Ausführungen der beiden Redner haben wir keinerlei Einwendungen zu machen. Wir haben geglaubt, dass durch ein Umlageverfahren bessere Zustände einkehren würden. Wir glauben nunmehr aber selbst, dass die Durchführung doch zu wünschen übrig lassen wird.

Sp. (SPINNRATHS) - Rheinland: beantragt Schluss der Debatte.

*Der Antrag wird abgelehnt.*

Dafür wird ein Antrag auf Beschränkung der Redezeit auf 10 Minuten angenommen.

An Anträgen zum Organisationsstatut stehen zur Debatte

1. Das Organisationstatut vom Gründungsparteitag, veröffentlicht in der Berliner KAZ, Nr. 90, 23 April 1920.
2. Sämtliche Abänderungsanträge, gleichfalls veröffentlicht in der Berliner KAZ, die den Delegierten vorliegen.

H. (HELLWIG?) - Leipzig: Durch die schäbige Handlungsweise des Spartakusbundes haben wir die Prozesskosten für 3 verhaftete Genossen bezahlen müssen, die früher dem Spartakusbund angehört hatten. M 800.-- haben wir zur Errichtung der A.A.U. geliehen. Sollten wir das Geld noch einmal wieder bekommen, werden wir es restlos der Hauptkasse zuführen.

D. (DREBETZKI) - Osthavelland: Mit Referenten sind wir immer im Stich gelassen worden, das muss besser werden.

R. (RASCH) - Berlin: Vom Bezirk Niedersachsen ist der folgende Antrag gestellt worden:

Der Parteitag beauftragt die Zentraleitung :

1. Periodisch und bei besonderen Anlässen allgemeine Flugblätter für das Reich herauszugeben. Sollte sich die Drucklegung infolge finanzieller Schwierigkeiten nicht ermöglichen lassen, dann müssen auf alle Fälle mindestens Flugblattentwürfe den einzelnen Wirtschaftsbezirken zugestellt werden, damit diese selbst Flugblätter drucken lassen.
2. Von Zeit zu Zeit und bei besonderen Anlässen Parolen herauszugeben bzw. einen knappen Überblick über die politische Situation.
3. Regelmäßig Referentenmaterial herauszugeben.
4. Systematische Agitationstouren mit den einzelnen Wirtschaftsbezirken zu vereinbaren.
5. Den Rechtsschutz für die verfolgten Mitglieder zu regeln.
6. Die Flüchtlingsunterbringung und Unterstützung möglichst einheitlich für

das ganze Reich zu regeln.

7. Allwöchentlich in den Organisationszeitungen eine Abhandlung über die auswärtige und innere politische und wirtschaftliche Lage zu bringen.

BEZIRK NIEDERSACHSEN.

An der kurzen Debatte beteiligen sich die Genossen: F. (Minna FASSAUER) - Braunschweig, Th. (THYSSEN) [Johannes GRAUDENZ] - Besetzte Zone, Sch. (SCHWABE?) - Eisenach, A. (ARMBRECHT?) - Hamburg und G. (GEIGER) - Wilhelmshaven, die sich mit den Details des Kassenberichts beschäftigen.

*Ein Schlussantrag G. (Goldstein) - Berlin wird mit 21 gegen 11 Stimmen angenommen.*

R. (RASCH) - Berlin: Wir kommen dann zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge. Es besteht wohl kein Zweifel darüber, dass folgender Antrag Berlins in den Abänderungsanträgen der weitest gehende ist, der besagt:

„Den organisatorischen Aufbau der Partei in der alten Form gemäß des Organisationsstatuts beizubehalten.“

Widerspruch dagegen erhebt sich nicht. Wir kommen dann zur Abstimmung. *Das alte Organisationsstatut ist mit 22 gegen 13 Stimmen angenommen.*

Zur Abstimmung über den Antrag Niedersachsen wird beantragt, über die einzelnen Punkte getrennt abzustimmen.

Die Abstimmung über die Resolution Niedersachsen ergibt:

Absatz 1: angenommen gegen 1 Stimme.

Absatz 2: angenommen gegen 5 Stimmen

Absatz 3: angenommen einstimmig

Absatz 4: angenommen einstimmig

Absatz 5: angenommen – Bezirk Nord enthält sich

Absatz 6: angenommen einstimmig

Absatz 7: angenommen einstimmig

Die Unterstützungskommission verlangt, dass jetzt noch folgender Antrag von ihr zur Abstimmung gelangt:

„Als Vorort gilt weiterhin Berlin“,

und

"Da wir keine 'Führerpartei' im üblichen Sinne des Wortes sind, werden die Genossen in allen Wirtschaftsbezirken verpflichtet, jede absichtliche und unnütze Propaganda mit Namen sehr bekannter Genossen, lediglich um des zugkräftigen Namens willen, zu unterlassen.“

*werden gegen 1 Stimme angenommen.*

R. (RASCH) - Berlin: Damit kommen wir zum

6. Punkt der Tagesordnung:

### **Wahlen**

Zu wählen sind die Mitglieder des Geschäftsführenden Hauptausschusses, und zwar 3 besoldete, und 4 unbesoldete. Die letzteren aus den einzelnen Wirtschaftsbezirken. Ferner haben wir die Unterstützungskommission zu wählen.

von G. (GOLDSTEIN) - Berlin: Die Fraktion der Berliner Delegation schlägt Ihnen vor für die besoldeten Posten die Genossen R. (RASCH), E. (ERDMANN) und Schw. (SCHWAB).

*Der Parteitag wählt diese Genossen einstimmig.*

Wir kommen dann zur Wahl der 4 unbesoldeten Mitglieder. Sie wären aus verschiedenen Bezirken zu wählen.

K. (KOHN) - Hamburg: Wir verzichten auf ein Mandat; wir schlagen den Genossen Sch. - Eisenach vor.

R. (RASCH) - Berlin: Wir können nur solche Leute wollen, die auf dem Boden unserer Partei stehen.

Sch. (SCHWABE?) - Eisenach: Davon ist nicht abhängig meine Stellung zu den theoretischen Fragen.

Th. (THYSSEN) [Johannes GRAUDENZ] - Besetzte Zone: Dann ist die ganze Arbeit im Hauptausschuss unmöglich.

H. (Carl HAPP) - Hamburg: Die anwesenden 6 Delegierten können einen Vertreter Laufenberg-Wolffheim in den Zentralausschuss entsenden. Ich frage deshalb an, ob der Parteitag gewillt ist, diesen 6 Delegierten diesen einen Vertreter zu gewähren. Tut er das nicht, erklären wir, dass sich die Mitgliedschaften als nicht zur Partei gehörig betrachten.

R. (RASCH) - Berlin: Die K.A.P.D. kennt keine Richtung Laufenberg-Wolffheim. Sie hat diejenigen, die theoretisch auf dem Standpunkt dieser beiden Genossen stehen, als außerhalb der Partei stehend angesehen. Damit ist die Angelegenheit erledigt. Es sind also vorgeschlagen und haben angenommen:

Sch. (SCHWABE?) - Eisenach,

R. (RÜHLE) - Dresden (Vertreter H. (HEYNEMANN) - Dresden)

M. (MERGES) - Braunschweig (Vertreter G. (GOTTBERG) - Hannover)

W. (WEYL?) - Elberfeld, und

H. (HELLWIG) - Leipzig.

Der Vorschlag Sch. - Eisenach wird mit 27 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

*Darauf werden die übrigen 4 Genossen en bloc gewählt.*

Kr. (KRANNICH) - Hamburg: erklärt, dass sich der Bezirk Nord der Stimme enthält.

Ah. (AHLERS) - Hamburg: Wie die Abstimmung gewesen ist, ist es möglich gewesen, dass nur eine Fraktion in den Ausschuss gekommen ist. (Zuruf: Sabotage!)

Th. (THYSSEN) [Johannes GRAUDENZ] - Besetzte Zone: Mir ist mitgeteilt worden, dass der Genosse A. die Absicht hätte, die Verhandlungen aufzuhalten. Ich bitte die Hamburger im Interesse ihres eigenen Ansehens, diese Provokationen des Parteitages zu unterlassen.

R. (RASCH) - Berlin: Wir kommen dann zur Wahl der Unterstützungskommission.

Sch. (SCHWABE?) - Eisenach: beantragt, dass die Berliner Delegierten die Kommission selber wählen.

Widerspruch dagegen erhebt sich nicht.

Das Gehalt der drei besoldeten Mitglieder des Hauptausschusses wird mit 20 gegen 10 Stimmen auf M 1.600.-- festgesetzt. Bezirk Nordwest enthält sich der Stimme.

*Damit ist auch dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.*

R. (RASCH) - Berlin: Inzwischen kann ich Ihnen den von der niedergesetzten Kommission verfassten Aufruf verlesen. Er lautet:

#### AUFRUF AN DAS PROLETARIAT DEUTSCHLANDS!

Arbeiter! Klassengenossen! Den wütenden zusammengefassten Angriffen des Weltkapitals und seiner Helfershelfer gegen Sowjetrussland ist durch die vernichtende Niederlage Polens durch das siegreiche Vordringen der Roten Armee auf Indien zu und am Schwarzen Meer die Spitze abgebrochen. Die nächste Auswirkung des Vernichtungswillens des Weltkapitals ist die systematische Organisation des weißen Schreckens. In Ungarn und Polen, in Amerika und Indien rast die Bestie des Weißen Terrors. - In Deutschland findet dieser Vernichtungswille im Entwaffnungsgesetz seinen Niederschlag. Das Entwaffnungsgesetz bedeutet die gesetzliche Festlegung des weißen Terrors, auf Befehl des Ententekapitals, mit Einverständnis, d.H.) der deutschen Bourgeoisie, um das revolutionäre Proletariat niederknüppeln zu können. Nur revolutionäre Arbeiter, nicht Bourgeois werden die Stacheln dieses Ausnahmegesetzes zu spüren haben.

Lasst euch nicht betören von denen, die euch glauben machen wollen, die Entwaffnung der Reaktion müsse der Entwaffnung des Proletariats vorausgehen, denn die Entwaffnung der Revolution kann nur das Werk der Revolution sein. Darum muss die Parole lauten: Arbeiter, liefert euch nicht kampflös der Reaktion aus!

Das Weltkapital bereitet sich vor auf den Entscheidungskampf zwischen Kapital und Arbeit, trifft die Vorbereitungen zur restlosen Vernichtung des revolutionären Denkens und Wollens. Ober allem steht als flammendes drohendes Zeichen für das Proletariat die Worte des Kommunistischen Manifestes: "Entweder Kommunismus oder Untergang in Barbarei"

Auf uns Proletarier Deutschlands sind die Blicke der russischen Brüder, sind die Blicke der Proletarier aller Länder gerichtet. Deutschland ist das stärkste Bollwerk der Weltreaktion und damit der Schlüssel zur Weltrevolution. Seien wir uns unserer

weltgeschichtlichen Aufgabe bewusst! –

Der Versailler Friedensvertrag, Spa, Entwaffnungsgesetz und anderes sind nur die Vorbereitungen zum entscheidenden Schlag gegen das Proletariat. Das erkennen, heißt die Aufgabe des Proletariats in diesem Augenblick begreifen. Enger und drückender zieht das Kapital die Schlinge um den Hals des Proletariats. Zerreißen wir sie, ehe sie uns erwürgt!

Nicht Protestversammlungen und Resolutionen, die Tat ist das Gebot der Stunde! Hinweg mit Kompromissen und Verhandlungstaktik! Hinweg mit theoretischen Haarspaltereien. Es gibt keine Verständigung. Kampf lautet die Parole. Los von den Banden der Lohnsklaverei.

Es gilt hervorzutreten aus der Untätigkeit. Wir wollen nicht länger den Macht und Herrschaftsdünkel einer kleinen Clique von Besitzenden. Restlose Vernichtung der bürgerlich-kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsweise ist und muss sein das Ziel unseres Kampfes. Nur auf den Trümmern der alten Welt kann die neue werdende Welt des Kommunismus erstehen.

Die Stunde der Entscheidung naht. Kommt dem Vernichtungsschlage des Weltkapitals zuvor! Schließt einen Block mit den Pionieren der Weltrevolution. Kämpft Schulter an Schulter mit Euren Klassengenossen, nicht für die Interessen einer Partei, sondern für den Kommunismus, der nicht den Wünschen einer Partei, sondern den Interessen des Weltproletariats entspricht. Für die Diktatur des Proletariats! Für die komm. Internationale! Für das Rätesystem! Gegen Knechtschaft und Tyrannei! Vorwärts zur Menschheitsbefreiung! Es geht um die Zukunft der Arbeiterklasse. Auf zur Tat!

Es lebe die Weltrevolution!

*Der Aufruf ist gegen 4 Stimmen angenommen.* Ich erteile nunmehr das Wort zum

#### Referat über die Politische Lage dem Genossen

Schw. (SCHWAB) – Berlin: Der Aufruf, den Sie soeben gebilligt haben, spricht ja eigentlich schon, wie die politische Lage ist. Die politische Lage kennzeichnet sich zur Zeit am besten dadurch, wenn man sich klar macht, dass die Bourgeoisie in zwei einander widerstrebende Fraktionen gespalten ist. Und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch im Lager der Entente. Es ist dies die eine Fraktion, zu der die Militaristen und Schwerindustriellen gehören, jene Fraktion, die bei uns die Reaktion bewaffnet, welche in Bayern für die Beibehaltung der Einwohnerwehren eintritt, nach Ungarn Fühlung nimmt und die in England die schwächere Fraktion und Polen kriegerische Unterstützung leisten will. Die führende Macht der Bourgeoisie, die den Kampf will, ist die französische Bourgeoisie und zwar deshalb, weil sie sich bedroht sieht von einem wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch, weil sie keine Zeit mehr hat, auf die friedlichen Methoden der englischen Fraktion zu warten. Die andere Richtung ist diejenige, die in England durch Lloyd George, in Deutschland durch die Demokraten vertreten wird. Es ist die Richtung, die da meint, mit dem auf der Tagesordnung stehenden Problem der Weltrevolution noch einmal mit Verhandlungen fertig werden zu können. Diejenige Fraktion, die zu derartigen Verhandlungen und Handelsmethoden noch Zeit hat, die also auch geführt ist von der englischen Bourgeoisie, die von dem Zusammenbruch der westeuropäischen Wirtschaft noch viel weniger bedroht ist. Man kann es wohl glauben, dass es unseren deutschen Mittelparteien ernst ist mit der neutralen Anwendung des Entwaffnungsgesetzes, dass sie ganz gerne möchte,



nach beiden Seiten hin zu entwaffnen und sich an dem englischen Geschäft in Russland zu beteiligen. Es muss aber klar sein, dass diese Fraktion auf die Dauer nicht siegen kann, und zwar deshalb nicht, weil sie keine Machtmittel in der Hand hat. Die materiellen Machtmittel sind in den Händen der extremen Rechten, während das Kampfmittel der Massenaktionen in den Händen der Arbeiterschaft liegt. So wird diese Fraktion der Verhandlungen im Kampfe zwischen den wirklichen Mächten zerrieben. Die Unterstützung der reaktionären Fraktion hat sich hauptsächlich in Ungarn lokalisiert, in Bayern und Ostpreußen. Von Ungarn und Bayern aus wird man versuchen, einen reaktionären Block zu schaffen, der Deutsch-Österreich zwischen sich erdrückt. Es ist dort das gerade Gegenteil zu unserer Situation, wo im Laufe der Zeit der Block geschaffen wird, der als revolutionärer Block zwischen sich den 3. reaktionären Vorposten, den polnischen Adel und die polnische Bourgeoisie, zerdrücken wird. Eins der Hauptgebiete muss notwendigerweise das Oberschlesische Gebiet sein; denn nur auf seiner Basis werden sich die wirtschaftlichen Kräfte finden lassen, die zu einer jeden Kriegsführung notwendig sind. Auf der anderen Seite, wo das Kohlengebiet des Westens liegt, muss man damit rechnen, dass die dortige Basis in die Hände der Reaktion fällt. Das heutige 12-Uhr Mittagsblatt bringt eine glaubhafte Nachricht, wonach die Polen Vorbereitungen zu Hilfe für Polen treffen und an der Grenze bereits große Massen von Eisenbahnern angesammelt haben, weil sie natürlich damit rechnen, dass in Deutschland ein Widerstand der Eisenbahner losbrechen wird, französische Truppen durch Deutschland zu transportieren. Diesen Widerstand werden sie zu brechen versuchen durch eigenes Personal. Wir müssen deshalb damit rechnen, dass die durch ihre schwere Lage zu einem raschen Losschlagen gedrängte französische Bourgeoisie doch in der nächsten Zeit vordringen wird, und dass wir dann von Westen her den reaktionären Kampf ins Land getragen bekommen.

Unsere innere Lage ist demgegenüber konzentriert um die Frage des Entwaffnungsgesetzes. Ich möchte wünschen, dass wir noch Zeit haben werden, gegen das Gesetz ein großes Manöver zu inszenieren, wenn wir auch damit rechnen müssen, dass wir die Zeit dazu nicht mehr haben werden. Es wäre besser, wir hätten sie. Denn ich glaube nicht, dass unsere Organisationen für den wirtschaftlichen und militärischen Kampf soweit vorbereitet sind, dass sie den Kampf mit gutem Gewissen und mit klarer Zuversicht aufnehmen könnten. Es wäre, glaube ich, besser, wenn wir das Interesse auf die Entwaffnungsaktion konzentrieren konnten, und dann sehen würden, wo noch die Schwächen unserer Organisationen stecken, wo etwas auszubessern ist, dass wir in der Lage sind, die Massen der U.S.P. zu uns zu bringen. Wir müssen unser Augenmerk darauf richten, dass wir keine Phase vorübergehen lassen, um durch direkte Verbindung mit den Proletariern diesen klar zu machen, wie sie von ihren Instanzen der U.S.P. gehemmt und verraten werden. Wir wissen ja bereits im Voraus, dass es so kommen wird und wir fesseln die Massen immer fester an unsere Parolen. Wenn wir an die Möglichkeit denken, dass uns die reaktionäre Aktion vom Westen her ins Land getragen wird, dann müssen wir uns noch einen Augenblick auf eine zweite Gefahr besinnen: auf die Gefahr eines nationalen Rausches und einer Betäubung, die unter Umständen dann durch das Land gehen wird. Wir können sicher sein, dass die Militärs alles versuchen werden. Die Politik, die in den reaktionären Zeitungen getrieben worden ist, war deutlich sichtbar eine Vorbereitung zu einem Bündnis mit Russland gegen den Westen. Die Interessen der Militärs liegen ganz klar auf einer Linie, und die können sie nur durchführen, wenn ihnen ein Durcheinander der Gedanken bei uns gelingt, das die Massen in einen Krieg gemeinsam mit Russland gegen den Westen zieht. und zwar unter der Führung reaktionärer Militärs. Diese realistische Gefahr ist es, die wir nicht unterschätzen dürfen. Deutschland besteht nicht nur aus Industriestädten. Auf dem platten Lande ist die nationale Ideologie noch tief eingewurzelt. Es werden die Freiwilligen vom platten Lande herbeiströmen. Auf diese

Gefahr müssen wir vorbereitet sein und verhindern, dass diese Situation von der alten herrschenden Kaste ausgenutzt wird, um sich wieder in den Sattel zu setzen. Die Hamburger Politik trägt in der gefährlichsten Weise dazu bei, diese reaktionäre Politik zu unterstützen.

Es besteht die Tatsache, dass verzettelte Aktionen eine der schwersten Gefahren für das Proletariat sind. Es ist der Grundsatz der Militärs von je her gewesen, die Truppe, die einzeln marschiert, niederzuschlagen, bevor sich die Heere sammeln. Diese Theorie ist unsere Reaktion in Fleisch und Blut übergegangen und es ist klar, dass sie danach handeln wird. Die Parolen für den Zeitpunkt müssen also klar sein, damit der Feind nur auf die einheitliche Front steht, und nirgendwo die Möglichkeit findet, der Reihe nach einzelne Gruppen aufs Haupt zu schlagen. Diese Frage des Zentralismus muss man nicht nur von dem Standpunkt betrachten wie bisher, sondern von diesem rein praktischen Standpunkt. Ich glaube, wenn wir in den kommenden Kämpfen nicht zu schnell und nicht zu langsam vorwärts marschieren, können wir zu einem ersten Ziele kommen. Möge uns der nächste Parteitag vorfinden in der noch viel schwereren Situation: in der wir uns das Erlangte zu bewahren haben. *(Beifall)*

D. (DYCK) - Ostpreußen: ergänzt die Ausführungen durch die Schilderung der Zustände in Ostpreußen. Wie im ganzen Reiche, so erwarten auch dort die Arbeiter unmittelbar die Aktion. Auch in Gewerkschaftskreisen findet man heute die Ansicht, dass das Proletariat vor der letzten Aktion steht. Die Arbeiter sind entschlossen, sich gegen die Entwaffnung bis zum äußersten zu wehren.

*Damit schließt die Diskussion.*

7. Punkt der Tagesordnung:

Verschiedenes

werden kleinere Anfragen und Mitteilungen aus den Bezirken erledigt.

R. (RASCH) – Berlin: Wir wären damit am Schluss des Parteitages angelangt. Ich möchte wünschen, dass Sie jetzt, wo Sie Berlin wieder verlassen, im Reiche nicht arbeiten für irgendwelche Dinge, die außerhalb des Rahmens der revolutionären Bewegung liegen, sondern für die Aktion des Proletariats! Die Berliner Organisation hat bisher unglaubliches im Interesse der Partei geleistet. Aber nun müssen auch die übrigen Bezirke ihre Pflicht tun, sonst bricht Berlin zusammen.

Der Parteitag hat einheitlich und fast einstimmig die nationalistischen Tendenzen abgelehnt, trotzdem die Genossen Laufenberg und Wolffheim in einem Schreiben an die amerikanischen Genossen einmal gesagt haben, die K.A.P.D. habe sich gebildet auf die Initiative dieser beiden Genossen infolge ihrer theoretischen Einstellung. Mit dem Beschlusse des Parteitages ist bewiesen: die K.A.P.D. steht geschlossen gegen diese Dinge und sie wird es sich nicht mehr gefallen lassen, von jenen sich ihre Organisation zerrütten und zerstören zu lassen. Wir werden aufbauen und nicht in ein derartiges Chaos versinken. Unsere Pflicht ist es, Hand anzulegen und alle kleinen persönlichen Dinge außer Acht zu lassen. Ich hoffe und wünsche, dass jetzt auch Hamburg und diejenigen Bezirke, die für die Auffassung Laufenbergs und Wolffheims gestimmt haben, sich der gefassten Beschlüsse unterstellen werden, dass sie danach handeln und arbeiten werden. Ich hoffe das im Interesse der revolutionären Bewegung.

Wenn Sie jetzt hinausgehen, versuchen Sie sofort die Fäden der Organisation enger

zu spannen. Berichten Sie fortlaufend über das, was in den Bezirken vorgeht in organisatorischer und agitatorischer Beziehung, damit wir in der Lage sind, das auszunutzen im Interesse der Gesamtbewegung. Ich glaube, wenn Sie uns so unterstützen, werden wir auch in der Lage sein, für die Partei das zu erzielen, was im Interesse der Partei liegt.

Wir sind am Schlusse unseres Parteitages. Reiche Arbeit haben wir geleistet. Mancher wird manchmal geglaubt haben: es ist zuviel. Vieles bleibt uns noch zu tun übrig. So werden wir zum Ziele kommen.

Es lebe *(die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen)* die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands!

Es lebe die proletarische deutsche Revolution! Es lebe die internationale Weltrevolution!

*Der Parteitag ist geschlossen*

## ABHÄNGE

### I. Die „loyale Opposition“ der KPD gegenüber dem deutschen Staat

Erklärung der Zentrale der K.P.D. (Spartakusbund).

1. Der Militärputsch der Kapp-Lüttwitz bedeutet den Zusammenbruch der bürgerlich-sozialistischen Koalition. Der proletarische Kampf gegen die Militärdiktatur war ein Kampf gegen die bürgerlich-sozialistische Koalition und hat zum Zwecke, die politische Macht der Arbeiterschaft zu erweitern bis zur vollständigen Ausschaltung des Bürgertums.

2. Die proletarische Diktatur kann aufgerichtet werden nur als Diktatur der ausschlaggebenden Teile des Proletariats und setzt voraus eine starke kommunistische Partei, die getragen wird vom revolutionären Bewusstsein der werktätigen Bevölkerung, die sich zur Diktatur des Proletariats offen bekennt.

3. Das gegenwärtige Stadium des Kampfes, wo dem Proletariat noch keine ausreichende militärische Macht zur Verfügung steht wo die mehrheitssozialistische Partei noch einen starken geistigen Einfluss auf Beamte, Angestellte und bestimmte Arbeiterschichten hat, wo die USPD. die städtische Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit hinter sich hat, ist ein Zeichen dafür, dass die objektiven Grundlagen für die proletarische Diktatur im gegenwärtigen Moment nicht gegeben sind.

4. Für die weitere Eroberung der proletarischen Massen für den Kommunismus ist ein Zustand, wo die politische Freiheit unbegrenzt ausgenützt werden, wo die bürgerliche Demokratie nicht als Diktatur des Kapitals auftreten konnte, von der größten Wichtigkeit für die Entwicklung in der Richtung zur proletarischen Diktatur.

5. Die K.P.D. sieht in der Bildung einer sozialistischen Regierung unter Ausschluss von bürgerlich-kapitalistischen Parteien einen erwünschten Zustand für die Selbstbestätigung der proletarischen Massen und ihr anreifen für die Ausübung der proletarischen Diktatur. Sie wird gegenüber der Regierung eine loyale Opposition treiben, solange diese Regierung die Garantien für die politische Betätigung der Arbeiterschaft gewährt, solange sie die bürgerliche Konterrevolution mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft und die soziale und organisatorische Kräftigung der Arbeiterschaft nicht hemmen wird.

Unter loyaler Opposition verstehen wir: Keine Vorbereitung zum gewaltsamen Umsturz, bei selbstverständlicher Freiheit

der politischen Agitation der Partei für ihre Ziele und  
Losungen.

21. 3. 1920. Zentrale der K.P.D.(Spartakusbund)\*

---

\* *Rote Fahne* vom 26. März 1920. (In: *Die K.P.D. im eigenen Spiegel*, K.A.P.D. Verlag, Berlin, 1926, S. 17-18)

## II.

Jan APPEL & Franz JUNG

### **BERICHT DER NACH MOSKAU ENTSANDTEN DELEGATION (9. JULI 1920)\*\***

Unsere Delegation gründete sich auf die Einladung der Exekutive der III. Internationale an die „Opposition“, zwei Delegierte nach Moskau zu entsenden. Die „Opposition“ hatte sich inzwischen zur „Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands“ zusammengeschlossen und der Gründungsparteitag hatte auf Grund der Einladung beschlossen, eine Delegation nach Moskau zu senden. Das „Westeuropäische Sekretariat“ hatte der „Opposition“ vorher mitteilen lassen, daß es Anweisung erhalten habe, den Reiseweg für die Delegierten zu schaffen, desgleichen die finanziellen Mittel für die Reise zur Verfügung zu stellen. Auf eine Anfrage der Delegation bei dem W.S. wurde mitgeteilt, daß es nicht möglich sei, vor Anfang Juni einen Reiseweg zu beschaffen. Da die speziellen Aufgaben der Delegation im Hinblick auf die politische Situation ganz besonders dringlicher Natur waren, und insbesondere die einsetzende Wahlpropaganda des Spartakusbundes auf Kosten der neugegründeten K.A.P.D. gehen sollte, was zu einer weiteren Zermürbung der Front des revolutionären Proletariats in Deutschland führen mußte, so beschlossen wir, uns einen eigenen Weg zu suchen und auf die Beihilfe des W.S. zu verzichten.

Die Aufgaben der Delegation gliederten sich nach folgenden drei Gesichtspunkten:

1. Die Berichterstattung über die politische Lage und über die Entwicklung der sozialen Revolution in Deutschland.
2. Berichterstattung über die Gründung der Partei und über die Stellung der Partei, mit dem Hinblick auf den Beschluß, sich vorbehaltlos auf den Boden der III. Internationale zu stellen.
3. Aussprache über die Propagandatätigkeit, und Vorschläge zu unterbreiten für die stärkere Betonung des kommunistischen Gedankens, des Gemeinschaftsgefühles gegenüber der bürgerlichen Ideologie innerhalb der allgemeinen Propaganda. Wir haben dem W.S. in einer gemeinsamen Aussprache, die anlässlich der Gründung unserer Partei stattfand, auch von den speziellen Aufgaben unserer Delegation bereits Kenntnis gegeben.

Wir stellen fest, daß im allgemeinen unter den russischen Genossen, auch unter denjenigen, die unsern Standpunkt grundsätzlich nicht teilen und bekämpfen, lebhafteste Befriedigung darüber herrschte, die Gelegenheit zu haben, mit offiziellen Mitgliedern der „Opposition“ persönlich sich über alle schwebenden Fragen der deutschen Revolution aussprechen zu können. Man muß „offizielle“ betonen, da abgesehen von einigen ehrlichen und tüchtigen Genossen, die aus Gründen der Illegalität bei den russischen Genossen Zuflucht fanden, Abenteurer und Hochstapler, die zum Teil gewaltsam aus der deutschen kommunistischen Bewegung entfernt worden sind, sich einen Weg nach Rußland gebahnt haben und sich dort als Vertreter der deutschen „Opposition“ eingeführt hatten. Obschon es natürlich den russischen Genossen nicht schwer war, bald den wahren Charakter dieser Elemente zu durchschauen, so haben sie doch eine heillose Verwirrung, sowohl über die Grundlage der Spaltung wie über die wahren Ziele der Opposition angerichtet, ein Moment, das uns die Tätigkeit unserer Berichterstattung von vornherein erschwert hat. Rechnet man hinzu, daß auch die Zentrale des Spartakusbundes sowie das W.S., insbesondere im Laufe des Jahres 1919 alles getan haben, um über die Heidelberger Konferenz und über die Ziele der „Opposition“ eine möglichst falsche Darstellung zu

---

\* Dieser (anonym erschiene) Delegationsbericht wurde in der Flugschrift *Das Exekutivkomitee der 3. Internationale und die Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands*, Verlag der KAPD, Berlin (Juli 1920), S. 3-6, veröffentlicht. Reprint in *Sklaven*, Nr. 42, BasisDruck Verlag, Berlin, November 1997, S. 15-19. (<http://www.basisdruck.de/>)

verbreiten, indem besonders alle die „Opposition“, die ja gar nicht organisch zusammengefaßt war, kompromittierenden Ausführungen einzelner unverantwortlicher Personen sorgfältigst gesammelt nach Moskau gesandt wurden, während Material über die sich allmählich herauskristallisierende Notwendigkeit des organischen Zusammenschlusses der „Opposition“, Material über die sich kristallisierenden Ziele und Aufgaben der K.A.P.D. aus der Opposition heraus, niemals nach Moskau gekommen ist. Wir bedauern, sagen zu müssen, daß auch wir selbst keinerlei schriftliche Festlegungen bei uns hatten als den Bericht des Parteitages und einen Zeitungsartikel, der sich in allgemeinen Umrissen mit dem Programm der K.A.P.D. befaßte. Der Fehler, den wir und die Partei begangen haben, so wenig Gewicht auf die Ausarbeitung einer Analyse der Entwicklung der sozialen Revolution in Berücksichtigung der Partei- und Organisationsbewegung innerhalb der Arbeiterschaft zu legen, mag erklärlich erscheinen, wenn man die scharfen und zermürbenden Auseinandersetzungen mit Personen und Ansichten innerhalb der kommunistischen Bewegung in Deutschland, wenn man die Angriffe und Verleumdungen berücksichtigt, gegen die jeder Einzelne sich fortgesetzt zu wehren hatte. Es mag erklärlich erscheinen, aber es entschuldigt uns nicht; denn das Fehlen solcher Analyse, die von uns gegeben und mitgebracht hätte werden müssen, hat der Delegation in den Verhandlungen mit der Exekutive sehr geschadet.

Wir haben nun die uns zur Verfügung stehende Zeitausgiebig benutzt über unsere Aufgaben mit den russischen Parteiinstanzen, mit der Exekutive der III. Internationale, mit einzelnen russischen Parteigenossen, sowohl führenden wie einfachen Mitgliedern der Partei und schließlich mit den Vertretern der Bruderparteien im Ausland, die teilweise als Vertreter ihrer Partei im Büro der III. Internationale waren, teilweise zur Information Vertreter nach Moskau gesandt hatten, teilweise auch gegenüber der dritten Internationale eine ablehnende Haltung einnahmen, zu sprechen. Was unsere erste Aufgabe anlangt, den Bericht über die politische Situation, so können wir auf einen vollen Erfolg zurückblicken. In den Händen der Exekutive befand sich eine Darstellung des Spartakusbundes über die Märzereignisse, die später in der „Kommunistischen Internationale“ veröffentlicht wurde. Wir hatten nicht nötig, über die einzelnen Entstellungen der Tatsachen und irrtümlichen Verurteilung der politischen Lage während des Kapp-Putsches eingehende Gegen Ausführungen zu machen. Die russischen Genossen hatten selbst das Gefühl, daß dieses Machwerk aus der Verlegenheit entstanden war, die Unfähigkeit einer Zentralisierung zu verdecken. Sie wiesen uns selbst auf die sich widersprechenden, hilflosen Entschuldigungen hin, die nur mühsam hinter der Polemik gegen die „Opposition“ sich zu verbergen suchen. Wir können mitteilen, daß dieser Bericht in Rußland allgemeines Kopfschütteln, zum Teil aber auch allgemeine Heiterkeit ausgelöst hat. Da der Bericht in der „Kommunistischen Internationale“ im offiziellen Auftrag des Spartakusbundes veröffentlicht werden sollte, so wurden wir aufgefordert, einen neuen Bericht für die „Kommunistische Internationale“ zu schreiben. Andere und wichtigere Aufgaben traten indessen dazu, so daß wir diesen Auftrag nicht erfüllen konnten. Wir sind zudem der Ansicht, daß wir von dem Angebot, einen Bericht aus Deutschland in der „Kommunistischen Internationale“ zu geben, viel besser in einer neuen Situation Gebrauch machen können. Über dies erschien es uns auch peinlich, vor der gesamten Internationale den deutschen Kommunisten, mögen sie auch gespalten sein, das Armutzeugnis ausstellen zu müssen, selbst über die gegenwärtig wichtigste Frage: das Moment der Reise der Revolution -verschiedener Ansicht zu sein. Besonders beeinflußt wurde dieser Beschluß auch dadurch, daß die russischen Genossen unsern Standpunkt über die revolutionäre Reise in Deutschland voll und ganz teilten. Sie erklärten wörtlich, darunter insbesondere auch Karl Radek, der als der Stützpunkt des Spartakusbundes in Moskau anzusehen ist, daß dem Spartakusbund neue Anweisungen und Richtlinien übermittelt werden würden für die Beurteilung der revolutionären Situation in Deutschland. Im Zusammenhang damit behandelten wir auch die Frage der Einigung der gesamten revolutionären Arbeiterschaft für die Eroberung der politischen macht in Deutschland. Es wurde festgestellt, und man kann mit dem Blick von außen auf Deutschland dieser

Ansicht nur ohne jeden Vorbehalt zustimmen, daß die Vorbedingung des Sieges und der Erhaltung der gewonnenen politischen Macht die Einigung der revolutionären Arbeiterschaft ist. Von Moskau gesehen, und von uns vollinhaltlich bestätigt, sieht man die Situation für eine Einigung der Arbeiterschaft, die um die Diktatur des Proletariats kämpft, nicht unter so großen Schwierigkeiten, wie das vom Inlande selbst aus erscheint. Die Entwicklung der ökonomischen und politischen Verhältnisse zwingt die Arbeiterschaft über kurz oder lang zusammen, indem sie gewisse grundsätzliche Kampfparolen schafft, die die Grundlage für eine gemeinsame Aktion bilden können, wenn die Arbeiterschaft sich zu dem Selbstbewußtsein durchringt, die persönlichen Gehässigkeiten der Führer untereinander, die Spitzfindigkeiten in der gewaltsamen Differenzierung revolutionärer Taktik zu verhindern oder zum mindesten an zweite Stelle zu rücken. Solche Richtlinien sind in Deutschland bereits vorhanden, so die Bewaffnung der Arbeiterschaft und die Entwaffnung der Reaktion, der Kampf der Arbeiterschaft um die Beherrschung der Produktion. Die taktischen Unterschiede der Parteiprogramme mögen im einzelnen noch so bedeutend sein, grundsätzlich ist eine Einheitsfront der überwiegenden Mehrzahl der deutschen Arbeiterschaft hierfür bereits gegeben. Wir erklärten uns gern bereit, bei unserer Partei dafür einzutreten, eine Aktionsgemeinschaft für den Endkampf auf dieser Grundlage fördern zu helfen, wobei wir überdies die Hoffnung aussprachen, daß unsere Partei für die Schaffung einer solchen Aktionsgemeinschaft sicherlich die Initiative übernehmen würde.

Was die Behandlung des 2. Punktes „Berichterstattung über die Gründung der Partei und über die Stellung der Partei mit dem Hinblick auf den Beschluß, sich vorbehaltlos auf den Boden der III. Internationale zu stellen“ anlangt, so standen die offiziellen Verhandlungen unter dem Einflusse der eingangs erwähnten Schwierigkeiten und Mängel. Es fehlten uns, wie gesagt, schriftlich genügend fixierte, - detaillierte Grundlagen über das Parteiprogramm und die Entwicklung der Spaltung, so daß es leicht war, unsere Darstellungen als Einzelmeinungen der Personen aufzufassen und zu behandeln. Es wurden uns die Auslassungen aller möglichen unverantwortlichen Personen, zum Teil aus weitzurückliegender Zeit vorgehalten; und unsere Erklärung, daß die Partei als solche nicht für die Vorgänge aus der „Opposition“ in früheren Monaten verantwortlich zu machen sei, und daß insbesondere die K.A.P.D., die aus der Notwendigkeit wieder zur Aktionsfähigkeit zu gelangen, entstanden ist, sich zu der straffen Organisationsform, erst im praktischen Tageskampf durchringen und festigen muß, wurde nicht der Wert beigemessen, den sie nach unserer Ansicht verdient hätte. Und zwar wurde uns von der Exekutive erklärt, daß keine Veranlassung bestanden hätte, der K.A.P.D. insgesamt mit Mißtrauen zu begegnen. Sie könnten aber im gegenwärtigen Moment doch nicht unserer Organisation das Vertrauen schenken, das an und für sich selbstverständlich gewesen wäre, und zwar auf Grund der Mai-Adresse der Hamburger Organisation, gezeichnet von Genossen Laufenberg und Wolffheim, die zudem die offizielle Billigung der gesamten Partei für sich in Anspruch nahmen.

*Maiaufruf an die arbeitenden Massen des deutschen Volkes.*

Die Mai-Adresse wurde uns bei Beginn der einsetzenden Diskussion über unsern Antrag vorgelesen und blieb der Rahmen, in dem sich auch weiterhin die gesamten Verhandlungen bewegten. Die in dieser Adresse enthaltenen Ausführungen über die Erdolchung der Front, den Bürgerkrieg und den nationalen Aufstand, erschienen uns so ungeheuerlich, daß wir von vornherein erklärten, es könne sich bei diesem Manifest nur um eine grobe Fälschung handeln. Wir beugten uns schließlich den Tatsachen, die Echtheit dieses Manifestes anerkennen zu müssen, und erklärten, daß wir es abgelehnt haben würden, eine Partei in Moskau zu vertreten, die derartige Ansichten in ihren Reihen duldet. Mag es sich hierbei um eine bewußte Provokation der Hamburger Laufenberg und Wolffheim gehandelt haben, zum Zwecke, die Partei ihren besonderen Ansichten dienstbar zu machen und die Delegation vor fertige Tatsachen zu stellen, so wollen wir nicht in den



alten Fehler der Parteien verfallen, diese Angelegenheit zu persönlichen Differenzen auswachsen zu lassen. Wir erklärten, daß wir dafür eintreten würden, die Entfernung derartiger Tendenzen aus unserer Partei zu betreiben. Unsere Genossen werden verstehen, daß trotzdem eine solche Erklärung für die Tendenz der Verhandlungen, sofern sie unter dem Vorsitz eines Genossen geführt wird wie Karl Radek, der ein offeneingestandenes Interesse daran hat, die Politik des Spartakusbundes uns gegenüber zu verteidigen, davon wenig mehr beeinflusst wird. Wir waren von vornherein in eine aussichtslose Verteidigungsstellung gedrängt, die insofern aussichtslos war, weil wir naturgemäß keine Möglichkeit hatten, im Augenblick eine offizielle Erklärung der Gesamtpartei gegen diese Tendenzen vorlegen zu können, so daß unsere Meinungen immer nur als private aufgefaßt werden mußten. Die Exekutive gab uns offen zu verstehen, daß sie infolgedessen berechtigtes Mißtrauen gegen die Einheitlichkeit unserer Organisation hegen und dementsprechend auch ihre Beschlüsse fassen müsse.

Im Zusammenhang damit wurde uns eine Resolution des Genossen Rühle, die vom Wirtschaftsbezirk Ostsachsens angenommen worden war, vorgelegt, die sich gegen die Einheitlichkeit der Partei richtet, und die dem Mißtrauen der Exekutive uns gegenüber als einheitlicher Organisation neuen Nährboden gab. Der Standpunkt der Exekutive, daß im gegenwärtigen kritischen Augenblick der sozialen Revolution, wo gewissermaßen in der letzten Phase vor der Entscheidungsschlacht alle Kräfte zusammengefaßt werden müssen, eine straffe politische Partei als Kampfgruppenorganisation unbedingt notwendig sei, und daß die Tendenzen zur Auflösung der Partei im jetzigen Augenblick, mitten in den Vorbereitungen zum Endkampf, unbedingt lähmend wirken müßten, erkannten wir vollständig an. Wir gaben die Erklärung ab, daß auch die Mitglieder unserer Wirtschaftsbezirke, die sich für Autonomie der Organisation und für Umwandlung des Parteibegriffes in einen Gemeinschaftsbegriff eines mehr föderalistischen Bundes erklärt haben, nicht so verstanden zu werden wünschen, daß sie die disziplinierte Führung des Kampfes ablehnen, und die Notwendigkeit der zentralen politischen Partei, wie sie auch das Programm der K.A.P. anerkennt, in **jedem** Fall verneinen. Die Erklärung dieser Revolution aber, nur in der Partei zu bleiben, um die Partei aufzulösen, sprach, in den Worten vielleicht mißverständlich, zu sehr das Gegenteil. Wir sind davon überzeugt, daß nur durch rücksichtslose Offenheit der Ziele und Organisation einer Partei das Mißtrauen der deutschen Kommunisten gegen Parteien überhaupt, das zum großen Teile der Taktik des Spartakusbundes zuzuschreiben ist, überwunden werden kann und überwunden werden muß, wenn diese deutschen Kommunisten als tatsächliche Mitkämpfer in der Entscheidungsphase der sozialen Revolution wirken wollen. Es wird die Notwendigkeit an jeden einzelnen herantreten einer stärkeren Selbstdisziplinierung, um die erforderliche Disziplin der Kampfführung nicht als Autorität von oben erzwungen, sondern als die Gemeinschaftsbasis aller Kämpfer in disziplinarer Organisation von unten nach oben zu empfinden. Wir erklärten, daß wir diese parteizerstörenden Tendenzen als im Widerspruch stehend mit dem Programm unserer Partei betrachten, und daß wir dafür eintreten würden, von derartigen Tendenzen die Partei zu reinigen. Auch in diesem Fall wird es sich nicht darum handeln können, persönliche Differenzen und Beschimpfungen in die zu erwartenden Auseinandersetzungen hereinzutragen.

Es ist nur verständlich, daß nach diesen Auseinandersetzungen, die **einen** Verhandlungstag vollständig in Anspruch nahmen, unsere Verhandlungen über taktische Fragen wie unsere Stellung zum Parlamentarismus und zur Gewerkschaftsfrage viel von der Intensität, mit der sie hätten behandelt werden müssen, verloren hatte. In einem zweiten Verhandlungstag wurde diese Frage behandelt, und der Standpunkt der Exekutive, die eingehend in dem offenen Schreiben an die Mitglieder der K.A.P.D. niedergelegt ist, bekanntgegeben. Sie gipfeln im wesentlichen in der Behauptung, daß die Taktik der K.A.P.D. zum Sektierertum dränge, insofern die Gefahr bestünde, daß sie sich von den Massen entferne. Wir vertraten eingehend den Standpunkt der K.A.P.D. und

wiesen insbesondere darauf hin, daß unsere Taktik gerade bestrebt wäre, an die Massen agitatorisch mit neuen Leistungen entgegen der früheren leeren Kritik heranzutreten, und daß es beispielsweise eine Aufgabe der „Allgemeinen Arbeiter Union“ sei, den Kampf gegen die Gewerkschaften dadurch zu führen, daß den Mitgliedermassen die neue Organisationsform bereits in der Praxis vorgeführt wird. Sie stellen also als Organisation ein neues Kampfmittel gegenüber den bisher angewendeten dar. Wir hatten die Genugtuung, feststellen zu können, daß das Interesse über die Entwicklung und Ziele der „Allgemeinen Arbeiter-Union“ trotz des ablehnenden Standpunktes der Sekretäre ein sehr großes ist, und auch hier wieder zeigte sich das Fehlen grundsätzlicher eingehender Darstellungen über die Entwicklung und Ziele der „Allgemeinen Arbeiter-Union“. Es wurde uns eine Broschüre von Lenin, die sich *„Kinderkrankheiten der linken Kommunisten“* betitelt, überreicht, und die im wesentlichen für die Beweglichkeit und Elastizität der Taktik im revolutionären Kampf eintritt. Wir erklärten uns im Prinzip mit den darin enthaltenen Leitsätzen einverstanden, und wir gaben auch zu, daß eine gewisse Erstarrung in unserer Taktik, im Abwehrkampf, den wir gegen die gegensätzlichen Meinungen zu führen haben, bei uns eingetreten ist. Soweit sich die Broschüre aber mit einer Kritik der deutschen Verhältnisse befaßt, die wie Lenin selbst uns gegenüber zugegeben hat, auf einseitige Darstellung über die Entwicklung der deutschen Arbeiterschaft zur sozialen Revolution zurückzuführen ist, haben wir nicht versäumt, auf die darin enthaltenen Irrtümer hinzuweisen. Was die Frage des Parlamentarismus angeht, so vermißt man in Rußland gleichfalls eine eingehende Analyse der politischen Situation, die unsern Standpunkt, daß die Wahlen zum Parlament unter besonderer Berücksichtigung der Gedankenrichtung der deutschen Arbeiterschaft und vor allem hier wiederum der außerhalb des politischen Kampfes stehenden Indifferenten, auf die Entwicklung der sozialen Revolution lähmend wirken muß, recht gibt. Zusammenfassend läßt sich hierüber sagen, daß die Formulierung der taktischen Grundeinstellung der 3. Internationale erst auf dem jetzt stattfindenden Kongreß entschieden werden wird. Es erscheint trotz des zweifellosen Übergewichts der russischen Genossen auf diesem Kongreß keineswegs sicher, daß der Kongreß die Thesen der Exekutive unverändert annehmen wird, zum mindesten kaum mit zwingendem Charakter auf die augenblicklichen deutschen Verhältnisse und auf die taktischen Ziele unserer Partei. Es wird unsere Aufgabe sein, nicht nur eingehend unseren Standpunkt zur Gewerkschaftsfrage über die leere Kritik hinaus, darzulegen, sondern in Fühlungnahme mit den Bruderorganisationen Amerikas, Hollands, Norwegens und der Schweiz, die im wesentlichen auf unserm Standpunkt stehen in Verbindung mit den russischen Gewerkschaften, die vollkommen auf dem Prinzip der „Allgemeinen Arbeiter-Union“ aufgebaut sind, entsprechende Anträge und Leitsätze dem Kongreß vorzulegen, die, ohne den auch von uns begrüßten einheitlichen Kampfcharakter der 3. Internationale zu sprengen, Raum lassen für unsere Taktik in der Gewerkschaftsfrage und in der Behandlung des Parlamentarismus. In diesem Sinn haben wir die Erklärung abgegeben, bei unserer Partei dafür einzutreten, daß wir uns den Beschlüssen des Kongresses der 3. Internationale unterwerfen werden.

In der Antwort, die uns erst kurz vor der Abreise übergeben wurde, so daß wir keine Gelegenheit mehr hatten, uns dazu zu äußern, wird als weiterer Punkt die Schaffung eines gemeinsamen Organisations-Komitees mit dem Spartakusbund vorgesehen. Das offene Schreiben enthält in der Frage der Spaltung nachweisbare Irrtümer, die wir leicht hätten bei vorhergehender Fühlungnahme, auf die wir immer gedrängt haben, aufklären können. Wir haben in den verschiedenen persönlichen Besprechungen mit russischen Genossen wie Lenin, Sinowjew, Bucharin, ferner in den offiziellen Verhandlungen mit den Mitgliedern der Exekutive immer wieder sachlich und eingehend auseinandergesetzt, was uns vom Spartakusbund trennt, und warum die Spaltung, vom Spartakusbund provoziert, schließlich auch für uns eine absolute Notwendigkeit geworden ist. Wir erklärten, daß die Fragen der Taktik, in denen sich die Parteien unterscheiden, beinahe unterordneter Bedeutung sind, weil sie schließlich nur

ein Ausfluß des Grundprinzipes des Spartakusbundes sind, dem des absoluten autoritativen Machtprinzipes einer Führerschaft gegenüber der Arbeiterschaft. Die taktischen Unterschiede haben sich entwickelt durch die schwankende Haltung, durch die Unfähigkeit der damaligen und jetzt noch gebliebenen Führer des Spartakusbundes gegenüber allen Fragen der sozialen Revolution nach den Monaten der ersten Niederschläge, Anfang 1919. Wir können mitteilen, daß die russischen Genossen mit unserer Auffassung darüber ziemlich allgemein einverstanden sind. Sie sind nur der Meinung, daß in Deutschland die kommunistische Partei durch das moralische Übergewicht der russischen Partei und der Exekutive gestützt werden muß, und daß es möglich sein muß, allmählich auch unfähige Führer zu fähigeren Instrumenten der Weltrevolution zu erziehen. Sie sind der Meinung, daß die Zeit, neue Führer, die „autoritativen“ Charakter bei der Arbeiterschaft tragen, zu erziehen und zu erproben, nicht gegeben wäre. Karl Radek gab gegenüber Anfragen seiner russischen Parteigenossen über die Führer des Spartakusbundes die Erklärung ab, daß sie in der verhältnismäßig kurzen Zeit der intensiveren Entwicklung der Revolution nicht genügend Gelegenheit gefunden hätten, sich Autorität bei der Arbeiterschaft zu sichern, und daß aus diesem Grunde die Exekutive darin nachhelfen müsse. Interessant ist weiter die ausdrückliche Erklärung Karl Radeks, daß er selbst, nachdem er anfänglich für die Spaltung eingetreten sei, im Momente des Zusammentretens der Heidelberger Konferenz an Dr. Paul Levi einen Brief gerichtet habe, der auf Grund neu gewonnener Erkenntnisse über die Entwicklung der deutschen Arbeiterschaft in der Phase der Sozialen Revolution verfaßt ist, und worin er dringend von einer Spaltung abriet, da die Zeit für die Spaltung in der deutschen kommunistischen Partei damals noch nicht gegeben sei. Er hätte vor übereilter Spaltung gewarnt, solange die damals im Vordergrund stehenden angeblich syndikalistischen Tendenzen noch nicht genügend in der Arbeiterschaft ausgereift seien, um eine Spaltung verantworten zu können. Nachdem aber Dr. Levi diesen Brief nicht rechtzeitig erhalten habe, sei an den Tatsachen nichts mehr zu ändern gewesen, und man müsse sich jetzt eben mit diesem taktischen Fehler abfinden. Und gerade deswegen benötige auch der Spartakusbund umso mehr der moralischen Unterstützung der Exekutive.

Wir begrüßten diese offene Aussprache, wiesen aber darauf hin, daß Autorität, die im Kampfe Trägerin der Disziplinargewalt sein soll, nur dann auch von uns verstanden und gebilligt werden könnte, wenn Autorität gleichbedeutend ist mit Vertrauen. Wir wiesen ferner darauf hin, daß der Führerschaft des Spartakusbundes unter der überwiegenden Mehrheit der Arbeiterschaft, die 1919 als Vortrupp in die soziale Revolution in Deutschland eingetreten ist, dieses Vertrauen fehlt, zum mindesten, daß sie dieses Vertrauen sich durch ihre Methoden der Kampfführung innerhalb der Parteien und der Meinungskämpfe verscherzt habe. Die Entwicklung der Auseinandersetzungen mit dem Spartakusbund zeigt, daß es sich nicht um gelegentliche Entgleisungen überreizter Personen handelt, sondern daß ein System zugrunde liegt. Es ist eine neue Krise, in die die deutsche Arbeiterschaft gestoßen wird, die den revolutionären Kampf will und möglichst wenig mit Systemfragen der Psychologie und ihren Auswirkungen zu tun haben will, jetzt darüber entscheiden zu sollen, ob sie einer autoritären Organisation von oben nach unten angehören will oder ob sie den dornenvollen Weg der Selbstbewußtseinsentwicklung vorher durchmachen will, um reif zu werden für den Vortrupp der sozialen Revolution. Die Verhältnisse in Deutschland haben es, vielleicht zum Glück, mit sich gebracht, daß ein Teil dieser Fragen schon im Werden der Revolution zur Entscheidung steht. Und es ist nicht so sehr eine rein deutsche Angelegenheit, sondern es ist ein Problem der gesamten westeuropäischen Arbeiterschaft, das hier zur Behandlung steht. Wir wollen nicht die Augen verschließen vor der Schwierigkeit, hier eine Lösung schnell zu finden. Als sicher darf aber gelten, daß, wer den Unterschied der Grundeinstellung beider kommunistischer Parteien erkannt hat, es für eine Unmöglichkeit hält, einer etwaigen und kommenden Verschmelzung beider kommunistischer Parteien jetzt das Wort zu reden. Es bedeutet den revolutionären Willen

und das Rückgrat der Selbstbewußtseinsentwicklung unserer Mitglieder, die mit den häßlichsten Mitteln angefeindet worden sind, zu brechen, ihnen den Gedanken nahelegen zu wollen, mit dem Spartakusbund eine einheitliche Organisation, **die eine große kommunistische Familie** jetzt zu bilden. Wir sind uns bewußt, daß auch auf unserer Seite im Abwehrkampf mit häßlichen Mitteln gearbeitet worden ist. Wir sind ferner davon überzeugt, daß die Auseinandersetzungen mit dem Spartakusbund, die im Grunde internationale Bedeutung haben, in ein sachliches Fahrwasser gebracht werden müssen. Wir sind weiter davon überzeugt, daß es ein Leichtes sein kann, wenn der gute Wille, zum Endziel der gegenwärtigen Revolution zu gelangen, die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, vorhanden ist, genau abzugrenzen, wie weit eine Verbindung innerhalb der Aktion mit dem Spartakusbund möglich ist und wie weit sie möglich sein muß. Wir glauben daher empfehlen zu können, den Vorschlag der Schaffung eines Organisations-Komitees anzunehmen. Die russischen Genossen haben uns erklärt, daß eine neue Persönlichkeit, die durch den Parteikampf nicht kompromittiert und belastet worden ist, an die Spitze, in den Vorsitz dieses Aktions-Komitees als Vertreter der Exekutive delegiert werden wird.

Schließlich bringen wir die Aufforderung mit an die Partei, Delegierte zu dem neuen Kongreß zu entsenden. Wir bitten auf Grund eigener Erfahrungen, diese Delegierten mit eingehendem Material und genauen Instruktionen der Mitgliedschaft zu versehen. Der Kongreß wird eine internationale Bedeutung erlangen, insofern der allgemeine Wunsch besteht, auf dieser Tagung erst gewissermaßen die Internationale in Wirksamkeit treten zu lassen. Es ist bekannt, daß die Gründung der 3. Internationale eine taktische Notwendigkeit war, die bis zu einem gewissen Grade der Entscheidung des internationalen Proletariats selbst vorweggenommen werden mußte. Unzweifelhaft wird die Entscheidung des revolutionären klassenbewußten Proletariats **für** die 3. Internationale ausfallen; und die dort gefaßten Beschlüsse werden dazu angetan sein, der Entwicklung der Weltrevolution durch straffe Zusammenfassung ein neues Tempo vorzuschreiben. Die K.A.P.D. wird gewiß dem nicht hindernd entgegenstehen wollen. Wir dürfen aus Kenntnis der Verhältnisse unserer Partei sagen, daß kein sogenannter Führer unserer Partei den Ehrgeiz hat, seine Person in den Vordergrund zu stellen, wie es in dem erwähnten offenen Brief angedeutet wird, noch sich eine Minute überlegen würde, zurückzutreten, wenn seine Person der Entwicklung der Einigung der revolutionären Arbeiterschaft für den Endkampf entgegenstehen würde.

Wir teilen noch mit, daß die russischen Genossen uns bereitwilligst die Spalten ihrer Tageszeitungen zur Darlegung unserer Absichten über die politische und ökonomische Lage in Deutschland sowie über unsere Kampfmethoden zur Verfügung gestellt haben. Wir haben Aufsätze in den gewerkschaftlichen Fachblättern sowie in einer volkswirtschaftlichen Zeitschrift veröffentlicht. Desgleichen auch einige Artikel in den Tageszeitungen. Wir haben fernerhin keine Gelegenheit versäumt, auch in persönlichen Kontakt mit den russischen Genossen zu treten, und haben in einer Betriebsversammlung der **Prochorow-Fabrik**, einer der größten russischen Textilmanufakturen, die über 8000 Arbeiter beschäftigt, sowie in einer von vielen Tausenden besuchten öffentlichen Versammlung des Bresnaya Rayon als Referenten gesprochen. In beiden Versammlungen wurden Resolutionen angenommen, die den Gruß der russischen Kommunisten und des russischen Proletariats an das deutsche Proletariat und an die K.A.P.D. aussprachen und die hofften, daß es der deutschen Arbeiterschaft gelingen wird, in einheitlicher geschlossener Front die Macht des Kapitals und der Gewerkschaftsbureaukratie zu brechen. In beiden Versammlungen kam in der Diskussion zum Ausdruck, daß das russische Proletariat von den deutschen Genossen erwartet, daß sie durch ihren Sieg imstande sein werden, beim Wiederaufbau Sowjet-Rußlands mitzuhelfen. Die Resolutionen brachten fernerhin zum Ausdruck, daß das russische Proletariat bereit ist, neue Opfer und Lasten auf sich zu nehmen und durch tatkräftige Unterstützung die Entwicklung der deutschen Revolution zu beschleunigen

und im Falle des Sieges die Sicherung der gewonnenen Macht mit verteidigen zu helfen. Wir haben ferner unser Bestreben darauf gerichtet, Verbindungen mit den Bruder-Organisationen des Auslandes aufzunehmen und zu festigen. Wir haben solche Verbindungen angeknüpft und den beiden kommunistischen Parteien in Amerika sowie mit den I.W.W., mit der „British Socialist Party“, der Norwegischen Arbeiterpartei, den Jungsozialisten in Schweden und Dänemark, der Schweizer Kommunistischen Partei, der lettischen und tschechoslowakischen kommunistischen Partei und der in Gründung begriffenen kommunistischen Partei Finnlands. Es ist Aussicht vorhanden, daß wir das Netz unserer Verbindungen bald auch über die proletarischen Parteien der übrigen Länder, deren Vertreter wir nicht erreichen konnten, durch Mittelsleute inzwischen werden aufnehmen können.

Wir haben Euch, Genossen, unsere Meinungen offen ausgesprochen ohne Rücksicht auf taktische Erwägungen. Wir überlassen die Entscheidung Euch, wir empfehlen Euch, die erwähnten Punkte anzunehmen, damit sich auf dem kommenden Parteitag das Programm der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands aus den Kinderkrankheiten der Organisation klar und frei zu voller Aktionsfähigkeit entwickelt. Die Ansicht unserer Partei über die politische und ökonomische Lage in Deutschland hat sich als die richtige erwiesen. Die Zeit für die soziale Revolution ist in Deutschland gekommen. Jetzt gilt nur das eine Ziel: sich einzuordnen in die Reihen der proletarischen Kämpfer, alle Rücksichten auf persönliche Verstimmungen, alle Abweichungen, theoretischen Erwägungen zusammenzuschweißen, um der Revolution in Deutschland zum Siege zu verhelfen!

**Es lebe die proletarische Revolution in Deutschland! Es lebe die Weltrevolution!**